

Stenografisches Protokoll

- Endgültige Fassung^{*} -

der 86. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 14. Juni 2012, 15.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

Seiten

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen

1 - 64

Herr Prof. Dr. Alexander Kaul
gemäß Beweisbeschluss 17-234

^{*} Hinweis:

Die Korrekturen des Zeugen Prof. Dr. Alexander Kaul (Anlage) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

(Beginn: 15.50 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Damit eröffne ich unsere Ausschusssitzung mit dem **einzigsten Tagesordnungspunkt:**

Vernehmung von Zeugen, im
Einzelnen:
Herr Prof. Dr. Alexander Kaul
gemäß Beweisbeschluss 17-234

Ich will vor Eintritt in die Tagesordnung Vertreter der Medien darauf hinweisen - ich kann jetzt im Moment gar nicht erkennen, ob es welche gibt in unserer Runde heute -, wenn es die denn geben sollte, dass Ton- und Bildaufnahmen während der öffentlichen Beweisaufnahme unzulässig sind.

Ich möchte die Zuschauer darauf hinweisen, dass die Verwendung von Apparaten zur Produktion von Bildern ebenfalls nicht zulässig ist. Dazu gehören auch Handys, weil man mit so einem Handy heute ja weit mehr kann, als denn nur zu telefonieren. Ich möchte Sie bitten, Ihre Handys deshalb auszuschalten.

**Vernehmung des Zeugen Prof.
Dr. Alexander Kaul**

Dann möchte ich nun, Herr Professor Kaul, Sie an dieser Stelle sehr herzlich begrüßen, und ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung anfertigen, ausschließlich zu dem Zweck, dass die stenografische Aufzeichnung der Sitzung erleichtert wird. Wenn die stenografische Aufzeichnung erfolgt ist, dann wird dieses Tonbandprotokoll gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-234, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Für Ihre Vernehmung hat das Bundesumweltministerium mit Schreiben vom 12. März 2012 eine Aussagegenehmigung erteilt.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes ge-

gen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden. Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, so bitte ich um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Gibt es dazu von Ihrer Seite aus Fragen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein, Frau Vorsitzende.

Ich will die Wahrheit, die Sie mir auferlegt haben, als selbstverständlich betrachten. Ob mein Erinnerungsvermögen natürlich vollständig sein wird, das kann ich nicht beurteilen. Um dies etwas zu stützen, habe ich mir Aufzeichnungen gemacht bei der Durcharbeitung der Fragen. Wenn Sie erlauben, würde ich gerne dann auch das Material, was ich mir dabei vorbereitet habe, mit verwenden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sehr gerne. Dann möchte ich Sie aber zunächst noch bitten, sich dem Ausschuss mit Namen und Ihrem Alter vorzustellen, und darf Sie zugleich fragen, ob die für Ihre Ladung verwandte Anschrift noch korrekt ist.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Mein Name ist Alexander Kaul. Meine Anschrift ist korrekt. Welches war noch die weitere Frage?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wie alt Sie sind, bitte, Herr Professor Kaul.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich bin 1934 geboren, also schon 78.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Damit gehören Sie hier zu den jüngeren Zeugen! - Heiterkeit)

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Vielen Dank, das hat mich ungeheuer beruhigt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und von daher wissen wir auch damit umzugehen, dass der Zeitraum, den wir hinterfragen, tatsächlich ein sehr langer ist und dass es manchmal problematisch sein kann, sich im Detail zu erinnern. Denn dem Ausschuss geht es ja darum, zu klären, ob es auf dem Wege zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock Gorleben untertägig und keinen anderen Standort obertägig zu prüfen, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Darüber hinaus beschäftigt sich der Ausschuss dann ja noch mit den Umständen, die im Jahre 1977 zur Entscheidung für den Standort Gorleben geführt haben, und im Moment ganz besonders mit der Frage, inwiefern das Erkundungskonzept in den Jahren 97/98 gegebenenfalls geändert worden ist oder eben nicht.

Sie hatten bereits gesagt, dass Sie gerne im Zusammenhang vortragen möchten. Dazu haben Sie das Recht nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes. Ich würde Sie nun bitten, mit Ihren Ausführungen zu beginnen, und würde danach gerne selbst weiterfragen. - Herzlichen Dank.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich hatte, als ich die Einladung bekam mit der Beschlussempfehlung, geglaubt, dass es sinnvoll ist, wenn ich aufgrund der relativ langen Distanz zwischen meiner aktiven beruflichen Tätigkeit und dem heutigen Datum der Anhörung doch einiges nacharbeiten sollte, um etwas fundierter antworten zu können, und bin alle Fragen durchgegangen, wobei es durchaus Fragen gibt, die ich nicht beantworten kann oder nur beantworten könnte vom Hörensagen.

Ich habe mich bemüht, zumindest nur die zu beantworten oder bevorzugt zu beantworten, die ich aus eigener Kenntnis kenne.

Dort, wo ich vom Hörensagen berichte oder auch von dem Literaturstudium, mache ich darauf aufmerksam, dass es keine eigene Erfahrung ist. Das liegt daran, dass ich mit der Materie, die heute zur Diskussion steht, erst seit meiner Berufung als Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, also 1989, direkt konfrontiert war und vorher mit doch wesentlich anderen Aufgaben beschäftigt war, hier an der Freien Universität bzw. in München bei der Leitung des Instituts für Strahlenhygiene, des Bundesgesundheitsamtes, wo ich mich mit Fragen der Endlagerung nicht direkt, nur mittelbar, was den Strahlenschutz betrifft, beschäftigt habe. Also, hier muss ich bei allen Fragen, die diesen Zeitraum vor der unmittelbaren Übernahme der Funktion am Bundesamt für Strahlenschutz - - häufig¹ entweder vom² Hörensagen beziehen³ bzw. sagen: Die Frage kann ich nicht beantworten. Das gilt vor allem dort, wo Fragen behandelt oder gefragt sind oder von Ihnen diskutiert werden sollen, ob es Einflussnahmen gab von Verschiedenen auf den Entscheidungsprozess. Das kann ich nicht beurteilen, weil ich einfach da nicht eingebunden war und auch nicht - außer vielleicht⁴ ein paar Hinweisen - Informationen habe, sodass ich⁵ glaube, dass es nicht angebracht ist, hier auch Vermutungen auszusprechen. Das also sozusagen zu der Präambel.

Wenn Sie erlauben, würde ich jetzt mal in die Fragen gehen, so wie ich sie verstanden habe, zu beantworten. Und immer an der Stelle, wo ich sage: „Hier kann ich keine Antwort geben“, weise ich darauf hin. Zum Teil habe ich auch die Fragen etwas gebündelt, das heißt, in der Reihenfolge etwas zusammengefasst, weil die Nähe der Frage mir als sinnvoll erschien, sie zu verändern.

Wenn wir gleich auf den Punkt 1 dessen, was als Beschlussempfehlung mir zugesandt wurde, zu sprechen kommen, dann will ich Folgendes sagen: In den ersten beiden Spiegelstrichen, und zwar „Gutachten, Expertisen und sonstige Informationen“ bzw. „aktueller Stand von Wissenschaft und Tech-

¹ Ergänzung des Zeugen: streiche „- häufig“, setze „mich in meiner Aussage“, Anlage

² Richtigstellung des Zeugen: streiche „vom“, setze „auf“, Anlage

³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „beziehen“, setze „stützen“, Anlage

⁴ Ergänzung des Zeugen: setze „in“, Anlage

⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ , sodass ich“, setze „ . Ich“, Anlage

nik“, kann ich auch nur grundsätzliche Aussagen machen, wie ich bereits schon skizziert hatte. Was die Gutachten, Expertisen und dergleichen anbetrifft, die wohl damals Grundlage waren für die Entscheidungsprozesse, kann ich auch nur mutmaßen. Es sind solche, die ich mal durch den Begriff Langzeitsicherheit charakterisieren möchte, was die Gutachten, Expertisen anbetrifft, dann die Grenzen der Langzeitsicherheit, Schutzziele der Endlagerung, weil sie auch nachher in den Fragen doch wiederholt angesprochen werden, die Bewertung der Befunde in den Zwischenberichten, die auch noch mal ein Extrapunkt hier in der Diskussion sein werden, vor allem auch, was die Information - sei es der Öffentlichkeit, sei es der politischen Entscheidungsträger - anbetrifft, und dann auch, sagen wir mal, die Einbindung von fachlich Kompetenten in den Entscheidungsprozess durch die damalige Physikalisch-Technische Bundesanstalt als diejenige, die verantwortlich war für diese Fragestellung, und später natürlich auch und erst recht im⁶ Bundesamt für Strahlenschutz.

Zum zweiten Komplex, der sich beschäftigt mit dem Punkt der Entscheidung auf der Grundlage von Wissenschaft und Technik, der hier angesprochen ist, möchte ich allgemein sagen, dass ich davon ausgehe, was die Vorzeit, also vor meiner Verantwortung innerhalb des Bundesamtes für Strahlenschutz, anbetrifft, dass in dieser Institution, also hier Physikalisch-Technischer Bundesanstalt - wie das in den Naturwissenschaften allgemein üblich ist -, darauf abgehoben wurde, dass die Entscheidungen auf nachprüfbaren, seien es Untersuchungen oder Modellbetrachtungen beruhen, wobei das Wesentliche tatsächlich auf der Betonung des Nachprüfbaren liegt. Und alles, was mir aber aus dieser Zeit bekannt ist, aus der eigenen Tätigkeit nach 1989, ist durch dieses Charakteristikum einer, ich sage einmal, naturwissenschaftlichen Betrachtungsweise eines Problems abgelaufen. Das kann natürlich nicht sozusagen für alles als eine Antwort stehen, sondern im Einzelfall muss natürlich schon konkret etwas gesagt werden zu den Parametern, die Eingang gefunden haben in eine Entscheidung. Aber das grundsätzliche Prinzip - und davon gehe ich

aus - ⁷war mit absoluter Sicherheit damals zur Zeit der PTB gegeben und nachher - das kann ich aus eigenen Betrachtungen sagen - ⁸im Bundesamt für Strahlenschutz.

Der dritte Komplex, der hier also explizit jetzt einleitend von mir angesprochen werden sollte - so habe ich das für mich zumindest verstanden -, ist der Komplex: Gibt es politische Entscheidungen, die Einfluss genommen haben auf dieses Problem? Da muss ich jetzt schon sagen: Da kann ich eigentlich nichts dazu sagen, weil ich in dieser Zeit nicht eingebunden war. Aber ich muss sagen: Auch in der Zeit, als ich für das Bundesamt für Strahlenschutz zuständig war und damit diese Problematik natürlich eine der Aufgaben des BfS war, habe ich nie erlebt, dass eine politische Einflussnahme stattgefunden hat, zumindest nicht in der Form, dass hier Ergebnisse von Untersuchungen entweder weggelassen werden sollten oder modifiziert werden sollten. Ich habe das nicht erlebt. Wenn ich es erlebt hätte, wie ich es einmal - und das sage ich jetzt mal - zu einer Zeit, die jetzt hier keine Rolle spielt, in meiner Münchner Tätigkeit am Institut für Strahlenhygiene⁹ erlebt habe - - Als ein Ergebnis aus einem Bericht herausgelassen werden sollte, habe ich dies nicht zugelassen und erreicht, dass von diesem Ansinnen Abstand genommen wurde. Ich bin der Meinung, dass das auch eine, glaube ich, wichtige Aufgabe eines für eine wissenschaftliche Oberbehörde Zuständigen ist, dass sie dafür Sorge trägt, dass eine saubere Trennung zwischen der Beratungsfunktion des politisch Entscheidenden stattfindet und nicht in dieser Institution bereits Politik gemacht wird. Dass ich das hier betone an der Stelle¹⁰, werden manche von Ihnen gleich verstehen, warum¹¹ ich das mache¹², aber ich¹³ will es¹⁴ nicht näher kommentieren. Ich bedaure, dass das sich¹⁵ entwickelt hat, zumindest was meine frühe-

⁷ Ergänzung des Zeugen: setze „Entscheidungen auf nachprüfbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen zu treffen“, Anlage

⁸ Ergänzung des Zeugen: setze „auch“, Anlage

⁹ Ergänzung des Zeugen: setze „nur einmal“, Anlage

¹⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „an der Stelle“, Anlage

¹¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ , warum“, setze „Warum“, Anlage

¹² Richtigstellung des Zeugen: streiche „mache“, setze „sage“, Anlage

¹³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „aber ich“, Anlage

¹⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „es“, setze „ich“, Anlage

¹⁵ Ergänzung des Zeugen: setze „dies“, Anlage

⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „im“, setze „das“, Anlage

re¹⁶ Institution anbetrifft¹⁷. Aber ich bin ganz allgemein der Meinung: Das kann und darf nicht sein. Wir haben eine andere Funktion als wissenschaftliche Oberbehörde, als Politik zu machen. Also, das zu diesem Komplex der politischen Entscheidungen.

Und was jetzt ansteht, ist der zweite Teil, nämlich der, wo es um die einzelnen Fragen geht, die ich dann gerne ¹⁸durchsprechen möchte. - Vielen Dank für den ersten Teil.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Professor Kaul, für diese einführenden Bemerkungen.

Ich möchte jetzt tatsächlich in die speziellen Fragen gehen. Und mir geht es jetzt zunächst um die Fragen einer möglichen Konzeptänderung bezüglich des Untersuchungskonzeptes, also Überlegungen 1997/ 1998. Es ist ja so, dass am 14. April 1982 der Rahmenbetriebsplan für die untertägige Erkundung des Salzstockes beantragt worden ist. Und laut Rahmenbetriebsplan soll eine Gesamterkundung stattfinden. Das finden wir unter anderem unter MAT A 139, Band 5, Paginierung 047306 bis 047361. Das ist der genannte Rahmenbetriebsplan.

Eine vollständige Erkundung, so wie sie zunächst aber angedacht war, war dann aus rechtlichen Gründen nicht möglich, weil der Bund nicht alle erforderlichen Salzrechte besaß. Andreas Graf von Bernstorff und die evangelischen Kirchengemeinden weigerten sich, diese dem Bund zum Zwecke der Erkundung zu übertragen. Das findet man unter anderem belegt unter MAT E 7, Band 47, Paginierung 081 bis 092. Das ist der Entwurf eines Sachstandsberichts vom Erkundungsbergwerk Gorleben mit Änderungsvorschlägen von BfS, DBE vom 27. Mai 1993.

1997 informierte Professor Thomauske aus Ihrem Haus das BMU über den Meinungsstand innerhalb von DBE, BfS und BGR und gab eine fachlich abgestimmte Handlungsempfehlung, als er sagte:

Nach gemeinsamer Bewertung von
BfS, BGR und DBE ist

- auf der Grundlage der vorhandenen Salzrechte -

eine [untertägige] Erkundung des nordöstlichen Teils des Salzstockes durchführbar ... Der Nachweis der Eignung des Salzstockes zur Endlagerung aller Arten radioaktiver Abfälle, insbesondere der hochradioaktiven Abfälle, ist auf dieser Grundlage führbar. Die Bereiche privater Salzabbaugerechtigkeiten können nördlich und südlich mit zwei Strecken umfahren werden.

Und:

Die untertägige Erkundung erfolgt generell mittels Bohrungen und Messungen, wobei als Messungen auch Verfahren wie Reflexionsmeßverfahren (indirekte Meßverfahren) zum Einsatz kommen, mit deren Hilfe in Kombination mit Bohrungen der Aufbau des nordöstlichen Teils des Salzstockes erkundet werden kann. Die indirekten Verfahren kommen insbesondere in dem Bereich des Salzstockes zur Anwendung, der nicht mittels Bohrung durchörtert werden kann.

Das finden wir unter MAT A 83, Band 6, Paginierung 329 bis 333. Das ist ein Schreiben von Professor Thomauske an das BMU vom 23. Januar 1997.

In seiner Vernehmung äußerte sich der Zeuge Henning Rösler zu diesem Sachverhalt:

Im Ergebnis sage ich also: Das Konzept 82 hat sich nicht geändert. Die Vorgehensweise hat sich geändert. Das Konzept hat sich bis heute nicht geändert. Das gilt auch zum Beispiel für die Phase des Moratoriums. Wir haben auch in dem Betriebsplan deutlich gemacht, dass wir die optionale Erkundung nach Südwesten aufrechterhalten. Wir haben sie zu keinem Zeitpunkt aufgegeben.

Das ist das Stenografische Protokoll in seiner endgültigen Fassung der 60. Sitzung vom 10. November 2011 auf der Seite 4.

Herr Kühne, auch ein Zeuge, den wir hier bereits vernommen haben, sagte am 19.01. dieses Jahres hier vor dem Ausschuss - ich zitiere -:

Die Konzeptänderung bestand darin, dass man bei der ersten Zulassung des Rahmenbetriebsplans eine Erkundung immer abwechselnd vorgesehen hatte: Also der erste Erkundungsbereich liegt dann im

¹⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „hat, zumindest was meine frühere“, setze „an meiner früheren“, Anlage

¹⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „anbetrifft“ setze „entwickelt hat“, Anlage

¹⁸ Ergänzung des Zeugen: setze „mit Ihnen“, Anlage

östlichen Teil, der zweite im südwestlichen, der dritte wieder im nordöstlichen, der vierte im südwestlichen. Das hatte man ... sich fachlich so überlegt. Das war aber nicht zwingend, weil wir ja im Endeffekt nicht aufgegeben hatten, den gesamten Salzstock zu erkunden. Nur die Reihenfolge der Erkundungsbereiche wurde geändert.

Das wieder finden wir im Stenografischen Protokoll in der endgültigen Fassung der 68. Sitzung vom 19. Januar 2012 auf der Seite 6.

Jetzt würde ich von Ihnen gerne wissen Ihrer Erinnerung nach: Bedeutete jetzt aus Sicht des BfS die letztlich festgelegte Vorgehensweise, so wie sie der Zeuge Kühne geschildert hatte - die Erkundung also zunächst nach Nordosten -, eine Erkundungskonzeptänderung, oder blieb das Erkundungskonzept von 1982 bestehen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Grundsätzlich muss man sagen, dass das Konzept nicht verändert wurde. Es wurde nur adaptiert an die jeweilige Realität. Um ein Beispiel zu sagen: Wir haben ja immer versucht - und zum Teil auch ohne Erfolg -, Salzrechte zu erwerben. Sie wissen, dass es nicht nur Graf Bernstorff war, der hier Salzrechte nicht abgegeben hat - ja, ich sage mal abgegeben; ob das der richtige Terminus ist, weiß ich nicht. Das gilt auch für die evangelische Kirche. Das heißt, es war nicht möglich, das theoretisch als optimales Konzept der Aufeinanderfolge der Erkundung der einzelnen Abschnitte durchzuführen. Dieses Konzept musste adaptiert werden an die Realität. Das war der eine Grund.

Der andere Grund war gewesen, dass aufgrund der Untersuchung des Salzstocks während der Erkundungsphase sich Bereiche ergeben haben, die man vorher aufgrund von Bohrungen bzw. aufgrund von Untersuchungen mit anderen geologisch-physikalischen Methoden nicht hatte - - feststellte¹⁹, dass es sich um Bereiche handelt, die für die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle nicht geeignet waren. Und aus diesem Grund musste die Aufeinanderfolge der einzelnen Untersuchungen adaptiert werden eben an die Realität der Salzrechte und an die Beobachtung mithilfe verschiede-

ner physikalisch-geologischer Methoden, so dass²⁰ man diese Bereiche umfahren musste, wie es auch in den Aussagen von Herrn Thomauske zum Beispiel enthalten ist.

Also grundsätzlich: Das Konzept der Art der Erkundung ist nicht geändert worden, aber die Realisierung der Erkundung wurde adaptiert an die jeweilige Situation, die gegeben war, wie gesagt, durch²¹ Salzrechte, oder an die Beobachtung²² während der Erkundungsphase.

Diese detaillierte Darstellung, die Sie eben wiedergegeben haben, kann ich natürlich jetzt nicht²³ nur aus meinem Gedächtnis nicht²⁴ nachvollziehen, sondern²⁵ das kann natürlich der, der auf diesem Gebiet selbst gearbeitet hat, sehr viel besser, wie zum Beispiel Herr Thomauske oder andere, die im Bereich des Fachbereichs Sicherheit der Endlagerung tätig waren und heute auch noch zum Teil sind.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Na ja, letztendlich sind Sie als Behördenleiter dann aber doch politisch verantwortlich gewesen sozusagen, und deshalb habe ich Sie gefragt: Gab es noch Konzeptänderungen oder nicht? Ich habe Ihren Worten entnommen: Nein.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Die politische Verantwortung natürlich - - Und ich sage nicht: die politische. Die fachliche Verantwortung, nicht die politische²⁶. Die fachliche Verantwortung natürlich hatte ich, und ich glaube, dass ich ihr auch gerecht geworden bin. Aber die Detailrealisierung dessen²⁷ natürlich basierte auf dem, was mir die fachlich Kompetenten vorgetragen haben und was ich für entweder einsichtbar gehalten habe oder als nicht einsichtbar. Wenn nicht, dann haben wir eben darüber diskutiert. Aber das Detailwissen kann ich als Leiter einer solchen Institution natürlich nicht haben. Dafür gibt es ja die fachlich Kompetenten.

¹⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „- - feststellte“, setze „feststellen können“, Anlage

²⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „sodass“, setze „also dass“, Anlage

²¹ Ergänzung des Zeugen: setze „fehlende“, Anlage

²² Richtigstellung des Zeugen: streiche „an die Beobachtung“, setze „durch Beobachtungen“, Anlage

²³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „nicht“, Anlage

²⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „nicht“, Anlage

²⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „sondern“, Anlage

²⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „- - Und ich sage nicht: die politische. Die fachliche Verantwortung, nicht die politische“, setze „mittelbar“, Anlage

²⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „dessen“

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wer hat das letztendlich entschieden, also das Konzept so weiterzuverfolgen oder eben möglicherweise zu ändern? Das BMU, das BfS, die DBE?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, in der Entscheidungskette war es zunächst natürlich das BfS, das diese Entscheidung vorgetragen hat, mir zum Beispiel in der Diskussion zwischen den fachlich Kompetenten und dem Leiter der Institution²⁸. Darüber hinausgehend ist eingeflossen die fachliche Kompetenz derer, mit denen wir zusammenarbeiten. Beispiel: Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, die eine ganz wichtige Rolle hatte oder hat - hatte und hat -, und die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern, die gleichermaßen auch²⁹ die fachliche Kompetenz hatte für den geophysikalischen Teil, und natürlich dann die Einbringung dieses Know-how in das, was aus unserer Sicht sinnvoll ist - adaptiv sozusagen³⁰ in den Erkundungsprozess einbringt, war das, was wir³¹ dann dem³² Umweltminister - das war ja unsere Aufgabe³³ - vorgeschlagen haben zu realisieren³⁴. Und daraus ist natürlich eine Diskussion entstanden. Das war ja nicht so, dass das dann eins zu eins immer übernommen wurde, sondern es wurden Diskussionen darüber geführt. Aber die primäre Verantwortung für diese - ich will sagen - Modifikation des Erkundungsprozesses war beim Bundesamt für Strahlenschutz.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich will Ihnen noch ein paar Details vortragen, die in diesem Zusammenhang - die Frage: Wie soll das Untersuchungskonzept jetzt weitergehen? Wie wird es mit dem Rahmenbetriebsplan weitergehen? - geäußert worden sind. Dazu gibt es einen Auszug aus einem Ergebnisvermerk vom 16. Juni 1992 über die

14. Sitzung des Gesprächskreises Entsorgung am 23. April 1992 in Bonn, an der neben verschiedenen Vertretern des Bundes und der Elektrizitätswirtschaft auch Sie als Präsident des BfS teilgenommen haben. Da kann ich nachlesen:

Weitere Schwierigkeiten

- ich zitiere -

könnten sich ergeben, wenn der NMU - wovon auszugehen ist - bei einem neuen Rahmenbetriebsplan eine zusätzliche Umweltverträglichkeitsprüfung verlangen sollte.

Das ist MAT E 3, Band 17, Paginierung 084 und 091 bis 094.

Und dann gibt es eine Stellungnahme des BfS zur Frage einer möglichen Notwendigkeit eines neuen Rahmenbetriebsplans unter MAT E 7, Band 28, Paginierung 437 bis 442. Das ist die Stellungnahme des BfS zur Vorgehensweise bei der untertägigen Erkundung des Salzstocks Gorleben vom 23. Juli 1993. Ich zitiere:

Eine Beschränkung der Erkundung auf die dem BfS derzeit zugänglichen Bereiche im Nordosten des Salzstocks erfordert eine Umplanung, die von der Bergbehörde als ein neues Vorhaben eingestuft werden könnte. Für ein solches Vorhaben würde die Bergbehörde einen neuen obligatorischen Rahmenbetriebsplan gemäß § 52 Abs. 2 a BBergG fordern, für dessen Zulassung ein Planfeststellungsverfahren mit UVP erforderlich wäre.

Da spiegelt sich der Diskussionsstand sozusagen wider.

Wo wäre das Problem gewesen? Neuer Rahmenbetriebsplan oder möglicherweise die Frage Planfeststellungsverfahren mit UVP? Wo war da die Position des BfS, und was hat sie begründet, oder was hat Sie dahin gebracht, eine solche Position einzunehmen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich kann natürlich, weil es zum Teil eine Frage ist, die in das Bergrecht geht und in die Begründung für Rahmenbetriebspläne und den Inhalt für Rahmenbetriebspläne, nicht hier ins Detail gehen, weil es auch selbst nicht mein eigenes Fachgebiet ist, als Nichtjurist vor allem. Dass eine Änderung des Rahmenbetriebsplans erforderlich ist, wenn zum Beispiel

²⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „der Institution“, setze „des zuständigen Fachbereichs“, Anlage

²⁹ Ergänzung des Zeugen: setze „neben der BGR“, Anlage

³⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „- adaptiv sozusagen“, Anlage

³¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „einbringt, war das, was wir“, setze „und“, Anlage

³² Richtigstellung des Zeugen: streiche „dem“, setze „der“, Anlage

³³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „das war ja unsere Aufgabe“, setze „dem wir dann“, Anlage

³⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „zu realisieren“, setze „das politisch umzusetzen“, Anlage

solch eine Entscheidung getroffen wird, ist, soweit ich das noch in Erinnerung habe, eine Notwendigkeit gewesen, was diskutiert wurde mit dem Bergamt.

Welches nun im Detail die Konsequenzen dieses Rahmenbetriebsplans waren, da kann ich also nichts³⁵ wiedergeben, weil mir das einfach momentan auch fehlt, auch die Voraussetzungen aus dem genannten Grund, eben nicht in dem Bergrecht der Fachmann zu sein.

Wenn ich das richtig verstanden habe, unterscheiden Sie jetzt Rahmenbetriebsplan nach dem Bergrecht. Das hat³⁶ ja nichts zu tun mit dem Planfeststellungsverfahren. Das muss ja sauber getrennt werden. Das wird zwar immer wieder durchmischt, auch in der politischen Diskussion. Also, hier geht es tatsächlich um diesen bergrechtlich bedingten und notwendigen Rahmenbetriebsplan. Ich kann aber nicht beantworten, welches nun die Änderungen, die erforderlichen Änderungen waren³⁷. Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Aber auf alle Fälle wurden Gespräche³⁸ geführt, an denen ich selbst auch nicht teilnehmen konnte, mangels der notwendigen Kompetenz für diese Materie. Aber wie das nun entschieden wurde, kann ich nicht³⁹ sagen. Aber dass das adaptiert werden musste an die Änderungen, die Sie auch selbst zitiert haben, das ist wohl⁴⁰ nach Bergrecht auch notwendig gewesen und auch erfolgt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich darf noch mal das zitieren, was ich Ihnen eben vorgelesen habe, vielleicht noch mal ein bisschen langsamer und anders betont. Aus der Stellungnahme des BfS von 1993, dem 23. Juli, lässt sich Folgendes entnehmen - ich zitiere -:

Eine Beschränkung der Erkundung auf die dem BfS derzeit zugänglichen Bereiche im Nordosten des Salzstocks erfordert eine Umpassung, die von der Bergbehörde als ein neues Vorhaben eingestuft werden könnte. Für ein solches Vorhaben würde die Bergbehörde einen

neuen obligatorischen Rahmenbetriebsplan gemäß § 52 Abs. 2 a BBergG fordern, für dessen Zulassung ein Planfeststellungsverfahren mit UVP erforderlich wäre.

Da hat es dann ja irgendwann sozusagen durch die Tätigkeit des Gesetzgebers Änderungen auch im Bundesberggesetz gegeben, wo Notwendigkeiten mit UVP-Prüfung eingeführt worden sind. Da hat man offensichtlich überlegt in Ihrem Haus: Muss das jetzt wirklich sein, dass wir uns da reinbegeben? - Warum gab es diese Überlegungen? Die sind einmal fachlich begründet. Möglicherweise gab es da aber auch politische Überlegungen in diesem Zusammenhang. Da würde ich gerne von Ihnen wissen, ob Sie sich daran erinnern.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, sicher hat es natürlich auch fachliche Konsequenzen. Es hat vor allem aber auch zeitliche Konsequenzen. Wenn eine solche Änderung mit UVP hätte durchgeführt werden müssen, hätte das natürlich den Ablauf der Erkundung sicher zeitlich belastet. Wie lange dadurch eine Verzögerung eingetreten wäre, kann ich natürlich heute nicht mehr ermesen. Das ist sicher auch diskutiert worden, aber das habe ich sicherlich⁴¹ auch nicht abgespeichert, sodass ich das sagen könnte.

Aber die Hauptkonsequenz daraus ist natürlich die, dass das eine zeitliche Verzögerung bringt in dem ganzen Prozess, der so wieso schon zeitlich sehr dilatiert war.

Die Notwendigkeit für die UVP, die ja gesetzlich gegeben war, wäre ja auch nicht zu umgehen gewesen, durch niemanden, natürlich auch nicht durch das Bundesamt für Strahlenschutz. Wir hätten das leisten müssen, aber wir hätten die Leistung erbringen müssen unter diesem bereits genannten Aspekt der zeitlichen Verzögerung. Ich kann nicht sagen - weil ich das einfach nicht mehr weiß -, ob damals dann tatsächlich dieses in dieser Form, wie es von Ihnen zitiert wurde, auch notwendig geworden war oder ob es da irgendwelche Vereinfachungen in dem Ablauf dieser Änderung unter Berücksichtigung von UVP gegeben hat; weiß ich nicht⁴².

³⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „nichts“, setze „nicht“, Anlage

³⁶ Ergänzung des Zeugen: setze „zunächst“, Anlage

³⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „waren“, setze „gewesen wären“, Anlage

³⁸ Ergänzung des Zeugen: setze „darüber“, Anlage

³⁹ Ergänzung des Zeugen: setze „mehr“, Anlage

⁴⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „wohl“, Anlage

⁴¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „sicherlich“, Anlage

⁴² Richtigstellung des Zeugen: streiche „weiß ich nicht“, setze „ich weiß nicht mehr“, Anlage

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Uns besorgt in diesem Ausschuss nicht nur die Frage, ob Sie einen Blick darauf hatten, dass es zu einer zeitlichen Verzögerung kommen könnte, sondern insbesondere natürlich auch die Frage, ob man denn möglicherweise dann auch bezüglich der Sicherheitsrelevanz gesagt hat: Lass uns lieber nicht so richtig hingucken. - Das ist eine wichtige Motivation dieses Ausschusses.

Deshalb will ich Sie noch mal konfrontieren damit, dass Herr Kühne - damals aus dem Referat RS III 1 im BMU - Ende 1996 für eine Ministervorlage zum Thema Salzrechte das BfS um Zusammenarbeit gebeten hat in Form einer zusammenfassenden Darstellung. Er bittet unter anderem - ich zitiere -:

Mit welchen fachlichen Schwierigkeiten ist bei der Durchführung von lokal eingeschränkten Erkundungsmaßnahmen zu rechnen? Können die fehlenden Flächen umfahren werden? Unter welchen Voraussetzungen ist eine sinnvolle Erkundung in den Bereichen ohne bergfreie und private Flächen bzw. nur ohne die privaten Salzrechte möglich? Welche Bedingungen müssen bei der Alternativplanung im Hinblick auf eine sinnvolle Endlagerung erfüllt werden?

Das finden wir unter MAT E 8, Band 31, Paginierung 343 bis 344. Das ist ein BfS-Vermerk von Herrn Kleinfeld über das Telefonat mit Herrn Kühne am 27.11.96.

In der BfS-Darstellung, die als Antwort dann praktisch gekommen ist, vom 29.11.1996 heißt es - ich zitiere -:

Mit den derzeit vorhandenen Salzrechten ist aber eine nach geologischen Gesichtspunkten optimierte Auffahrung von Erkundungsstrecken nicht möglich und die Gestaltungsfreiheit der geplanten Untersuchungen eingeschränkt. Nach den bisherigen Festlegungen sollten der Hauptanhydrit und das Kaliflöz Staßfurt möglichst gemieden werden. Jede Umfahrung der Sperrgrundstücke ... führt in Bereiche hinein, in denen ... mit dem Vorhandensein des Hauptanhydrits gerechnet werden muss. Man muss also davon ausgehen, dass eine Durchfahrung des Hauptanhydrits nicht vermieden werden kann. ...

Für die sicherheitstechnischen Aussagen ergeben sich aus der Un-

kenntnis der nicht erkundbaren Bereiche Restriktionen. Ob auf dieser Basis eine hinreichend detaillierte Langzeitsicherheitsanalyse durchführbar möglich ist, lässt sich derzeit nicht bewerten.

Das finden wir unter MAT E 8, Band 31, Paginierung 296 bis 319. Das ist das Telefax vom 29.11.96 von Herrn Kleinfeld, BfS, an Herrn Kühne, BMU.

Der Zeuge Bloser hat uns hier gesagt auf die Frage, ob er über Bedenken vonseiten der BfS-Mitarbeiter informiert gewesen sei - ich zitiere wieder -:

Wir hatten selbstverständlich die Fachaufsicht über das BfS. Aber die Fachaufsicht war natürlich nicht so, dass wir uns als Obergutachter und Entscheider in solchen technisch-wissenschaftlichen Fragen empfinden hätten, sondern hier war das natürlich das originäre Interesse und auch Aufgabe des BfS, Diskussionen wissenschaftlicher Art, auch wenn sie kontrovers waren, natürlich selbst zum Konsens zu bringen, und das ist ja auch geschehen. Von daher kann ich mich nicht erinnern, dass ich da eingegriffen hätte.

Das war das stenografische Protokoll in seiner endgültigen Fassung der 72. Sitzung am 09.02.12.

Noch mal da die Frage, die Sie ja auch mehrfach schon gestreift hatten: Der Informationsprozess letztendlich, der Austauschprozess zwischen BfS und BMU, könnten Sie dazu vielleicht noch mal Stellung nehmen? Wie wurde umgegangen mit doch kritischen, eher vorsichtigen Stellungnahmen, die das BfS da ja abgegeben hat als Antwort auf die Anfrage aus dem BMU? Was können Sie da erinnern?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Zunächst einmal möchte ich sagen, das, was Herr Bloser gesagt hat - offensichtlich in Ihrem Kreis und wohl auch geäußert hatte andersorts -, ist eigentlich die Beschreibung des normalen Verhältnisses zwischen der wissenschaftlichen Oberbehörde und denjenigen, die die Voraussetzungen schaffen für die politische Entscheidung. Hier - und das ist vielleicht nicht immer in dem Maße so ohne Knirschen gelaufen, will ich einmal sa-

gen - war der ⁴³Aspekt der ⁴⁴Sicherheit und vor allem der Barrierenwirkung ⁴⁵ der angefahrenen Region bei der Erkundung, ⁴⁶die unterschiedlichen Salzarten, das Moment, das die Arbeit des Bundesamtes für Strahlenschutz, ⁴⁷der fachlich Kompetenten im Bereich Sicherheit der Endlagerung, bestimmt hat.

Hier hat auch der BMU, wenn er auch, sagen wir mal, nach den Konsequenzen gefragt hat und vielleicht nicht glücklich war, dass das manchmal etwas länger gedauert hat dadurch, dass eben Änderung ⁴⁸ oder Adaptation ⁴⁹ gemacht werden muss, ⁵⁰sicher seine Meinung geäußert. ⁵¹Aber das bestimmende Element war immer die Sicherheit gewesen. Das war auch unsere Aufgabe. Und umgekehrt war auch da keine Einflussnahme, soweit ich mich erinnere, vonseiten des BMU in diesem fachlichen Bereich. Also insofern würde ⁵²ich voll und ganz unterschreiben ⁵³, was Herr Bloser hier in diesem Kreis gesagt hat.

Das, was die Änderung anbetraf, ist eben - ich sagte es ja bereits - bestimmt gewesen durch das, was durch diejenigen, die diese Erkundung betrieben haben vor Ort, an Ergebnissen gebracht wurde, sei es durch geophysikalische Untersuchungen, hydrologische Untersuchungen, hydrogeografische Untersuchungen; denn das ist das bestimmende Element für den Begriff der ⁵⁴Sicherheit.

Es gibt natürlich eine andere Sicherheit, die bergrechtlich jetzt zu sehen ist oder vom Berggesetz her, nämlich die Sicherheit bei der Erkundung. Das ist aber ein ganz anderer Komplex, den wir davon klar trennen müssen. Beides war natürlich das bestimm-

mende Moment: das eine eben, was die Sicherheit der Endlagerung anbetrifft, und das andere das Moment der Sicherheit der Erkundung, der bergmännischen Tätigkeit in diesem Bergwerk. Also, ich kann dazu nichts sagen, was in irgendeiner Form das, was Sie hier zitiert haben und Aussage von Herrn Bloser ist, als fragwürdig ansehen ⁵⁵ könnte - - oder auch nicht so gehandhabt wurde, wie es Herr Bloser gesagt hat. Also, zumindest mir ist das nicht irgendwo deutlich geworden aus der Kooperation mit dem BMU. Dass da vielleicht graduell ein Unterschied in der Art der Dialogführung ist, das will ich gar nicht infrage stellen. Wenn ich mit den Herren - meistens Herren -, Damen und Herren, gesprochen habe, war das sicherlich eine andere Art, wie man miteinander umgegangen ist, als wenn Mitarbeiter, die vor Ort die Verantwortung bei uns getragen haben, mit den möglicherweise hierarchisch höhergestellten Vertretern des BMU verhandelt haben. Das dürfte zweifellos anders gewesen sein.

Also, das war jetzt mal sozusagen die atmosphärische Stimmung, die aber sicherlich auch zu Buche schlägt bei solchen Gesprächen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Auch das ist uns sehr, sehr wichtig. Deshalb beschränken wir uns nicht nur auf die Akteneinsicht, sondern führen eben auch diese Gespräche mit den Zeitzeugen.

Ich möchte noch einen weiteren Aspekt beleuchten. Das sind die Überlegungen von 97/98 im sogenannten Merkel-Schreiben. Sie haben im Januar 1997 an die damalige Bundesumweltministerin Dr. Merkel zur Erkundungsbeschränkung auf den nordöstlichen Teil aufgrund verminderter Abfallmengen und Kosteneinsparungen geschrieben - ich zitiere -:

In die Diskussion um Einsparpotentiale hat BfS in Abstimmung mit BGR am 17.12.96 das Konzept vorgetragen, die untätige Erkundung Gorleben auf den nordöstlichen Teil des Salzstockes zu beschränken und die Erkundung des südwestlichen Teils für den Fall vorzusehen, dass geeignete Salzpartien im nordöstlichen Teil in nicht ausreichendem Umfang vorhanden sind, um die zur Endlagerung an-

⁴³ Ergänzung des Zeugen: setze „primäre“, Anlage

⁴⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „der“, setze „des BfS nämlich die“, Anlage

⁴⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „der Barrierenwirkung“, setze „die Barrierewirkung“, Anlage

⁴⁶ Ergänzung des Zeugen: setze „d. h.“, Anlage

⁴⁷ Ergänzung des Zeugen: setze „d. h.“, Anlage

⁴⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Änderung“, setze „Änderungen“, Anlage

⁴⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Adaption“, setze „Adaptionen“, Anlage

⁵⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „muss“, setze „mussten“, Anlage

⁵¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „sicher seine Meinung geäußert“, Anlage

⁵² Richtigstellung des Zeugen: streiche „würde“, setze „unterstütze“, Anlage

⁵³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „unterschreiben“, Anlage

⁵⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „den Begriff der“, Anlage

⁵⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ansehen“, setze „ausersehen worden“, Anlage

stehenden radioaktiven Abfälle aufzunehmen.

Begründet ist die Änderung in der Vorgehensweise dadurch, dass die Menge der radioaktiven Abfälle - auch der hochradioaktiven Abfälle - um mehr als einen Faktor 2 gegenüber den bisherigen Planungsdaten zurückgegangen ist ...

Die von mir vorgeschlagene zügige Erkundung nur des nordöstlichen Teils des Salzstocks führt zu der unter Kostengesichtspunkten günstigsten Lösung und ist geeignet, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Frage zu beantworten, ob der Salzstock Gorleben geeignet ist, insbesondere die wärmeentwickelnden Abfälle aufzunehmen.

Das finden wir in dem genannten Schreiben von Ihnen an Frau Dr. Merkel vom 7. Januar 1997 unter MAT E 11, Band 13, Paginierung 282 bis 285.

Bereits 93, also vier Jahre zuvor, waren ausweislich eines Protokolls des BfS über eine Besprechung vom 30.06.93 verminderte Abfallmengen bekannt. Eine Beschränkung der Erkundung auf den nordöstlichen Teil des Salzstocks wurde jedoch mit Hinweis auf Sicherheitskriterien und zusätzlichen Zeit- und Finanzaufwand kritisch gesehen. Also, damals ein bisschen anders, als man es vier Jahre später gesehen hat. Ich zitiere daraus noch mal:

Ausgehend von den Entwicklungen der letzten Jahre, 1. Verringerung der anfallenden Mengen an radioaktivem Abfall, 2. keine kurzfristige Möglichkeit der Erlangung der erforderlichen Salzrechte ... sind erste Überlegungen anzustellen, welche Alternativen sich unter Berücksichtigung der genannten Prämissen ergeben. ...

Fazit ... Aus den genannten Gründen wird deutlich, daß die Beschränkung auf die Erkundung und Errichtung des Endlagers auf den nordöstlichen Teil des Salzstockes nur unter Aufgabe von Sicherheitskriterien mit zusätzlichem Zeit- und Finanzaufwand möglich wäre.

Das ist MAT E 9, Band 54, Paginierung 335 bis 341.

Das passt für mich nicht übereinander. Also, das eine Zitat aus Ihrem Brief an Frau Dr. Merkel und letztendlich dann das Proto-

koll des BfS von 93 über die Besprechung zum Erkundungsbergwerk Gorleben. Wie darf ich das verstehen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, wenn Sie das so nebeneinander sehen, erscheint mir hier auch eine Diskrepanz zu sein; denn wenn man den zweiten Zeitpunkt nimmt, nämlich des Schreibens an Frau Merkel, der Umweltministerin, dann ist die Begründung im Wesentlichen eben das verringerte Volumen der wärmeentwickelnden radioaktiven Abfälle und die Tatsache, dass wir in einen gewissen Zugzwang gekommen sind durch die nicht vorhandenen Salzrechte, um eben wenigstens die Einlagerung der verminderten Menge der radioaktiven Abfälle vorzusehen. Es ist ja noch eine Erkundung. Es ist ja noch keine Entscheidung darüber gefallen gewesen und auch heute noch nicht.

1993, vom Sicherheitsaspekt oder von der Gefahr - oder wie es formuliert war -, der Verringerung des Sicherheitsaspekts, das kann ich nicht verstehen, was das bedeuten soll. Ich hätte niemals von einer Einbuße der Sicherheit gesprochen. Deswegen verstehe ich nicht, was das bedeuten soll. Nun kenne ich das Papier⁵⁶ natürlich nicht. Selbst wenn ich es damals unterschrieben hätte - weiß ich nicht -, würde ich⁵⁷ heute nicht wissen, was sozusagen der Hintergrund dieser Äußerung ist und wie sie zu verstehen ist.

Also, wenn man es vergleicht, gibt es eine Diskrepanz in der Begründung. In dem späteren Schreiben ist das in sich geschlossen, die Begründung, nämlich eben die verringerte Menge an radioaktivem Abfall und eben die nicht vorhandenen oder nur teilweise vorhandenen Salzrechte. In dem Schreiben⁵⁸ 93 kann ich nicht verstehen, wie von einer Einschränkung des Sicherheitsaspektes oder einer Reduzierung des Sicherheitsaspektes geschrieben ist⁵⁹.

Vielleicht können Sie mir helfen und mir dieses Schreiben entweder noch mal in vollem Umfang zur Kenntnis geben. Vielleicht liegt hier einfach nur ein Missverständnis vor jetzt in dem, wie ich es gehört habe. Aber wie

⁵⁶ Ergänzung des Zeugen: setze „- ein Besprechungsprotokoll! -“, Anlage

⁵⁷ Ergänzung des Zeugen: setze „auch“, Anlage

⁵⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Schreiben“, setze „Besprechungsprotokoll“, Anlage

⁵⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ist“, setze „wurde“, Anlage

gesagt, heute würde ich es nicht unterschreiben so⁶⁰ und auch nicht so argumentieren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das kann ich Ihnen gerne vorlegen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich kann ja in der Zwischenzeit noch mal sagen: Denn der Sicherheitsaspekt kann ja nicht begründet sein dadurch, dass ein Teil dessen, was ursprünglich im Konzept vorgesehen war, nicht realisiert werden kann. Wenn das andere Salzformationen wären, die für die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle aus unserer Sicht oder aus der Sicht der Experten nicht geeignet wären, dann hätten wir natürlich gesagt, die Sicherheit wäre beeinflusst. Aber im Umgekehrten, wenn man das nicht erkunden kann, dann kann nicht die Sicherheit reduziert werden, wenn wir einen Bereich erkunden, der von der Geologie her geeignet wäre für die Einlagerung von jetzt geringerem Volumen an radioaktivem Abfall. Das passt nicht zusammen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Professor Kaul, genau deshalb habe ich nachgefragt. Das habe ich eben auch nicht verstanden.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, ja, aber - -⁶¹

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und Sie finden auf der letzten Seite des Protokolls, wenn Sie schauen wollen - da auch gleich gemerkt -, das Wort „Fazit“ und unten noch mal so eine gelbe Passage, die ich eben zitiert habe.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, der zweite Teil, mit zusätzlichem Finanzaufwand, das will ich unterschreiben. Das ist sogar sehr wahrscheinlich. Mit zusätzlicher Zeit - glaube ich, heißt das - und Finanzaufwand, das ist sicherlich auch richtig. Dass natürlich

unter Umständen die Zeit durch⁶² die Suche nach anderen Bezirken innerhalb des Endlagers - - mit denen⁶³ für ⁶⁴Einlagerung wärmeentwickelnder Abfälle ⁶⁵geeigneten Salzformationen⁶⁶, das wird sicher auch mehr Zeit beanspruchen.⁶⁷ Aber die Sicherheitskriterien mit zusätzlichen, das, wie gesagt, verstehe ich nicht; denn die Sicherheitskriterien⁶⁸ können nicht von einer Zeit für die Erkundung abhängig sein und auch nicht für die Kosten, die aus der Erkundung resultieren. Sie können nur daraus resultieren, dass man vielleicht einen Kompromiss akzeptiert hätte, aber den hätte ich nie akzeptiert. Der ist auch sicherlich nicht von den Mitarbeitern, wäre auch nicht von den Mitarbeitern akzeptiert worden, dass hier Formationen auch vielleicht in Erwägung gezogen werden, die mit einer geringeren Sicherheit - und das ist ja eigentlich das höchste Gut sozusagen bei der ganzen Endlagerung überhaupt - - mit der höchsten Sicherheit und einer Reduzierung der höchsten Sicherheit verbunden wäre.⁶⁹

Also, ich verstehe diese Formulierung mit dem ersten Teil - Sicherheitskriterien mit zusätzlichem Zeit- und Finanzaufwand - nicht. Ich weiß jetzt nicht, aber ich meine, wenn ich den unterschrieben haben sollte, dann habe ich das damals überlesen wohl oder - - Also wenn nicht, würde ich mich heute korrigieren müssen, aber ich weiß

⁶² Richtigstellung des Zeugen: streiche „durch“, setze „für“, Anlage

⁶³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „mit denen“, Anlage

⁶⁴ Ergänzung des Zeugen: setze „die“, Anlage

⁶⁵ Ergänzung des Zeugen: setze „in“, Anlage

⁶⁶ Ergänzung des Zeugen: setze „größer wird, dürfte sicher sein.“, Anlage

⁶⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „das wird sicher auch mehr Zeit beanspruchen.“, Anlage

⁶⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „mit zusätzlichen, das, wie gesagt, verstehe ich nicht; denn die Sicherheitskriterien“, Anlage

⁶⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „und auch nicht für die Kosten, die aus der Erkundung resultieren. Sie können nur daraus resultieren, dass man vielleicht einen Kompromiss akzeptiert hätte, aber den hätte ich nie akzeptiert. Der ist auch sicherlich nicht von den Mitarbeitern, wäre auch nicht von den Mitarbeitern akzeptiert worden, dass hier Formationen auch vielleicht in Erwägung gezogen werden, die mit einer geringeren Sicherheit - und das ist ja eigentlich das höchste Gut sozusagen bei der ganzen Endlagerung überhaupt - - mit der höchsten Sicherheit und einer Reduzierung der höchsten Sicherheit verbunden wäre.“, setze „ , aber möglicherweise.“, Anlage

⁶⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „heute würde ich es nicht unterschreiben so“, setze „ich hätte das Protokoll nicht unterschrieben und würde es heute so auch nicht unterschreiben“, Anlage

⁶¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ja, ja, aber - -“, Anlage

nicht, wer das geschrieben hat.⁷⁰ Im Auftrag ist⁷¹ Herr Tittel gewesen. Herr Tittel - -⁷²

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es ist einfach ein Protokoll aus Ihrem Hause.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ein Protokoll, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich weiß gar nicht, ob Sie - -

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich bin absolut sicher, dass ich natürlich⁷³ - - Hier beim Verteiler bin ich auch genannt: P. Also, ich will nicht infrage stellen, dass das nicht⁷⁴ über meinen Tisch gelaufen ist, aber ich kann nur sagen: Heute hätte ich an der Stelle einen grünen Marker angesetzt.⁷⁵

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nur, genau das sind die Fragen, über die wir eben auch stolpern und die wir versuchen, in diesem Ausschuss, im Rahmen dieses Ausschusses zu klären.

Und deshalb möchte ich Sie noch auf einen anderen Sachverhalt ansprechen, nämlich im selben⁷⁶ Schreiben von Ihnen an die damalige Bundesumweltministerin, über das wir jetzt gesprochen haben; das ist vom 07.01.97. In diesem Schreiben wenden Sie sich gegen die von EVU-Seite vorgeschlagene vierjährige Unterbrechung der untätigen Erkundung. Ich zitiere:

Die von den EVU vorgeschlagene Variante, zunächst bis zum Erwerb der Salzrechte für 4 Jahre die untätige Erkundung zu unterbrechen, ist nicht gerechtfertigt, da die für die Eignungsaussage erforderlichen Salzrechte im nordöstlichen Teil des Salzstocks dem Bund zur Verfügung stehen. ...

⁷⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ich weiß jetzt nicht, aber ich meine, wenn ich den unterschrieben haben sollte, dann habe ich das damals überlesen wohl oder - - Also wenn nicht, würde ich mich heute korrigieren müssen, aber ich weiß nicht, wer das geschrieben hat.“, setze „Ich habe das Protokoll nicht unterschrieben.“

⁷¹ Ergänzung des Zeugen: setze „es“, Anlage

⁷² Richtigstellung des Zeugen: streiche „Herr Tittel - -“, Anlage

⁷³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Also, ich bin absolut sicher, dass ich natürlich“, Anlage

⁷⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „nicht“, Anlage

⁷⁵ Ergänzung des Zeugen: setze „Sehr wahrscheinlich damals auch!“, Anlage

⁷⁶ Anmerkung des Zeugen: streiche „selben“ (?), Anlage

Von einer Unterbrechung der Arbeiten sind in der Standortregion etwa 200 Arbeitsplätze betroffen. Entlassungen in diesem Umfang führen gerade in der Standortregion zu einem Vertrauensverlust in die Politik des Bundes und einer weiteren Akzeptanzminderung für das Projekt Gorleben.

Das ist immer noch MAT E 11, Band 13, und jetzt Paginierung 282 bis 285.

Deshalb: In dieses Konglomerat von Überlegungen - also Dauer der Erkundung letztendlich, Frage der Sicherheit - kommt jetzt noch eine Frage nach - na, ich will mal sagen - Arbeitsplatzsicherheit. Also: Inwiefern haben solche Aspekte letztendlich auch eine Rolle gespielt in Ihren Überlegungen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nun, ich denke, wohl jeder wird verstehen, dass man die fachlich Qualifizierten, die dort vor Ort tätig sind über die DBE, nicht verlieren will. Das ist ja auch ein ganz wichtiges Kapitel, was auch bei anderen Projekten eine Rolle spielt, nämlich dass eine Abwanderung dann stattfinden muss von denen, die fachlich qualifiziert sind, und wenn dann zum Beispiel in diesem Fall eine Erkundung wieder aufgenommen wird, wird man also sicherlich zunächst mal eine zeitliche Brücke haben, in der man mit wesentlich geringerem Wirkungsgrad und geringerer fachlicher Kompetenz der dort Tätigen arbeiten muss. Das muss man, glaube ich, mit berücksichtigen bei diesen Überlegungen, und das haben wir auch wiederholt erlebt bei anderen Projekten. Ich denke jetzt an das ERAM oder auch im Zusammenhang mit der Asse, die ja nicht in unseren Verantwortungsbereich fiel zum damaligen Zeitpunkt, dass dadurch doch schon fachlich Kompetente eben nicht mehr verfügbar waren, auch bei der DBE zum Beispiel.

Das ist sicherlich ein Gesichtspunkt, den man dabei berücksichtigen muss. Das sind ja keine Menschen, die morgen bei VW am Band arbeiten können und übermorgen in der konventionellen Müllbeseitigung in einer Stadt Wolfsburg oder welcher auch immer. Also, das sind schon fachlich kompetente Leute, die eben gehalten werden müssen, sodass dieses Argument für mich zumindest nach wie vor Gültigkeit hätte und auch damals Gültigkeit gehabt hat.

Das andere, dass die EVU gesagt haben: Unterbrecht doch das dann mal, bis die Salz-

rechte - - Das hat einmal natürlich die Konsequenz oder hätte die Konsequenz der zeitlichen Dilatierung gehabt in einem Projekt, das sowieso schon verzögert war. Ich denke zum Beispiel an den Unfall, der stattgefunden hat, der bedeutet hat, dass wir über eine relativ lange Zeit überhaupt nicht mehr abtaufen konnten zum Beispiel⁷⁷ in dem einen Schacht.

Aber es hat auch - - Und ich erinnere mich, dass wir damals auch darüber gesprochen haben. Es beinhaltete die Möglichkeit, dass Missinterpretationen der Unterbrechung hätten entstehen können, indem man diese Unterbrechung nicht darauf zurückführt, dass man sagt: „Die haben keine Salzrechte und die haben⁷⁸ EVU⁷⁹“, sondern es wird natürlich so was auch interpretiert - ich will es einmal so sagen -, indem gesagt wird: Hier stehen nicht mehr die EVU dahinter, hinter diesem Projekt, oder es müssen andere Gründe sein, warum in diesem Projekt ein Einhalt geboten worden war.

Sie wissen selbst - und ich will das hier auch noch mal ganz deutlich sagen -, dass natürlich viele solcher Äußerungen getätigt wurden, um das Ganze, das Projekt überhaupt mit einem Fragezeichen zu behaften, will ich einmal sagen. Dagegen⁸⁰ ist man nicht gefeit. Dagegen kann man auch nichts sagen, weil jeder, der etwas dagegen sagt - wenn ich das gewesen wäre -, wird natürlich dann als derjenige apostrophiert, der sozusagen hier in einem Auftrag handelt, um irgendetwas durchzuziehen, was wir nicht wollen, also, die, die Kritik üben.

Also, es sind verschiedene Dinge, die man natürlich nicht in dieser Form diskutieren kann, aber die natürlich bei solchen Überlegungen schon eine Rolle spielen, wobei eben ein Moment, wie gesagt, die fachliche Qualifikation, der Verlust der fachlichen Qualifikation im Ganzen ein quantifizierbares⁸¹ Argument ist. Das andere ist ein Argument, das sicherlich auch zutreffend ist, aber natürlich niemals so in diesem - -⁸² nicht so belastbar wie das andere, dass man sagt,

man verliert Mitarbeiter, die fachlich kompetent sind.

Also, ich will mal ein Beispiel nennen, um deutlich zu machen, was ein bisschen auch die - sagen wir mal - Einflussnahme aus politischer Sicht betrifft. Es gibt darüber Diskussionen. Ich nehme an, dass hier Herr Röthemeyer schon mal vernommen wurde und ein anderer Kollege, die auch ein Papier möglicherweise Ihnen zur Verfügung gestellt haben, wo die Frage der heutigen Vizepräsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz auf die Frage angesprochen wurde: Hat eine Weisung des BMU vorgelegen in einem Bericht des BfS, wonach die Äußerung, es sollten auch andere Orte, andere Standorte untersucht werden, nicht in diesem Bericht erscheinen soll?

Und der Kollege, der darüber berichtet hat hier wohl in dem Ausschuss, hat gesagt: Das, was uns gesagt wurde im BMU zu dieser Thematik in unserem Bericht, das haben wir als eine mündliche Weisung nach Beamtenrecht Paragraf soundso viel verstanden und entsprechend dann diese Äußerung, die wir in dem Bericht, in dem Entwurf des Berichts gemacht haben, zurückgezogen.

Ich habe das als Beispiel deshalb genannt, um zu zeigen, dass durchaus solche Dinge, die nicht so quantifizierbar sind wie der Verlust an Arbeitskräften, den ich als einen wichtigen Punkt genannt habe, sondern eben die Reaktion in der Öffentlichkeit, vom BMU gesehen wurden und wahrscheinlich gesagt wurde, das soll sozusagen als Argument nicht verwendet werden, weil es eben in die falsche Richtung geht als das quantifizierbare Argument. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt bei dieser etwas - na, sagen wir mal - empfindlichen Diskussion in Politik und Öffentlichkeit.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann darf ich als allerletzte Frage noch fragen, woher Sie wissen, welche Aussagen andere Zeugen hier gemacht haben. Jedenfalls haben Sie eben aus diesen Antworten zitiert.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nun unterhält man sich ja auch mit ⁸³Kollegen, die ja hier schon einvernommen wurden, und ich habe mich dann insofern sachkundig gemacht, als ich den Schriftverkehr - das hat mit dem Ausschuss jetzt nichts zu tun - zwischen den Kollegen und der Vizepräsidentin

⁷⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „zum Beispiel“, Anlage

⁷⁸ Ergänzung des Zeugen: setze „auch nicht mehr die“, Anlage

⁷⁹ Ergänzung des Zeugen: setze „hinter sich“, Anlage

⁸⁰ Ergänzung des Zeugen: setze „war und“, Anlage

⁸¹ Ergänzung des Zeugen: setze „wichtiges“, Anlage

⁸² Richtigstellung des Zeugen: streiche „niemals so in diesem - -“, Anlage

⁸³ Ergänzung des Zeugen: setze „ehemaligen“, Anlage

des BfS mir zur Kenntnis habe geben lassen. Das war wohl nichts, was nicht zulässig gewesen wäre. Aber es ist nun mal so.⁸⁴

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die Unionsfraktion.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Kaul, ich darf Sie auch hier in diesem Kreise begrüßen und darf bei dem Punkt weitermachen, den die Vorsitzende gerade angesprochen hat. Es geht ein Stück weit hier um Ihre Vorbereitung für die heutige Sitzung. Es sind ja Sachverhalte, die hier im Raum stehen, die schon viele Jahre zurückliegen. Wie haben Sie sich denn auf diese Sitzung heute vorbereitet?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Sehr langwierig, muss ich sagen. Ich habe mich vorbereitet, indem ich zunächst mal die Fragen durchgegangen bin. Dann habe ich versucht, mich an Dinge zu erinnern, die ich hätte beantworten können,⁸⁵ wenn ich also keine Unterlagen hätte⁸⁶, und ich hatte auch keine Unterlagen natürlich. Ich habe keine Kommunikation mit dem Bundesamt für Strahlenschutz, aus Gründen, die ich jetzt hier nicht verbreiten möchte.

Ich habe mir dann Literatur besorgt bzw. Literatur vorgenommen, die ich hatte, zur Frage des Grundsätzlichen der Endlagerung und speziell, was Gorleben anbetrifft. Die Arbeiten habe ich hier mitgebracht. Sie sehen, ich habe die durchgearbeitet, habe mir also Marker hier reingeklebt und diese dann zugeordnet zu den Fragen, den 26 oder 27 Fragen, die Sie mir geschickt hatten, und daraus mir so ein Papier gemacht - das hier -⁸⁷ wo ich also dann zu der Frage die Antwort habe. Dann habe ich das auch noch markiert, damit ich sie im Zweifelsfall schnell finde, um die Frage ohne Zeitverlust⁸⁸ beantworten zu können.

Ich habe keine Gespräche geführt mit ehemaligen Mitarbeitern, bis auf ein Ge-

spräch, das mal so einfach entstanden ist im Zusammenhang mit der Frage: Gibt es denn irgendwelche Einflussnahmen, die zu meiner Zeit stattgefunden haben und die ich nicht kannte? Das war nicht der Fall. Ich muss sagen, dass ich, glaube ich, sehr aggressiv reagiert hätte, wenn der Versuch unternommen worden wäre - wenigstens⁸⁹ mir zur Kenntnis gekommen wäre -, dass Einflussnahmen stattgefunden hätten, wo auch immer - sei es im Amt, sei es im BMU -, und ich hätte davon erfahren.⁹⁰

Was ganz allgemein auf diesem Gebiet passiert, weiß ich auch nicht, und ich habe mich auch nicht damit beschäftigt. Es gibt schon⁹¹ sicher Äußerungen von im ganzen Kontext Tätigen⁹² zu Entscheidungen, die getroffen wurden. Aber ich weiß nicht, ob da zumindest - - also,⁹³ über meine Person Einflussnahmen⁹⁴ erfolgt sind, kann ich sagen, ist nicht der Fall gewesen.⁹⁵

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Sie haben also, wenn ich das richtig verstanden habe, keine Akteneinsicht genommen. Andere Zeugen, die hier waren, haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, bei ihrer damaligen Anstellungsbehörde - sei es eben, dass es die BGR war, von den Mitarbeitern des BGR, oder den Ministerialbeamten die entsprechenden Ministerien - dort Akteneinsicht zu nehmen. Das haben Sie aber, wenn ich das richtig verstanden habe, nicht getan?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das habe ich bewusst nicht gemacht, und zwar deshalb, weil zwischen dem heutigen BfS und dessen Führung oder Leitung und mir ein, ich sage einmal, besonderes Verhältnis besteht. Ich wollte eigentlich auf diesen Punkt nicht unbedingt eingehen. Ich weiß nicht, ob er dazu beiträgt, hier Klarheit zu geben zu dem Thema Gorleben. Aus diesem Grund habe ich jeglichen Kontakt mit dem BfS seit meiner Pensionierung gemieden.

⁸⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Aber es ist nun mal so.“, Anlage

⁸⁵ Ergänzung des Zeugen: setze „auch“, Anlage

⁸⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „hätte“, setze „hatte“,

⁸⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „das hier -“, Anlage

⁸⁸ Ergänzung des Zeugen: setze „durch Originalzitat“, Anlage

⁸⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „wenigstens“, setze „und“, Anlage

⁹⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ , und ich hätte davon erfahren“, Anlage

⁹¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „schon“, Anlage

⁹² Richtigstellung des Zeugen: streiche „von im ganzen Kontext Tätigen“, Anlage

⁹³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „nicht, ob da zumindest - - also“, setze „dass“, Anlage

⁹⁴ Ergänzung des Zeugen: setze „nicht.“, Anlage

⁹⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ , kann ich sagen, ist nicht der Fall gewesen.“, Anlage

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Also, wir haben ein Dokument; das ist auf Verlangen der Opposition den Unterlagen beigelegt worden. Das ist MAT B 56, für das Protokoll. Es handelt sich da um eine Niederschrift über eine Sitzung des niedersächsischen Untersuchungsausschusses „Asse“ - in dem Fall vom 25. Februar 2010 -, wo Sie ja auch ausgesagt haben. Da gab es eine Reihe von Wortmeldungen oder Beiträgen von Ihnen, wo es wohl auch um diesen - was Sie gerade als spezielles Verhältnis bezeichnet haben - Wechsel insbesondere von Ihnen als Präsident dann zu Ihrem Nachfolger, dem Präsidenten König, der ja auch heute noch Präsident des Bundesamts ist, geht. Wenn ich da richtig draus zitieren darf - - Das ist jetzt die Seite 56 fürs Protokoll.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist jetzt der König Gegenstand des Untersuchungsauftrags?)

- Das ist eine Unterlage, die Sie ja selber zu Protokoll genommen haben. Ich weiß gar nicht, warum man die Berechtigung zur Frage infrage stellt.

(Zurufe)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lassen Sie den Kollegen Paul bitte weiterfragen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Da heißt es nämlich dann - da werden Sie zitiert -:

Dann wurde ich gerufen, und dann hat er mir gesagt, während wir in meinem ehemaligen, also seinem

- sprich: Herrn Königs -

Zimmer standen: Ich bitte Sie, bis Montag das Institut, das Amt verlassen zu haben. Ich fragte ihn: Wie ist das eigentlich zu begründen? Ich habe hier durch den Vizepräsidenten ein Gastwissenschaftlerzimmer bekommen. - Denn ich war ja nicht mehr Präsident gewesen. Da sagte er: Ich brauche und werde das Ihnen nicht begründen. - Dann ist er an seinen Schreibtisch gegangen und hat sich hingesetzt. Das war für mich sozusagen der Befehl, jetzt sein Zimmer zu verlassen, was ich auch getan habe.

Erstens. Ist das in der Sache richtig, was ich hier gerade vorgelesen habe? Zweitens.

Ist das der Grund, warum Sie den Kontakt zum jetzigen BfS hier nicht gesucht haben?

(Ute Vogt (SPD): Was hat das mit dem Untersuchungsauftrag zu tun?)

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich hatte ja bewusst vermieden, dies konkret anzusprechen, was ich damals machen musste, weil die Frage in diese Richtung ging über die Verbindung zum Bundesamt für Strahlenschutz. Da musste ich ja die Auskunft erteilen dem Untersuchungsausschuss, welches die Gründe sind, warum zwischen dem Bundesamt für Strahlenschutz und mir überhaupt keine Verbindung mehr existiert, und die ich auch bewusst dann gemieden habe aufgrund dieses hier geschilderten Vorfalls. Ich habe - ich sage es noch mal - dies hier in dieser Form überhaupt nicht angesprochen und wollte es auch nicht tun, weil ich glaube, dass es mit dem Thema Gorleben nichts zu tun hat.

Wenn Sie natürlich die Informationen durch Besprechungsprotokolle usw. ansprechen, die ich eben nicht studiert habe, dann ist die Begründung, dass ich diese Verbindung zu der Leitung, der jetzigen Leitung des Bundesamtes für Strahlenschutz meide und meiden muss aufgrund der Vergangenheit und ich beim BMU

(Ute Vogt (SPD): Ich bitte trotzdem, zu prüfen, was das mit dem Untersuchungsauftrag zu tun hat! Das ist ja bestimmt im Protokoll!)

auch konkret keine Notwendigkeit sah, sozusagen anonym irgendwelche Akten anzufordern, um mich noch sachkundig zu machen. Das war der Grund.

Ich habe mich sachkundig gemacht aufgrund dessen, was ich eben gelesen habe und aus der damaligen Zeit ja schon kannte durch diese beiden Bücher und eben aufgrund der Erinnerung dessen, was ich selbst in den zehn Jahren, soweit ich das behalten habe, miterlebt habe. Also, ich selbst würde das auch nicht mehr vertiefen wollen, weil es nun mal eine nicht sehr erfreuliche Angelegenheit ist.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich glaube, das müssen wir auch nicht mehr vertiefen. Es ging ja schließlich um die Frage: Wie war die Vorbereitung auf die heutige Sitzung? Die ist, glaube ich, jetzt sehr erschöpfend beantwortet.

(Ute Vogt (SPD): Ja, das ist sie!)

Ich darf jetzt mal auf einen etwas anderen Sachverhalt zu sprechen kommen, und zwar:

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine andere Sachfrage! Endlich mal eine Sachfrage!)

Es war im ersten Jahr Ihrer Amtszeit, im Jahre 1990, als es zu einem Regierungswechsel im Land Niedersachsen kam, hin zum Ministerpräsidenten Gerhard Schröder. Die damalige rot-grüne Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag einen eigenen Punkt gehabt zum Thema Gorleben, und da heißt es - so war die Festlegung; ich zitiere jetzt hier den Koalitionsvertrag -:

Für beide Koalitionspartner haben die bisherigen Erkundungsergebnisse am Standort des geplanten Endlagers Gorleben dessen mangelnde Eignungshöflichkeit hinreichend belegt. Sie lehnen daher ein Endlager für radioaktive Abfälle am Standort Gorleben ab.

(Zuruf: Kluge Landesregierung!)

Im Rahmen des geltenden Rechts werden die Koalitionspartner alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Baumaßnahmen zu beenden.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut so! Guter Beschluss!)

Welche Möglichkeiten - so wie sie jetzt da angesprochen waren - hat denn in der Folge die rot-grüne Landesregierung ergriffen, um das Endlagerprojekt Gorleben zu behindern, zu verhindern?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Zunächst einmal muss ich sagen, dass diese Argumentation wenig Inhalt hat; denn eine solche Äußerung sagt eigentlich sehr wenig über die Gründe, warum man eine Endlagerung zum Beispiel, wie geplant, in einer Salzformation in Zweifel stellen sollte. Wären sachliche Gründe gekommen, hätte man darauf reagieren können; aber das ist ja etwas, was es einfach unmöglich macht, sachlich darauf zu antworten. Aber das ist nun mal in vielen Dingen auf diesem Sektor so. Ich glaube, es lohnt auch nicht, darüber zu diskutieren.

Die Frage, die Sie gestellt haben, war, wenn ich das noch mal mit meinen Worten sagen darf: Welche Auswirkungen hatte das auf unsere Tätigkeit? Nun, unsere wesentli-

che Tätigkeit war ja nicht - oder ist glücklicherweise nicht - auf diesem politischen Sektor gewesen, sondern wir haben mit Behörden aus dem Land Niedersachsen zusammengearbeitet bzw. Bundesbehörden, wie die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und natürlich das Landesamt für Geologie - glaube ich, heißt es - in Niedersachsen, oder hieß es damals. Das war überhaupt nicht dadurch in irgendeiner Form beeinflusst. Insofern hat sich da nichts ergeben für uns, was, sagen wir mal, die Arbeit negativ beeinflusst hätte. Die anderen, atmosphärischen Probleme, die - muss ich Ihnen ehrlich sagen - haben mich wenig tangiert, weil ich sagte: Das ist nicht das, was wir zu leisten haben, sondern wir haben mit Maß und Zahl zu belegen, ob etwas geeignet ist oder nicht.

Also, insofern bitte ich um Entschuldigung, wenn ich darauf nicht sehr tiefschürfend eingehe. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass das nicht das ist, was eigentlich unsere Aufgabe wäre⁹⁶. Wir müssen das leisten, was der Politiker braucht, um da eine Entscheidung zu treffen. Ob die gut oder nicht gut ist, ist eine ganz andere Frage. Die ist aber nicht von uns zu beantworten. Also, ich bin nicht so sicher, ob ich was Vernünftiges dazu sagen kann.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ihnen ist aber sicherlich bekannt, dass es ja in der Folge von Maßnahmen der niedersächsischen Landesregierung zu einem Streit zwischen Bund und Land kam, der ja in Schadensersatzforderungen des Bundes gegen das Land mündete. Es gab Gerichtsverfahren darüber. Das Land wurde rechtskräftig verurteilt. Es wurden Schadensersatzforderungen in zweistelliger Millionenhöhe geltend gemacht. Wenn ich das richtig sehe, waren ja diese Prozesse deshalb angestrengt worden, weil der Bund der Auffassung war, dass an dieser Stelle das Land Niedersachsen etwas nicht rechtmäßig gemacht hat. Sonst gäbe es ja keinen Grund zu klagen. Ist das so?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, das wird wohl so sein. Ich sage es noch mal: Das sind Dinge, da habe ich mich auch nicht mit beschäftigt. Nur weiß ich zum Beispiel auch

⁹⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „wäre“, setze „ , d. h. die einer wissenschaftlichen Bundesoberbehörde ist“, Anlage

nicht, warum diese doch im Millionenbereich anstehenden Verurteilungen überhaupt nicht, glaube ich, umgesetzt wurden. Da ist, glaube ich, nie Geld geflossen. Die damalige Umweltministerin in Niedersachsen ist in der Zwischenzeit auf europäischer Ebene tätig für, glaube ich, irgendwelche kulturellen Probleme. Also, ich kann wirklich nichts dazu sagen. Ich weiß nur, dass die EVU damals, die natürlich das Ganze, also unsere Tätigkeit über DBE, mittelbar oder unmittelbar finanziert haben, immer wieder uns angesprochen haben, dass hier Geld, das sie selbst generiert haben, nicht zurückgeflossen ist durch diese Verurteilung. Aber es war, so sehr ich das auch als richtig empfinde, nicht unsere Aufgabe und auch nicht unsere Möglichkeiten, uns darum zu bemühen, dass diese ausgesprochenen Verurteilungen in Münze umgewandelt wurden.

Also, ich kann wirklich nichts dazu sagen, außer dass da natürlich von denen, die in die Tasche greifen mussten, um zu zahlen, ein Unbehagen entstanden war.⁹⁷

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich will es mal von der anderen Seite her aufziehen. Es gab ja offensichtlich auch zeitliche Verzögerungen aufgrund von Maßnahmen des Landes Niedersachsen, die dann eben zu diesen Schadensersatzforderungen geführt haben. Wenn man sich vorstellt, das wäre alles so gelaufen, wie der Bund es beantragt hatte, wie die Gerichte es ja für richtig angesehen haben: Wären wir dann in der Erkundung des Salzstocks Gorleben zeitlich schneller vorangekommen, oder hätte das im Grunde genommen keinen Unterschied auf die Erkenntnis gehabt, wie wir sie heute haben?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, hier kann ich eigentlich auch nur Vermutungen aussprechen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das wollen wir ja eigentlich nicht; keine Vermutungen.

Jetzt noch mal zur Zeugenbefragung im Allgemeinen ein ganz kurzer Hinweis: Herr Professor Kaul, Sie sind gebeten, aus Ihrer Erinnerung zu berichten. Sie sind nicht gebeten, zu vermuten, einzuschätzen, zu glauben oder - -

⁹⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ , außer dass da natürlich von denen, die in die Tasche greifen mussten, um zu zahlen, ein Unbehagen entstanden war“, Anlage

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich wollte eigentlich nicht quantitativ eine Vermutung aussprechen, sondern eigentlich mehr relativ. Wenn ich das darf, kann man das - ich bezeichne das mal als Vermutung - -

(Ute Vogt (SPD): Das Problem ist, er dürfte Sie gar nicht danach fragen! - Gegenruf des Abg. Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Natürlich! - Gegenruf der Abg. Ute Vogt (SPD): Nein, das ist eine Hypothese! - Gegenruf des Abg. Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das war ja keine Hypothese!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte schön. Aus Ihrer Kenntnis heraus bitten wir Sie zu berichten.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, aus meiner Kenntnis heraus spreche ich folgende Vermutung aus: Das, was durch Dilatation, zeitliche Dilatation durch das Land Niedersachsen zur damaligen Zeit resultierte, ist im Vergleich zu dem Gorleben-Moratorium, was von dem damaligen Bundesumweltminister ausgesprochen wurde und mehrere Jahre eben dazu geführt hat, dass nicht weitererkundet wurde, eine, ich würde sagen, fast vernachlässigbar kleine Verzögerung gegenüber der, die durch das Moratorium entstanden ist. Das ist also meine Vermutung, und das, glaube ich, ist sicherlich auch berechtigt zu sagen; denn allein schon zeitlich gesehen ist diese Unterbrechung der Arbeit in Gorleben, die dadurch entstanden ist, weitaus größer als die Unterbrechungen durch diese Verhaltensweise im Land Niedersachsen. Denn die Zusammenarbeit mit denen, die das Problem bearbeitet haben, war dadurch nicht in irgendeiner Form eingeschränkt, sondern die wissenschaftliche Kooperation hat nach wie vor stattgefunden, obwohl eben diese⁹⁸ politischen Verhältnisse⁹⁹ waren. Das ist der Grund, warum ich diese Vermutung auch vertreten kann und auch ausgesprochen habe; das glaubte ich zu dürfen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. Der Kollege Pols würde dann weitermachen.

⁹⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „diese“, setze „dies“, Anlage

⁹⁹ Ergänzung des Zeugen: setze „in Niedersachsen“, Anlage

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Auch von mir guten Tag, Herr Professor Kaul. Ich möchte mal zu einer ganz anderen Sache kommen, und zwar zu der sicherlich auch Ihnen bekannten BGR-Salzstudie aus dem Jahre 1995. Im Jahre 95 hat ja die damalige Umweltministerin Dr. Angela Merkel der Öffentlichkeit die BGR-Studie *Endlagerung stark wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle in tiefen geologischen Formationen Deutschlands, Untersuchung und Bewertung von Salzformationen* - das ist MAT B 49, also die sogenannte BGR-Salzstudie - vorgestellt. In dieser Studie wurden Ersatzstandorte in Steinsalz benannt für den Fall, dass der Salzstock Gorleben sich bei weiterer Erkundung als ungeeignet erweisen würde. Sie kennen diese Studie? Davon gehe ich mal aus.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich weiß von der Studie. Aber wenn ich sage, ich kenne¹⁰⁰, dann müsste ich sie noch mal intensiv nachvollziehen können. Aber Sie sagen mir bestimmt, was das Entscheidende ist, wozu Sie meine Meinung hören wollen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, mich würde interessieren, wie die öffentliche Reaktion auf diese Studie war. Gab es Reaktionen aus der Öffentlichkeit? Gab es dazu Anfragen von Bürgern, von Bürgermeistern, von Landkreisen oder auch Landtags- und Bundestagsabgeordneten an das BfS oder direkt an Sie? Wenn ja, welchen Charakter hatten die?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich kann jetzt nicht sagen, dass es Anfragen gab, aber ich vermute es. Und wenn es Anfragen gab aus der Öffentlichkeit, dann sind diese Anfragen natürlich bei uns erst mal in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gelangt. Sicher ist, dass diese Anfragen sich alle auf einem gleichen oder, sagen wir mal, auf einem ähnlichen Niveau und in ähnlichen Fragen geäußert haben. Das war ja zu erwarten, und das ist eigentlich auch das, was man erwarten musste.

Die Fragen, die dazu gekommen sind, auch die, die später gekommen sind - - Es wird ja immer wieder infrage gestellt, ob das Salz überhaupt geeignet ist, und es gibt ja viele nachvollziehbare Untersuchungen zur Wechselwirkung von ionisierender Strahlung einschließlich der Emission von Neutronen

und Temperaturen und Untersuchungen über das Fließverhalten von Salz, was deutlich macht, dass es keine andere kristalline Formation gibt, die vergleichbar dem Salz diese Vielzahl von zum Teil sehr positiven Eigenschaften hat. Das wird natürlich immer wieder konterkariert - zum Teil auch aus verständlichen Gründen - durch Schwachstellen, die gesucht und auch gefunden werden, Schwachstellen wie zum Beispiel die Frage nach Lösungseinschlüssen im Salz. Das würden Sie sicherlich irgendwann auch noch ansprechen, nehme ich an, nämlich in dem Zusammenhang: Sind das welche, die Zuflüsse aus dem Deckgebirge sind oder aus dem Nebengebirge oder durch Kavernen in dem Salz, oder sind das Einschlüsse in der kristallinen Struktur? Und die Frage: Kann man aus diesen Einschlüssen und deren Analyse Schlussfolgerungen ziehen auf das Alter und die Stabilität dieses Salzstocks?

Das wird aber natürlich nicht - und kann auch vielleicht nicht - von der Öffentlichkeit als Frage an das Amt oder an diejenigen, die auf diesem Gebiet arbeiten, herangetragen werden, weil das Dinge sind, die vielleicht sehr schwer für einen Bürger als Kritik zu äußern angesetzt werden können. Es ist einfacher anzusetzen mit solch pauschalen Aussagen: Das Salz ist ungeeignet. Und es kommt dann noch dazu: Vergleicht das mal mit Asse! Das macht deutlich, dass das völlig ungeeignet ist.

Wenn solche Fragen gestellt werden, dann ist es sicherlich für jemanden, der fachlich kompetent eine Antwort geben soll, sehr viel schwieriger, als solche Pauschalaussage zu machen: Na ja, macht euch mal keine Sorgen, das ist nichts. - Also, ich will damit sagen: Da sind sicher Fragen gestellt worden. Die wurden von uns, von der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, beantwortet. Hier haben wir häufiger auch zusammengesessen und mal solche Fragen diskutiert. Wir haben uns auch bemüht natürlich, mit Journalisten zu sprechen, um die Informationen zu verteilen¹⁰¹. Aber das ist, ich würde sagen, mehr oder weniger misslungen, weil da kein großes Interesse war für solche Diskussionen.

Also, ich weiß nicht, ob das auch irgendwie hilfreich ist, um so ein komplexes Problem so zu diskutieren, um diesen Widerstand, der meistens eben mehr vom Gefühl her kommt, abzubauen. Das ist sehr schwer.

¹⁰⁰ Ergänzung des Zeugen: setze „sie“, Anlage

¹⁰¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „verteilen“, setze „streuen“, Anlage

Ich habe es versucht. Ich will Ihnen als Beispiel mal sagen: Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl war ich noch im Bundesgesundheitsamt, Institut für Strahlenhygiene, in dem wir die Bevölkerung eingeladen haben, um die Konsequenzen, die auch empfohlen wurden von der Strahlenschutzkommission, überzubringen auf die Bevölkerung. Das waren Unternehmen, die sind sehr enttäuschend verlaufen. Ich sage mal so ein Beispiel am Rand nur: Als an der Evangelischen Akademie in Tutzing nach dem Reaktorunfall eine Diskussion war über die Folgen für die Bevölkerung und ich eingeladen war, darüber zu sprechen, und eine Vielzahl von jungen Frauen mit ihren Kindern anwesend waren, wurde ich gleich beschimpft: Sie sind ein Mörder. Sie bringen meine Kinder um. - Damit waren natürlich schon die Voraussetzungen geschaffen in das Emotionale und eine sachliche Diskussion sehr schwierig. Das ist eben leider so, dass da immer wieder solche Diskussionen entbrennen, die in einer Bevölkerung, die nicht informiert ist oder sich nicht informieren lassen will oder die bewusst falsch informiert wird, geführt wird¹⁰².

Eckhard Pols (CDU/CSU): Okay, machen wir nachher da weiter! Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Damit ist das Fragerecht der CDU/CSU-Fraktion zunächst erschöpft und geht jetzt an die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank. - Herr Professor Kaul, ich möchte gleich an der angesprochenen Studie ansetzen und Sie fragen, ob Sie uns sagen können, warum man damals die zusätzlich untersuchten Standorte nicht unmittelbar mit dem Standort Gorleben verglichen hat. Es gab ja diese Studie, die eine Reihung vornahm. Warum gab es keinen Vergleich der zusätzlich untersuchten Standorte mit Gorleben?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, der Vergleich - - Sie meinen jetzt, bevor überhaupt die Erkundung begonnen wurde von Gorleben?

Ute Vogt (SPD): Nein, das wäre auch interessant; aber mir geht es im Moment um

die Frage der Studie, die man - wann war es: 96? -

(Zurufe: 95!)

95 in Auftrag gegeben hatte, die eine gewisse Festlegung verschiedener alternativer Standorte - - Die wurden kategorisiert. Aber es gab keinen Vergleich zu Gorleben.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, der Vergleich ist natürlich deswegen nicht unmittelbar zu führen, weil in Gorleben eine Erkundung durchgeführt wurde mit Ergebnissen aufgrund von hydrogeologischen Untersuchungen und anderen geophysikalischen Untersuchungen, während die Standorte, die ja mal ursprünglich in Niedersachsen - es waren drei - auch zur Diskussion gestellt wurden, ja nur auf dem Papier stattgefunden hatten, also aufgrund eben des Studiums, im Wesentlichen durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, die ja die Katalogisierung dieser Region hat, in der solche geologischen Formationen sind. Insofern ist der Vergleich natürlich sowieso praktisch nicht durchführbar, direkt nicht durchführbar. Auf der einen Seite hat man, wie gesagt, schon Erkundungsergebnisse, die eine Aussage erlauben über die Zusammensetzung des Salzstocks, über die Frage der Größe dieses Salzstocks, während man auf der anderen Seite nur Ergebnisse hat von geologischen Untersuchungen, die - aus welchen Gründen auch immer, die ich nicht weiß - durchgeführt wurden in der Region Niedersachsen.

Das ist ja das Problem, das auch diskutiert wird immer unter dem jetzigen Gesichtspunkt, indem man sagt: Wir hören mal in Gorleben auf und gehen andere mögliche Orte für die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Stoffe an und lassen Gorleben ruhen. Das ist eine Diskussion, die ja leider auch geführt wird, aber nicht so sehr fruchtbar ist. Sie haben auf der einen Seite eben die Möglichkeit, etwas zu untersuchen. Sie haben Ergebnisse und sagen: Das ist für mich ein Maßstab hinsichtlich der Qualität. - Wenn ich das aber mit anderen Regionen vergleichen will, müsste ich eigentlich das Gleiche machen, um dann die Ergebnisse gegeneinander zu stellen. Das ist natürlich etwas, was bedeutet: Was sind die Erfahrungen von Gorleben, die ich übertrage auf die Art der Erkundung in anderen Regionen, was sinnvoll wäre. Aber das bedeutet, dass ich die Erkundung, die zurzeit in Gorleben läuft

¹⁰² Richtigstellung des Zeugen: streiche „wird“, setze „werden“, Anlage

oder wieder begonnen hat zu laufen, wieder anhalte und erst mal das andere sozusagen hochfahre, bis ich den gleichen Stand habe, wie ich ihn in Gorleben habe. Das hätte den Nachteil, dass man nicht weitere Erkenntnisse¹⁰³ gewinnen kann in der Zeit, sondern zunächst mal nur bis zum Status quo kommt und dann sagt: So, jetzt gucken wir mal, ob diese anderen Standorte, die ich gleichermaßen intensiv erkunde wie Gorleben bisher, miteinander überhaupt kompatibel sind.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich gehe davon aus, dass das genau die Überlegung von 1995 war; denn die Gegenwart - -

Ute Vogt (SPD): Ja, ich hatte auch etwas anderes gefragt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Ich gehe ja davon aus. Deshalb wollte ich den Zeugen nur noch mal daran erinnern, dass die Überlegungen von 1995 in diesem Zusammenhang von großem Interesse sind, die Überlegungen des Jahres 2011 dagegen nicht.

Ute Vogt (SPD): Es gab ja auch damals schon die Diskussion - schon von Beginn an, eigentlich schon vor Festlegung des Standortes -, dass es sinnvoll sei, verschiedene alternative Standorte zu untersuchen, um den bestmöglichen Standort - es ist ja nicht auszuschließen, dass es einen besseren geben könnte als Gorleben - zu finden. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, was damals gegen eine Untersuchung von alternativen Standorten gesprochen hat. Warum hat man sich ausschließlich auf Gorleben konzentriert? Denn eine Untersuchung von Alternativen hätte ja sicher auch die politische Situation in Gorleben etwas beruhigt. War das nie Thema?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, zunächst mal: Das, was Sie jetzt am Schluss gesagt haben, das würde ich nicht unterschreiben. Natürlich wäre es in Gorleben ruhiger geworden, aber anderenorts unruhiger; denn überall dort, wo Sie das machen wollen, was in Gorleben bisher gemacht wurde, würde es zu dem gleichen Widerstand in der Bevölkerung führen, wie der Widerstand in Gorleben entstanden ist.

¹⁰³ Ergänzung des Zeugen: setze „für Gorleben“, Anlage

Ute Vogt (SPD): War das der Grund, warum man das damals nicht gemacht hat?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein, das ist nicht der Grund. Das Entscheidende, bevor man einen Standort erkundet, ist, die Frage zu beantworten: Welche geologische Formation ist dort gegeben? Ist es zum Beispiel Granit, oder ist es Salz, oder ist es - was zum Beispiel auch möglich ist - Tuffgestein oder Ähnliches mehr? Da ist die Frage natürlich, bevor man das tut: Man vergleicht die bekannten Parameter, die die Qualität einer dieser geologischen Formationen bestimmt: also die Eigenschaften des Salzes im Vergleich zu den Eigenschaften des Granit, im Vergleich zu den anderen Eigenschaften anderer geologischer Formationen. Diese Vergleiche sind gemacht, schon seit langem gemacht, und sind also, wenn man so will, schon ein Muster für Handeln.

Ich will Ihnen ein Beispiel sagen: Die Finnen und die Schweden haben kein Salz, sondern die haben Granit als kristalline Formation, in der sie, wie in Forsmark zum Beispiel in Schweden, radioaktive Stoffe einlagern. Dieser Granit als kristalline geologische Struktur, wie das auch das Salz hat, ist dadurch gekennzeichnet, dass sie viele Risse usw. hat.

Ute Vogt (SPD): Ja, das ist uns bekannt.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das bedeutet, dass man Kredit nehmen muss von technischen Barrieren im Vergleich zum Salz, was ja auch die Schweden gemacht haben, indem eben geologisch-technologische Maßnahmen ergriffen werden, um den Zufluss von Wasser in diese Granitformationen und die Möglichkeit des Wegtransportierens von Radioaktivität zumindest zu reduzieren. Das ist sozusagen der erste Schritt, den man macht, wenn man das jetzt alternativ macht, indem man fragt: Welche Formationen habe ich? Nehme ich die bekanntermaßen bessere Formation oder die - -

Ute Vogt (SPD): Es ist ja unstrittig, dass man sich damals erst mal auf Salz geeinigt hat. Es war ja nur die Frage, warum es so absolut vermieden wurde, alternativ zu Gorleben andere Salzstandorte zu untersuchen. Das war ja das Thema, was nie stattgefunden hat: eine alternative Standortsuche. Das war der Kern meiner Frage, die Sie aber nur damit beantwortet haben, dass es halt auch

politisch schwierig ist, an mehreren Standorten gleichzeitig zu untersuchen.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Na, politisch schwierig würde ich es nicht bezeichnen, sondern ich würde sagen: Die Probleme, die aus der Untersuchung eines Standortes entstehen, sind überall gleich. Das sehen Sie ja auch heute zum Beispiel bei der Diskussion der alternativen Energien und deren Transport, welche Diskussionen das weckt.

Ute Vogt (SPD): Ja, aber das ist auch wieder nicht unser Untersuchungsgegenstand.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein, nein, das weiß ich. Aber es muss doch erlaubt sein - Entschuldigung! -,

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht hier!)

auch einmal darauf hinzuweisen, dass es nicht eine isolierte Diskussion ist, sondern dass es eine grundsätzliche Diskussion in unserer Gesellschaft ist. Aber auf der anderen Seite - -

Ute Vogt (SPD): Ja, aber es geht hier doch nicht um gesellschaftliche Bewertungen, sondern es geht hier um die Frage der Sicherheit und um die Verantwortung, dass wir maximale Sicherheit gewährleisten müssen. Meine Frage ist: Wie kann man eigentlich eine maximale Sicherheit gewährleisten, wenn man nur einen einzigen Standort ins Auge nimmt und dabei möglicherweise versäumt, zu schauen, dass es noch fünf andere gibt, die vielleicht viel sicherer gewesen wären? Das ist doch der Knackpunkt. Ich möchte von Ihnen wissen, warum man damals diese Alternativen nicht untersucht hat.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das, was Sie eben von der Sicherheit sagen, also darüber könnte man stundenlang streiten. Das will ich aber nicht tun. Wenn wir sagen: „Salz ist die geologische Formation, in der wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle optimal eingelagert werden“, müssen weitere Bedingungen zum Tragen kommen für die Entscheidung, ob A-Ort oder B-Ort oder C-Ort. Dazu gehört zum Beispiel die Tiefe des Salzstocks, den man hat, verfügbar hat. Ist er tief genug, um möglichst weit von Grundwasserbewegungen entfernt zu sein, bei gleicher geologischer Formation?

Ute Vogt (SPD): Die Frage - Entschuldigung! - war: Warum hat man nicht verschiedene Standorte untersucht? Ich meine, das wissen wir doch. Also, Entschuldigung, wir haben doch hier keine Sachverständigenbefragung über die - -

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wer stellt denn die Fragen hier?)

Die Frage war: Warum hat man ausschließlich Gorleben untersucht und nicht parallel mehrere Standorte ins Auge gefasst und die mit Gorleben verglichen, weil man - jetzt komme ich noch mal zurück - 95 die Studie gemacht hat, mehrere Salzstandorte bewertet hat, aber ein Vergleich mit Gorleben unterblieben ist?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Sie geben mir überhaupt nicht die Chance, eine Frage zu beantworten.

(Zuruf: Das finde ich auch!)

Ich finde das nicht fair.

Ute Vogt (SPD): Ich habe das ja schon fünfmal versucht.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, wenn Sie ihn nicht ausreden lassen!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lassen Sie bitte den Zeugen ausreden! Meine Kollegen, ich habe hier die Sitzungsleitung. Ich glaube, ich kriege das im Moment ganz gut alleine hin. Lassen Sie den Zeugen bitte ausreden, und dann können Sie ja gegebenenfalls noch mal nachfragen. Bitte, Herr Professor Kaul.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich versuche es noch mal. - Wenn ich mich entschlossen habe aufgrund der grundsätzlichen Diskussion, welches die geeignete geologische Formation ist, und bei einem Medium bin - Salz -, dann muss ich andere Parameter heranziehen, um eine vergleichende Bewertung zu machen. An der Stelle konnte ich schon nicht mehr weitersprechen. Ich habe dann gesagt oder ich sage jetzt, nachdem ich die Chance habe: Man kann den nächsten Schritt tun, indem man zum Beispiel diese Salzformation, ihre Struktur miteinander vergleicht, was zum Beispiel die Tiefe dieser Salzformation anbetrifft, den Abstand zu den wasserführenden Schichten. Das sind Dinge, die man auf dem Papier machen

kann; denn das sind Dinge, die bekannt sind. Da können Sie sich mit den Damen und Herren der Geologischen Bundesanstalt in Verbindung setzen. Das ist eine Kartierung der Eigenschaften von - - ich weiß nicht, wie viele Salzstöcke es in Niedersachsen gibt, und diese sind beschreibbar durch solche Kriterien. Also, wenn man das gemacht hat - und es wurde gemacht -, dann sind diese drei Orte, die in Niedersachsen zunächst einmal benannt waren als neben Gorleben möglicherweise zu verwendende Orte für die Deponierung von radioaktiven Abfällen, dann ausgeschlossen worden, nachdem man diese Hinweise neben der Salzformation, die die gleiche ist, der Parameter, der der gleiche ist, ausgeschlossen hat. So ist das entschieden worden. Das können Sie nachvollziehen, wann das stattgefunden hat. Und dann hat man eben gesagt, dass Gorleben geeignet ist.

Es gibt noch einen anderen Grund, der natürlich dann reingespielt hat: Gorleben ist ja als ein Entsorgungszentrum gedacht worden. Was für Gründe dafür gesprochen haben, an diesem Ort Gorleben ein Entsorgungszentrum und Aufbereitungszentrum aufzubauen, weiß ich jetzt nicht. Das ist schon eine politische Entscheidung, die dann aufgehoben wurde durch den damaligen Ministerpräsidenten. Albrecht, glaube ich, war es gewesen, in der Zeit, in der ich noch nicht einmal in Niedersachsen gewohnt habe. Da war ich angewiesen auf Literatur jedenfalls. Das ist ja dann ausgeschlossen worden.

Das wäre die Beantwortung der Frage, warum man das nicht untersucht hat. Das hätte man nicht untersuchen müssen, weil man schon diese Informationen auf der Basis bekannter Daten machen konnte.

Aber ich hatte es ja vorher angesprochen - letzter Satz -: Die Untersuchung anderer Standorte ist ja so, dass wir nicht hier von einem geologischen Medium sprechen, sondern eben verschiedenen. Wenn wir nach Baden-Württemberg schauen oder nach Bayern, wo ja jetzt auch die Tür geöffnet zu sein scheint für die Möglichkeit einer Erkundung, dann sind das nicht Formationen, wie wir sie im Salz haben, das heißt, in Gorleben haben. Deswegen bin ich nach wie vor der Meinung und habe es ja auch zum Ausdruck gebracht: Man hat hier Erfahrungen, wie man eine Erkundung durchführt. Diese Ergebnisse können iterativ eingesetzt werden für die Erkundung andernorts; denn die Art, wie

man erkundet, ist ja nahezu identisch, nicht voll identisch, aber nahezu identisch. Dies könnte oder sollte förderlich sein für die, sagen wir mal, mit einem höheren Wirkungsgrad betriebene Erkundung andernorts in anderen geologischen Formationen. So, das ist das, was ich dazu sage.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank.

(Ute Vogt (SPD): Damit ist dann die Fragezeit aufgebraucht!)

- Wir haben ja noch genug Zeit. - Das Frage-recht geht jetzt an die FDP-Fraktion. Frau Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Sehr geehrter Herr Professor Kaul, vielen Dank, dass Sie hier zur Verfügung stehen, und auch für die Geduld, mit der Sie diese Fragen beantworten. Ich komme aus Schleswig-Holstein; Niedersachsen ist für mich nicht so ganz weit weg.

Ich möchte noch mal zum Salzstock Gorleben zurückkommen. Da gab es ein Erkundungskonzept. Ist dieses Erkundungskonzept, was bestand, in den Jahren 97 und 98 geändert worden?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Jetzt geändert worden?

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): 97/98, vor 15 Jahren.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Na ja, ich sagte ja bereits auf die Frage der Frau Vorsitzenden - Zitat der Änderungen, Namen: Thomauske -, dass das adaptiert wurde an die Realität, nämlich eben, was die Salzrechte anbetrifft.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir verstehen nichts mehr!)

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Könnten Sie ein bisschen näher ans Mikrofon gehen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Näher ans Mikrofon, bitte. Sie müssen sich bitte näher zum Mikrofon bewegen. - Ja, genau.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das, was Sie eben zitiert haben, war ja schon mal

angesprochen gewesen. Es ist also keine grundsätzliche Änderung des Konzeptes, sondern es ist eine Adaptation der Erkundung an die Realität, und die Realität - wir hatten das ja schon diskutiert - ist eben gegeben im Wesentlichen durch die nicht alle verfügbaren und wünschenswerten Salzrechte und zum anderen durch die Ergebnisse während der Erkundung, nämlich die, dass Formationen angefahren wurden, die eben nicht für die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle unter dem Aspekt der damit verbundenen Sicherheit geeignet sind. Es gibt ja verschiedene Salzformationen, und die können nicht gleichermaßen pauschal als Salz bezeichnet werden, sondern müssen eben die optimalen Eigenschaften beinhalten, die geeignet sind für den langfristigen Einschluss von wärmeentwickelnden radioaktiven Abfällen.

Insofern ist es konzeptionell nicht geändert, sondern nur in der Durchführbarkeit gegenüber dem ursprünglichen Plan, der ja auch unter dem Aspekt der Mengenverhältnisse, die damals zur Diskussion standen, geändert werden musste.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Gut. Es gab also auch gar keinen Grund, das Erkundungskonzept zu ändern, sondern es musste die tatsächliche Vorgehensweise angepasst werden.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: So ist es, richtig.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Richtig. - Gab es damals juristische Auseinandersetzungen? Sind insbesondere Prozesse geführt worden? Wie sind diese Prozesse gegebenenfalls ausgegangen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Wenn Sie mir mal bitte sagen würden, welche Prozesse geführt wurden und worum es dabei ging.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Es geht um Prozesse hinsichtlich der Änderung des Erkundungskonzeptes. Ist das in Prozessen behandelt worden?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Wenn Sie mir das doch noch mal konkret sagen können, welche Prozesse durch wen geführt wurden und was der Inhalt des Streites war.

Aufgrund dieser Aussage kann ich keine Antwort geben.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Okay. Es geht um den Rahmenbetriebsplan.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Bitte?

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Es geht um den Rahmenbetriebsplan.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Rahmenbetriebsplan. Ja, der musste angepasst werden an die neue Situation.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Richtig.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Und die Folgen haben wir ja schon diskutiert. Es kann die Folge sein, dass eine Verzögerung sozusagen der Erkundung damit verbunden ist. Die Kosten - hatten wir auch schon angesprochen - werden damit abhängig sein, auch zum Beispiel, wenn man Umgehungen machen musste, was hier auch der Fall ist, um Regionen, die sich in ihrer geologischen oder geophysikalischen Eigenschaft von dem unterschieden, was für die Einlagerung eine optimale geologische Formation ist - - Dass da Prozesse geführt wurden, was den Betriebsplan, den Rahmenbetriebsplan anbetrifft, das ist eigentlich eine natürliche Folge. Was Sie jetzt wissen wollen zu den Prozessen, habe ich noch nicht so ganz verstanden.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Ich will wissen, wie sie ausgegangen sind.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das weiß ich nicht mehr. Also, das kann ich - -

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Okay. Ich habe dafür volles Verständnis - das ist 15 Jahre zurück -, dass Sie bestimmte Dinge nicht mehr wissen. Das kann ich gut nachvollziehen.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein, also das mit Sicherheit nicht, und dazu sage ich Ihnen einfach auch ganz schlicht und ergreifend: Ich bin nicht Jurist. Der Vizepräsident ist Jurist, und diese Dinge sind in den Händen des Vizepräsidenten und nicht - - Und ich wäre Dilettant auf diesem Gebiet. Ich muss sagen, ich verstehe von der Juristerei praktisch nichts und habe also auch nicht -

jetzt schon gar nicht mehr - im Gedächtnis, was damals überhaupt im Detail diskutiert wurde. Zumindest bei diesen Auseinandersetzungen war ich außen vor. Ich war nur auf der fachlichen Seite Gesprächspartner gewesen. Es tut mir leid; also da können Sie von mir nichts erwarten.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Doch. Sie geben ja schon - - Ich finde, Sie haben eine bewundernswerte Erinnerung noch an die damalige Zeit. In der Beziehung sehe ich das eigentlich sehr positiv.

Es wird behauptet, es habe 1996 einen fachlichen Konsens gegeben, dass nur bei einer vollständigen Erkundung des gesamten Salzstockes, das heißt aller möglichen Erkundungsbereiche - sowohl Richtung Nordost als auch Südwest -, nur dann eine Eigenschaftsaussage möglich sei.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Diesen Konsens kenne ich nicht, und ich weiß auch nicht, wer den Konsens geschlossen hat. Ich kann nur dazu sagen: Was damals diskutiert wurde, war, dass wir sagten, wir müssen Einschränkungen hinnehmen, wenn wir nicht in der Lage sind, die Salzrechte durch Grafen Bernstorff und die evangelischen Gemeinden zu erhalten, und zweitens, dass wir diese bei der Erkundung gefundenen Formationen ausklammern, in denen die Einlagerung der Abfälle unter dem maximalen Sicherheitsaspekt nicht gegeben ist, auch zum Beispiel durch mögliche Verbindungen zu wasserführenden Schichten.

Das schließt aber ein, dass die Sicherheit das Kriterium ist, nach dem überhaupt die Einlagerung dann später - das heißt das Planfeststellungsverfahren als Vorlauf für die Genehmigung für die Umrüstung des Bergwerkes, für die Einlagerung -, also dass diese Sicherheitskriterien uneingeschränkt, wie ursprünglich in der Planung vorgesehen, realisierbar sind. Das war nie zur Diskussion gestanden und kann auch nicht zur Diskussion stehen, weil es eine ganz strenge Einhaltung der Kriterien für die Endlagerung von Abfällen gibt, die erfüllt sein müssen und nicht in irgendeiner Form aufgegeben werden können zugunsten irgendwelcher Situationen, die sich bei einer Erkundung ergeben haben. Diese sind - wenn wir darüber sprechen wollen, fühle ich mich dann wirklich kompetent, da mitzureden - die Grundvoraussetzungen überhaupt dafür, dass nach einer Erkundung festgestellt wird: Wir können

in das Planfeststellungsverfahren gehen für ein Bergwerk, das umgerüstet werden soll nach der Erkundung in ein Endlager. Also, da gibt es keinen Punkt der Diskussion und kein Nachgeben und kein Feilschen um irgendwelche Eigenschaften zulasten der anderen oder zugunsten einer anderen.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Das heißt, die Sicherheit, die maximale Sicherheit der Einlagerung radioaktiver Abfälle ist sozusagen immer Kernpunkt Ihrer Untersuchungen gewesen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das war der Kernpunkt der Untersuchung. Das ist das höchste Gut überhaupt gewesen, und das ist nachvollziehbar auch nicht nur national, nicht nur bei uns, sondern international durch - ich sage mal - Empfehlungen, Empfehlungen zum Beispiel der Internationalen Atomenergiebehörde durch den Vergleich mit dem, was in anderen Ländern gemacht wird, hier in der Bundesrepublik Deutschland durch die Strahlenschutzkommission und deren Empfehlungen und der Reaktor-Sicherheitskommission. Neu dazugekommen ist in den letzten Jahren die Endlagerkommission als Teil der Reaktor-Sicherheitskommission. Das ist etwas, worüber nicht gehandelt wurde und auch gehandelt werden wird.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Das ist schon mal sehr gut. - Dann: Wie ist es mit der untertägigen Erkundung von Gorleben im nordöstlichen Teil? Sollte dort - - Welche weiteren Teile sind erkundet worden? Nicht nur der Nordosten.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, das verstehe ich jetzt nicht ganz.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Sie versteht die
Frage selber nicht!)

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Doch, ich verstehe die Frage schon.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Darf ich noch mal ganz konkret wissen: Wir haben durch die nicht vorhandenen und auch nicht zu erwartenden Salzrechte - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte ein bisschen mehr ans Mikro, Herr Professor Kaul, tut mir leid. Wir können Sie sonst nicht

verstehen, und insbesondere kann die stenografische Aufzeichnung nicht erfolgen.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Wir haben durch die nicht vorhandenen und auch nicht noch später zu erwartenden Salzrechte modifizieren müssen, abgesehen von Ergebnissen der Erkundung, die uns zeigte¹⁰⁴, dass hier eine Formation ist, die ungeeignet ist und umfahren werden muss, um zu einer Region zu kommen, bei der wir weitererkunden können, nämlich weil sie aufgrund von Untersuchungen als geeignet erscheint, geologisch geeignet erscheint, für die Endlagerung, und zweitens wir die Salzrechte haben, um dort die Erkundung durchführen zu können. Es nützt nichts, eine Formation erkannt zu haben - durch mittelbare oder unmittelbare Untersuchungen - und die Salzrechte nicht zu haben. Dann können wir es eben nicht machen, es sei denn, wir bekommen natürlich Ärger vor dem Gericht.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Danke schön.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das ist also - - Da, glaube ich, kann man nicht drüber diskutieren.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Okay, gut. Danke sehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die Linken. Bitte schön, Frau Kollegin Voß.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön, Frau Flachsbarth. - Herr Professor Kaul, ich möchte Ihnen sagen: Ich habe nur sehr wenig Redezeit und Zeit für die Befragung. Deshalb kann es sein, dass ich Sie unterbrechen möchte. Ich bitte Sie um recht kurze Antworten.

Das eine müsste ganz schnell gehen können. Sie hatten eingangs gesagt, Sie haben sich mit einem früheren Zeugen hier verständigt und auch über die Fragen unterhalten, die hier Gegenstand sind. Könnten Sie den Namen sagen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein, also ich muss sagen: So, wie Sie es eben formuliert haben, ist es nicht richtig. Ich habe ein

Gespräch geführt mit einem Kollegen, einem früheren Mitarbeiter, und mich mal erkundigt: Was läuft denn eigentlich da so?

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut, bitte nur den Namen, mehr nicht. Welcher Mitarbeiter war das?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Den Namen möchte ich jetzt nicht nennen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Bitte, aber - - Entschuldigung, Frau Flachsbarth, er möchte den Namen nicht nennen. Ich habe aber gefragt.

(Heiterkeit - Zuruf: Er hat ihn vergessen! Das ist doch einfach! Er weiß ihn nicht mehr!)

Ist das zulässig, dass er hier die Aussage verweigert, wenn ich nach dem frage, wie er sich vorbereitet hat?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Voß, würden Sie mal weiterfragen? Wir prüfen das gerade.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. Das fängt ja gut an. - Dann noch eine weitere Frage. Es gab in den Jahren 96/97 im Bundesamt für Strahlenschutz umfassende Umorganisationen. Die hatten zur Folge, dass der Fachbereich ET aufgeteilt wurde auf zwei Personen: Fachbereichsleiter E Dr. Thomauske und Fachbereichsleiter S Professor Röthemeyer. Wer hat den Anstoß gegeben für diese Umorganisation?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich.

Johanna Voß (DIE LINKE): Sie waren das.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Kurze Antwort.

Johanna Voß (DIE LINKE): Warum? Weshalb hielten Sie das für notwendig?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Der Grund war der, dass ich klar trennen wollte den mehr geologisch-wissenschaftlichen Teil von dem technischen Teil der Erkundung, und zwar: Das eine ist sozusagen eine bergmännische Umsetzung der Methoden, in der man Auffahrungen macht und die Voraussetzungen erbringt für die Untersuchung der Eigenschaften dessen, was man untersucht, und

¹⁰⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „zeigte“, setze „zeigten“, Anlage

das andere ist der Bereich, wo man die wissenschaftlichen Ergebnisse durchführt oder durchführen lässt bzw. begleitet. Also zum Beispiel die Kommunikation mit einem Kollegen von der Technischen Universität Clausthal-Zellerfeld, Professor Herrmann, der die Untersuchung durchgeführt hat über die sogenannten Fluid Inclusions, das heißt, in den Kristallen, die das Alter¹⁰⁵ - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, das weiß ich alles. Die fachliche Qualifikation besonders von Herrn Thomauske, wie schätzen Sie die ein? Was waren seine besonderen Fähigkeiten?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Herr Thomauske ist Physiker, gleichermaßen wie Herr Röthemeyer. Er kommt mehr aus der technischen Richtung. Er hat das - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Aber bergmännische Fähigkeiten?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Darf ich das noch zu Ende führen?

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, gerne.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Er ist derjenige, der zum Beispiel auch die Anhörung zu Konrad geleitet hat.

Johanna Voß (DIE LINKE): Anhörung?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das ist Ihnen wohl nicht bekannt, aber ich sage es ja deswegen. Und zwar jemand, der eine besondere Erfahrung aufgrund auch seiner Tätigkeit früher in der Organisation von Projekten hatte, also das Projektmanagement, würde¹⁰⁶ ich das mal so vielleicht überschreiben. Das ist eine Aufgabe, die klar zu trennen ist von dem wissenschaftlichen Teil der Fragestellung, für die ausgewiesenermaßen Herr Röthemeyer die Voraussetzung erbracht hat aufgrund seiner Tätigkeit früher in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt für den Bereich der Sicherheit der Endlagerung.

¹⁰⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „das Alter“, setze „die Altersbestimmung der flüssigen Einschlüsse in den Kristallen“, Anlage

¹⁰⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „würde“, setze „möchte“, Anlage

Weil diese Durchmischung des Projektmanagements und der wissenschaftlichen Tätigkeit bedeutet, dass hier in beiden Bereichen sicher nicht mit dem gleichen Wirkungsgrad gearbeitet werden kann, auch was die Mitarbeiter anbetrifft, habe ich eine klare Trennung der beiden Bereiche gemacht, organisatorisch mit der Maßgabe der Zusammenarbeit unter einem Dach sozusagen, nämlich dem Dach des Fachbereichs.

Johanna Voß (DIE LINKE): Da ist aber eine Unklarheit. Warum haben Sie dann Dr. Thomauske ein Direktionsrecht verliehen, auch gegenüber Mitarbeitern aus anderen Fachabteilungen? Da geht ja dann was durcheinander.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein, da geht es nicht auseinander, sondern das Direktionsrecht hat eben die Organisation, das Management betroffen, zum Beispiel auch mit der DBE. Wir haben regelmäßige Gespräche mit der DBE geführt - da war ich immer dabei gewesen -, aber auch mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Da will ich Ihnen genau an dem Beispiel mal zeigen, wie das organisatorisch gemacht wurde. Bei den Gesprächen mit der DBE war Herr Röthemeyer von dem wissenschaftlichen Zweig beteiligt - die Vorbereitung dazu hat Herr Thomauske getroffen -, und ich war dabei. Bei den Gesprächen mit der BGR, mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, war der Präsident der BGR dabei, ich selbst, Herr Röthemeyer und Herr Thomauske, weil man natürlich eine Verzahnung haben muss zwischen dem Projektmanagement und dem Wissenschaftlichen. Was wissenschaftlich notwendig ist zu tun, muss ja in dem Projekt¹⁰⁷ umgesetzt werden in die Durchführungsphase.

Das ist eine ganz logische und klare Einteilung gewesen, die natürlich von den Mitarbeitern, bis es umgesetzt war, nicht immer so gern gesehen worden war. Ich hatte häufig Überzeugungsarbeit leisten müssen mit den beiden Verantwortlichen, um dieses zu realisieren und häufig auch zu harmonisieren.

Aber das ist doch jetzt eine Angelegenheit - entschuldigen Sie, wenn ich das mal sage -, die also mit dem Projekt Gorleben eigentlich nur von organisatorischer und wissenschaftlicher Seite zu tun hat. Das hat funktioniert, sage ich jetzt mal einfach.

¹⁰⁷ Ergänzung des Zeugen: setze „technisch“, Anlage

Johanna Voß (DIE LINKE): Das sehen wir, ja. Aber ich frage mich dann aber auch, warum -- Sie haben ja im Asse-Untersuchungsausschuss auch gesagt, dass Sie die Hand über jeden von Ihren Mitarbeitern, weil Sie im Haus wirklich wissenschaftlich saubere und qualitativ gute Mitarbeiter hatten -- Dazu gehörte sicherlich dann auch Herr Röthemeyer. Der wurde aber gar nicht gefragt bei dieser Umbesetzung, bei dieser Entscheidung. Er hat sich ja sogar beschwert. Zusammenfassend lässt sich sagen: Er hat gesagt, zugunsten des schnelleren und kostengünstigeren Vorantreibens des Endlagerprojekts wurde die Sicherheit in Gorleben vernachlässigt. In dieser Richtung hat sich Professor Röthemeyer im Dezember 2011 auch hier vor dem Ausschuss geäußert.

Ich möchte Ihnen da noch kurz vortragen, was er gesagt hat. Das ist MAT B 45/1, die Seite 109. Er hat sich beschwert am 06.12.96 und geschrieben, es sei zu einer Überbewertung des Projektmanagements bei Errichtung und Betrieb von Endlagern gekommen. Wörtlich:

Die nur begrenzten Einflußmöglichkeiten des Projektmanagements auf BfS-Ebene bei einer im politischen Spannungsfeld liegenden Aufgabe und die organisatorischen Voraussetzungen zur Durchsetzung des Primats der Sicherheit werden nicht analysiert. Da der Betreiber auch nach internationalen Sicherheitsstandards, der nuklearen Sicherheitskonvention und dem Entwurf der nuklearen Entsorgungskonvention primär für die Sicherheit verantwortlich ist, ist das besonders bemerkenswert.

Also, hier wurde gepuscht. Was sagen Sie dann dazu, dass da die Sicherheit auf der Strecke blieb?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, diese Behauptung, dass die Sicherheit auf der Strecke blieb, hat Herr Röthemeyer in dieser Form sicher nicht getan. Das mag jetzt Ihre Interpretation dessen sein, was Sie da vortragen haben oder Herr Röthemeyer hier gesagt hat. Dass Herr Röthemeyer natürlich nicht sehr glücklich war, dass in diesem Verantwortungsbereich, der in der PTB und der SE damals eine Einheit war, nach mehreren Jahren meiner Präsidentschaft im Bundesamt für Strahlenschutz aus der Beobachtung

heraus, klar eine Trennung sein muss zwischen Projektmanagement und der wissenschaftlichen Aufgabe in dem Projekt, dass das nicht seine Freude gefunden hat, das weiß ich. Aber ich habe, was auch Pflicht war und auch nach dem Beamtenrecht notwendig, diese von meiner Meinung abweichende Meinung von Röthemeyer an den BMU weitergegeben. Das muss er Ihnen ja auch wohl erzählt haben, oder das haben Sie vielleicht auch als Dokument dabei; das weiß ich nicht. Auf alle Fälle: Der BMU war einbezogen gewesen und hat gleichermaßen die Meinung von Herrn Röthemeyer zu diesem Problem erhalten. Da stand nie zur Diskussion, dass dadurch die Sicherheit in irgendeiner Form eingeschränkt ist.

Es ist eine organisatorische Frage - ich sage es noch mal -, nämlich das Projektmanagement und die Kooperation, die in dem wissenschaftlichen Bereich dieses Projektes durchgeführt werden musste, und zwar am Bundesamt für Strahlenschutz, aber vor allem in Kooperation mit denen, die auf diesem Gebiet tätig waren, sei es in der DBE, sei es in der BGR, sei es im Bundesamt selbst oder in anderen Institutionen, die wir hinzugezogen haben für die Beantwortung von geophysikalischen und hydrogeologischen Fragestellungen. Mehr bedeutet das nicht.

Wie das von Herrn Röthemeyer interpretiert wurde, das kann ich verstehen. Das habe ich damals verstanden, dass er natürlich da nicht sehr glücklich drüber war, weil er eben der Herrscher aller Reußen war und jetzt eben neben Herrn Thomauske, der für den Projektteil, für das Projektmanagement zuständig war, tätig war. Ich sehe da jetzt nicht das Problem für Gorleben.

Die Sicherheit - das sage ich noch mal - war dadurch zu keinem Zeitpunkt in irgendeiner Form beeinträchtigt, sondern es war eine klare Aufgabenteilung, und die Konstruktion, dass in dem Fachbereich diese beiden Gruppen eng miteinander zusammengearbeitet haben -- Wie eng die da zusammengearbeitet haben, manchmal oder nicht eng zusammengearbeitet haben, das kann ich jetzt nicht beurteilen. Aber das gibt es zwischen, na ja, Menschen immer. Das brauchen wir gar nicht zu diskutieren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Kaul, ich will die erste Frage, die Frau Kollegin Voß an Sie gerichtet hat, noch mal aufnehmen. Ich bin entsprechend § 57 der Strafprozessordnung dazu verpflichtet,

Sie zu belehren, dass Sie hier die Wahrheit sagen müssen, und habe das mit folgenden Worten gemacht: Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Nach § 25 des Untersuchungsausschussgesetzes hat der oder die Vorsitzende ungeeignete oder nicht zur Sache gehörende Fragen zurückzuweisen. Ich habe diese Frage als zulässig zugelassen. Der Ausschuss hat sich nicht dagegen ausgesprochen. Die Bundesregierung hat keinen Einspruch erhoben. Deshalb ist diese Frage bis jetzt zulässig. Deshalb möchte ich Sie bitten, sie zu beantworten, es sei denn, die Bundesregierung als das Haus, das für Sie zuständig ist auch bezüglich der Aussagegenehmigung, hat Einwände. - Ich sehe durch Kopfschütteln, dass das nicht der Fall ist. Von daher möchte ich Sie bitten, diese Frage zu beantworten.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, gestatten Sie mir eine Zwischenfrage? - Dann müssten Sie den Zeugen auch auf sein Zeugnisverweigerungsrecht hinweisen, was er aus anderen Gründen haben kann, aufgrund naher Verwandtschaft oder sonstiger Dinge. Wenn da Dinge bestehen - -

(Zurufe: Nein!)

- Pardon? - Ich habe gesagt „hinweisen“. Ob das dann besteht, muss er selbst entscheiden. Aber es kann ja sein, dass er die Aussage auf diese Frage verweigert, weil ihm ein Aussageverweigerungsrecht insoweit zusteht. Das kann ich nicht beurteilen. Aber wenn Sie - -

(RD Walter Kühne (BMU) begibt sich zu dem Zeugen)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege Monstadt, ich danke Ihnen für diesen Hinweis. Auch darauf habe ich den Zeugen bereits hingewiesen: Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren insbesondere wegen einer Strafe oder einer Ordnungswid-

rigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden. Darauf hatte ich Sie hingewiesen.

Ich sehe, Sie haben gerade noch mal eine Beratung erfahren durch Herrn Kühne vom BMU. Aus meiner Sicht würde ich Sie jetzt immer noch bitten, diese Frage zu beantworten.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich hoffe nicht, den ersten Teil Ihrer Bemerkungen so zu interpretieren, dass Sie Zweifel haben an dem Wahrheitsgehalt der Aussagen, die ich hier gemacht habe.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Kaul, daran habe ich überhaupt gar keinen Zweifel. Diese Diskussion wollen wir nicht führen. Daran habe ich keinen Zweifel. Nur ich muss rechtlich begründen, warum ich Sie tatsächlich bitte - nachdrücklich -, die Frage zu beantworten. Das kann ich nicht einfach so machen, weil wir beide uns hier gegenüber sitzen, sondern wir machen das im Rahmen der Strafprozessordnung und im Rahmen des Untersuchungsausschussgesetzes. Darauf muss ich mich zurückziehen. Deshalb habe ich die hierzu einschlägigen Paragraphen zitiert. Nur aus diesem Grund.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Jetzt muss ich doch noch mal darauf reagieren. Entschuldigung, das Recht habe ich ja auch.

Sie haben in dem ersten Teil Ihrer Ausführungen nämlich den Punkt angesprochen: den Wahrheitsgehalt von dem, was ich hier sage. Das hat mit dem Zweiten, dass ich zunächst mal gesagt habe, ich möchte diesen Namen, von dem die Informationen stammen, nicht nennen, absolut nichts zu tun. Deswegen habe ich so darauf reagiert und habe gesagt, ich musste das so interpretieren, als hätten Sie Zweifel an dem Wahrheitsgehalt dessen, was ich hier gesagt habe. Und das muss ich - Entschuldigung, wenn ich das sage - für mich zurückweisen. Das, was ich hier sage, ist die Wahrheit, wie ich sie in Erinnerung habe bzw. wie ich sie auch belegen kann.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Kaul, ich habe in keiner - - Wir müssen das wirklich klarmachen, weil ich Ihnen - - Ich habe überhaupt keinen Anlass, zu glauben, dass Sie nicht die Wahrheit sagen würden.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Deswegen habe ich - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich habe nur im Rahmen der Begründung, warum ich Sie das eigentlich fragen darf, was ich hier frage, darauf hingewiesen, dass ich im Rahmen des § 57 der Strafprozessordnung gehalten bin, Sie zu verpflichten, die Wahrheit zu sagen, und das habe ich in folgender Formulierung gemacht: Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Sie dürfen also nichts weglassen, was zur Sache gehört. Was zur Sache gehört, darüber könnten wir uns jetzt tatsächlich noch streiten, und das habe ich beantwortet mit Hinweis auf § 25 des Untersuchungsausschussgesetzes, wo es nämlich der Vorsitzenden vorbehalten ist, zu entscheiden, was zur Sache gehört. Wenn es dagegen Einwände gibt, so müsste sie der Ausschuss äußern oder es müsste sie die Bundesregierung äußern.

Beide - weder der Ausschuss noch die Bundesregierung - ziehen bislang in Zweifel, dass meine Entscheidung, was zur Sache gehört, das betrifft, wonach die Kollegin Voß Sie gefragt hat, und deshalb bitte ich Sie aufgrund dieser rechtlichen Grundlage, die Frage der Frau Kollegin Voß zu beantworten.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Danke schön für den Hinweis. - Ich habe hier zwei Kopien von Schreiben von meinen ehemaligen Mitarbeitern des Bundesamts für Strahlenschutz, die vom 20.09.2009 bzw. 16.09.2009 stammen, die Antwortschreiben sind auf die Frage der derzeitigen Vizepräsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz hinsichtlich des zusammenfassenden Zwischenberichts der PTB von 1983 zu den Erkundungsergebnissen in Gorleben. Das ist die Information, die ich habe, die eigentlich zunächst einmal gar nichts mit Gorleben zu tun hat, sondern mit der Frage: Wird oder wurde Einfluss genommen von anderen nicht nur aus dem Ministerium oder anderen, die in diesem Kontext tätig sind, auf die Entscheidungsfindung des Bundesamtes für Strahlenschutz bzw. in dem Fall nicht des Bundesamtes für Strahlenschutz, sondern der

Abteilung Sicherstellung und Endlagerung der PTB? Denn das war 1993¹⁰⁸.

(Johanna Voß (DIE LINKE): Welcher Name?)

- Ob Sie mich vielleicht mal bitte dies ausführen lassen, weil ich nämlich eben unsicher bin, was ich tun kann mit etwas, was mir gegeben worden war zur Kenntnis und was eigentlich überhaupt nichts mit mir zu tun hat, weil es in der Zeit ist¹⁰⁹, wo ich noch in München das Institut für Strahlenhygiene geleitet habe, wo ich aber dieses Beispiel gebracht habe, einfach um deutlich zu machen - -

(Johanna Voß (DIE LINKE): Ich habe nicht nach den Papieren gefragt, sondern nach dem Namen von dem Mann, mit dem Sie gesprochen haben!)

Das ist das, was ich weiß, und das wurde mir von jemandem gegeben, der nicht weiß, dass ich das jetzt hier habe. Deswegen muss ich darum bitten, dass ich mich sachkundig machen kann beim Betreffenden, ob ich den Namen nennen kann, der mir das gegeben hat.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Sachkunde ist die Frau Vorsitzende! - Weiterer Zuruf: Nicht der Mitarbeiter!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich würde die Bundesregierung bitten, da jetzt rechtlich entsprechend beratend einzugreifen.

RD Walter Kühne (BMU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Entschuldigung. Ich soll die Bundesregierung ansprechen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, das macht der Herr Kühne schon hinter Ihnen, der als Vertreter der Bundesregierung, des Bundesumweltministeriums, ja gerade auch für solche Sachverhalte anwesend ist.

RD Walter Kühne (BMU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich würde bitten, dass wir die

¹⁰⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „1993“, setze „1983“, Anlage

¹⁰⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ist“, setze „war“, Anlage

Sitzung kurz unterbrechen, damit ich mit Herrn Kaul mal sprechen kann.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das machen wir. Ich unterbreche die Sitzung. Das bietet sich - Na ja, die Grünen waren noch gar nicht dran.

(Johanna Voß (DIE LINKE): Ich weiß nicht, warum jetzt eine Einflussnahme stattfinden soll!)

- Nein, das ist eine rechtliche Beratung. Das ist keine Einflussnahme, sondern ein rechtlich völlig korrekter Vorgang, und von daher unterbreche ich die Sitzung bis fünf nach sechs.

(Unterbrechung von 17.53 bis 18.06 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann eröffne ich die unterbrochene Sitzung, in der eine Beratung zwischen Herrn Professor Kaul und Herrn Kühne vom BMU stattgefunden hat. Herr Professor Kaul, können Sie nun die Frage der Frau Kollegin Voß beantworten?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich werde die Frage beantworten, kann sie auch beantworten.

Diese Unterlage habe ich bekommen von Frau Dr. Oberpottkamp. Sie ist Mitarbeiterin des BfS gewesen zu meiner Zeit und ist jetzt Mitarbeiterin der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Sie hat mir diese Informationen mit anderem Material für die Anhörung im Untersuchungsausschuss Asse des niedersächsischen Umweltministeriums gegeben. Die habe ich dort nicht verwendet, weil das gar nicht zur Diskussion stand, die Frage der möglichen Einflussnahme von anderen außer Mitarbeitern des Bundesamtes für Strahlenschutz.

Ich habe hier erfahren, dass diese beiden Schreiben vom 20.09.2009 bzw. vom 16.09.2009 bei Ihnen als Unterlage sind von einer Anhörung. Das heißt also, das, was ich habe, haben Sie schon längst gehabt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Herzlichen Dank, Herr Professor Kaul.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich noch mal nachfragen? Habe ich richtig den Namen verstanden: Frau Oberpottkamp?)

- Ja. Das Fragerecht geht jetzt sowieso zu Ihnen. - Bitte schön, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Kaul, ich möchte jetzt wieder zurückgehen zu den Jahren 97 und 96 und möchte davor, weil Sie ja eben sagten, die Sicherheit stand nie zur Debatte, doch noch mal zitieren aus dem Protokoll der BfS-Sitzung vom 30.06.93, das Ihnen ja auch vorliegt, dass die Beschränkung der Erkundung und Errichtung des Endlagers auf den nordöstlichen Teil des Salzstocks nur unter Aufgabe von Sicherheitskriterien möglich wäre. Also, dass das so gar nie zur Debatte stand, ist ja damit widerlegt; denn das ist ja ein Protokoll aus Ihrer Behörde und Ihrer Zeit.

Jetzt möchte ich auf den Brief kommen, den Sie an Frau Dr. Merkel am 07.01.1997 geschrieben haben mit der Überschrift „Fort-schreibung des Entsorgungskonzepts, Ihr Gespräch mit BM Dr. Rexrodt und EVU-Vorständen am 13.01.1997“, also die Vorbereitung für dieses Gespräch. Da haben wir unter „Gorleben“ stehen:

In die Diskussion um Einsparpotentiale hat BfS in Abstimmung mit BGR am 17.12.96 das Konzept vorgetragen, die untertägige Erkundung Gorleben auf den nordöstlichen Teil des Salzstockes zu beschränken ...

Sie führen dann aus an einer Stelle - ich zitiere jetzt nur eine Stelle, weil die das, glaube ich, sehr gut zusammenfasst - auf der Seite 2 dieses Briefes:

Die von mir vorgeschlagene zügige Erkundung nur des nordöstlichen Teils des Salzstockes führt zu der unter Kostengesichtspunkten günstigsten Lösung und ist geeignet, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Frage zu beantworten, ob der Salzstock Gorleben geeignet ist, insbesondere die wärmeentwickelnden Abfälle aufzunehmen.

Also, Sie haben sich da die Meinung Herrn Thomauskas zu eigen gemacht.

Nun haben Sie ja zu Beginn Ihrer Auslassungen ausgeführt

(Zuruf: Ausführungen!)

- Auslassungen -, dass - „Die fachliche Verantwortung hatte ich“ zum Beispiel; ich habe

mir das notiert. „Die fachliche Verantwortung hatte ich. Sie fußte aber auf dem, was mir die fachlich Kompetenten vorgetragen haben.“ Wer waren denn die fachlich Kompetenten?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nun, ich glaube, das deutlich gemacht zu haben, aber ich will es gerne wiederholen. Für den Bereich des Managements der Erkundung waren der fachlich Kompetente Herr Dr. Thomauske und die entsprechenden Mitarbeiter seines Bereiches und für den Bereich der wissenschaftlichen Bewertung der Ergebnisse der Erkundungsuntersuchung geologischer oder hydrogeologischer Art der Bereich von Herrn Dr. Röthemeyer mit seinen Mitarbeitern, Herrn Stier-Friedland zum Beispiel oder Herrn Illi und anderen, die in diesem Bereich tätig waren.

Insofern ist das eine ganz klare sozusagen Organisation der Verantwortung für zwei Bereiche in einem Fachbereich des Bundesamtes für Strahlenschutz. Letztlich habe ich die Gesamtverantwortung natürlich für das Ganze, und insofern verstehe ich - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, ja. Wenn Sie es nicht verstehen, dann mache ich es noch mal ein bisschen klarer.

Ich habe Ihnen ja einen Absatz eben zitiert. Da geht es um die Erkundung, die geeignet ist, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Frage zu beantworten, ob der Salzstock Gorleben geeignet ist, also durchaus um bergmännische Fragen auch und geologische Fragen. Und Sie sagten vorhin: Herr Thomauske ist Physiker. - Sie sind ja auch Physiker. Insofern denke ich, dass da die Kompetenz noch auf einer anderen Stelle lag. Herrn Thomauske wurde ja genau für solche Fragen Herr Wosnik zur Seite gestellt. Also hatte der ja durchaus die Kompetenz für diese Fragen, nehme ich an?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, sicher.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Wie viele im Bundesamt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie erinnern sich auch, dass Herr Wosnik dieses Konzept von Herrn Tho-

mauske sich nicht zu eigen gemacht hat, sondern im Gegenteil höchste Bedenken hatte, was dieses Konzept betrifft.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Sagen Sie mir noch mal bitte, was hier „dieses Konzept“ heißt. Welchen Komplex des Konzeptes betrifft es? Das ist ganz entscheidend.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Konzept heißt Veränderung der Erkundung insofern, dass nicht mehr beabsichtigt ist, den ganzen Salzstock zu erkunden, sondern den nordöstlichen Teil.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, und das ist ganz klar der Teil, der überhaupt nur erkundet werden kann, und hier ist natürlich auch ganz klar die Antwort zu geben: Wenn wir diesen Teil, für den wir nicht die Salzrechte haben, bzw. den Teil, den wir umfahren mussten, weil er aus der Zusammensetzung der Salzformation nicht geeignet ist als Ort für die Einlagerung radioaktiver Abfälle - - dass wir dann einen Teil nur durchörtern können für die Erkundung, der uns klare Aussagen macht über die Sicherheit der Endlagerung in dieser Salzformation, der aber gleichzeitig natürlich uns nicht bedeutet, dass wir jetzt das Untersuchungsprojekt abbrechen müssen, bis wir vielleicht diese Salzrechte bekommen, bzw. abbrechen, indem wir sagen, wir umfahren nicht den Bereich, und das ist - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das ist ja ein verändertes Konzept. Also, Sie haben vorhin gesagt, Sie haben das adaptiert an die Wirklichkeit, -

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Habe ich ja anfänglich gesagt, richtig.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - an die Realität haben Sie gesagt, ja. Ich würde sagen, manchmal ist die Adaption an die Wirklichkeit auch eine Veränderung. Wenn nämlich das, was man vorher geplant hatte, zur Wirklichkeit nicht passt, dann muss man das zwangsläufig verändern.

Aber Fakt ist doch, dass Herr Wosnik die Aussagen, dass dieses Konzept, diese Veränderung oder Adaption an die Realität die Sicherheit nicht beeinträchtigt und dass überdies die Erkundung des nordöstlichen Teils, was ja auch eine deutliche Aussage

von Herrn Thomauske war, auch zulassen würde, den südwestlichen Teil, die grundsätzliche Eignung zu beurteilen, dass Herr Wosnik das beides sich nicht zu eigen gemacht hat - was heißt „sich zu eigen“? -, sondern heftigst widersprochen hat, auch dem BMU gegenüber, und der ja die fachliche Person war.

Ich frage mich jetzt, wie das zusammenpasst, wenn Sie sagen: „Meine Verantwortung fußte auf dem, was die fachlich Kompetenten vorgetragen haben“, Sie mir hier bestätigen, dass die bergbaufachliche Person Herr Wosnik die Kompetenz in diesen Fragen hatte, und Sie aber trotzdem ignoriert hatten, was Herr Wosnik an Kritik an diesem Konzept hatte.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, jetzt muss ich Ihnen mal was über die Struktur einer Organisation sagen, ob es Bundesamt für Strahlenschutz ist oder Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe oder sonst irgendeine wissenschaftliche Oberbehörde¹¹⁰. Dort gibt es verschiedene verantwortliche Bereiche. Die Gesamtverantwortung oder die endgültige Verantwortung hat nun mal der Präsident. Der ist aber gehalten, wenn es abweichende Meinungen gibt, diese nach Beamtengesetz, Paragraph XY, weiterzureichen an die ihm vorgesetzte Dienstbehörde, also in dem Fall BMU.

Ich möchte von Ihnen jetzt wissen, wie Herr Wosnik seinen Einspruch formuliert hat, ob er zur Sicherheit, und zwar zur ¹¹¹Sicherheit technischer Art oder zur Sicherheit der Endlagerung, eine Aussage gemacht. Den Begriff „Sicherheit“ hier zu sagen, wenn er von ihm verwendet wurde, der wäre nicht ausreichend für mich in dem Fall. Das heißt, ich betrachte zunächst einmal zwei Formen der Sicherheit: einmal derer, die erkunden - die muss gewährleistet sein -, und die Sicherheit für dieses Bergwerk, wenn es mal ein Endlager für radioaktive Abfälle wird. Und da muss man wohl unterscheiden. Bei dem einen ist ¹¹²die Sicherheit, die sozusagen erst mal organisatorisch in den Bereich von Herrn Thomauske gehörte.

¹¹⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Oberbehörde“, setze „Bundesoberbehörde“, Anlage

¹¹¹ Ergänzung des Zeugen: setze „bergbaulichen“, Anlage

¹¹² Ergänzung des Zeugen: setze „es“, Anlage

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ihr mal ein bisschen ruhi-ger werdet.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, Entschuldigung, aber das muss ich ja mal wohl sagen dürfen jetzt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das betraf meine Nachbarin, weil es hier so laut wurde, dass ich Sie nicht mehr verstanden habe.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich wiederhole mich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Rein formal ist Ihre Fragezeit jetzt abgeschlossen. Herr Professor Kaul hat eine Antwort gegeben, die mehr Fragen aufwirft, als sie - - Sie sind noch nicht fertig?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Eigentlich wollte ich noch was sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Entschuldigung. Bitte schön.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Uneigentlich - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Doch, uneigentlich dann bitte auch. Uneigentlich bitte ich um Entschuldigung, dass ich Sie unterbrochen habe.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich möchte es noch mal sagen: Es sind zwei Aspekte Sicherheit. Ich sage es noch mal.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe es verstanden.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, Entschuldigung, aber es scheint ja doch wohl - - Ich möchte von Ihnen jetzt mal hören, welche Sicherheit Herr Wosnik angesprochen hat. Das möchte ich gerne wissen. Hat er gesagt: „Es geht darum, dass dieser Bereich, wenn wir uns konzentrieren auf den Nordosten, dass wir dann nichts über die Sicherheit der Einlagerung von radioaktiven Abfällen, wärmeentwickelnden Abfällen durchführen oder geben¹¹³ können“, oder ist es die bergtechni-

¹¹³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „durchführen oder geben“, setze „aussagen“, Anlage

sche Sicherheit, wenn wir nur dahin erkunden? Das möchte ich jetzt gerne wissen, wozu sich Herr Wosnik geäußert hat.

Das andere, muss ich Ihnen ehrlich sagen, nutzt mir gar nichts in der Diskussion. Das ist für mich, ja, ein Reden über etwas, was überhaupt nicht präzisiert ist. Da bitte ich jetzt mal darum, von Ihnen zu wissen, was Herr Wosnik gesagt hat, wozu er Stellung genommen hat.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das mache ich gerne in der nächsten Runde. Meine Redezeit ist leider vorbei.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, das - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das schmerzt mich mehr als Sie wahrscheinlich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist tatsächlich so.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, aber trotzdem. Entschuldigung, das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Kaul, überhaupt gar keine Frage. Nur, die Formalien dieses Ausschusses bedingen halt, dass es keine Zwiegespräche geben kann, sondern dass es hier nach gewissen Formen abläuft. Die zu wahren, das liegt in meiner Hand.

Es ist nun so, dass wir das Ende der ersten Berliner Runde erreicht haben und Ihnen selbstverständlich noch weitere Runden zur Verfügung stehen. Wir haben aber vereinbart miteinander, dass wir immer so nach zwei Stunden eine kurze Pause machen, auch dem Alter unserer Zeugen angemessen.

Wir, Ausschuss, haben eine Pause gehabt. Herr Professor Kaul hat keine Pause gehabt, weil er ein intensives Gespräch hatte.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich brauche keine.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie brauchen keine Pause?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Auch keine kurze?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich habe das in der niedersächsischen Anhörung fünf Stunden in einem gemacht. Sie müssen mir glauben, dass ich hier nicht umfalle, sondern ich möchte, dass wir jetzt die Zeit nutzen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Ich glaube gerne, dass Sie das nicht tun, nur, wenn Sie eine kleine Pause brauchen sollten, dann würden Sie mir einen kurzen Hinweis geben, bitte schön. - Damit ist das Fragegerecht jetzt zunächst bei der Unionsfraktion. Bitte schön.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Kaul, ich möchte gerne bei dem Schreiben weitermachen, das die Kollegin Kotting-Uhl zitiert hat. Erste Frage: Liegt Ihnen das Schreiben vor? Das ist ja Ihr Schreiben vom 7. Januar 97 an die Bundeskanzlerin.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): An die heutige Bundeskanzlerin. - Dann würde ich gerade mal bitten, Ihnen das vorzulegen, weil es natürlich immer etwas einfacher ist, wenn man die entsprechende Unterlage vor Augen hat, über die da gesprochen wird. Von daher wird Ihnen unser Mitarbeiter dieses Schreiben aushändigen. Wenn ich Sie bitten dürfte, die erste und die zweite Seite bis zum Punkt „b) Konrad“ durchzulesen, weil ich genau zu diesem Komplex dann eine Frage stellen möchte.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge liest in den Unterlagen)

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich habe gelesen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank. - Aus diesem besagten Schreiben hatte ja Frau Kotting-Uhl schon zitiert, ich sage mal, zwei Absätze. Die Absätze, die dazwischen stehen, hat sie ja übersprungen. Auf die würde ich aber gerne mal zu sprechen kommen;

denn es handelt sich ja bei der Frage, ob man die Erkundung

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat ja auch mehr Redezeit!)

so gestaltet, dass man zuerst im Nordosten und dann im Südwesten erkundet, um eine aus der Sachlage begründete Vorgehensweise, nämlich - und das ist in den besagten Absätzen, die hier nicht angesprochen wurden, nämlich erster Absatz auf Seite 2 oben, wo es um den Rückgang der radioaktiven Abfälle geht - -

Ich habe dieses Schreiben von Ihnen so verstanden - insbesondere hier den ersten und zweiten Absatz -, dass, weil es weniger radioaktive Abfälle gibt als ursprünglich angenommen, was natürlich mit der Veränderung auch des Konzepts der Versorgung Deutschlands mit Strom aus Kernenergie zusammenhängt - Helmut Schmidt wollte ja so 70 Kernkraftwerke bauen -, man daraus geschlossen hat, dass man mit einem geringeren Umfang Endlagervolumen auskommen könnte, und dieses Volumen könnte unter günstigen Voraussetzungen bereits im Nordosten gegeben sein. Und unter dieser Voraussetzung wäre es eine Lösung, die um 365 Millionen DM günstiger ist im Vergleich zu einer parallelen Erkundung des Nordostens und Südwestens.

Frage: Habe ich das so richtig verstanden, was Sie damals aufgeschrieben haben, oder wie ist es richtig zu verstehen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, zunächst mal zu dem ersten Absatz der Begründung, dass die Menge oder die Radioaktivität an hochradioaktivem Abfall mehr als um den Faktor 2 gegenüber den Planungsdaten zurückgegangen ist. Das hat verschiedene Ursachen, natürlich auch Ursachen von der Konditionierung, das heißt der Wiederaufarbeitung der Brennelemente und der Konditionierung, sodass diese ursprünglichen Daten, die einmal erhoben wurden für das notwendige Volumen an einzulagerndem hochradioaktivem Abfall, tatsächlich deutlich zurückgegangen sind, also um diesen Faktor 2. Das ist natürlich hier im Detail nicht aufgeführt, was die Ursachen sind, sondern nur das Faktum, was damals allen, die auf diesem Sektor tätig waren, bekannt war und was auch als Zahl, als Faktor der Reduzierung hier steht und auch berechtigt ist hinzuschreiben.

Insofern ist das völlig richtig. Es ist also so, dass eben das Volumen geringer ist, und damit ist auch die Notwendigkeit, ein größeres¹¹⁴ Volumen für die Einlagerung vorzuhalten,¹¹⁵ berechtigt¹¹⁶. Das kostet natürlich weniger Geld; das ist das, was im zweiten Absatz ist. Es gibt Kosteneinsparungen, erstens weil keine Erkundung in dem Bereich gemacht werden muss bzw. auch gemacht werden kann, weil zum Teil Salzrechte nicht vorhanden sind. Zum Teil wären die Kosten niedriger gewesen, hätten wir die anderen für die Endlagerung qualifizierten Bereiche direkt erreichen können. Aber es musste eine Umgehung vorgesehen werden, die natürlich mehr Erkundungsaufwand, nicht Erkundungsaufwand,¹¹⁷ mehr Aufwand für die Auffahrung der Räumlichkeiten bedingt hat, sodass der Betrag von 365 Millionen höher ist, als er wäre, wenn man direkt hätte in den anderen Bereich gehen können durch die Region, die ungeeignet ist für die Aufnahme der Abfälle¹¹⁸. Es ist völlig korrekt, was hier in den beiden Absätzen steht.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich komme jetzt mal auf den Zwischenbericht, den Bündnis 90/Die Grünen im Januar letzten Jahres herausgegeben hat zu den Arbeiten des Untersuchungsausschusses bis zu diesem Zeitpunkt, und die schließen nämlich wie folgt: Aus einem fachlich ausgerichteten Erkundungskonzept für den Salzstock Gorleben sei ein politisch motiviertes gemacht worden.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So war es, ja! Völlig korrekt!)

Sie beziehen sich damit ausdrücklich auf den Umstand, dass man eben zunächst Nordost,

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gutes Zitat!)

später möglicherweise Südwest gehen möchte, anstelle parallel beides zu erkunden.

Darüber hinaus - das ist in dem Beitrag in der *Süddeutschen Zeitung* vom 7. Januar dieses Jahres - ist die Kollegin Kotting-Uhl

¹¹⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ein größeres“, setze „das größere“, Anlage

¹¹⁵ Ergänzung des Zeugen: setze „nicht mehr“, Anlage

¹¹⁶ Ergänzung des Zeugen: setze „ist“, Anlage

¹¹⁷ Ergänzung des Zeugen: setze „für Einlagerungsorte, sondern“, Anlage

¹¹⁸ Ergänzung des Zeugen: setze „aber durch Salzrechte hätte durchörtert werden können“, Anlage

zitiert mit den Worten - da geht es dann um die Verhandlungen mit der Industrie -:

Die Beteiligten sind sich wohl bewusst gewesen, dass die Suche nach einer „Billiglösung“ nicht in Ordnung gewesen sei.

Sprich: Da wird unterstellt, dass ja eine Billiglösung gesucht wird, und da wird dann ja auch auf diese Passage aus Ihrem Brief rekurriert.

Jetzt meine Frage: Ist das so richtig, wie das hier vom Bündnis 90 dargestellt wird?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein, das ist überhaupt nicht richtig, sondern das ist eine Interpretation - -

(Zurufe)

- Frau Vorsitzende, ob ich -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte, Herr Professor Kaul.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: - vielleicht das Recht bekomme, einmal auch meine Ausführungen ohne Kommentare aus dem Zuhörerkreis durchführen zu müssen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich kann Ihren Unmut verstehen. Ich bitte herzlich die Kolleginnen und Kollegen, den Zeugen in Ruhe und unkommentiert ausführen zu lassen. Ihnen steht allen die Möglichkeit offen, jeweils Nachfragen an den Zeugen zu richten. - Bitte schön.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Diese Schlussfolgerungen, die von jemandem gemacht wurden bzw. die in der *Süddeutschen Zeitung*, sagten Sie, publiziert wurden, sind durch nichts, aber auch gar nichts - zumindest, was dieses Papier auch anbetrifft und die Diskussionen, die dem zugrunde liegen - zu begründen. Die lassen sich natürlich so formulieren, um das Ziel, was man hat, nämlich ein anderes als das, was wir hatten in unserer Aufgabenstellung, zu erreichen. Das ist nun mal machbar, aber es wird sehr schwierig und ist eine Klitterung dessen, was die Grundlage ist, nämlich dieses Papiers.

Und ich frage mich, wie man unter dem Aspekt der Wahrheit so etwas eigentlich tun darf. Offensichtlich sind wir da gleich, aber es gibt wohl Gleichere.

(Zuruf: Genau! Die stellen wir uns hier auch öfter, die Frage!)

Entschuldigung, das war meine persönliche Meinung, die ich also schamlos einfach so sage.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Und jetzt der Kollege Monstadt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben das alles im Griff. Herr Kollege Monstadt, fahren Sie bitte unbesorgt fort.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich werde das unbesorgt tun und darf, Herr Professor Kaul, mich einem anderen Bereich zur Ab-rundung zuwenden.

Ein Artikel der *Tageszeitung* vom 8. Januar 1997 - für das Protokoll: MAT A 218, Band 7, Blatt 286 -, der dort erschienen ist, trägt die Überschrift - Zitat -:

Schröder: Endlager womöglich im Ausland

Herr Schröder wird in diesem Artikel zudem zitiert mit - ich zitiere -:

„Wir haben noch 30 Jahre Zeit“ ...

Und etwas später dann:

„Wir müssen auch über eine internationale Lösung nachdenken.“

Jetzt meine Frage dazu: Wie stand das BfS damals zu dem Vorschlag, die deutschen radioaktiven Abfälle im Ausland zu entsorgen, und war dies aus Ihrer Sicht ein fachlich vernünftiger Vorschlag? Mit Schröder ist in diesem Fall der damalige Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Gerhard Schröder, gemeint.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, zunächst einmal passt diese Aussage von Herrn Schröder nicht in das, was vor allem von der SPD, aber auch den Grünen immer wieder propagiert wurde, nämlich dass der Abfall, der in unserem Land entsteht, auch in unserem Land entsorgt werden muss und dass es nicht zulässig sein kann, dass Abfälle aus unserer Kernenergie ins Ausland, in welcher Form auch immer, vergeben werden. Ich will jetzt gar nicht sagen „verschoben“ oder „verkauft“ oder was auch immer, sondern vergeben werden. Das ist völlig konträr zu dem, was immer gesagt wurde, und auch konträr zu dem, was gesagt wurde zum Beispiel von der Reaktor-Sicherheitskommission und der Strahlenschutzkommission. Es ist nicht so, dass wir nicht in der Lage wären,

auch im eigenen Land diese radioaktiven Abfälle sicher zu beherrschen und so endzulagern, dass spätere Generationen keiner Strahlenexposition ausgesetzt sind, die über die Schwankungsbreite der jährlichen natürlichen Strahlenexposition, der wir alle ausgesetzt sind, hinausgeht.

Das war das ganz klare Konzept derer, die ich genannt habe, Politische¹¹⁹, die ich genannt hatte. Offensichtlich hat das Herrn Schröder momentan vielleicht nicht so gerade in den Kram einer Argumentationskette gepasst. Das weiß ich aber nicht. Und es war aber nicht und vor allem nicht das Konzept derer, die auf diesem Sektor gearbeitet haben oder arbeiten, und schon gar nicht am Bundesamt für Strahlenschutz, weil wir ja letztlich als Aufgabe hatten, dafür Sorge zu tragen, dass diese Abfälle - welche auch immer, ob schwach-, mittel- oder hochradioaktiv - sicher entsorgt werden müssen. Eine ganz klare Aussage von uns, aber auch politisch von denen, zu denen derjenige, der die Aussage gemacht hat, gehört oder gehörte.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Also, ich habe Sie dann so richtig verstanden: Auf eine vernünftige fachliche Expertise aus Ihrem damaligen Haus konnte er sich mit einer solchen Aussage nicht stützen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein. Die gab es nicht, und die gibt es sicher auch heute nicht. Aber das kann ich nicht beurteilen. Aber sie gab es¹²⁰ nie.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Damals gab es sie jedenfalls nicht?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Damals gab es sie nicht, und ich hoffe, sie gibt es heute auch nicht.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut, okay. - Dann darf ich einen weiteren Artikel aus der *Frankfurter Allgemeinen* vom 16. Januar 97 ansprechen. Auch hier fürs Protokoll: MAT A 218, Band 8, Blatt 175. Ich zitiere:

Von einem Endlager in Süddeutschland, wie es etwa der niedersächsische Ministerpräsident

Gerhard Schröder (SPD) fordert, hält Heraeus nichts.

Wie war damals die Haltung des BfS zur Forderung von Ministerpräsident Schröder? Wie hat das BfS diese Forderung eingeschätzt?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich kann Ihnen nicht sagen, wie das BfS diese Forderung eingeschätzt hat. Ich könnte eigentlich jetzt nur sagen - - Also, ich kann nur sagen¹²¹, wie ich sie eingeschätzt habe, natürlich. Aber natürlich habe ich auch mit Mitarbeitern gesprochen. Aber ich muss Ihnen ehrlich sagen: Solche Äußerungen waren uns in unserer Arbeit nicht wert, lange darüber nachzudenken, weil wir eigentlich andere Aufgaben hatten, nämlich dafür Sorge zu tragen, dass das Problem der Endlagerung bei uns geklärt wird. Ich muss Ihnen sagen: Ich hätte mich und werde mich auch jetzt nicht sehr mit dieser Thematik beschäftigen. Das ist irrelevant.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich meine, auch wenn Sie das ehrt, dass Sie darüber nicht nachdenken wollten, aber warum haben Sie nicht darüber nachgedacht? War das fachlich so unfundiert, dass man darüber nicht nachdenken konnte, oder lag da keine Expertise, wie auch immer geartet, hinter? Haben Sie die Überlegung, die in die Richtung geht, gar nicht angestellt aus wissenschaftlichen Erkenntnissen heraus, oder warum sagen Sie, da haben Sie sich nicht lange mit beschäftigt?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nun, wir haben einen ganz hoch oder sauber definierten und auch auf internationaler Basis beruhenden Kriterienkatalog für die Anforderungen an die Endlager für radioaktive Abfälle, seien es schwach-, mittel- oder hochradioaktive Abfälle. Das ist das Leitmotiv für die Auswahl von Regionen oder - -¹²²

(Zuruf: Tür zu!)

Das ist das Leitmotiv, unter dem bei uns wissenschaftlich diskutiert wurde und - ich gehe davon aus - heute auch noch diskutiert wird. Und wenn man einmal diesen Katalog sich anschaut, und ich könnte Ihnen, wenn

¹¹⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Politische“, setze „Politikern und Wissenschaftlichen Beratungskommissionen des Bundes“, Anlage

¹²⁰ Ergänzung des Zeugen: setze „zu meiner Zeit“, Anlage

¹²¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „- - Also, ich kann nur sagen“, Anlage

¹²² Richtigstellung des Zeugen: streiche „oder - -“, Anlage

Sie das diskutieren wollen, einmal vorlesen, welches die Kriterien sind: Mensch und sozusagen das Wechselspiel zwischen Abfall und der Abfallbeseitigung und dem Menschen, der davon betroffen sein kann. Wenn man das einmal anschaut, diesen klaren, auch international abgestimmten Katalog für die Voraussetzungen für ein Endlager, dann fällt automatisch ein Teil dessen schon heraus, was irgendwo in dieser Republik an Möglichkeiten besteht oder geglaubt wird zu bestehen, sodass also diese Frage in der Form so schlichtweg zu diskutieren etwas absurd ist. Entschuldigung, wenn ich das mal so sage.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Danke sehr, das reicht mir so weit. - Ich darf jetzt an meinen Kollegen Paul weitergeben.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, ich möchte noch mal auf das Schreiben, das ich Ihnen ausgehändigt habe - - Das war ja Ihr Schreiben an den damaligen Umweltminister.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Darf ich mal eben, Herr Paul, nur erklären: Die Union hat noch sechs Minuten, sechseinhalb Minuten. Das kriegen wir hin. Wir können eben noch das Kontingent der Union zu Ende machen, und dann machen wir einen Break. Genau. - Bitte schön.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich möchte auf das Schreiben, was ich Ihnen habe vorlegen lassen, zurückkommen. Da steht ja eingangs im ersten Absatz, dass das ja nicht nur die Auffassung von Ihnen - sprich: des BfS - sei, sondern auch der DBE und der BGR. Am Ende des Schreibens wird auch auf diese Tatsache noch mal hingewiesen, dass eben BfS, BGR und DBE gemeinschaftlich der Auffassung sind, dieses Konzept dann entsprechend abzuändern.

Wie habe ich mir das vorzustellen? Heißt das, dass die drei Institutionen DBE, BfS, BGR übereingekommen sind, das ist also die gemeinschaftliche Grundlage, und, wenn ja, können Sie sich daran erinnern, wie dieser Abstimmungsprozess lief? Waren Sie selber da beteiligt? War das auf Präsidiumsebene, oder wie wurde das damals abgestimmt?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich hatte den Punkt ja heute schon mal angesprochen. Ich will ihn noch mal präzisie-

ren: Diese drei Institutionen haben so zusammengearbeitet, dass in regelmäßigen Abständen - einmal im Monat mit der BGR und dreiwöchentlich mit der DBE und dem Bundesamt für Strahlenschutz - Gespräche stattgefunden haben, an denen ¹²³folgende Personen teilgenommen haben: vom Bundesamt für Strahlenschutz - außer mir selbst natürlich - Herr Röthemeyer, Herr Thomauske und der Vizepräsident, Herr Rösel, von der BGR der damalige Präsident - jetzt habe ich einen Blackout für den Namen, ich bitte um Entschuldigung - Kürsten, Professor Kürsten, dann der Abteilungsleiter für die geologischen und geowissenschaftlichen Untersuchungen, dessen Namen ich jetzt momentan nicht erinnere, und - abhängig von der Frage, ob es mehr ein technisches Problem ist oder nicht - jemand von dem Bereich der BGR. Das war alle drei oder alle vier Wochen, je nachdem. Und in ¹²⁴der DBE hat ein Gespräch ¹²⁵stattgefunden, da waren dran beteiligt: ich selbst natürlich, Röthemeyer, Thomauske, Rösel und die drei Geschäftsführer der DBE, Herr Lempert, Herr Krug und Herr Florl. Das waren also die für die einzelnen Bereiche Verantwortlichen. Hinzugezogen wurden vor allem im Gespräch mit der DBE die Abteilungsleiter, die für den jeweiligen angesprochenen, auf dem Programm stehenden technischen Bereich zuständig waren.

In jeder Sitzung wurden die Themen genannt, die in der nächstfolgenden Sitzung besprochen werden sollten, und zwar die von der DBE bzw. BGR genannten und bei mir eingelaufenen Programmpunkte, und ich habe mit den beiden - Thomauske und Röthemeyer und dem Vizepräsidenten - regelmäßig auf der Basis der Programmvorschläge für die Besprechung ein Gespräch geführt: Was kommt aus unserem Haus dazu an jeweiligen Gedanken für die einzelnen Partner? - So lief das, und die Abstände waren allgemein drei Wochen, manchmal vier Wochen, also so etwa in diesem Teil. Es wurden immer, und zwar ad hoc, diejenigen hinzugezogen von den einzelnen Institutionen, die zu einem Themenkomplex etwas sagen sollten.

¹²³ Ergänzung des Zeugen: setze „(mit der BGR)“, Anlage

¹²⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „in“, setze „mit“, Anlage

¹²⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „hat ein Gespräch“, setze „haben Gespräche“, Anlage

Die Orte der Besprechungen waren: Bundesamt für Strahlenschutz, wechselweise Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und die DBE in Peine.

So also jetzt sehr detailliert, wie das stattgefunden hat - zu meiner Zeit. Ob das so jetzt noch stattfindet, dazu kann ich nichts sagen. Das weiß ich nicht.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank, weil mich interessiert natürlich insbesondere, ob dieser besagte Brief an die damalige Umweltministerin fachlich dann eben von diesen Institutionen, die ja im Grunde genommen den Sachverstand in Sachen Endlagerung da repräsentieren, inhaltlich so mitgetragen wurden. Ich entnehme dem Vorgehen, das Sie geschildert haben, dass die drei Institutionen hinter diesem Brief, den Sie geschrieben haben, dann auch fachlich-inhaltlich gestanden haben.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, bei solchen Aussagen, die diese Bedeutung hatten, wurde ein solcher Brief der jeweiligen Institution zur Kenntnis gegeben. Das ist ein sogenannter P-Brief, wie es heißt. Es musste also der Präsident unterschreiben. Das war nicht in jedem Brief so, aber sozusagen von der Bedeutung der Konsequenzen war es dann ein sogenannter P-Brief, der vorher, weil alle drei Institutionen betroffen waren, den anderen zur Kenntnis gegeben wurde, und dies, nachdem es¹²⁶ abgesprochen war, ist dann an den Adressaten gegangen. Nicht jeder Brief natürlich, aber eben solche, die von besonderer Bedeutung waren.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt, wenn ich jetzt nur mal auf Ihr Haus, also das BfS, noch mal zu sprechen komme: Auch das BfS in Gänze hat dann hinter diesem Vorschlag gestanden?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das muss nicht sein. Wenn es so wäre, dass zum Beispiel Herr Röthemeyer, der ja hier zitiert wurde, das nicht mittragen wollte, was zum Beispiel die Organisationsform anbetraf, die übrigens nicht mit der BGR vorher abgesprochen wurde, sondern die Konsequenzen wurden den beiden Institutionen mitgeteilt, weil das eine Inner-BfS-Angelegenheit war, wie das zu organisieren ist - - wenn hier je-

mand unmittelbar betroffen war wie in dem Fall der Organisation - nicht dieses Briefes; dazu kann ich jetzt nicht sagen, ob da irgendwo jemand gesagt hat: den trage ich nicht mit -, dann musste ich und habe ich, auch wenn es nicht sozusagen eine Auflage war, die durch das Beamtengesetz - wie auch immer das heißt - gegeben war, weitergereicht an die mir dienstvorgesetzte Behörde, also den BMU, damit dort bekannt ist, dass hier eine abweichende Meinung ist von einem Führungsmitglied in der Institution.

Das zum Beispiel, was hier angesprochen worden war, war ein solcher Fall. Diese abweichende Meinung oder dieser Einspruch gegen die Meinung, die ich in dem Schreiben gegeben habe, wurde von Herrn Röthemeyer weitergegeben. Das habe ich auch verstehen können und habe da auch keine Grundsatzdebatten mit Herrn Röthemeyer geführt, sondern gesagt: Das weicht von dem Konzept ab, was wir in unserem Kreis besprochen haben und ich vertreten werde. Aber ich werde diese Ihre Meinung, wie es Ihnen nach Beamtenrecht zusteht, weiterreichen an den BMU. - Die letztliche Entscheidung dann, weil es ein Organisationsproblem ist, war in Händen - und ist wahrscheinlich heute auch noch; weiß ich aber nicht - des BMU.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Professor Kaul.

Ich unterbreche nun die Sitzung, um den Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zu geben, an der namentlichen Abstimmung teilzunehmen.

Frau Kollegin Vogt hat mich darüber informiert, dass sie Sie gleich über den sogenannten Wosnik-Vermerk befragen möchte, und würde Ihnen diesen Vermerk aushändigen lassen, damit Sie jetzt in der Pause, die mindestens eine Viertelstunde dauert, vielleicht nebenbei schon mal einen Blick darauf werfen können.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung von 18.44 bis
19.06 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich höre, dass es heute Abend noch weitere Termine gibt, nicht nur für uns. Auch der Zeuge möchte gerne einen Zug erreichen, spätestens

¹²⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „es“, setze „er“, Anlage

den um 21 Uhr. Von daher würde ich vorschlagen, dass wir vielleicht auch nicht ganz dieses Zeitkontingent ausnutzen, sondern jetzt zügig mit der Befragung fortfahren.

Das Fragerecht ist jetzt bei der SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Vogt.

Ute Vogt (SPD): Herzlichen Dank. - Herr Professor Kaul, Sie haben ja den Vermerk von Herrn Wosnik erhalten und, ich nehme an, die Gelegenheit gehabt, ihn lesen zu können. Dieser Vermerk sagt ja eindeutig, dass Herr Wosnik jedenfalls das, was Herr Thomauske verfasst hat, keinesfalls mitgezeichnet hätte. Ist Ihnen bekannt, dass Herr Wosnik damals eigentlich in der Hierarchie von Herrn Thomauske hätte mitberatend beigezogen werden müssen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, zunächst möchte ich feststellen, dass Herr Wosnik diesen seinen Brief dem Leiter ET, Herrn Röthemeyer, gegeben haben muss, möglicherweise auch Herrn Thomauske. Aber er hat ihn mir nicht gegeben.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, Sie haben den heute zum ersten Mal gesehen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich habe ihn heute zum ersten Mal gesehen, aber das brauche ich gar nicht zu sagen, denn wenn Sie oben die Kette anschauen, da steht „ET-B“ und dann Wosnik usw. „an ET“. Das hätte, weil es sich hier um eine sehr dringende und auch gravierende Kritik handelt an dem, was beabsichtigt ist, auf dem Dienstweg zu mir laufen müssen. Also, insofern konnte ich den gar nicht haben, habe ihn auch nicht gehabt, habe ihn heute das erste Mal gesehen. Aber unabhängig davon - - Ich würde ja sagen, das ist Schnee von gestern.

Ute Vogt (SPD): Die Frage ist: War Ihnen bekannt, dass Herr Wosnik eine andere Auffassung hat, vielleicht auch außerhalb dieses Vermerks?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, natürlich weiß ich, dass Herr Wosnik als Bergmann häufig andere Ansichten hat. Er hat ja auch diesen Satz „Vor der Hacke ist es dunkel“ als ein Kriterium genannt, nach dem also der Bergmann vorgeht, als die alte Bergmannsweisheit. Das nehme ich ihm auch gar nicht übel. Der ist gelernter Bergmann und

hat sicherlich ein breites Spektrum auch an Erfahrungen gegenüber allen, die auf diesem Sektor nicht gearbeitet haben. Zumindest aber ich muss mich ausnehmen; denn ich bin ja nie im Bergbau tätig gewesen, habe auch nicht die Kenntnis. Aber das ist jetzt eine Randerscheinung. Was mich - -

Ute Vogt (SPD): Herr Wosnik wurde dann - -

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Was mich an dem Brief stört, ist die mangelnde Präzision. Den hätte ich also sozusagen als Einwand gegen das, was wir diskutiert haben - und da war Herr Röthemeyer dabei gewesen, sein Dienstvorgesetzter, und Herr Thomauske, wenn es die Managementaufgaben betraf; aber er gehörte zum Teil Röthemeyer - - Ich hätte diesen Brief in dieser Form nicht weitergeleitet, sondern hätte Rückfragen gehabt. Zum Beispiel: Es werden also Formulierungen gefunden, dass - -

Ute Vogt (SPD): Ja, aber da Herr Wosnik jetzt gerade nicht da ist, nützt ja die Rückfrage an ihn auch nichts.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Na ja, gut, aber entschuldigen Sie, Sie wollen doch diesen Brief diskutieren mit mir.

Ute Vogt (SPD): Na, ich will nicht den Brief diskutieren, sondern ich will Ihr Faktenwissen über diesen Brief von damals erkunden. Weil, es ist ja verständlich, dass Sie dazu eine Meinung haben, aber für uns zählt ja die Frage: Ist diese kritische Haltung von Herrn Wosnik damals zur Kenntnis genommen worden? Wenn ja, von wem? Und hat die zum Beispiel Folgen gehabt für Herrn Wosnik in der Stellung in Ihrem Amt? Denn die Frage, die ich anschließen möchte, ist, dass Herr Wosnik ja dann auch im Rahmen der Umstrukturierung eine andere Aufgabe zugeteilt bekam und in einem Schreiben vom 17.06. geschrieben hat, dass es ihm nicht nachvollziehbar ist, wie ein bergtechnischer Betriebsüberwacher verantwortliche Person nach Atomgesetz sein soll, ohne auf diesem Gebiet Entscheidungsfunktionen zu haben.

Also, er hat sich zusammen mit Herrn Röthemeyer ausdrücklich empört über die Tatsache der Umstrukturierung, und meine Frage ist: War Ihnen das bekannt, dass Herr Wosnik jedenfalls diese von Ihnen vorge-

nommenen Umstrukturierungen in den Fachbereichen für falsch hielt?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Da kann ich Ihnen ganz klar sagen: Ja. Und die Informationen, die Herr Wosnik mir, sofern er mir welche gegeben hat, weitergereicht hatte, sind immer zu Herrn Röthemeyer gelaufen, und er war ein Mitarbeiter des Bereichs von Herrn Röthemeyer, und der war informiert und hat letztlich als Dienstvorgesetzter von Herrn Wosnik dessen Interessen vertreten, auch in den Diskussionen über die Konsequenzen dieser Umorganisation. Das ist natürlich selbstverständlich. Aber hier geht es doch jetzt um dieses, und zwar die Kritik - -

Ute Vogt (SPD): Es geht um den Herrn Wosnik und zum Beispiel die Frage, ob - - Herr Wosnik war ja ursprünglich derjenige, der mit Herrn Thomauske hätte das Thema bearbeiten sollen. Herr Thomauske hat Herrn Wosnik offensichtlich übergangen, und meine Frage ist jetzt: War das vielleicht der Grund, dass Herr Thomauske Herrn Wosnik auch nicht mehr in dem unmittelbaren Beratungsumfeld haben wollte?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Sie stellen hier die Behauptung auf, dass Herr Thomauske - -

Ute Vogt (SPD): Es war eine Frage, ob -

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein, nein, Sie haben gesagt - -

Ute Vogt (SPD): - Herr Thomauske möglicherweise Herrn Wosnik nicht unmittelbar in seinem Referat haben wollte.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Sie haben die Aussage gemacht, Herr Thomauske hat Herrn Wosnik umgangen¹²⁷, und dagegen - -

Ute Vogt (SPD): Ja, das schreibt ja Herr Wosnik, dass er nicht mitgezeichnet hat und dass, wenn er gefragt worden wäre - - Das haben wir an anderer Stelle hier auch schon erörtert. Das hat auch Herr Thomauske zugestanden, dass natürlich der Herr Wosnik formal da durchaus hätte beteiligt werden sollen. Aber mir geht es jetzt nur darum: Hat

Herr Thomauske Ihnen gegenüber deutlich gemacht, dass er mit Herrn Wosnik in der bisherigen Form nicht zusammenarbeiten möchte?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, dieses haben natürlich Herr Thomauske und ich besprochen, und ich habe auch mit Herrn Wosnik gesprochen. Aber ich weiß gar nicht, was diese Diskussion hier soll. Aber das ist ja Ihre Angelegenheit, -

Ute Vogt (SPD): Genau.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: - hier zu diskutieren, was Ihnen beliebt. Aber ich hatte den Eindruck gehabt, es geht jetzt darum, das Sachliche oder Fachliche zu besprechen, was in diesem Schreiben angesprochen ist; denn das ist nämlich das Entscheidende überhaupt der ganzen Diskussion, und zwar -

Ute Vogt (SPD): Ja, das haben wir an anderer Stelle schon erörtert.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: - die Verbindung zu diesem Schreiben, das an den BMU gegangen ist und das von Herrn Röthemeyer in dieser Form nicht mitgetragen wurde, dem Dienstvorgesetzten von Herrn - -

Ute Vogt (SPD): Ja, das haben wir aber doch schon erörtert.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, haben wir erörtert. Aber diese Diskussion - -

(Zurufe)

Ute Vogt (SPD): Entschuldigung, ich stelle hier die Fragen und möchte einfach - - Es gibt eine Erläuterung in allgemeiner Form zur Sache, und ich habe einfach eine Frage gestellt, die nicht beantwortet ist, nämlich die Frage: Wer hat warum veranlasst, dass Herr Wosnik ein anderes Aufgabengebiet bekommen hat?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, der Präsident hat letztlich die Entscheidung getroffen, und dazu stehe ich nach wie vor. Und diese Entscheidung habe ich getroffen, nachdem ich gesprochen hatte mit sowohl Herrn Röthemeyer als auch Herrn Thomauske und mit Herrn Wosnik. Und das Konzept, wie diese Umorganisation ist, ist das, das ich

¹²⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „umgangen“, setze „übergangen“, Anlage

getragen habe gegenüber dem BMU und wo Herr Röthemeyer und damit aber auch im Namen wohl - ich weiß nicht, ob er das erwähnt hat - von Herrn Wosnik diese Vorbehalte geäußert hat, was ihm auch zusteht.

Ich würde jetzt also, um das beantworten zu können, Sie bitten, mir das Schreiben des Herrn Röthemeyer, was in meinem Schreiben über die Organisation, die ja hier nirgends liegt bisher und die ich auch nicht habe bisher oder nicht mehr habe - - Dieses würde ich Sie bitten, zu tun, damit ich überhaupt sagen kann: Herr Röthemeyer hat Herrn Wosniks Meinung mit vertreten, oder er hat seine Meinung nur geäußert und impliziert wohl, dass Herr Wosnik das trägt. Das ist für mich eine - Entschuldigung - völlig fruchtlose Diskussion, die zu nichts führt, weil ich nichts - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Kaul, ich darf darauf aufmerksam machen, dass ich Ihre Einlassung sehr wohl verstehe. Aber ein Untersuchungsausschuss ist tatsächlich dazu da, Fragen zu stellen an Zeugen, und diese Fragen sind in der Sache gerechtfertigt und im Ton so gestellt, dass ich auch keine Einwände habe. Von daher ist es an Ihnen, tatsächlich zu antworten. Ich möchte darum bitten.

Es ist auch fruchtlos, jetzt zu diskutieren, ob diese Frage nun schön ist oder nicht schön. Ich stelle fest, ob die Frage zulässig ist oder nicht, und solange ich keine Einwände habe, der Ausschuss keine Einwände hat, das BMU keine Einwände hat, ist die Frage zulässig, und dann möchte ich Sie einfach bitten, darauf zu antworten.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Gut, dann möchte ich Sie bitten, noch mal diese Frage klar zu präzisieren, damit ich sie klar beantworten kann.

Ute Vogt (SPD): Ich präzisiere sie in anderer Form. Herr Professor Röthemeyer hat in seiner Vernehmung vom 15. Dezember 2011 hier im Untersuchungsausschuss gesagt: Die einzige Begründung für die Neuorganisation konnte ich nur in meiner kritischen Haltung zum Endlager - um Morsleben geht es in dem Fall - sehen. Daher habe ich anwaltliche Unterstützung in meiner Auseinandersetzung mit dem Bundesamt für Strahlenschutz in Anspruch genommen. Es kam zu keiner gerichtlichen Auseinandersetzung. Er erhielt dann seine ursprüngliche Funktion zurück.

Können Sie bestätigen, dass die Vermutung von Herrn Röthemeyer, dass die Organisationsänderung - er hat uns das hier so gesagt - darauf zurückzuführen ist, dass er eine kritische Haltung vertreten hat?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, für mich war das kein Kriterium, um die Organisationsform so zu modifizieren, dass Herrn Röthemeyer irgendwelche Aufgaben, verantwortliche Aufgaben entzogen wurden. Dieses zum Beispiel, was er hier gesagt hat, das konnte ich natürlich auch nicht wissen, aber es ist einfach richtig, dass er den gerichtlichen Weg beschritten hatte. Aber dass hier Morsleben und seine abweichende Meinung zu Morsleben der Grund sein sollte, das ist eine Konstruktion, die ich also jetzt neu höre, die ich aber - -

Ute Vogt (SPD): Ja, es war seine Aussage hier.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, es war seine Aussage, die habe ich ja eben gehört gerade. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Ich halte¹²⁸ da keine Verbindung zu Morsleben. Dass wir natürlich zum Teil unterschiedliche Meinungen hatten - - Na, wo gibt es das nicht, wenn man sozusagen unterschiedlich Verantwortung trägt? Einer muss ja letztlich dann diese Entscheidung tragen, aber mitgeben eben das, was andere, wenn es notwendig ist, dazu gesagt haben, die im Entscheidungsprozess eingebunden sind. Und das habe ich gemacht.

Kirsten Lüthmann (SPD): Genau, und da würde ich gerne weitergehen. Sie haben ja die Frage gestellt: Was soll die Diskussion? Genau diese Aussage haben Sie ja eben schon mal getroffen, nämlich Sie waren derjenige, der das Letztentscheidungsrecht hat, aber Sie haben auch für sich in Anspruch genommen, dass Sie kritische Meinungen oder abweichende Meinungen entsprechend auch zur Kenntnis gegeben haben. In Ihrem Schreiben, über das wir geredet haben, haben Sie sie nicht zur Kenntnis gegeben. Sie haben aber gesagt, in anderer Form.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: In welchem Schreiben?

¹²⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „halte“, setze „sehe“, Anlage

Kirsten Lühmann (SPD): In dem Schreiben vom - Moment, jetzt muss ich wieder gucken - 07.01. Ja, genau.

(Zuruf)

So, am 23.01.97, „Erkundung des Salzstocks Gorleben“. Sie haben gesagt, in den Besprechungen - -

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Dieses Schreiben habe ich jetzt nicht vor mir liegen. Das habe ich überhaupt nicht. Ich habe hier eines vom 07.01, was Sie eben zitiert hatten, aber das hat damit nichts zu tun.

Kirsten Lühmann (SPD): Gut.

(Ute Vogt (SPD): Wir geben Ihnen das!)

Gut, auch vom 23.01. - Es geht mir aber nicht um den Inhalt. Noch mal: Es geht uns nicht um den Inhalt, sondern es geht uns um Ihre Aussage, dass Sie gesagt haben: „Ich hatte diese Entscheidung zu treffen: Ist es möglich, ohne Probleme anders zu erkunden, nämlich nur einen Teil des Salzstockes, ohne dass wir da irgendwelche Nachteile von haben?“ Sie mussten eine Abwägung treffen zwischen den Vorteilen und den Nachteilen. Sie haben diese Abwägung getroffen, und Sie haben gesagt, abweichende Meinungen haben Sie zur Kenntnis gegeben.

Sie haben auch gesagt, dass Sie sich regelmäßig mit den verschiedenen Ämtern ausgetauscht haben, und Sie haben auch gesagt, dass Herr Röthemeyer dabei war. Von Herrn Röthemeyer wissen wir, dass er gerade in diesem Punkt eine abweichende Meinung hat, also nicht nur Herr Wosnik in seinem Schreiben vom 31.01., der sich ja darüber beschwert, dass er dieses Schreiben ans BMU nicht zur Kenntnis gekriegt hat, obwohl er seiner Meinung nach damit hätte betraut werden sollen. Da haben Sie gesagt: Na ja, das wäre aber die Aufgabe von Herrn Röthemeyer gewesen.

Ich habe hier jetzt aber ein Schreiben von Herrn Röthemeyer. In diesem Schreiben vom 27.03.97, also auch später, kommt Herr Röthemeyer zu dem Schluss:

Ohne Erkundung im Südwesten des Salzstocks kann keine belastbare Aussage über die geologischen Verhältnisse und damit über die Eignung oder Nichteignung in diesem Bereich gemacht werden.

Das ist also noch ein Beleg über Herrn Wosnik hinaus zu einer abweichenden Meinung. Ist Ihnen diese Meinung von Herrn Röthemeyer bekannt gewesen bei Erstellung Ihres Schreibens an das BMU?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das müssen Sie aus dem Schreiben nehmen¹²⁹, ob Herr Röthemeyer mir das zur Kenntnis gegeben hat.

Kirsten Lühmann (SPD): Das hat er, ja.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, woraus schließen Sie das? Darf ich das auch haben als Kopie? Ich habe ja diese Unterlagen alle nicht, die Sie haben. Aber wenn ich dazu antworten soll, muss ich das wenigstens sehen können.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich habe das jetzt eben gerade bekommen. Unten ist: Kopie an P. Das muss also in Kopie an mich gegangen sein. Natürlich erinnere ich mich nicht an dieses Schreiben, was ja eigentlich auch nicht wunder nimmt, denn da kommen, na ja, zig Schreiben auf den Schreibtisch¹³⁰. Wenn ich jetzt also noch mal einen Blick darauf werfen darf, was hier die Aussage ist, dann kann ich dazu Stellung nehmen, so wie ich jetzt auch die Chance hatte, von dieser Äußerung von Herrn Wosnik, die wir ja dann gar nicht diskutiert haben bisher, Kenntnis zu nehmen.

Also, hier ist ein entscheidender Satz unter drittens, nämlich die uns beratende oder mit uns zusammenarbeitende Institution - -

Die BGR hat auf dem Jour fixe Gorleben

- das ist das, was ich Ihnen ja erzählt habe, wie das gehandhabt wurde -

am 20.03.97

- kann sein, will ich nicht infrage stellen; aber ich habe es nicht im Gedächtnis -

bestätigt, daß auch ihrer Meinung nach der Hauptanhydrit in dem o. a.

¹²⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „nehmen“, setze „entnehmen“, Anlage

¹³⁰ Ergänzung des Zeugen: setze „des Präsidenten“, Anlage

Bereich nicht durchörtet werden soll.

Das trifft etwa das, was hier Herr Wosnik mit anderen Worten geschildert hat, wobei weder zumindest hier in dem Punkt 3 von Herrn Röthemeyer als auch in dem, was Herr Wosnik schreibt, für mich zumindest heute - das muss wohl damals, weiß ich nicht, sicherlich aber auch so gewesen sein, hätte ich dieses Schreiben jetzt in Erinnerung - nicht verständlich ist, weil die Begründung fehlt. Aber, wie dem auch sei, das ist für mich das Wichtigste, was ich bisher erfahren habe aus dem Kenntnisnehmen dieser offensichtlich an mich gegangenen Kopie.

Das andere war:

Wie wenig vorhersehbar die geologischen Verhältnisse in einem Salzstock sind, zeigen die Erfahrungen mit der Hauptförderstrecke ...

Das ist das, was der Herr Wosnik mit dem „Vor der Hacke ist es duster“ ganz allgemein besprochen hat. Das ist sicherlich richtig. Das ist aber - ich sage es noch mal -, weil es ein bedeutsames Schreiben an den BMU ist und die Gründe angegeben sind, warum wir der Meinung sind, dass hier dieser Weg beschritten werden soll für die Bereiche, wo keine Salzrechte existieren und wo ein Weg besteht nach der damaligen unseren Meinung, in den nordöstlichen Teil des Salzstocks vorzudringen - - dass dieses mitgetragen worden war von diesen drei Institutionen insgesamt, an deren Sitzung Herr Röthemeyer - ich wiederhole es noch mal - beteiligt war.

(Kirsten Lühmann (SPD): War er immer beteiligt? Nach unseren Kenntnissen war er am 17.12.1996 und am 08.01. - -)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Tut mir leid, Frau Lühmann, Ihre Fragezeit ist rum.

(Kirsten Lühmann (SPD): Entschuldigung, das habe ich nicht gehört!)

Nächste Runde. Ganz prima. - Das Frage-recht geht jetzt an die FDP-Fraktion.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Keine Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen. Dann geht das Fragerecht jetzt an die Linken. Bitte schön.

Johanna Voß (DIE LINKE): Die Umorganisation hatten wir. - Ich möchte noch mal fragen, weil dazu hatte ich keine genaue Antwort gekriegt: Wieso bekam Dr. Thomauske ein Direktionsrecht verliehen auch gegenüber Mitarbeitern aus anderen Fachabteilungen? Das scheint mir wirklich keinen Sinn zu machen.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Woraus schlussfolgern Sie diese Aussage, Herr Thomauske habe ein Direktionsrecht bekommen für Mitarbeiter aus anderen Abteilungen oder Bereichen? Woraus schließen Sie das? Das habe ich nicht gesagt.

Johanna Voß (DIE LINKE): Aus den Aussagen von Herrn Dr. Röthemeyer, der das hier so gesagt hat.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das stimmt doch nicht! Zitieren Sie das doch!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Könnten Sie das bitte zitieren unter Angabe der Quelle?

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut, das ist ausweislich des Protokolls so nachzulesen, und wir liefern die Stelle nach. Ich würde jetzt gerne bitten, dass Sie dazu Stellung nehmen.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das stimmt nicht, was Herr Röthemeyer gesagt hat. Entschuldigung, wenn ich sage - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, Frau Voß, Sie müssen schon - - Wenn Sie den Zeugen bitten, zu einem Sachverhalt Stellung zu nehmen, dann wäre es gut, wenn man das tatsächlich so belegen könnte, dass an der Aussage des Herrn Röthemeyer kein Zweifel bestehen muss. Deshalb würde ich Sie bitten, das zu belegen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ich suche ja schon.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Na, dann, Frau Vorsitzende, möchte ich jetzt doch mal dazu was sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, nein.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Doch, doch.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein. Sie möchten dazu was sagen. Frau Voß sucht gerade mal die Stelle.

Johanna Voß (DIE LINKE): Wir zitieren aus MAT B 45/1. Das ist der Prozess, den Professor Röthemeyer geführt hat, die Paginierung 110:

Im Pr BfS-Schreiben an das BMU vom 10.04.96 heißt es: „Die Matrixorganisation gibt dem FBL ‚Sicherheit der Endlagerung ...‘ ein deutliches Direktionsrecht.“ Diese Festlegung hätte dem Primat der Sicherheit Genüge getan. Im Schreiben des VPr BfS an das BMU vom 19.04.96 wird dieses Direktionsrecht auf den FBL „Endlagerprojekte, Betrieb“ übertragen. Dieses Direktionsrecht in Verbindung mit dem genannten „fachlich weisenden Zugriff“ auch auf die Abteilung ET 2 stellt die Funktion des zukünftigen Leiters ET II als Fachbereichsleiter in Frage.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, dieses Schreiben hat der Vizepräsident an den BMU geschickt. Das haben Sie ja eben auch selbst gesagt: VP. Es ist so in der Organisation einer solchen¹³¹ - - Das müssten eigentlich die Damen und Herren zum Beispiel auch des BMU bestätigen: Wenn eine Aufgabe auf mehrere Verantwortungsbereiche entfällt, muss man einem das fachliche Weisungsrecht geben, abhängig von dem Umfang der Aufgabe. Ansonsten funktioniert es nicht. Das heißt aber nicht - darf ich das zu Ende führen? -, dass damit die Verantwortung nicht auch gleichzeitig der Verantwortliche für den Bereich mittragen muss, in dem dieser Mitarbeiter, der jetzt fachlich sozusagen das Weisungsrecht bekommen hat, tätig ist.

Also zum Beispiel war das im BMU so gewesen, Entschuldigung, im Bundesgesundheitsamt noch zur Zeit, als diese Aufgabe des Strahlenschutzes, des personellen Strahlenschutzes dort war, da war der BMU berechtigt - das heißt, damals der BMI; es gab ja noch nicht den BMU -, neben dem Gesundheitsminister direkt fachlich zuzu-

greifen zu dem Bundesgesundheitsamt, Institut für Strahlenhygiene, und zwar ganz klar definiert aufgrund von Aufgaben, die sowohl den BMI tangierten, was Strahlenschutz anbetrifft, als auch den Gesundheitsminister tangierte als Verantwortlichen für den Gesundheitsschutz, für den gesamten. Und nichts anderes haben wir gemacht, nämlich dass eben dort, wo Arbeitsschwerpunkte von jemandem verantwortlich übernommen worden waren, das fachliche Zugriffsrecht von dem jeweiligen Bereichsleiter, also für das Management oder für den wissenschaftlichen Teil der Endlagerung, gegeben ist.

Das heißt aber auch gleichzeitig, dass der jeweilige Verantwortliche, also der Herr Thomauske oder der Herr Röthemeyer, immer den anderen, den Partner informieren muss, wenn er den Zugriff geleistet hat. Und davon gehe ich mal aus, dass das auch gemacht wurde; zumindest stand es so drin. Dass der Herr Vizepräsident das unterschrieben hat, war der Grund der¹³², dass die Organisation in sein Ressort als Jurist gefallen ist, ganz eindeutig. Deswegen hat er auch das unterschrieben. Das haben Sie ja selbst zitiert eben. Ich weiß nicht, ob er mir eine Kopie gegeben hat davon. Das müsste ja deutlich werden. Oder er hat es nicht gemacht; weiß ich aber nicht. Zumindest weiß ich um die Problematik noch aus der Erinnerung.

Johanna Voß (DIE LINKE): Herr Röthemeyer kritisiert dann noch ganz besonders die fehlende Fachkunde insbesondere im bergbaulichen Bereich bei dem damaligen Leiter des ET 1.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, das weiß ich.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ist das - -

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das hat er kritisiert. Das weiß ich.

Johanna Voß (DIE LINKE): Muss das auch kritisiert werden aus Ihrer Sicht?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein, das musste nicht kritisiert werden. Das musste nicht kritisiert werden; denn für die Aufgaben, die Herr Thomauske hatte, war dies nicht Voraussetzung. Der Herr Wosnik hatte zum

¹³¹ Ergänzung des Zeugen: setze „wissenschaftlichen Bundesoberbehörde“, Anlage

¹³² Richtigstellung des Zeugen: streiche „der“, Anlage

Beispiel eine Verantwortung, die auch Herr Röthemeyer ihm gar nicht nehmen konnte. Verstehen Sie? Es gibt Verantwortlichkeiten nach dem Berggesetz, die ad personam jemand hat, -

Johanna Voß (DIE LINKE): Ich verstehe.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: - und die hat Herr Wosnik unabhängig davon aufgrund seines Ausbildungsganges gehabt und behalten.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut, das verstehe ich. - Eine weitere Maßnahme war ja die fachliche Zusammenführung von ET 1 und ET 2. Der Zeuge Gert Wosnik formulierte bei seiner Vernehmung hier am 24.11. - das ist in dem Protokoll Seite 95 - den Grund für seine Entscheidung, vorzeitig in Ruhestand zu gehen, wie folgt:

Ich sollte meine Kompetenzen völlig verlieren, aber die Verantwortung behalten.

Die Kompetenzen sollten an Dr. Thomauske übertragen werden. Damit haben Sie Herrn Wosnik seine Entscheidungsfunktion genommen. Trotzdem sollte er aber die Verantwortung für den Betriebsbereich behalten. Wie kann das gehen? Herr Professor Kaul, können Sie den Unmut von Herrn Wosnik, der ihn dazu gebracht hat, den Scheffel hinzuschmeißen, wenn ich das mal so sagen darf, nachvollziehen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Na ja, ich muss sagen, ich - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Ich möchte das noch präzisieren: Haben Sie mit Herrn Wosnik über die Umstrukturierungspläne dann gesprochen, und warum haben Sie die Unzufriedenheit von zwei Ihrer kompetentesten Mitarbeiter in Kauf genommen? Der eine verließ das BfS, der andere klagte gegen Sie. Was haben Sie dafür erreicht? Wofür waren Sie bereit, einen so hohen Preis zu bezahlen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich muss mich ein bisschen wundern über das, was hier jetzt diskutiert wird und wie es diskutiert wird, nicht, weil ich glaube, dass es eine merkwürdige Situation ist, wenn jemand etwas sagt und Monate später ein anderer dazu Stellung nehmen soll, sondern man

hätte ja im Wechselgespräch sich dazu äußern können. Wenn das aber hier nicht machbar ist, dann ist es natürlich eine aufeinanderfolgende Diskussion.

Aber ich will Ihnen eines mal sagen: Ich unterstelle für mich - aber das ist nicht im Gespräch durch Herrn Wosnik bestätigt worden -, dass ich mit jedem der Betroffenen darüber gesprochen habe, sei es gemeinsam oder sei es in Einzelgesprächen. Das habe ich getan. Sie können jetzt, wenn Sie wollen, Ihre Stirn in Falten legen. Ich sage das so, wie Herr Wosnik eben seine Meinung geäußert hat, und dazu stehe ich, und das ist die Wahrheit, die Wahrheit, dass ich mit jedem derer, die jetzt sich darüber engagiert ausgesprochen haben - sowohl Herr Röthemeyer in seinem Prozess wie auch Herr Wosnik hier in diesem Kreis und Herr Röthemeyer hier in diesem Kreis -, diese Gespräche geführt habe.

Ich weiß nicht, ob Sie Herrn Rösel schon vernommen haben. Kann sein, dass Sie mit Herrn Thomauske über diese Thematik gesprochen haben. Aber ich muss sagen, ich empfinde das - Entschuldigung, Frau Vorsitzende, ich darf hier auch mal ein Wort der Kritik sagen - einfach nicht korrekt, wenn man solche Einzelmeinungen abfragt.

(Zuruf: Das ist die Aufgabe des Untersuchungsausschusses!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Es ist so gewesen, wie ich es geschildert habe - dazu stehe ich -, dass ich diese Umorganisation mit den Betroffenen besprochen habe und daraufhin, nachdem es dann geschrieben wurde, formuliert wurde - da habe ich mir den Juristen dazugenommen, den Herrn Rösel -, habe ich das denen vorgelegt, und Sie haben ja die Reaktion von Herrn Röthemeyer gehört. Mehr kann ich dazu dann nicht sagen. Das ist nun mal wahr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Das Fragerecht ist damit zu Ende.

Herr Kaul, es liegt in der Natur der Sache, die zudem so lange in der Vergangenheit liegt, dass es da unterschiedliche Erinnerungen gibt, unterschiedliche Anschauungen, Einschätzungen, und gerade deshalb versuchen wir, durch Befragung unterschiedlicher Zeugen da ein wenig Licht ins Dunkel zu bringen.

Das Fragerecht ist jetzt bei den Grünen. Bitte schön, Frau Kollegin Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Kaul, wir hatten ja jetzt längliche Debatten über Organisationsverteilung und Organisationsänderung. Ich will die noch mal in den Zusammenhang stellen, weil Ausgangspunkt ist ja die Entscheidung, die Erkundung und das Erkundungskonzept zu verändern, und deswegen haben wir die Diskussion ja begonnen mit dem Versuch des Verständnisses oder der Interpretation Ihres Briefes vom 07.01. Das haben wir jetzt ja hinlänglich diskutiert. Der Kernpunkt war ja - ich bringe nur noch mal dieses eine Zitat, rufe das in Erinnerung -:

Die von mir

- das sind Sie -

vorgeschlagene zügige Erkundung nur des nordöstlichen Teils ... führt zu der unter Kostengesichtspunkten günstigsten Lösung und ist geeignet, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Frage zu beantworten, ob der Salzstock Gorleben geeignet ist, insbesondere die wärmeentwickelnden Abfälle aufzunehmen.

Das ist ja der Punkt, der uns bis heute beschäftigt, und wir wollen wissen, wie es zustande gekommen ist, dass einerseits noch Anfang Januar und in dem Ministergespräch am 05.12.1996, von dem Sie ja natürlich auch wussten, noch eine ganz andere Position zur Erkundung vertreten worden ist und innerhalb von circa zwei Wochen eine Änderung vollzogen worden ist, dass man dann zu der Auffassung gelangte, die ich gerade Ihrem Brief entnommen habe und die man dann auch noch sehr viel deutlicher dem Protokoll einer Besprechung der BGR- und BfS-Präsidenten - Sie haben gerade die Teilnehmer genannt - entnehmen kann, wo ganz deutlich - - Ich nehme nur einen Satz raus aus dem Protokoll - das ist MAT A 223, Paginierung 14 -:

Die Erkundung des Salzstocks, Südostteil,

- das ist ein Fehler; es muss heißen: Südwestteil -

wird unter Berücksichtigung der geringeren Abfallmengen als zunächst nicht mehr erforderlich angesehen. Es ist beabsichtigt, alle Abfälle ... im nordwestlichen Salzstockbereich einzulagern.

Wir wollen rauskriegen - und damit möchte ich jetzt einsteigen -: Wie ist es zu dieser Meinungsänderung und Konzeptänderung gekommen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich glaube, wir haben den Punkt schon mal besprochen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, dass wir die Erkundung des Salzstockes Gorleben glaubten - und ich bin auch der Meinung, dass es eine richtige Entscheidung war - durchführen zu müssen auch unter sicherheitstechnischem Aspekt. Ich sage jetzt ganz bewusst „unter sicherheitstechnischem Aspekt“, und zwar: Wenn Sie mal in dieses Schreiben - na ja, was Sie da vor sich liegen haben -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 07.01., ich habe es vorliegen.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: - auf Seite 2 schauen, und zwar vom 07.01. Da steht - Entschuldigung, welches war es jetzt gewesen? -, wo es nämlich um die Frage geht - ich habe jetzt schon ziemlich viel Papier hier vor mir liegen -, dass nämlich die Sicherheit für die - - Da ist es. Hier steht im vierten Absatz in der dritten Zeile:

Darüber hinaus verliert der Bund die Gewährleistungsansprüche insbesondere für die Schächte gegenüber den Herstellerfirmen. Dies ist im Hinblick auf die besondere sicherheitstechnische Bedeutung der Schächte und die Nachweisführung im Planfeststellungsverfahren nicht akzeptabel.

Das ist eine ganz gravierende Begründung für diese unsere Haltung, nämlich die Sicherheit einmal der Schächte, deren Gewährleistung abgelaufen wäre, und die Konsequenz für das Planfeststellungsverfahren, sofern es zu einem Planfeststellungsverfahren kommen sollte.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke, Professor Kaul, aber es geht ja um viel mehr. Es geht nicht nur um die Schächte und die Sicherheitsbedingungen. Es geht ja um die Veränderung des Konzepts und gleichzeitig die Verbindung damit, dass eine Eignungsaussage - deswegen habe ich die Stelle jetzt gerade vorgelesen - auch aufgrund dieses eingeschränkten und veränderten Konzepts möglich sein soll-

te. Das muss ja bergfachlich gerechtfertigt werden.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Na ja, es ist ja beide - - Wir haben ja - -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, ja, ich komme gerade zur nächsten Frage. - Das muss bergfachlich gerechtfertigt werden. Auf unsere Nachfragen oder auf Nachfragen hier mehrfach aus dem Ausschuss haben Sie gesagt, dafür sind Sie zwar als oberster Chef der Behörde verantwortlich, aber eigentlich die fachlich kompetenten Personen. Sie haben Herrn Thomauske genannt, und wir haben jetzt die ganze Zeit über die bergfachliche Person Herr Wosnik geredet. Dieser Herr Wosnik wurde ja Herrn Thomauske zur Seite gestellt vom Landesbergamt, zwingend, weil man die Kompetenzen im bergfachlichen Bereich des Herrn Thomauske als nicht ausreichend eingeschätzt hat. Und jetzt meine Frage: Wieso kann man dann eine solche Entscheidung treffen, rechtfertigen und auch in dem Protokoll wiederfinden, wenn man die tatsächlich bergfachliche Person, die eine abweichende Meinung hat, in keiner Weise hört, berücksichtigt oder auch zu diesem Präsidententreffen hinzuzieht?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Na ja, also zunächst mal: Die Behauptung, die sei nicht weitergereicht worden oder aufgenommen oder diskutiert worden, die können Sie ja durch nichts belegen. Wenn Sie mir - Entschuldigung - dieses Schreiben des Herrn Röthemeyer zu diesem meinem Schreiben, was ich weitergereicht habe an den BMU, geben oder der BMU mir gibt -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich habe eine etwas andere Frage gestellt.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: - nein, nein, ich habe das schon verstanden -, dann wüsste ich und würde zeigen können - oder aber auch nicht, weil ich das natürlich nicht mehr erinnere, was damals genau geschrieben wurde -, dass das, was Herr Wosnik dem Herrn Röthemeyer mitgeteilt hat in diesem seinem Schreiben, berücksichtigt wurde an Kritik oder auch nicht, Kritik durch Herrn Röthemeyer, der der Dienstvorgesetzte von Herrn Wosnik war. Das kann ich aber nicht

beurteilen, weil ich das nicht sehe, was damals Herr Röthemeyer diesem Schreiben an den BMU mitgegeben hat und was ich tun musste, einfach unter Gesichtspunkt auch letztlich des Rechtes, diese seine abweichende Meinung zu äußern.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Eigentlich hätte ja nämlich Herr Wosnik als bergfachliche Person da mitzeichnen müssen. Er hat aber meiner Kenntnis nach nicht mitgezeichnet. Erwinnere ich mich da richtig?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das kann sein; das weiß ich nicht. Aber ich weiß das ja alles nicht, weil all diese Dinge zwar Ihnen bekannt sind, aber mir nicht, weil ich nicht das Papier jetzt vor mir liegen habe.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das trifft nicht ganz zu. Ich habe gerade aus dem Protokoll zitiert vom 09.01., wo es ums Präsidentengespräch geht, wo die Präsidenten sich genau über diese Endlagerposition oder diese Konzeptposition verständigt haben und Herr Wosnik und Herr Röthemeyer, die beide in dem Fall auch Gegenargumente hatten, nicht zugezogen wurden, und so viel war Ihnen ja schon bekannt, dass die beiden da abweichende Meinungen hatten. Und dafür wollte ich eine Erklärung haben.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Es ist ja nicht verboten, eine abweichende Meinung zu haben. Wenn diese abweichende Meinung sich nicht deckt mit der Meinung derer, die an diesem Konzept beteiligt sind oder waren, und dieses dann zum Ausdruck gebracht wird durch ein Schreiben, das ich verantwortlich zeichnen musste - das ist nun mal eben so -, dann hat derjenige, der eine abweichende Meinung hat - und das Recht hat er auch genutzt, Herr Röthemeyer -, diesem Schreiben seine abweichende Meinung beizugeben. Und diese abweichende Meinung hat entweder - das weiß ich eben nicht - die Meinung von Herrn Wosnik beinhaltet, die er ja auch in seinem Schreiben vom 31.01.97 geäußert hat, oder nicht. Ja, Entschuldigung, das ist nun mal so.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wosnik hät-

te mitzeichnen müssen! Das war
nur eine kleine Korrektur!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine
liebe Frau Steiner, die Zeit ist zunächst um.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Darüber
kann man diskutieren.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Wieso das denn?)

Aber der Dienstvorgesetzte von Herrn
Wosnik, Herr Röthemeyer, ist derjenige, der
mitzeichnen musste oder eine abweichende
Meinung äußern musste. Seine Pflicht ist -
oder auch nicht, wenn er das nicht tut -, die
von seinem Mitarbeiter, der einen gewissen
Bereich abdeckt, verantwortlich abdeckt, mit
zu berücksichtigen oder eben nicht. Das
Einzigste, was ich kenne, ist das, was Herr
Wosnik am 31.01. Herrn Röthemeyer ge-
schickt hat. Das hat er ja eben nicht ge-
schickt, damit es dann irgendwo im Papier-
korb landet, sondern dass es Eingang findet
in die Argumentation seines Dienstvorge-
setzten, nämlich des Herrn Röthemeyer.
Wie¹³³ es nun Eingang gefunden hat, weiß
ich nicht. Ich kenne ja nicht das, was
Röthemeyer geschickt hat. In diesem mei-
nem Schreiben ist es nicht enthalten, weil
das auch nicht da reingehört, weil nämlich
das sozusagen das P-Schreiben ist auf der
Basis der Diskussion, in dem ich die Punkte,
die auch zum Teil von Herrn Wosnik aufge-
griffen worden sind und die auch hier stehen
hinsichtlich der Sicherheitstechnik, aufge-
nommen habe.

Das ist nun mal so. Es tut mir leid, wenn
ich jetzt hier sozusagen eine Vorlesung über
das Prozedere in einer Institution geben
muss, wie sie zu wie viel - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Eine fehler-
hafte!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzli-
chen Dank. - Damit sind wir am Ende der
zweiten Berliner Runde, und ich komme zur
dritten Runde. Das Fragerecht ist jetzt zu-
nächst wieder bei der Unionsfraktion. - Keine
weiteren Fragen. Gut, dann ist das Frage-
recht jetzt bei der SPD-Fraktion. Frau
Lühmann.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke. - Ich will
einfach mal chronologisch vorgehen und
einige Dinge auch erwähnen, die wir schon
angesprochen haben. Nur, ich fände es ganz
wichtig, dass wir mal - oder für mich, für mei-
ne Fragen, die ich Ihnen stelle - chrono-
logisch vorgehen.

Ich halte Ihnen jetzt zuerst eine Aussage
von Herrn Dr. Thomauske vom 23.05.1991
[sic! 16.05.1991] vor. Das ist MAT A 144,
Band 22, Paginierung 071016 bis 071017.
Da hat Herr Thomauske 1991 gesagt:

Die Erkundung des Salzstockes
nach Süd-Westen scheidet auf der
Grundlage der vorhandenen Nut-
zungsrechte aus. Die Erkundung
dieses Teils des Salzstocks ist je-
doch zwingend, da für die Eig-
nungsaussage die Erkundung des
gesamten Salzstockes Vorausset-
zung ist und da aus Gründen der
Wärmeentwicklung der radioaktiven
Abfälle Spannungen im Salzstock
erzeugt werden, weshalb eine mög-
lichst gleichmäßige Verteilung der
Wärmequellen symmetrisch um die
Schächte (Standortsicherheitsfrage)
anzustreben ist.

Zu diesem Zeitpunkt war Herrn Tho-
mauske und anderen auch bekannt, dass
sich die Gesamtmenge des einzulagernden
Atommülls verringern wird. Das stand in dem
IEAL-Gutachten von 91. Also dieses Argu-
ment „Es ist viel weniger; wir brauchen nicht
so viel Platz zum Einlagern“ war Herrn Tho-
mauske zu diesem Zeitpunkt bekannt. Trotz-
dem ist er der Meinung gewesen: Wir müs-
sen das Ganze erkunden; ansonsten haben
wir dort Probleme mit der Sicherheit.

Dann gab es im Weiteren Diskussionen,
und darauf sind wir jetzt eingegangen. Es
gab mehrere Präsidentengespräche. Sie
haben ja mehrfach darauf hingewiesen, dass
Herr Röthemeyer an diesen Gesprächen
immer teilgenommen hat. Herr Röthemeyer
hatte ja bekanntermaßen die gleiche Mei-
nung wie Herr Thomauske 1991.

Meine Frage ist jetzt: In den entschei-
den Gesprächen - einmal in dem Gespräch,
aus dem eben zitiert wurde, in diesem Präsi-
dentengespräch, in dem festgelegt wurde:
„Wir können das auch ohne diesen anderen
Teil machen“, und schon in dem Gespräch
davor am 17.12. - war Herr Röthemeyer nicht
mehr anwesend. Können Sie das bestäti-
gen? Wir haben das aus der Liste, aus der
Teilnehmerliste. Er war nicht mehr dabei.

¹³³ Ergänzung des Zeugen: setze „und ob“, Anlage

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das kann ich nicht bestätigen, weil ich es nicht weiß.

Kirsten Lühmann (SPD): Gut. Dann sage ich es Ihnen. Aus der Teilnehmerliste haben wir: Er war nicht dabei. - Weil Sie vorhin immer gesagt haben, in Ihrer Zeit war Herr Röthemeyer immer dabei. Dann sage ich Ihnen jetzt: Ausweislich der Teilnehmenden-Listen, die wir haben, war er dabei bis zu dieser Sitzung, ausschließlich 17.12, und das waren augenscheinlich genau die Sitzungen, bei denen diskutiert wurde, ob wir das machen oder nicht.

Dann haben wir die Situation, die wir eben auch schon gesagt haben, dass wir ein Schreiben haben, eine Entscheidung: Es geht auch ohne diesen Teil. - Da haben Herr Röthemeyer und Herr Wosnik - - Sie haben uns auch eben gesagt: Herr Wosnik hat eine Verantwortung, die er nicht loswerden kann, eine Verantwortung qua Amt. Egal ob da umorganisiert wird oder nicht: Herr Wosnik hat eine Verantwortung, die ihm keiner nehmen kann. - Wir haben eben festgestellt, dass Herr Wosnik diese Verantwortung - das haben nicht Sie zu verantworten; das ist auch mir ganz klar - nicht wahrnehmen konnte, da er über die entscheidende Frage - Änderung der Auffassung, wir brauchen beide Teile - nicht informiert war.

Meine Frage ist jetzt: Wie kommt es, dass Herr Dr. Thomauske seine Meinung von 1991 geändert hat, obwohl er auch damals schon von den verringerten Mengen einzulagernden Materials wusste? Und wie kommt es, dass wir mehrere abweichende Meinungen haben zu der veränderten Auffassung, dass man den gesamten Salzstock untersuchen muss, um eine klare Eignungsaussage zu treffen? Denn in Ihrem Schreiben, das wir schon mehrfach zitiert haben, vom 07.01. schreiben Sie wirklich dezidiert, dass man eine Eignungsaussage auch treffen kann, ohne den gesamten Salzstock zu erkunden. Und Sie schreiben hier: Wir müssen den gesamten Salzstock nur dann erkunden, wenn wir feststellen, dass wir eben mengenmäßig vom Volumen her in dem Teil des Salzstocks, wo wir die Rechte haben, nicht genug Platz haben, um das zu erwartende Material einzulagern. Dann müssen wir erkunden, aber nicht aus Sicherheitsgründen.

Wie kommt es dazu, dass Herr Thomauske seine Meinung geändert hat? Wie kommt es dazu, dass Sie so eine Meinung

haben, obwohl es ja mehrfach abweichende Meinungen in Ihrem Haus gab?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, zu dem ersten - - Jetzt darf ich mal etwas länger antworten. Zum ersten Punkt meiner Aussage. „Diese Besprechungen haben immer zusammen stattgefunden mit den Verantwortlichen für die einen Bereiche“ heißt nicht, dass nicht jemand - aus welchen Gründen auch immer, sei es Erkrankung oder sonstige Gründe, Dienstreise - nicht da sein konnte. Also, diese Aussage bitte ich doch nicht so zu interpretieren, als hätte während der zehn Jahre, die ich für das Amt verantwortlich war, an allen Sitzungen immer jeder teilgenommen derer, die die Verantwortung tragen. Das wäre also eine ungewöhnliche Interpretation einer solchen Formulierung, wie ich sie gegeben habe. Aber das ist Ihre Angelegenheit.

Kirsten Lühmann (SPD): Darf ich dann dazu?

(Zurufe)

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich sage nur klar, dass das immer bedeutete, dass nach dem Organisationsprinzip, das ich gepflegt habe, die Beteiligung der Verantwortlichen immer gegeben war. Wenn jemand nicht da war, hatte das irgendwelche Gründe, die ich natürlich heute gar nicht mehr wissen kann.¹³⁴

Punkt zwei: Wieso hat Herr Thomauske seine Meinung geändert und habe ich eine Meinung geäußert in dem Schreiben, das Sie wohl zitiert haben, am 07.01.? Ist das richtig?

Kirsten Lühmann (SPD): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nun, zu dem Zeitpunkt, als Herr Thomauske diese seine Meinung, nämlich die in 1991, glaube ich, -

Kirsten Lühmann (SPD): 91, ja.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: - geäußert hat, waren wir ja noch davon auch ausgegangen, dass wir die Chance bekommen werden durch die Salzrechte und - - nein,

¹³⁴ Ergänzung des Zeugen: setze „Er konnte, ja musste eigentlich, seinen Vertreter delegieren!“, Anlage

durch die Salzrechte¹³⁵, dass wir den gesamten ursprünglich einmal ins Auge gefassten Salzstock erkunden können, mit Ausnahme der uns bekannten Regionen, in denen wir die Einlagerung von wärmeentwickelnden radioaktiven Abfällen aus geologischen Sicherheitsgründen nicht durchführen können. Das war ja von Anfang an bekannt, aufgrund der Ergebnisse von Bohrungen und der Analyse eben der Proben, die durch Bohrungen über Tage durchgeführt wurden.

Dieser Wechsel in der Auffassung resultierte im Wesentlichen - das ist ja deutlich geworden - eben aus der Tatsache, dass wir in der Zwischenzeit belastbare neue Erkenntnisse hatten, nämlich hinsichtlich des Aufkommens, des Volumens, des Aufkommens an radioaktiven Abfällen, die wir 1991 nicht hatten -

Kirsten Lüthmann (SPD): Doch!

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul:

- zumindest nicht belastbar hatten, nicht belastbar hatten -, sondern es war eine Entwicklung abzusehen aufgrund verschiedener technischer Erkenntnisse, dass wir weniger Abfall haben werden aus der Tatsache der Aufarbeitung von Abfällen mit einer Reduzierung des Volumens. Das war aber zu dem Zeitpunkt 1991 in diesem belastbaren Umfang noch nicht möglich. Wir haben erst in der Zeit um, sagen wir mal, Mitte der 90er-Jahre - 95, 97 - aus dem Trend der anfallenden Abfälle entnehmen können, dass wir eine gravierende Reduzierung des Volumens auf ungefähr die Hälfte haben werden. Es war grob, glaube ich, die Hälfte, so was in der Größenordnung.

Also insofern ist es durchaus begründbar, warum Herr Thomauske zu dem Zeitpunkt 91 eben noch davon ausgegangen ist, dass wir alle diese Abfälle - - dass das Gesamtvolumen der einzulagernden Abfälle deutlich größer war, als es dann 1997 zum Beispiel sich ergeben hat.

Ein Punkt allerdings - den will ich Ihnen sagen - ist der, der nachher - ich kann es aber nicht genau sagen, warum - keine so gravierende Rolle mehr gespielt hat - das kann ich wirklich nicht mehr beurteilen -, nämlich die Aussage, die er 1991 machte - ich glaube, das war 1991 -, nämlich dass durch die Wärmeverteilung der eingelagerten

Abfälle unter Umständen ein Spannungsfeld entsteht in der gesamten Grube, die möglicherweise von Einfluss ist auf die Schächte. Das ist in irgendeinem dieser Papiere von ihm genannt worden. Ich meine, es wäre 91 gewesen.

Das ist ein Argument gewesen, das dann in der Folgezeit von denen, die sich mit den Wärmeübergängen und der Wärmebelastung des Salzstocks beschäftigt haben, bearbeitet wurde. Ich meine, das waren vor allem Untersuchungen, die von der DBE in Zusammenarbeit mit einem Gutachter gemacht wurden. Aber ich kann das nicht mehr sagen. Aber ich weiß, dass solche Untersuchungen gemacht wurden.

Diese Untersuchungen haben zu einem Zeitpunkt X gezeigt - ich weiß auch nicht, wann das war, aber ich nehme mal an, so nach dem Gefühl der Erinnerung, dass es so etwa 95 deutlich geworden ist -, dass diese Wärme, dieses Wärmemuster über dem gesamten Salzstock nicht von einem solchen Einfluss ist auf die beiden Schächte, dass es zu Spannungen kommt, die unter Umständen ein Sicherheitsproblem darstellen, sodass es in den späteren Diskussionen überhaupt nicht mehr als ein Kriterium - - nämlich in den Diskussionen, wo eben diese Umfahrung und auch die Ausklammerung der Nichtsalzrechte eine Rolle gespielt hat. Aber das müsste irgendwo in einem Papier, das wohl um diese Zeit entstanden ist - nehme ich an -, aus einem Gutachten - ich glaube, es war die DBE oder über die DBE jemand - deutlich werden.

Also, das ist mir zumindest so in Erinnerung, sodass dieses Argument auch keine Rolle mehr gespielt hat 1997, als wir der Umweltministerin empfohlen haben, die Erkundung weiterzuführen mit den Argumenten, die in diesem Schreiben enthalten sind und die wir ja länglich jetzt hier diskutiert haben. Das ist das, was ich so in Erinnerung habe, aber was ich natürlich nicht quantifizieren kann, weil mir die Unterlagen fehlen.

Kirsten Lüthmann (SPD): Ich glaube Ihnen das, aber ich habe jetzt zwei Nachfragen. Die erste Nachfrage ist zu der Frage: Warum hat Herr Röthemeyer an den Besprechungen im Dezember 96 und im Januar 97 nicht mehr teilgenommen, obwohl er ja sonst teilgenommen hat nach Ihren Aussagen? Könnte es sein, dass er deshalb nicht mehr teilgenommen hat, weil es eine Organisationsänderung gegeben hat und er deshalb

¹³⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „und - - nein, durch die Salzrechte“, Anlage

nicht mehr zu dem Kreis der dort Diskutierenden gehört hat? Die erste Frage.

Die zweite Frage ist - - Also, erstens eine Feststellung: Herr Thomauske wusste 91 von den reduzierten Mengen. Wenn Sie sagen: „Diese Zahlen 91 waren nicht belastbar“, dann kann ich das nicht widerlegen. Ich finde es nur schwierig, wenn man sagt: Ich kriege Zahlen, und die Zahlen, wenn ich sie 91 kriege, sind nicht belastbar. Wenn ich dieselben Zahlen aber 95 kriege, dann nehme ich sie zur Kenntnis. - Das ist aber eine Äußerung von mir. Das halte ich für schwierig, es sei denn, Sie erklären mir, was denn der Unterschied war zwischen der IEAL, dem IEAL-Gutachten, das Herr Professor Röthemeyer in seiner Vernehmung vom 15.12.2011 in der 66. Sitzung auf Seite 56 uns erklärt hat - - dass es also 91 dieses IEAL-Gutachten gab und dass in diesem Gutachten sehr wohl schon klare Aussagen getroffen wurden über die verminderten Mengen.

Die Frage, die ich Ihnen jetzt aber stelle: Sie haben gesagt, das Argument der Wärmeentwicklung sei durch ein Gutachten widerlegt worden. Dennoch haben wir hier einmal die Einschätzung von Herrn Röthemeyer, der ja ausgewiesenermaßen ein Fachmann ist, vorliegen:

Ohne Erkundung im Südwesten des Salzstocks kann keine belastbare Aussage über die geologischen Verhältnisse und damit über die Eignung oder Nichteignung gemacht werden.

Dann Herr Wosnik, der ja nun gerade deshalb, weil er Fachmann ist, dazugezogen wurde:

Im Übrigen kann ich auch die Ausführung zur Übertragbarkeit der Erkundungsergebnisse aus dem nordöstlichen Teil auf den Südwesten in dieser Form nicht mittragen.

Wir haben in unseren Unterlagen auch noch ein Schreiben von einem Professor Herrmann aus Göttingen. Das ist MATE 8, Band 7, Paginierung 063 bis 064. Dieser Professor stellt auch fest:

Aus den unter Punkt 1 genannten Gründen wurde daher das Schwergewicht bewusst auf die bergmännische Untertageerkundung gelegt. Die nachprüfbare Sicherheit einer direkten Erkundung kann niemals durch indirekte Methoden und die

zwangsläufig spekulative Übertragung der geologischen Verhältnisse von bekannten Salzstockbereichen auf unbekannte Teile eines Gesteinskörpers ersetzt werden.

Weiter unten sagt er, dass es eben wichtig ist, dass man sich den gesamten Salzstock anguckt.

Angesichts dieser drei Fachleute, die eine Meinung gehabt haben - - Die Frage, die ich mir stelle: Sie haben heute auch nie erwähnt, einfach zu sagen: „Ja, ich wusste das; das gab abweichende Meinungen, aber ich hatte eben eine andere, und darum habe ich das geschrieben“, sondern Sie haben - so habe ich Sie jedenfalls verstanden - immer wieder gesagt: „Die von mir dargelegte Sicht der Dinge, dass es für eine Eignungsaussage für Lebens völlig ausreicht, wenn man den Teil, auf den man Zugriff hatte, erkundet“ - - dass diese Aussage fachlich fundiert wäre und durch nichts zu erschüttern gewesen wäre.

Meine Frage noch mal: Zumindest die Bedenken von Herrn Röthemeyer waren Ihnen bekannt, aber Sie haben sie negiert.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich fange jetzt mal von hinten an.

Erstens mal¹³⁶ ist es nicht wahr, dass ich die Aussage von Herrn Röthemeyer negiert habe. Das brauche ich jetzt nicht noch mal zu erklären. Da möchte ich Sie bitten, die Unterlagen zu studieren, was Herr Röthemeyer an den BMU gegeben hat, oder den BMU bitten, dieses, nämlich was damals von mir mitgegeben wurde, die Aussage von Herrn Röthemeyer - - dass diese Aussage dann aber auch hier Ihnen zur Kenntnis gegeben wird. Ich habe sie nicht im Gedächtnis, aber ich weiß, dass er eine abweichende Aussage gemacht hat und weitergereicht hat.

Punkt zwei, zum ersten Teil jetzt: Diese Aussage, dass Herr Röthemeyer ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr, wie Sie es gesagt haben, an den Sitzungen teilgenommen hat, ist nicht richtig. Ich habe deutlich gemacht: In der allgemeinen Formulierung war er Teilnehmer dieser Gesprächsrunde. Ob er immer anwesend sein konnte, das kann ich nicht beurteilen. Sicher war er das nicht. Wahrscheinlich war ich auch nicht immer anwesend gewesen oder konnte nicht anwesend sein, wenn ich zum Beispiel auf einer Dienstreise war. Das ist also nicht zu-

¹³⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „mal“, Anlage

lässig, diese Interpretation „Da ist er nicht da gewesen“, und vielleicht steht ja in Klammern drin: Vielleicht hat man ihn dazu nicht eingeladen. - Also, er war immer eingeladen und war immer da, wenn er nicht aus irgendwelchen Gründen nicht im Amt war. Also, da möchte ich¹³⁷ - - Da lege ich ganz großen Wert darauf; denn das ist nämlich eine Interpretation, die gibt so einen Schlenker.

Nun zu der Tatsache der Bewertung des Abfallvolumens. Ich kann Ihnen nur dazu sagen: Es ist eigentlich müßig, darüber zu diskutieren. Aber was ich sagen will: „nicht belastbar“ ist - - Diese Volumina - das gilt auch für die nicht wärmeentwickelnden Abfälle - wurden immer ausgerechnet aus dem, was bekannt war und welches der Trend ist, den man erwartet - - und hat dann hochgerechnet und dann auch eine Worst-Case-Betrachtung gemacht, nämlich gesagt: Im ungünstigsten Falle ist aufgrund dessen, was wir wissen, mit einem Volumen von - und jetzt gehe ich mal zu den wärmeentwickelnden Abfällen - soundso viel Kubikmetern pro Jahr oder in einer bestimmten Zeit von, sagen wir mal, zehn Jahren zu rechnen, und das Gleiche gilt für die anderen.

Das meine ich mit dem Wort „nicht so sehr belastbar“, nämlich weil da eben so viele Parameter drinstecken in solchen Hochrechnungen, die natürlich nicht den Sicherheitsgrad oder die Genauigkeit haben, wie man das eigentlich für ein naturwissenschaftliches Experiment bräuchte, um eine - wie die Naturwissenschaftler es sagen - eindeutige Aussage machen zu können. Aber das braucht man auch gar nicht, sondern man macht eine solche Hochrechnung und sagt: Wir brauchen soundso viel Raum in einem Salzstock zum Beispiel jetzt, um diese in der Zeit X anfallenden Abfälle unterbringen zu können. - Würde man das nämlich erteilt machen, dann würde sofort die Kritik erteilt werden: Ja, wir haben aber doch zweimal oder fünfmal oder zehnmal mehr Abfälle, die ihr gar nicht unterbringt. Dann müssen wir gleichzeitig andere Regionen untersuchen, wo wir dann noch gleichzeitig eben¹³⁸ radioaktive Abfälle dieser Art unterbringen¹³⁹.

Deswegen muss das angepasst werden, auch unter finanziellem Aspekt - auch unter finanziellem Aspekt, nicht nur durch finanzi-

ellen Aspekt -, ob es notwendig ist, das Ganze auf das ursprüngliche Maß zu erweitern.

Es kommt aber noch was viel Gravierenderes dazu: nicht so sehr das Geld; die EVU hätten das natürlich auch bezahlt, sondern es kommt eben dazu, dass wir die Salzrechte nicht haben, und gegen die - in Anführungsstrichen - konnten und können wir nicht verstoßen. Und was nützt es dann, zu sagen: „Ja, liebe Freunde, das kriegen wir nicht unter, weil wir die Salzrechte nicht haben“? Dann hätte natürlich auch keiner deshalb, weil wir Tränen in den Augen hätten oder gehabt hätten, gesagt: Na, dann geben wir euch die Salzrechte. - Es war festgeschrieben, dass hier ein Widerstand geleistet wird, und wir haben nach Wegen gesucht, wie wir trotzdem solche Bereiche¹⁴⁰, von denen wir aufgrund der externen Untersuchungen der von Tage aus durchgeführten Bohrungen erwarten, dass dort Salzformationen sind, in die wir wärmeentwickelnde Abfälle einbringen können, erkunden können¹⁴¹.

Das konnten wir - - oder hätten wir nur machen können durch die Umgehung, und zwar durch solche Gebiete, wo wir die Salzrechte hatten, aber auch unter dem Gesichtspunkt, dass wir natürlich Bereiche durchhörten mussten, hätten durchhörten müssen oder durchhörten mussten - ich weiß nicht, was da schon geschehen ist auf diesem Sektor in den Jahren, in denen der Stillstand anstand; aber sicherlich nichts -, die ungeeignet sind, auch von der technischen Sicherheit ungeeignet sind, um dort radioaktive Abfälle einzubringen, nur um an den Ort zu kommen, in dem wieder die Voraussetzungen erfüllt sind, aus der Sicherheit heraus, der technischen und der Endlagersicherheit heraus, dass Abfälle hätten eingebracht werden können. Das ist nun mal die Modifikation des Konzeptes, erzwungen eben durch das Nichtverfügbarhaben von den Salzrechten¹⁴².

Ich sage noch mal: Das Geld hat hier überhaupt keine Rolle gespielt. Es war in der Zwischenzeit viel teurer gekommen, das Ganze, als diese - ich weiß nicht - 300 soundso viel Millionen Euro, die da irgendwo auch genannt sind, die diese Kosteneinspa-

¹³⁷ Ergänzung des Zeugen: setze „so nicht im Raum stehen lassen“, Anlage

¹³⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „eben“, setze „weitere“, Anlage

¹³⁹ Ergänzung des Zeugen: setze „müssen“, Anlage

¹⁴⁰ Ergänzung des Zeugen: setze „erkunden können“, Anlage

¹⁴¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ , erkunden können“, Anlage

¹⁴² Ergänzung des Zeugen: setze „und Inhomogenitäten des Salzstocks hinsichtlich der Eignungshöflichkeit für die Einlagerung wärmeentwickelnder Abfälle“, Anlage

rung gebracht hat, weil wir jetzt eben weniger öftern konnten. Diese 300 soundso viel Millionen sind längst aufgefressen.

Also, man muss, glaube ich, auch mal die Realitäten, die Machbarkeit sehen und nicht theoretisieren, was man hätte machen können, wenn. Das nützt gar nichts.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Herzlichen Dank.

(Kirsten Lühmann (SPD): Die Frage haben Sie nicht beantwortet, aber ich habe ja noch mal eine Möglichkeit!)

Ich will nur Folgendes anmerken: Herr Professor Kaul hatte uns mitgeteilt, dass der letzte einigermaßen machbare Zug für ihn um 21.07 oder 21.09 Uhr - wann auch immer - abfährt. Ich sage Ihnen das nur zur Information. Es gibt daraus keine rechtlichen Bezüge, aber ich sage Ihnen das einfach, damit Sie das möglicherweise berücksichtigen können.

Das Fragerecht geht jetzt zur FDP-Fraktion. - Keine weiteren Fragen. Dann ist jetzt wieder die Linke an der Reihe. Bitte schön.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön, Frau Flachsbarth. - Herr Dr. Kaul, ich will jetzt noch mal zitieren. Ich habe das Protokoll jetzt da vom Untersuchungsausschuss in der Sitzung am 15.12.2011, und da zitiert Frau Flachsbarth auf Seite 48 aus einem Brief, den Herr Röthemeyer vorab an den Ausschuss geschrieben hat. Und da heißt es:

Die Neuorganisation sah ein Direktionsrecht des Fachbereichsleiters ET-E gegenüber dem Fachbereichsleiter ET-S und einen unmittelbaren fachlich weisenden Zugriff von ET-E auf die Abteilungen und Fachgebiete von ET-S vor.

Sie hatten dazu noch nicht so richtig Stellung genommen. Sie hatten versucht, zu sagen, dass das alles eine ganz normale Umstrukturierung ist und dass Sie auch mit Herrn Röthemeyer und Herrn Wosnik gesprochen haben. Gut, da waren die dann nicht so glücklich. Es liefen ja aber noch mehr Sachen dann ab dem Zeitpunkt ganz anders.

Hier wurde auch von Herrn Dr. Röthemeyer berichtet, dass die Postverteilung umstrukturiert wurde, nämlich: Die ganze Post lief auch über den Fachbereich von Herrn

Thomauske und auch direkt dann an die Fachgebiete,

... sodass mein Abteilungsleiter, den Sie hier auch gehört haben,

- ich zitiere -

Dr. Illi, mir einen Vermerk geschrieben hat: So kann ich meine Abteilung nicht leiten. Ich weiß nicht mehr, was los ist.

Können Sie mir das so bestätigen, dass das in Ihrem Haus so gehandhabt wurde?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein. Das ist die Aussage von Herrn Röthemeyer und gegebenenfalls von Herrn Illi. Dass mal möglicherweise - das kann ich ja nicht machen, weil ich nicht der Postbote im Amt war - die Post nicht von der Poststelle zu Herrn Röthemeyer ging, wenn hier die geophysikalischen und geologischen Bereiche angesprochen wurden, ist nicht auszuschließen. Aber es ist nicht so geregelt gewesen, dass ausschließlich die Post über Herrn Thomauske zu Herrn Röthemeyer ging.

Es war aber eine ganz klare Anweisung an die Postabteilung - und das ist das, was ich eben weiß, aber nicht die Umsetzung dessen -: Wenn hier Probleme des Managements und der technischen Seite berücksichtigt sind - in der Post; denn die machen ja die Post auf in so einem Amt, bevor sie sie dann wegschicken -, wenn also aus dem Inhalt deutlich wird, dass hier bevorzugt oder ausschließlich technische Dinge angesprochen sind, dann geht das zu Herrn Thomauske auf den Tisch. Wenn eindeutig erkennbar ist, dass hier geophysikalische oder auch Bereiche aus dem Bergmännischen angesprochen sind, dann geht es zu Herrn Röthemeyer auf den Tisch und nicht zu einem seiner Mitarbeiter direkt.

Das ist nun mal der Ablauf - ich nehme an, auch in allen anderen Institutionen dieser Art -, wie die Post zu dem Empfänger gebracht wird. Auch meine Post lief darüber. Sie wurde geöffnet, geguckt, und wird geguckt, ob - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Diese Vorgänge sind mir bekannt.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, ja, ich sage es nur. Entschuldigung, ich sage es einfach nur, weil das offensichtlich ein Thema ist. Also, es ist nicht so - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Ein Thema wird es dann, wenn Post, die direkt zu jemandem kommen sollte, -

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich bin gleich fertig.

Johanna Voß (DIE LINKE): - auch wenn geöffnet, dann erst über einen anderen Tisch geht oder dann auch gar nicht weitergeleitet wird.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Frau Voß, lassen Sie mir doch auch die Chance, wenn ich noch nicht fertig bin mit dem Sprechen, dass ich dann sage: Jetzt Punkt, und dann bin ich auch ruhig.

Ich will nur damit deutlich machen: Dieses Prozedere, wie es festgelegt wurde über den Postlauf, heißt nicht, dass hier jemand entmündigt wurde, sondern das ist zu sehen in der Verflechtung der einzelnen Abteilungen. Das sind ja immerhin fast, glaube ich, 700 Mitarbeiter in dem gesamten Bundesamt für Strahlenschutz gewesen. Da muss eine klare Linie vorgegeben sein, und da war die klare Weisung - das müssten Sie dann eben mal den Herrn Vizepräsidenten fragen, wenn der noch nicht da war; der war nämlich zuständig für diesen Teil der Aufgaben -, dass eine klare Anweisung existierte, wie die Post verteilt werden musste zwischen den beiden in dem Fachbereich ET verantwortlich leitenden Personen Röthemeyer und Thomauske.

Johanna Voß (DIE LINKE): Hat es hier eine Veränderung gegeben zu dem Zeitpunkt, wo auch die Abteilungsleiter geändert wurden?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Die Abteilungsleiter im Bundesamt für - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Ab dem Moment, wo Herr Thomauske die Leitung bekam, gab es da Änderungen, Änderungen, die die anderen Abteilungen betrafen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich bin eigentlich sehr sicher. Ich muss mal jetzt überlegen über die einzelnen Stationen. Wir sind ja dann in Berlin, Neuherberg, Freiburg und Hanau usw. - - Müsste ich jetzt mal wissen, ob da eine Umordnung stattgefunden hat. Ich glaube, in Neuherberg ist aus Altersgründen jemand ausgeschieden.

Aber entschuldigen Sie mal, das habe ich jetzt nicht im Kopf, ob da irgendwo eine Abteilungsleiterstelle jemand Neues übernommen hat. Es ist aber nicht so, dass jemand die Verantwortung entzogen bekommen hat und ein anderer dafür die Abteilung übernommen hat. Ich meine, Dr. Schwibach im Neuherberger Institut ist in der Zwischenzeit ausgeschieden, und da ist der Professor Bayer als Abteilungsleiter berufen worden, um mal ein Beispiel zu nennen. Aber fragen Sie mich bitte jetzt nicht - - Ich halte es aber auch nicht - Entschuldigung, wenn ich meine persönliche Meinung sage - für so wichtig, dass ich darüber antworten müsste oder könnte.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ich wollte noch fragen, ob Sie mit Herrn Wosnik auch über Umstrukturierungspläne gesprochen haben. Die Funktion, die Herr Wosnik hatte, war ja ursprünglich auf Verlangen des Oberbergamtes so installiert worden, damit der bergbauliche Sachverstand auch gewährleistet sei. Ich nehme an, das ist richtig so?

Durch Ihre Umstrukturierung auf Entscheidungsebene haben Sie diese ursprüngliche Aufgabe von Herrn Wosnik, nämlich die bergbauliche Sicherheit zu gewährleisten, ein Stück weit ausgehebelt. Mit Herrn Thomauske hatten Sie schließlich einen Physiker als Bergbau- und Betriebsverantwortlichen. Ist das nicht dann etwas schief? Ist das Bergbauliche dann nicht in den Hintergrund getreten? Und - -

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Fragen Sie, fragen Sie.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist die Frage erst mal.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Na gut. Also, die Verantwortung des Herrn Wosnik hat Herr Thomauske nie übernehmen können und auch nie übernommen. Natürlich ist er kein Bergmann. Er ist Physiker und hat auch dieses, was Herr Wosnik gelernt hat, niemals übernehmen können. Er war ihm aber zugeordnet gewesen, was diese Aufgabe anbetrifft, und zwar - der Herr Wosnik dem Herrn Thomauske in der Aufgabenerledigung - deshalb - das habe ich auch schon mal gesagt -, weil das ganz gravierend den organisatorischen Bereich, den technischen Bereich, das Management betrifft, und das war der Grund, warum er ihm in dieser Auf-

gabenstellung zugeordnet wurde, ohne dass ihm diese Aufgabe genommen wurde, auch gar nicht genommen werden konnte, weil Herr Thomauske sie hätte niemals übernehmen können.

So ist die Situation, und das müssen Sie, glaube ich, irgendwann mal entweder akzeptieren oder jemand anders fragen, der mich dann widerlegt. Ich weiß nicht, ob Herr Rösel - - Darf ich das noch mal sagen?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, wir brauchen keine guten Ratschläge!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Doch, der Zeuge darf das.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das sind keine Ratschläge. Aber entschuldigen Sie, es sei mir trotzdem erlaubt, mal etwas zu sagen.

Ich weiß nicht, ob Herr Rösel, der Vizepräsident, hier schon mal eingeladen war.

(Zuruf: Er hat über den enormen Krach in der Behörde berichtet!)

Wenn ja, dann müsste dieses Thema vielleicht auch mit ihm behandelt worden sein. Wenn nein, wenn er nicht da war,

(Zuruf: Doch, er war zweimal da!)

dann sollten Sie sich, ohne jetzt einen Ratschlag zu erteilen - - Ich würde mir das nicht anmaßen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Kaul, es gibt noch Fragen aus den Fraktionen. Wenn wir tatsächlich miteinander versuchen wollen, jetzt die Fragen einigermaßen zügig abzuarbeiten, dann, glaube ich, sollten wir uns auf dieselbigen konzentrieren.

Das Fragerecht ist jetzt bei Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Kaul, ich möchte Sie als Erstes fragen: Dieser Brief vom 07.01., der ja Ihre Unterschrift trägt, wer hat denn den geschrieben?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Diesen Brief hat geschrieben oder vielleicht entworfen der, der oben steht als ET 1/TH/Ban. ET 1 ist nach der damaligen Einteilung - - Ja, das weiß ich eben nicht. Entweder war es Röthemeyer oder Thomauske. Also, es gibt ja zwei Bereiche ET.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war Herr Thomauske. Er hat es selbst so gesagt, als er hier war.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, ja, da war ich jetzt nicht sicher, welcher ET 1, ET 2 ist.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Warum fragen Sie? - Gegenruf der Abg. Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie das auch regelmäßig machen! - Gegenruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein!)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hören Sie bitte auf. Bitte klauen Sie mir nicht meine Zeit, ja? Ich möchte mich gerne mit dem - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kollegin.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist doch unterirdisch! Sie kriegen hier seit zwei, drei Jahren nichts raus, stehlen uns die Zeit und machen Ihre Arbeit nicht!)

- Herr Grindel, lassen Sie uns das Ganze jetzt zu einem Ende bringen. Dadurch sind diese Einwürfe - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geht das jetzt alles von meiner Zeit ab?

(Weiterer Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kollegin Kotting-Uhl, würden Sie bitte fortfahren in Ihrer - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie dem Herrn da bitte jetzt mal erklären, wer gerade vielleicht vernimmt?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kollegin Kotting-Uhl, bitte fragen Sie weiter.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Eine Zeitdiebin sind Sie!)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann man den eigentlich mal rausschmeißen?

(Zurufe: Nein!)

- Es ist wirklich ein Jammer.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil Sie Ihre Arbeit nicht machen! - Weitere Zurufe)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie eine Beratungssitzung wünschen, dann bin ich herzlich gerne bereit, die einzuberufen. Wünscht jemand eine Beratungssitzung?

(Zurufe: Nein!)

Dann möchte ich bitten, einen geregelten Fortgang des Ausschusses zu gewährleisten. - Frau Kollegin Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darum bitte ich auch.

Ich habe Sie das deshalb gefragt, weil es mich doch verwundert, dass diesen Entwurf dann ausschließlich Herr Thomauske gemacht hat und eben Herr Wosnik daran nicht beteiligt war. Sie haben ja vorhin - es war ein bisschen so, als hätten Sie mit Herrn Wosnik eigentlich recht wenig zu tun gehabt, was mich, ehrlich gesagt, wundert - auch mal von der Struktur geredet. Ich will Ihnen jetzt mal aus dem Bundesbergrecht einen Paragraphen zitieren, der hierfür eine gewisse Relevanz hat. Das ist der § 58 - Personenkreis -:

Verantwortlich für die Erfüllung der Pflichten, die sich aus diesem Gesetz ...

- den Rest lasse ich jetzt; da werden Paragraphen benannt -

... aufrechterhaltenen Bergverordnungen, aus Verwaltungsakten und aus zugelassenen Betriebsplänen für die ordnungsgemäße Errichtung, Führung und Einstellung eines Betriebes ergeben (verantwortliche Personen), sind, soweit dieses Gesetz oder eine auf Grund dieses Gesetzes erlassene Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt,

1. der Unternehmer, bei juristischen Personen und Personenhandelsgesellschaften die nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag zur Vertretung berechtigten Personen

- das waren also Sie, Herr Dr. Kaul -,
und

2. die zur Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes oder eines Be-

triebsteiles bestellten Personen im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse.

Danach gibt es einen § 59, Beschäftigung verantwortlicher Personen. Der benennt unter „(1)“ „als verantwortliche Personen im Sinne des § 58 Abs. 1 Nr. 2“:

... dürfen nur Personen beschäftigt werden, die die zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Befugnisse erforderliche Zuverlässigkeit, Fachkunde und körperliche Eignung besitzen.

Und wenn wir jetzt die Hierarchie von 1996 durchgehen: Sie als Präsident, Sie sind Physiker. Dann haben wir als Vizepräsidenten Herrn Rösler, der ist Jurist. Dann haben wir Herrn Dr. Röthemeyer, der - weiß ich im Moment nicht so genau -, ich glaube, auch Physiker ist, und dann haben wir darunter dann den Herrn Thomauske, auch Physiker. Von Herrn Dr. Röthemeyer geht direkt auch eine Zuordnung von Herrn Wosnik hin. Herr Wosnik ist die Person mit der entsprechenden Fachkunde; das heißt im Sinne des § 58 eine der beiden verantwortlichen Personen neben Ihnen.

Und da verstehe ich nicht, dass Ihnen Schreiben oder Widersprüche usw. von Herrn Wosnik heute durch diesen Untersuchungsausschuss bekannt werden. Den hätten Sie doch ständig einbeziehen müssen, auch in Ihre Entscheidungen, bevor Sie einen Brief wie den vom 07.01. an das BMU schicken.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, Ihre Argumentationskette habe ich in der Zwischenzeit ja verstanden. Ich habe gesagt, dass ich Herrn Röthemeyer in diese Diskussion, die Niederschlag gefunden hat dann in diesem Schreiben, im Entwurf, offensichtlich durch Herrn Thomauske gefertigt - - Aber - und jetzt komme ich zu dem Punkt, den Sie übergangen haben - es ist nicht deutlich - und das kann auch nicht deutlich werden in der Kette -, wer an dem Schreiben noch mitgewirkt hat außer dem verantwortlichen Fachgebietsleiter, also ET 1. Insofern ist es also nicht zulässig, zu sagen: Herrn Röthemeyer oder Herrn Wosnik war das unbekannt gewesen. - Das ist eine Schlussfolgerung, die Sie machen, und ich muss das einfach jetzt mal hier knallhart zurückgeben.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat Herr Wosnik gemacht.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Bitte?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wosnik hat das ausgesagt, dass er das nicht mit unterzeichnen würde.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, gut. Sie zitieren - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schriftlich. Haben Sie vorliegen. Das ist der Vermerk, den Sie haben.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich höre jetzt wieder zu und rede nicht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wosnik hat in dem Vermerk, den Sie vor sich liegen haben, vermerkt, dass er das nicht mitzeichnen kann, und dieses Schreiben, das Ihre Unterschrift trägt und das laut der Vernehmung von Herrn Thomauske - „Ja, das Schreiben kenne ich natürlich, weil ich das verfasst habe“ - von ihm verfasst wurde, was sich vom Inhalt her auch leicht nachvollziehen lässt - - Also hat Herr Wosnik diesem Schreiben, das ja inhaltlich identisch ist mit dem vorherigen Schreiben von Herrn Thomauske, nicht zugestimmt, sondern er hat dem ausdrücklich widersprochen. Nach dem Paragraphen des Bundesberggesetzes hätten Sie ihn aber dazuziehen müssen. Er hätte das mit unterzeichnen müssen, intern.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Wollen Sie mir jetzt Nachhilfeunterricht geben, wie ich mich verhalten soll?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ich frage Sie, wie so was sein kann.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich kann Ihnen nur sagen - und ich sage es jetzt wirklich noch mal zum letzten Mal -: Der Verantwortliche für Herrn Wosnik, und zwar jetzt nach der alten Struktur und in der neuen Struktur, oder die Verantwortlichen müssen diejenigen, die diese Verantwortung tragen jeweils für irgendeine Aufgabenstellung - hier in dem Fall für die bergrechtliche -, einbeziehen. Wenn ein Mitarbeiter - das gilt ganz grundsätzlich - mit dem, was das Amt äußert, vertreten durch den Vizepräsidenten oder den Präsidenten, nicht einverstanden ist, hat

er das Recht oder vielleicht sogar die Pflicht, aber zumindest das Recht, sich dazu zu äußern gegenüber der dienstvorgesetzten Stelle.

Das hat Herr Röthemeyer gemacht. Ich weiß nicht, ob Herr Wosnik das gemacht hat - das kann ich nicht sagen - oder ob das abgedeckt ist durch das, was Herr Röthemeyer gemacht hat. Ich kenne diesen Schriftwechsel auch nicht mehr in der Erinnerung. Ich habe ihn vielleicht mal gesehen gehabt; das weiß ich jetzt nicht. Aber zumindest habe ich ihn jetzt nicht präsent. Daraus müsste eigentlich deutlich werden, ob er einbezogen war, also Röthemeyer Wosnik einbezogen hat und ihn sozusagen mit vertritt gegenüber dem BMU, oder ob er es nicht gemacht hat.

Das können wir jetzt nicht klären, es sei denn, jemand von Ihnen hat dieses Schreiben des Herrn Röthemeyer und zeigt uns das. Das weiß ich nicht, ob das existent ist hier in den Unterlagen. Ich habe es zumindest nicht, und ich habe es auch nicht im Gedächtnis.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit ist die dritte Berliner Runde an ihrem Ende, und ich frage, ob weitere Fragen bestehen. Herr Grindel für die CDU/CSU? - Nein. Meine Kolleginnen von der SPD-Fraktion? - Frau Lühmann.

Kirsten Lühmann (SPD): Sie haben eben gesagt, dass eine Entscheidung in Ihrem Haus nur getroffen wurde unter Einbeziehung der Fachleute, und Sie haben eben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gesagt, nicht Sie als Leiter müssen die Fachleute einbeziehen, sondern dann die jeweiligen direkten Vorgesetzten. Habe ich Sie so richtig - -

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Bevor der Präsident dieses Schreiben -

Kirsten Lühmann (SPD): Genau.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: - endgültig abzeichnet und verschickt; so ist es richtig, ja.

Kirsten Lühmann (SPD): Genau. Dann habe ich Sie richtig verstanden.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Fragen Sie nur, bitte.

Kirsten Lühmann (SPD): Wir haben festgestellt - und das haben Sie auch gesagt -, dass einer dieser Fachleute, die hätten einbezogen werden müssen, Herr Wosnik ist - nicht von Ihnen einbezogen, aber insgesamt von dem jeweiligen Vorgesetzten. Sie haben gesagt, wir wissen nicht, ob er einbezogen wurde. Ausweislich seiner eigenen Einlassung aus dem Schreiben, das wir hier mehrfach zitiert haben, schreibt er:

Dieses Schreiben ist mit dem bergbaufachlichen Vertreter des BfS

- das ist er selber -

nicht abgestimmt.

Das heißt, Aussage von Herrn Wosnik: Er ist nicht beteiligt worden.

Jetzt wäre die andere Person, von der Sie auch gesagt haben, Herr Wosnik hätte Herrn Röthemeyer informieren müssen und Herr Röthemeyer hätte dann die Bedenken - - Das wäre die richtige Hierarchie gewesen; so habe ich Sie verstanden. Dann ist die Frage: Ist Herr Röthemeyer einbezogen worden? Er wäre ja die zweite fachliche Person gewesen, die dann einbezogen werden müsste.

Ausweislich der Aussage von Professor Röthemeyer, der hier bei uns gesagt hat zu dem Schreiben vom 23. Januar 1997, sagt Herr Röthemeyer:

Ich wurde nicht beteiligt. Ich hätte auch, wenn Sie da zitieren, keine Probleme mit einem sequenziellen Vorgehen.

Ich lasse jetzt ein paar Sachen aus. Also, er sagt, es wäre für ihn kein Problem gewesen, wenn man erst den einen Teil erkundet und dann den anderen.

Aber ich halte die Kenntnisse des Südwestteils durch Erkundung für absolut notwendig.

Und das widerspricht ja Ihrem Schreiben. Sie haben ja geschrieben, dass man nur den nordöstlichen Teil des Salzstockes erkunden soll und die Erkundung des südwestlichen Teils nur für den Fall vorzusehen ist, dass geeignete Salzpartien im Nordöstlichen nicht ausreichend sind. Also, es widerspricht dem - -

(Zuruf: Nein!)

- Doch, natürlich. Herr Röthemeyer sagt: Die Kenntnisse des Südwestteils - das sage ich jetzt, weil das ja impliziert ist -, egal ob ich den Südwestteil nun für die Lagerung brauche oder nicht, sind absolut notwendig. Das sagt er auch noch mal in seinem Schreiben; das kann ich Ihnen auch noch mal - -

Ohne Erkundung im Südwesten des Salzstocks kann keine belastbare Aussage über die geologischen Verhältnisse und damit über die Eignung oder Nichteignung in diesem Bereich gemacht werden.

Also, Herr Röthemeyer, der als zweiter Fachmann vor diesem Schreiben hätte beteiligt werden müssen, wurde nach eigener Aussage auch nicht beteiligt.

Jetzt frage ich Sie: Wie kann das sein? Und bitte: Ich will niemandem etwas unterstellen, aber verstehen Sie bitte uns. Wir haben zwei Fachleute, die eine abweichende Meinung haben. Der eine Fachmann ist in den beiden Abstimmungssitzungen zwischen den Ministerien nicht anwesend. Beide Fachleute werden vor dem entscheidenden Schreiben an das BMU nicht beteiligt, laut eigenen Aussagen. Wie können Sie sich das erklären?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Woher wissen Sie - außer durch die Aussagen des Herrn Röthemeyer und möglicherweise des Herrn Wosnik -, dass sie nicht beteiligt waren? Sie nehmen das, was - Entschuldigung - einer sagt, hin, als sei es die Wahrheit Gottes, und Sie behaupten damit indirekt, dass das, was ich sage, dass ich nämlich die Verantwortlichen einbezogen hatte und dass sie die Chance hatten, sich zu diesem Schreiben zu äußern, nicht stattgefunden hat. Und dies weise ich von mir. Ich habe dieses Schreiben, bevor es abgesandt wurde, den Verantwortlichen gegeben. Und ich weiß allerdings nicht, ob Herr Röthemeyer zu diesem Schreiben eine Äußerung gegenüber dem BMU getan hat, und das möge doch, bitte schön, dann auch jemand prüfen, nämlich der BMU, ob es etwas gibt, nämlich eine Stellungnahme des Herrn Röthemeyer.

Und ich darf zwar hier keine Wünsche äußern an diesen Ausschuss, aber ich sage trotzdem: Ich bitte darum, bitte ganz herzlich darum, dass diese Diskussion in dieser Form zumindest mal - Sie können mich ja mal wieder einladen, wenn Sie irgendeine Antwort haben -

(Zuruf: Das wird vermutlich so kommen!)

nicht so weiter stattfindet; denn es kann wohl nicht angehen, dass hier die Aussage von einem, die durch einen anderen, der vorher dran war, zunichtegemacht wird und dem geglaubt wird, dass es so ist - -

Und ich sage: Es war so, wie ich es gesagt habe, und da erinnere ich mich an die Worte - Entschuldigung - der Frau Vorsitzenden: Hier und auch vorher spreche ich die Wahrheit, zumindest wie ich sie in Erinnerung habe. Das muss jedem, der 10 Jahre, 13 Jahre nach seinem Berufsende sich äußern soll, was er im Einzelnen gemacht hat, zugestanden werden.

Kirsten Lühmann (SPD): Herr Kaul, das sehe ich ein. Aber bitte, das Gleiche, was Sie für sich in Anspruch nehmen, nimmt Herr Dr. Röthemeyer auch für sich in Anspruch. Und wir sitzen hier. Ich habe Herrn - - oder ich nicht; das war der Kollege von der CDU. Der Kollege Paul von der CDU hat den Herrn Dr. Röthemeyer etwas gefragt. Herr Röthemeyer hat unter der gleichen Voraussetzung - „Ich sage hier die Wahrheit“ - gesagt: Ich bin nicht einbezogen worden. - Sie sagen mit der gleichen „Ich sage hier die Wahrheit“: Ich habe ihn einbezogen.

Was soll ich denn machen? Ich kann nicht entscheiden. Aber einer von Ihnen beiden kann ja nicht die ganze Wahrheit sagen. Und ich sage nicht, dass Sie das sind. Aber wenn Sie sagen: „Ich war es nicht“, dann muss es Herr Röthemeyer gewesen sein. Und wir haben jetzt ein Problem. Das werden wir aber wann anders lösen. Ich möchte Ihnen nur sagen: Wenn Sie sagen, Sie haben nicht gelogen, muss Herr Röthemeyer gelogen haben.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein, das stimmt auch nicht; Entschuldigung. Das ist eine Argumentation, die ich - Entschuldigung - zurückweisen muss. Ich habe gesagt, was zu tun ist, nämlich den BMU zu fragen, ob zu diesem Schreiben hier - und das ist die einzige Möglichkeit der Beweisführung - etwas mitgegeben wurde oder nachgereicht wurde - wie auch immer - von Herrn Röthemeyer mit Herrn Wosnik oder wem auch immer oder ob nur dieses Schreiben angekommen ist und eben nicht die Möglichkeit von Herrn Röthemeyer ergriffen wurde, sich dazu zu äußern, weil er dagegen war. Das

habe ich gesagt. Und Sie brauchen mir nicht zu glauben, aber Sie dürfen dann auch Herrn Röthemeyer nicht glauben, sondern Sie sollen den BMU bitten, Ihnen das zu geben. Das habe ich Ihnen hier eben gesagt gehabt. Und nur so kann man die Wahrheit herausfinden.

Kirsten Lühmann (SPD): Herr Dr. Kaul - -

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Und wenn da nichts ist, dann steht Aussage gegen Aussage.

Kirsten Lühmann (SPD): Genau.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Dann müssen Sie - -

Kirsten Lühmann (SPD): Herr Dr. Kaul, da ist nichts vorher gewesen. Wir haben das Schreiben, das wir hier alle zitiert haben; aber das Schreiben ist deutlich später verfasst worden. In Ihrem Sinne eine Beweisführung könnte es nur geben, wenn dieses Schreiben von Herrn Röthemeyer zeitgleich oder vorher gekommen ist. Da wir aber die Aussage von Herrn Röthemeyer haben: „Vorher bin ich nicht informiert worden, nicht einbezogen worden, hinterher habe ich ein Schreiben geschrieben, das sehr wohl beim BMU angekommen ist“ - das uns auch zur Verfügung steht -, ist die Frage durch das Schreiben beim BMU nicht geklärt: Ist er einbezogen worden oder nicht? Und Sie haben recht: Wir können das nicht klären. Es steht Aussage gegen Aussage.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Na gut, dann müssen Sie sich entscheiden, wem Sie glauben sollen.

(Ute Vogt (SPD): Genau!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das machen wir. Aber das werden wir nicht heute - -

Ute Vogt (SPD): Das werden wir tun. - Ich habe eine weitere Frage zu einem nur verwandten Thema. Nach unserer Information hat Herr Thomauske dann das BfS verlassen. Können Sie uns sagen, aus welchem Grund Herr Thomauske dann vom BfS gewechselt ist?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, Herr Thomauske ist aus dem BfS ausgeschieden, als ich pensioniert war.

Ute Vogt (SPD): Das war nach Ihrer Zeit?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja.

Ute Vogt (SPD): Okay. Danke schön. Ich habe keine weiteren Fragen.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Vermutungen spreche ich hier keine aus.

Ute Vogt (SPD): Nein, das ist dann geklärt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. Wir brauchen keine Vermutungen. - Keine weiteren Fragen der SPD-Fraktion? - Nein. Gibt es Fragen der FDP-Fraktion? - Nein. Gibt es weitere Fragen der Linken?

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, es gibt Fragen.

Im Zuge der Umorganisation des Fachbereichs ET haben Sie eine Organisationseinheit neu installiert mit dem Namen „FuE-Koordination, Internationale Beziehungen, Alternative Endlagerkonzepte“. Die wurde zunächst von Herrn Röthemeyer geleitet. Die wurde ihm übertragen und sollte dann an Dr. Warnecke übergehen.

Wir haben uns hier im Ausschuss zuletzt viel mit der sogenannten Salzstudie der BGR von 1995 beschäftigt. Da wurde uns versichert, dass es eigentlich gar nicht darum ging, wirklich Alternativen zu finden, weil man ja mit Gorleben zufrieden war.

Ich finde es bemerkenswert, dass Sie ein Jahr später sogar eine Unterabteilung einrichten, die unter anderem die Aufgabe hatte, sich um alternative Endlagerkonzepte zu kümmern. Das zeugt ja von einer gewissen Weitsicht, die Sie damals schon hatten. Wurde die Unterabteilung auf Ihr Betreiben hin eingerichtet?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Sie sind fertig?

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ach so, das war das Fragezeichen.

Also, zunächst einmal wissen Sie wahrscheinlich, dass Herr Warnecke bei der In-

ternationalen Atomenergiebehörde tätig geworden ist, und zwar, wenn ich mich richtig erinnere - ja, ganz sicher ist das so -, zu der Zeit, wo ich noch für das Bundesamt für Strahlenschutz verantwortlich war. Ich hatte ihn sogar zurückberufen wollen, weil ich auf ihn nicht verzichten wollte und er vor allem in dem Bereich ET/Röthemeyer - sage ich jetzt mal - die wichtige Funktion hatte: Ich glaube, dazu gehörte unter anderem die Frage der Erfassung von radioaktiven Abfällen mit einem anderen Kollegen, dessen Name mir jetzt entfallen ist. Das ist ja völlig egal.

Diese Einrichtung dieser Gruppe, die die wissenschaftliche Untersuchung dessen, was international geschieht auf dem Gebiet der Endlagerung - Sie hatten den Namen genannt, wie diese Gruppe hieß: FuE, glaube ich, und Forschungsvorhaben -, war deshalb notwendig geworden, weil der Kritik an dem Vorgehen der Erkundung an einer geologischen Formation nicht begegnet werden sollte, aber sie durch Diskussion der unterschiedlichen Methoden aufgefangen werden sollte und wissenschaftlich eine Bewertung gemacht werden sollte über die Grenzen der Leistungsfähigkeit unterschiedlicher geologischer Formationen und Endlagerkonzepte. Das war der Sinn der Sache, und zwar auch deshalb, weil die Internationale Atomenergiebehörde in Wien zunehmend einen Schwerpunkt gebildet hatte zu dieser Frage. Ich meine, mich zu erinnern, dass Herr Warnecke in seiner Tätigkeit in Wien auch mit diesem Problem und auch der Organisation von einer wissenschaftlichen Tagung, wenn ich mich richtig erinnere, in Wien beschäftigt war.

Johanna Voß (DIE LINKE): War das BMU in die Entscheidung involviert, diese Abteilung einzurichten?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, wir mussten immer den BMU einbeziehen; denn die Organisation konnte nur durchgeführt werden, wenn der Umweltminister dem, unserem Vorschlag, zugestimmt hat.

Johanna Voß (DIE LINKE): Und was ist dann aus dieser Unterabteilung geworden?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ob es eine Unterabteilung überhaupt war, weiß ich nicht einmal. Es war zumindest mal wenigstens ein Fachgebiet. Ob das eine Abteilung war - - würde mich wundern. Wir hatten

eine Abteilung, nein, nicht einmal eine Abteilung, ein Fachgebiet im Neuherberger Institut, in dem die ganze Koordinierung der Forschungsförderung durchgeführt wurde. Das war eine Abteilung, die durchaus wesentlich größer war als die, von der wir jetzt gerade sprechen. Ich glaube nicht, dass es eine Unterabteilung war. Aber wie dem auch sei - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut. - Haben Sie vor dem Asse-Untersuchungsausschuss - - Da wurden Sie unter anderem zu einem Vermerk befragt, in dem Sie am 29.02.96 an das Bundesumweltministerium schreiben - und da zitiere ich - -

Auch ich teile die Auffassung der GRS, dass größere Schwierigkeiten bei diesem Versuchsendlager

- gemeint ist Asse II -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das hat ja mit dem Thema nun nichts mehr zu tun!)

die Salzlinie als Endlagerwirtschaftsstein in Frage stellen könnten.

Hier ist das Thema.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, entweder es geht jetzt um den Inhalt, oder wir beantragen hier sofort eine Beratungssitzung nicht unter einer halben Stunde!)

In diesem Falle wäre das ERAM nicht mehr zu halten und Gorleben gefährdet.

Ist jetzt das Thema klar?

Dieses Dokument kennen Sie. Sie haben das ja geschrieben. Sie haben vor dem Ausschuss ausführlich dazu Stellung genommen. Wir möchten Sie hier gar nicht noch mal zwingen dazu, aber für uns bleibt an dieser Stelle noch eine Frage offen. Sie sagten in Hannover, Sie hätten nie eine Antwort erhalten. Haben Sie eine Erklärung dafür, dass man auf eine solche Zuschrift, die doch ausdrücklich die Gefährdungssituation in der Asse thematisiert, mit Bezug auf die Salzlinie überhaupt, also die Durchsetzung der Endlagerstrategie der Bundesregierung, keine Antwort gegeben hat?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, diese Frage hat Ihr Kollege Herzog anlässlich der Anhörung im niedersächsischen Untersuchungsausschuss mit viel Geduld mit mir

mehrfach diskutiert und mich gefragt, warum ich mich nicht an Frau Ministerin Merkel gewendet habe mit der Bitte, warum auf mein Schreiben keine Antwort gegeben wurde. Ich habe ihm versucht zu erklären - - Entschuldigung, lassen Sie mich das jetzt mal erzählen. Sie haben ja auch ziemlich lange gebraucht, um mir das deutlich zu machen, was Sie wissen wollen.

Ich habe - und das ist das Entscheidende - dieses Schreiben ganz anders argumentativ angenommen, sondern gesagt: Aufgrund der Tatsache, dass es zu Laugenzuflüssen kommt, ist nicht auszuschließen bei einem Lösungsvolumen von - ich meine, es waren einige 10 Kubikmeter Lauge - - bei dessen Eindruck¹⁴³ in das Grundwasser ein Erreichen oder Überschreiten der Grenzwerte für die allgemeine Bevölkerung zu befürchten ist. Und ich habe noch deutlich gemacht: Dies ist zwar nicht Aufgabe des Bundesamtes für Strahlenschutz, sondern meine Aufgabe als für den Strahlenschutz in dieser Republik Verantwortlicher und der Kenntnis der Situation in der Asse, dass nämlich dort solche Laugenzuflüsse sind, also aus der Vorsorgesituation heraus sozusagen - -

Lassen Sie mich bitte das jetzt - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Haben Sie mit einigen Leuten darüber dann gesprochen, über diesen Brief und diese Sorge, die Sie trugen, zum Beispiel mit Herrn Hennenhöfer?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich wollte ja eigentlich gerne mal weiterreden dürfen, wenn Sie das erlauben.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

Ich habe keine Antwort bekommen. Ich habe darauf mit Mitarbeitern des BMU gesprochen und gesagt - nicht, dass ich keine Antwort bekommen habe, sondern: dass ich mich an den Umweltminister oder die Umweltministerin gewendet habe. Das dürfte Ihnen bekannt sein. Ich meine, dass das eine Angelegenheit ist, die dadurch auch zu regeln ist, dass wir eingebunden werden in diese Problematik Asse, zum Beispiel dadurch, dass, was auch von Herrn Gabriel und anderen immer gefordert wurde, nicht nur das Bergrecht zum Tragen kommt, sondern

¹⁴³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Eindruck“, setze „Einbruch“, Anlage

das Atomrecht, und wenn das Atomrecht zum Tragen kommt, das Bundesamt für Strahlenschutz zuständig ist.

Bei der Anhörung - wenn Sie das lesen - habe ich erfahren, dass ein Brief geschrieben wurde vom Umweltministerium an die GSF in München, in dem also gefragt wurde: Was ist eigentlich los? Die Frage an die GSF: Ist diese Befürchtung des Präsidenten des BfS relevant, oder halten Sie dies für eine nicht - ich sage es mal jetzt mit meinen Worten; es steht aber in dem Protokoll drin - durch hinreichenden Beleg gesicherte Vermutung, der wir nicht nachkommen müssen?

Dieses Schreiben, was die Umweltministerin nach Dingens geschickt hat, habe ich nie zur Kenntnis bekommen. Dort in der Anhörung habe ich gesagt: Das möchte ich, bitte schön, mal sehen. - Damit habe ich das erste Mal überhaupt erlebt, dass sozusagen um mich herum zu dieser Frage diskutiert wurde. Das ist ein, sagen wir mal, sehr ungewöhnlicher Weg, und dieses ist nur deshalb da diskutiert worden, weil das nämlich genau diese Frage war: Wie ist eigentlich in solchen Fragen die Einbindung des Bundesamtes für Strahlenschutz oder¹⁴⁴ dessen Präsidenten und des Bundesamtes für Strahlenschutz¹⁴⁵ erfolgt? Und hier ist es eben an ihm vorbeigelaufen worden.

Also, ich sage das jetzt mal hier, weil Sie es angesprochen haben. Ich weiß zwar nicht - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir hätten gerne noch Fragerecht! Wenn der Kollege seinen Zug noch kriegen will, dann müssten wir da auch mal langsam hinkommen!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen, folgenden Punkt machen: Wir hatten mal miteinander vereinbart, dass wir gewöhnlich bis 19 Uhr fragen wollen. Wir gehen jetzt auf 21 Uhr zu. Wenn es weitere Fragen geben sollte, dann muss Herr Professor Kaul uns eben noch mal zur Verfügung stehen. Das ist so.

Ich würde sehr vorschlagen, dass die Grünen jetzt Ihr Fragerecht noch wahrnehmen und dass wir danach die Sitzung beenden. - Bitte schön.

¹⁴⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „oder“, setze „und“, Anlage

¹⁴⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „und des Bundesamtes für Strahlenschutz“, Anlage

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es kann ja auch gut sein, dass ich mit einer Frage hinkomme, -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und zwar wollte ich jetzt noch mal wieder zu der Konzeptänderung zurück, die sich ja in so wundersam schneller Zeit vollzogen hat, und deren wissenschaftlicher und fachlicher Fundierung.

Wir hatten also festgestellt, am 09.01. war die Entscheidung schon getroffen. Das Konzept war geändert. Es gab dann einen Briefwechsel oder einen Faxwechsel zwischen dem Bundesumweltministerium und dem BfS bezüglich auf ein Telefonat zwischen Herrn Matting und Herrn Thomauske, wo gebeten wurde, einen schriftlichen Bericht - - wie die Erkundungsergebnisse gewonnen werden können, wie die Ergebnisse übertragbar sein können und welche Aussagen möglich und nicht möglich sind für den Südwestteil.

Die Antwort in dem Brief vom 23.01.97 beschreibt dann die Ausgangslage und geht sehr detailliert auf das Erkundungsprogramm, die möglichen und geplanten Erkundungsergebnisse, die Eignungsaussage zum nordöstlichen Teil des Salzstocks ein und macht bereits Aussagen über die Übertragbarkeit der Erkundungsergebnisse und enthält solche netten Sätze wie:

Wenn im nordöstlichen Teil große zusammenhängende Steinsalzpartien angetroffen werden, so ist dieser Befund auch für den südwestlichen Teil zu erwarten. Falls auch im Südwesten eingelagert werden sollte, bedürfte es dann nur noch einer Identifizierung der Einlagerungsbe-
reiche durch eine gezielte Erkundung und spezifische Sicherheitsnachweise ...

In der Detailliertheit und bergfachlichen Genauigkeit geht es weiter.

Dieser Brief kommt aus dem BfS. Ob Sie sich jetzt nun daran erinnern mögen oder nicht: Herr Thomauske hat ihn geschrieben. Ich würde jetzt mal vermuten, dass Sie da schon mal reingeguckt haben. Aber das war dann entscheidend für die weiteren Festlegungen und den schnellen Fortgang dieses geänderten Erkundungskonzepts.

Meine Frage ist jetzt: Wir haben ja festgestellt, dass Herr Thomauske da bergfachlich

sehr allein argumentiert hat, gegen fachlichen Rat anders. Hatte Herr Thomauske die Funktion, das, was machbar war, das, was Sie auch als machbar selber betrachtet haben und gewünscht haben - - als Macher genau dieses geänderte Erkundungskonzept bis hin zur Eignungsaussage durchzusetzen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nun, die Durchsetzung, wie Sie eben zum Schluss gesagt haben, der Eignungsaussage ist und war nicht Herrn Thomauskes Aufgabenbereich. Das hätte er nicht tun können, hat es auch nie getan, ohne zumindest mal in dem Kreis derer, die die Verantwortung in diesem Amt tragen - einschließlich mich -, darüber zu informieren, welches seine Stellungnahme ist. Ich kann mich an dieses Schreiben nicht erinnern. Auch da muss ich wieder die Frage stellen: Ist das mir zugegangen? Wenn ja, habe ich also heute keine Erinnerung an dieses Schreiben.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Habe ich vermutet, ja.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Bitte?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hatte ich auch vermutet. Deswegen sage ich: ungeachtet dessen, ob jetzt im Moment die Erinnerung präsent ist. Es war also die Antwort auf die Anfrage des BMU zur möglichen Eignungsaussage - weil darum geht es uns ja letzten Endes - sehr hochrangig und gewichtig. Und die hat auf vier Seiten Herr Thomauske entwickelt und auch darauf hingewiesen, dass der Inhalt dieses Schreibens mit BGR und DBE abgestimmt ist. Das heißt, vermutlich werden Sie sich damit befassen haben, wenn auf so einer Ebene hoch abgestimmt wird.

Aber die Frage ist auch für uns: Welche Rolle hatte die bergfachlich nicht so kompetente Person Herr Dr. Thomauske für die so konkrete bergfachliche Aussage und Beurteilung zu den Ergebnissen und der Eignungsaussage dieses Erkundungskonzepts?

(Zuruf: Das hat er doch gerade gesagt!)

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, dieses, was Sie ansprechen - „Vermutlich hatten Sie die Information darüber“ -, das möchte ich jetzt bitte vielleicht wirklich mal zurückweisen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, Sie hatten die sicher als Behördenleiter. Sie werden doch wohl nicht - -

(Zuruf: Können Sie mal den Zeugen ausreden lassen, oder was ist hier los? Meine Güte!)

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Aber, Entschuldigung, wenn ich - -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie werden doch wohl nicht so was nicht zur Kenntnis genommen haben.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Entschuldigung, wenn auf diesem Schreiben nicht vermerkt ist, dass P dieses Schreiben bekommt vor Abgang, dann wird es auch nicht auf meinem Tisch gelandet sein. Dazu kann ich jetzt eben gar nichts sagen, abgesehen mal von der Erinnerung.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist auch eine Antwort, ohne Polemik. Das würde für uns auch bedeuten, dass die Aussage haltbar ist: Das hat im Wesentlichen Herr Thomauske durchgesetzt. Er war der Macher, und die ganzen Zweifel an seiner bergfachlichen Qualifizierung bleiben natürlich bestehen, und das fällt dann natürlich auch auf - -

(Zuruf: Lassen Sie ihn doch antworten!)

- Lassen Sie mich einfach den Satz ausreden. - Das fällt natürlich auch auf das Zustandekommen des Konzepts und auf die Qualität dieses Konzepts, nach dem jetzt auch noch erkundet worden ist, zurück.

(Zurufe)

Damit bin ich fertig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. - Liebe Frau Kollegin Steiner, ich glaube, die Bewertung der Aussagen der Zeugen wird noch weitere Zeit in Anspruch nehmen, aber nicht heute.

Ich darf nun den Abschluss der Vernehmung vornehmen.

Das Sekretariat, Herr Professor Kaul, übersendet Ihnen das Protokoll nach der Fertigstellung. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen

(Unruhe)

- liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um ein bisschen Anstand -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ja!)

erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Haben Sie dazu noch Fragen, Herr Professor Kaul?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein, keine Frage.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Dann bedanke ich mich herzlich bei Ihnen und bei den Stenografen und wünsche allseits noch einen schönen Abend.

(Schluss: 20:44 Uhr)

Deutscher Bundestag
17. Wahlperiode
1. Untersuchungsausschuss

Protokoll Nr. 86
(Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, I: Öffentlich)
19. Juni 2012

Stenografisches Protokoll
- Vorläufige Fassung* -

der 86. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 14. Juni 2012, 15.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen

Seiten

1 - 62

Herr Prof. Dr. Alexander Kaul
gemäß Beweisbeschluss 17-234

Hinweis:

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturwünsche und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann durch das Sekretariat zum Zwecke der Beifügung zum entsprechenden Protokoll verteilt.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich bin 1934 geboren, also schon 78.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Damit gehören Sie hier zu den jüngeren Zeugen! - Heiterkeit)

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Vielen Dank, das hat mich ungeheuer beruhigt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und von daher wissen wir auch damit umzugehen, dass der Zeitraum, den wir hinterfragen, tatsächlich ein sehr langer ist und dass es manchmal problematisch sein kann, sich im Detail zu erinnern. Denn dem Ausschuss geht es ja darum, zu klären, ob es auf dem Wege zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock Gorleben untätig und keinen anderen Standort oberständig zu prüfen, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Darüber hinaus beschäftigt sich der Ausschuss dann ja noch mit den Umständen, die im Jahre 1977 zur Entscheidung für den Standort Gorleben geführt haben, und im Moment ganz besonders mit der Frage, inwiefern das Erkundungskonzept in den Jahren 97/98 gegebenenfalls geändert worden ist oder eben nicht.

Sie hatten bereits gesagt, dass Sie gerne im Zusammenhang vortragen möchten. Dazu haben Sie das Recht nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes. Ich würde Sie nun bitten, mit Ihren Ausführungen zu beginnen, und würde danach gerne selbst weiterfragen. - Herzlichen Dank.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich hatte, als ich die Einladung bekam mit der Beschlussempfehlung, geglaubt, dass es sinnvoll ist, wenn ich aufgrund der relativ langen Distanz zwischen meiner aktiven beruflichen Tätigkeit und dem heutigen Datum der Anhörung doch einiges nacharbeiten sollte, um etwas fundierter antworten zu können, und bin alle Fragen durchgegangen, wobei es durchaus Fragen gibt, die ich nicht beantworten kann oder nur beantworten könnte vom Hörensagen.

Ich habe mich bemüht, zumindest nur die zu beantworten oder bevorzugt zu beantworten, die ich aus eigener Kenntnis kenne.

Dort, wo ich vom Hörensagen berichte oder auch von dem Literaturstudium, mache ich darauf aufmerksam, dass es keine eigene Erfahrung ist. Das liegt daran, dass ich mit der Materie, die heute zur Diskussion steht, erst seit meiner Berufung als Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, also 1989, direkt konfrontiert war und vorher mit doch wesentlich anderen Aufgaben beschäftigt war, hier an der Freien Universität bzw. in München bei der Leitung des Instituts für Strahlenhygiene, des Bundesgesundheitsamtes, wo ich mich mit Fragen der Endlagerung nicht direkt, nur mittelbar, was den Strahlenschutz betrifft, beschäftigt habe. Also, hier muss ich bei allen Fragen, die diesen Zeitraum vor der unmittelbaren Übernahme der Funktion am Bundesamt für Strahlenschutz ~~häufig~~ entweder von Hörensagen ~~beziehen~~ bzw. sagen: Die Frage kann ich nicht beantworten. Das gilt vor allem dort, wo Fragen behandelt oder gefragt sind oder von Ihnen diskutiert werden sollen, ob es Einflussnahmen gab von Verschiedenen auf den Entscheidungsprozess. Das kann ich nicht beurteilen, weil ich einfach da nicht eingebunden war und auch nicht - außer vielleicht ein paar Hinweisen - Informationen habe, sodass ich glaube, dass es nicht angebracht ist, hier auch Vermutungen auszusprechen. Das also sozusagen zu der Präambel.

Wenn Sie erlauben, würde ich jetzt mal in die Fragen gehen, so wie ich sie verstanden habe, zu beantworten. Und immer an der Stelle, wo ich sage: „Hier kann ich keine Antwort geben“, weise ich darauf hin. Zum Teil habe ich auch die Fragen etwas gebündelt, das heißt, in der Reihenfolge etwas zusammengefasst, weil die Nähe der Frage mir als sinnvoll erschien, sie zu verändern.

Wenn wir gleich auf den Punkt 1 dessen, was als Beschlussempfehlung mir zugesandt wurde, zu sprechen kommen, dann will ich Folgendes sagen: In den ersten beiden Spiegelstrichen, und zwar „Gutachten, Expertisen und sonstige Informationen“ bzw. „aktueller Stand von Wissenschaft und Technik“, kann ich auch nur grundsätzliche Aussagen machen, wie ich bereits schon skizziert hatte. Was die Gutachten, Expertisen und dergleichen anbetrifft, die wohl damals Grundlage waren für die Entscheidungsprozesse, kann ich auch nur mutmaßen. Es sind solche, die ich mal durch den Begriff Langzeitsicherheit charakterisieren möchte, was die Gutachten, Expertisen anbetrifft, dann die

*Hinweis
in mein
Augen
auf
= 1. Stufe*

*Fin
H/S*

Grenzen der Langzeitsicherheit, Schutzziele der Endlagerung, weil sie auch nachher in den Fragen doch wiederholt angesprochen werden, die Bewertung der Befunde in den Zwischenberichten, die auch noch mal ein Extrapunkt hier in der Diskussion sein werden, vor allem auch, was die Information - sei es der Öffentlichkeit, sei es der politischen Entscheidungsträger - anbetrifft, und dann auch, sagen wir mal, die Einbindung von fachlich Kompetenten in den Entscheidungsprozess durch die damalige Physikalisch-Technische Bundesanstalt als diejenige, die verantwortlich war für diese Fragestellung, und später natürlich auch und erst recht ~~am~~ Bundesamt für Strahlenschutz.

Zum zweiten Komplex, der sich beschäftigt mit dem Punkt der Entscheidung auf der Grundlage von Wissenschaft und Technik, der hier angesprochen ist, möchte ich allgemein sagen, dass ich davon ausgehe, was die Vorzeit, also vor meiner Verantwortung innerhalb des Bundesamtes für Strahlenschutz, anbetrifft, dass in dieser Institution, also hier Physikalisch-Technischer Bundesanstalt - wie das in den Naturwissenschaften allgemein üblich ist -, darauf abgehoben wurde, dass die Entscheidungen auf nachprüfbar, seien es Untersuchungen oder Modellbetrachtungen beruhen, wobei das Wesentliche tatsächlich auf der Betonung des Nachprüfbar liegt. Und alles, was mir aber aus dieser Zeit bekannt ist, aus der eigenen Tätigkeit nach 1989, ist durch dieses Charakteristikum einer, ich sage einmal, naturwissenschaftlichen Betrachtungsweise eines Problems abgelaufen. Das kann natürlich nicht sozusagen für alles als eine Antwort stehen, sondern im Einzelfall muss natürlich schon konkret etwas gesagt werden zu den Parametern, die Eingang gefunden haben in eine Entscheidung. Aber das grundsätzliche Prinzip - und davon gehe ich aus - war mit absoluter Sicherheit damals zur Zeit der PTB gegeben und nachher - das kann ich aus eigenen Betrachtungen sagen - im Bundesamt für Strahlenschutz.

Der dritte Komplex, der hier also explizit jetzt einleitend von mir angesprochen werden sollte - so habe ich das für mich zumindest verstanden -, ist der Komplex: Gibt es politische Entscheidungen, die Einfluss genommen haben auf dieses Problem? Da muss ich jetzt schon sagen: Da kann ich eigentlich nichts dazu sagen, weil ich in dieser Zeit nicht eingebunden war. Aber ich muss sagen: Auch in der Zeit, als ich für das Bun-

desamt für Strahlenschutz zuständig war und damit diese Problematik natürlich eine der Aufgaben des BfS war, habe ich nie erlebt, dass eine politische Einflussnahme stattgefunden hat, zumindest nicht in der Form, dass hier Ergebnisse von Untersuchungen entweder weggelassen werden sollten oder modifiziert werden sollten. Ich habe das nicht erlebt. Wenn ich es erlebt hätte, wie ich es einmal - und das sage ich jetzt mal - zu einer Zeit, die jetzt hier keine Rolle spielt, in meiner Münchner Tätigkeit am Institut für Strahlenshygiene erlebt habe ~~Als~~ ein Ergebnis aus einem Bericht herausgelassen werden sollte, habe ich dies nicht zugelassen und erreicht, dass von diesem Ansinnen Abstand genommen wurde. Ich bin der Meinung, dass das auch eine, glaube ich, wichtige Aufgabe eines für eine wissenschaftliche Oberbehörde Zuständigen ist, dass sie dafür Sorge trägt, dass eine saubere Trennung zwischen der Beratungsfunktion des politisch Entscheidenden stattfindet und nicht in dieser Institution bereits Politik gemacht wird. Dass ich das hier betone ~~an der Stelle~~, werden manche von Ihnen gleich verstehen. Warum ich das ~~nach~~, aber ich will ~~es~~ nicht näher kommentieren. Ich bedaure, dass das sich entwickelt hat, zumindest was meine frühere Institution ~~an~~ betrifft. Aber ich bin ganz allgemein der Meinung: Das kann und darf nicht sein. Wir haben eine andere Funktion als wissenschaftliche Oberbehörde, als Politik zu machen. Also, das zu diesem Komplex der politischen Entscheidungen.

Und was jetzt ansteht, ist der zweite Teil, nämlich der, wo es um die einzelnen Fragen geht, die ich dann gerne ~~durchsprechen~~ möchte. - Vielen Dank für den ersten Teil.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herzlichen Dank, Herr Professor Kaul, für diese einführenden Bemerkungen.

Ich möchte jetzt tatsächlich in die speziellen Fragen gehen. Und mir geht es jetzt zunächst um die Fragen einer möglichen Konzeptänderung bezüglich des Untersuchungskonzeptes, also Überlegungen 1997/1998. Es ist ja so, dass am 14. April 1982 der Rahmenbetriebsplan für die untertägige Erkundung des Salzstocks beantragt worden ist. Und laut Rahmenbetriebsplan soll eine Gesamterkundung stattfinden. Das finden wir unter anderem unter MAT A 139, Band 5, Paginierung 047306 bis 047361. Das ist der genannte Rahmenbetriebsplan.

*Famr
einmal*

*Hif
H sage
Hif
Hid
Hent-
bricht
hat.
Famr
Famr*

*Famr-
scheidungen
auf nach-
prüfbar
Wissen-
schaftlichen
Erkennt-
nis
zu
Hoffen*

Famr

nicht. Das gilt auch für die evangelische Kirche. Das heißt, es war nicht möglich, das theoretisch als optimales Konzept der Aufeinanderfolge der Erkundung der einzelnen Abschnitte durchzuführen. Dieses Konzept musste adaptiert werden an die Realität. Das war der eine Grund.

Der andere Grund war gewesen, dass aufgrund der Untersuchung des Salzstocks während der Erkundungsphase sich Bereiche ergeben haben, die man vorher aufgrund von Bohrungen bzw. aufgrund von Untersuchungen mit anderen geologisch-physikalischen Methoden nicht hatte festgestellt, dass es sich um Bereiche handelt, die für die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle nicht geeignet waren. Und aus diesem Grund musste die Aufeinanderfolge der einzelnen Untersuchungen adaptiert werden eben an die Realität der Salzrechte und an die Beobachtung mithilfe verschiedener physikalisch-geologischer Methoden, sodass man diese Bereiche umfahren musste, wie es auch in den Aussagen von Herrn Thomaske zum Beispiel enthalten ist.

Also grundsätzlich: Das Konzept der Art der Erkundung ist nicht geändert worden, aber die Realisierung der Erkundung wurde adaptiert an die jeweilige Situation, die gegeben war, wie gesagt, durch Salzrechte, oder an die Beobachtung während der Erkundungsphase.

Diese detaillierte Darstellung, die Sie eben wiedergegeben haben, kann ich natürlich jetzt nicht nur aus meinem Gedächtnis nicht nachvollziehen, sondern das kann natürlich der, der auf diesem Gebiet selbst gearbeitet hat, sehr viel besser, wie zum Beispiel Herr Thomaske oder andere, die im Bereich des Fachbereichs Sicherheit der Endlagerung tätig waren und heute auch noch zum Teil sind.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Na ja, letztendlich sind Sie als Behördenleiter dann aber doch politisch verantwortlich gewesen sozusagen, und deshalb habe ich Sie gefragt: Gab es noch Konzeptänderungen oder nicht? Ich habe Ihren Worten entnommen: Nein.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Die politische Verantwortung natürlich. Und ich sage nicht die politische. Die fachliche Verantwortung, nicht die politische. Die fachliche Verantwortung natürlich hatte ich, und ich glaube, dass ich ihr auch gerecht geworden

bin. Aber die Detailrealisierung dessen natürlich basierte auf dem, was mir die fachlich Kompetenten vorgetragen haben und was ich für entweder einsichtbar gehalten habe oder als nicht einsichtbar. Wenn nicht, dann haben wir eben darüber diskutiert. Aber das Detailwissen kann ich als Leiter einer solchen Institution natürlich nicht haben. Dafür gibt es ja die fachlich Kompetenten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wer hat das letztendlich entschieden, also das Konzept so weiterzuverfolgen oder eben möglicherweise zu ändern? Das BMU, das BfS, die DBE?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, in der Entscheidungskette war es zunächst natürlich das BfS, das diese Entscheidung vorgetragen hat, mir zum Beispiel in der Diskussion zwischen den fachlich Kompetenten und dem Leiter der Institution. Darüber hinausgehend ist eingeflossen die fachliche Kompetenz derer, mit denen wir zusammenarbeiten. Beispiel: Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, die eine ganz wichtige Rolle hatte oder hat - hatte und hat -, und die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern, die gleichermaßen auch die fachliche Kompetenz hatte für den geophysikalischen Teil, und natürlich dann die Einbringung dieses Know-how in das, was aus unserer Sicht sinnvoll ist adaptiv sozusagen in den Erkundungsprozess einbringt, war das, was wir dann dem Umweltminister - das war ja unsere Aufgabe - vorgeschlagen haben zu realisieren. Und daraus ist natürlich eine Diskussion entstanden. Das war ja nicht so, dass das dann eins zu eins immer übernommen wurde, sondern es wurden Diskussionen darüber geführt. Aber die primäre Verantwortung für diese - ich will sagen - Modifikation des Erkundungsprozesses war beim Bundesamt für Strahlenschutz.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich will Ihnen noch ein paar Details vortragen, die in diesem Zusammenhang - die Frage: Wie soll das Untersuchungskonzept jetzt weitergehen? Wie wird es mit dem Rahmenbetriebsplan weitergehen? - geäußert worden sind. Dazu gibt es einen Auszug aus einem Ergebnisvermerk vom 16. Juni 1992 über die 14. Sitzung des Gesprächskreises Entsorgung am 23. April 1992 in Bonn, an der neben verschiedenen Vertretern des

Bundes und der Elektrizitätswirtschaft auch Sie als Präsident des BfS teilgenommen haben. Da kann ich nachlesen:

Weitere Schwierigkeiten

- ich zitiere -

könnten sich ergeben, wenn der NMU - wovon auszugehen ist - bei einem neuen Rahmenbetriebsplan eine zusätzliche Umweltverträglichkeitsprüfung verlangen sollte.

Das ist MAT E 3, Band 17, Paginierung 084 und 091 bis 094.

Und dann gibt es eine Stellungnahme des BfS zur Frage einer möglichen Notwendigkeit eines neuen Rahmenbetriebsplans unter MAT E 7, Band 28, Paginierung 437 bis 442. Das ist die Stellungnahme des BfS zur Vorgehensweise bei der untertägigen Erkundung des Salzstocks Gorleben vom 23. Juli 1993. Ich zitiere:

Eine Beschränkung der Erkundung auf die dem BfS derzeit zugänglichen Bereiche im Nordosten des Salzstocks erfordert eine Umlanung, die von der Bergbehörde als ein neues Vorhaben eingestuft werden könnte. Für ein solches Vorhaben würde die Bergbehörde einen neuen obligatorischen Rahmenbetriebsplan gemäß § 52 Abs. 2 a BBergG fordern, für dessen Zulassung ein Planfeststellungsverfahren mit UVP erforderlich wäre.

Da spiegelt sich der Diskussionsstand sozusagen wider.

Wo wäre das Problem gewesen? Neuer Rahmenbetriebsplan oder möglicherweise die Frage Planfeststellungsverfahren mit UVP? Wo war da die Position des BfS, und was hat sie begründet, oder was hat Sie dahin gebracht, eine solche Position einzunehmen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich kann natürlich, weil es zum Teil eine Frage ist, die in das Bergrecht geht und in die Begründung für Rahmenbetriebspläne und den Inhalt für Rahmenbetriebspläne, nicht hier ins Detail gehen, weil es auch selbst nicht mein eigenes Fachgebiet ist, als Nichtjurist vor allem. Dass eine Änderung des Rahmenbetriebsplans erforderlich ist, wenn zum Beispiel solch eine Entscheidung getroffen wird, ist, soweit ich das noch in Erinnerung habe,

eine Notwendigkeit gewesen, was diskutiert wurde mit dem Bergamt.

Welches nun im Detail die Konsequenzen dieses Rahmenbetriebsplans waren, da kann ich also nichts wiedergeben, weil mir das einfach momentan auch fehlt, auch die Voraussetzungen aus dem genannten Grund, eben nicht in dem Bergrecht der Fachmann zu sein.

Wenn ich das richtig verstanden habe, unterscheiden Sie jetzt Rahmenbetriebsplan nach dem Bergrecht. Das hat ja nichts zu tun mit dem Planfeststellungsverfahren. Das muss ja sauber getrennt werden. Das wird zwar immer wieder durchmischt, auch in der politischen Diskussion. Also, hier geht es tatsächlich um diesen bergrechtlich bedingten und notwendigen Rahmenbetriebsplan. Ich kann aber nicht beantworten, welches nun die Änderungen, die erforderlichen Änderungen ~~waren~~ ^{waren}. Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Aber auf alle Fälle wurden Gespräche geführt, an denen ich selbst auch nicht teilnehmen konnte, mangels der notwendigen Kompetenz für diese Materie. Aber wie das nun entschieden wurde, kann ich nicht sagen. Aber dass das adaptiert werden musste an die Änderungen, die Sie auch selbst zitiert haben, das ist ~~wohl~~ ^{wohl} nach Bergrecht auch notwendig gewesen und auch erfolgt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich darf noch mal das zitieren, was ich Ihnen eben vorgelesen habe, vielleicht noch mal ein bisschen langsamer und anders betont. Aus der Stellungnahme des BfS von 1993, dem 23. Juli, lässt sich Folgendes entnehmen - ich zitiere -:

Eine Beschränkung der Erkundung auf die dem BfS derzeit zugänglichen Bereiche im Nordosten des Salzstocks erfordert eine Umlanung, die von der Bergbehörde als ein neues Vorhaben eingestuft werden könnte. Für ein solches Vorhaben würde die Bergbehörde einen neuen obligatorischen Rahmenbetriebsplan gemäß § 52 Abs. 2 a BBergG fordern, für dessen Zulassung ein Planfeststellungsverfahren mit UVP erforderlich wäre.

Da hat es dann ja irgendwann sozusagen durch die Tätigkeit des Gesetzgebers Änderungen auch im Bundesberggesetz gegeben, wo Notwendigkeiten mit UVP-Prüfung eingeführt worden sind. Da hat man offensicht-

lich überlegt in Ihrem Haus: Muss das jetzt wirklich sein, dass wir uns da reinbegeben? - Warum gab es diese Überlegungen? Die sind einmal fachlich begründet. Möglicherweise gab es da aber auch politische Überlegungen in diesem Zusammenhang. Da würde ich gerne von Ihnen wissen, ob Sie sich daran erinnern.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, sicher hat es natürlich auch fachliche Konsequenzen. Es hat vor allem aber auch zeitliche Konsequenzen. Wenn eine solche Änderung mit UVP hätte durchgeführt werden müssen, hätte das natürlich den Ablauf der Erkundung sicher zeitlich belastet. Wie lange dadurch eine Verzögerung eingetreten wäre, kann ich natürlich heute nicht mehr ermes-
HJ sen. Das ist sicher auch diskutiert worden, aber das habe ich ~~sicherlich~~ auch nicht abgespeichert, sodass ich das sagen könnte.

Aber die Hauptkonsequenz daraus ist natürlich die, dass das eine zeitliche Verzögerung bringt in dem ganzen Prozess, der sowieso schon zeitlich sehr dilatiert war.

Die Notwendigkeit für die UVP, die ja gesetzlich gegeben war, wäre ja auch nicht zu umgehen gewesen, durch niemanden, natürlich auch nicht durch das Bundesamt für Strahlenschutz. Wir hätten das leisten müssen, aber wir hätten die Leistung erbringen müssen unter diesem bereits genannten Aspekt der zeitlichen Verzögerung. Ich kann nicht sagen - weil ich das einfach nicht mehr weiß -, ob damals dann tatsächlich dieses in dieser Form, wie es von Ihnen zitiert wurde, auch notwendig geworden war oder ob es da irgendwelche Vereinfachungen in dem Ablauf dieser Änderung unter Berücksichtigung von UVP gegeben hat; *Für* weiß ich nicht, *nur*.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Uns besorgt in diesem Ausschuss nicht nur die Frage, ob Sie einen Blick darauf hatten, dass es zu einer zeitlichen Verzögerung kommen könnte, sondern insbesondere natürlich auch die Frage, ob man denn möglicherweise dann auch bezüglich der Sicherheitsrelevanz gesagt hat: Lass uns lieber nicht so richtig hingucken. - Das ist eine wichtige Motivation dieses Ausschusses.

Deshalb will ich Sie noch mal konfrontieren damit, dass Herr Kühne - damals aus dem Referat RS III 1 im BMU - Ende 1996 für eine Ministervorlage zum Thema Salzrechte das BfS um Zusammenarbeit gebeten hat in

Form einer zusammenfassenden Darstellung. Er bittet unter anderem - ich zitiere -:

Mit welchen fachlichen Schwierigkeiten ist bei der Durchführung von lokal eingeschränkten Erkundungsmaßnahmen zu rechnen? Können die fehlenden Flächen umfahren werden? Unter welchen Voraussetzungen ist eine sinnvolle Erkundung in den Bereichen ohne bergfreie und private Flächen bzw. nur ohne die privaten Salzrechte möglich? Welche Bedingungen müssen bei der Alternativplanung im Hinblick auf eine sinnvolle Endlagerung erfüllt werden?

Das finden wir unter MAT E 8, Band 31, Paginierung 343 bis 344. Das ist ein BfS-Vermerk von Herrn Kleinfeld über das Telefonat mit Herrn Kühne am 27.11.96.

In der BfS-Darstellung, die als Antwort dann praktisch gekommen ist, vom 29.11.1996 heißt es - ich zitiere -:

Mit den derzeit vorhandenen Salzrechten ist aber eine nach geologischen Gesichtspunkten optimierte Auffahrung von Erkundungsstrecken nicht möglich und die Gestaltungsfreiheit der geplanten Untersuchungen eingeschränkt. Nach den bisherigen Festlegungen sollten der Hauptanhydrit und das Kaliflöz Staßfurt möglichst gemieden werden. Jede Umfahrung der Sperrgrundstücke ... führt in Bereiche hinein, in denen ... mit dem Vorhandensein des Hauptanhydrits gerechnet werden muß. Man muß also davon ausgehen, daß eine Durchfahung des Hauptanhydrits nicht vermieden werden kann. ...

Für die sicherheitstechnischen Aussagen ergeben sich aus der Unkenntnis der nicht erkundbaren Bereiche Restriktionen. Ob auf dieser Basis eine hinreichend detaillierte Langzeitsicherheitsanalyse durchführbar möglich ist, läßt sich derzeit nicht bewerten.

Das finden wir unter MAT E 8, Band 31, Paginierung 296 bis 319. Das ist das Telefax vom 29.11.96 von Herrn Kleinfeld, BfS, an Herrn Kühne, BMU.

Der Zeuge Bloser hat uns hier gesagt auf die Frage, ob er über Bedenken vonseiten der BfS-Mitarbeiter informiert gewesen sei - ich zitiere wieder -:

Wir hatten selbstverständlich die Fachaufsicht über das BfS. Aber die Fachaufsicht war natürlich nicht so, dass wir uns als Obergutachter und Entscheider in solchen technisch-wissenschaftlichen Fragen empfinden hätten, sondern hier war das natürlich das originäre Interesse und auch Aufgabe des BfS, Diskussionen wissenschaftlicher Art, auch wenn sie kontrovers waren, natürlich selbst zum Konsens zu bringen, und das ist ja auch geschehen. Von daher kann ich mich nicht erinnern, dass ich da eingegriffen hätte.

Das war das stenografische Protokoll in seiner endgültigen Fassung der 72. Sitzung am 09.02.12.

Noch mal da die Frage, die Sie ja auch mehrfach schon gestreift hatten: Der Informationsprozess letztendlich, der Austauschprozess zwischen BfS und BMU, könnten Sie dazu vielleicht noch mal Stellung nehmen? Wie wurde umgegangen mit doch kritischen, eher vorsichtigen Stellungnahmen, die das BfS da ja abgegeben hat als Antwort auf die Anfrage aus dem BMU? Was können Sie da erinnern?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Zunächst einmal möchte ich sagen, das, was Herr Bloser gesagt hat - offensichtlich in Ihrem Kreis und wohl auch geäußert hatte andernorts -, ist eigentlich die Beschreibung des normalen Verhältnisses zwischen der wissenschaftlichen Oberbehörde und denjenigen, die die Voraussetzungen schaffen für die politische Entscheidung. Hier - und das ist vielleicht nicht immer in dem Maße so ohne Knirschen gelaufen, will ich einmal sagen - war der Aspekt der Sicherheit und vor allem der Barrierenwirkung der angefahrenen Region bei der Erkundung, die unterschiedlichen Salzarten, das Moment, das die Arbeit des Bundesamtes für Strahlenschutz der fachlich Kompetenten im Bereich Sicherheit der Endlagerung, bestimmt hat.

Hier hat auch der BMU, wenn er auch, sagen wir mal, nach den Konsequenzen gefragt hat und vielleicht nicht glücklich war, dass das manchmal etwas länger gedauert hat dadurch, dass eben Änderungen oder Adaptationen gemacht werden mussten, seine Meinung geäußert. Aber das bestimmende Element war immer die Sicherheit gewesen. Das war auch unsere Aufgabe. Und umgekehrt war auch da keine Einflussnahme, soweit ich mich erinnere, vonseiten

des BMU in diesem fachlichen Bereich. Also insofern würde ich voll und ganz unterschreiben, was Herr Bloser hier in diesem Kreis gesagt hat.

Das, was die Änderung anbetraf, ist eben - ich sagte es ja bereits - bestimmt gewesen durch das, was durch diejenigen, die diese Erkundung betrieben haben vor Ort, an Ergebnissen gebracht wurde, sei es durch geophysikalische Untersuchungen, hydrologische Untersuchungen, hydrogeografische Untersuchungen; denn das ist das bestimmende Element für den Begriff der Sicherheit.

Es gibt natürlich eine andere Sicherheit, die bergrechtlich jetzt zu sehen ist oder vom Berggesetz her, nämlich die Sicherheit bei der Erkundung. Das ist aber ein ganz anderer Komplex, den wir davon klar trennen müssen. Beides war natürlich das bestimmende Moment: das eine eben, was die Sicherheit der Endlagerung anbetrifft, und das andere das Moment der Sicherheit der Erkundung, der bergmännischen Tätigkeit in diesem Bergwerk. Also, ich kann dazu nichts sagen, was in irgendeiner Form das, was Sie hier zitiert haben und Aussage von Herrn Bloser ist, als fragwürdig ansehen könnte - oder auch nicht so gehandhabt wurde, wie es Herr Bloser gesagt hat. Also, zumindest mir ist das nicht irgendwo deutlich geworden aus der Kooperation mit dem BMU. Dass da vielleicht graduell ein Unterschied in der Art der Dialogführung ist, das will ich gar nicht infrage stellen. Wenn ich mit den Herren - meistens Herren -, Damen und Herren, gesprochen habe, war das sicherlich eine andere Art, wie man miteinander umgegangen ist, als wenn Mitarbeiter, die vor Ort die Verantwortung bei uns getragen haben, mit den möglicherweise hierarchisch höhergestellten Vertretern des BMU verhandelt haben. Das dürfte zweifellos anders gewesen sein.

Also, das war jetzt mal sozusagen die atmosphärische Stimmung, die aber sicherlich auch zu Buche schlägt bei solchen Gesprächen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Auch das ist uns sehr, sehr wichtig. Deshalb beschränken wir uns nicht nur auf die Akteneinsicht, sondern führen eben auch diese Gespräche mit den Zeitzeugen.

Ich möchte noch einen weiteren Aspekt beleuchten. Das sind die Überlegungen von 97/98 im sogenannten Merkel-Schreiben. Sie haben im Januar 1997 an die damalige Bun-

des Umweltministerin Dr. Merkel zur Erkundungsbeschränkung auf den nordöstlichen Teil aufgrund verminderter Abfallmengen und Kosteneinsparungen geschrieben - ich zitiere -:

In die Diskussion um Einsparpotentiale hat BfS in Abstimmung mit BGR am 17.12.96 das Konzept vorgetragen, die untertägige Erkundung Gorleben auf den nordöstlichen Teil des Salzstockes zu beschränken und die Erkundung des südwestlichen Teils für den Fall vorzusehen, daß geeignete Salzpartien im nordöstlichen Teil in nicht ausreichendem Umfang vorhanden sind, um die zur Endlagerung anstehenden radioaktiven Abfälle aufzunehmen.

Begründet ist die Änderung in der Vorgehensweise dadurch, daß die Menge der radioaktiven Abfälle - auch der hochradioaktiven Abfälle - um mehr als einen Faktor 2 gegenüber den bisherigen Planungsdaten zurückgegangen ist ...

Die von mir vorgeschlagene zügige Erkundung nur des nordöstlichen Teils des Salzstocks führt zu der unter Kostengesichtspunkten günstigsten Lösung und ist geeignet, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Frage zu beantworten, ob der Salzstock Gorleben geeignet ist, insbesondere die wärmeentwickelnden Abfälle aufzunehmen.

Das finden wir in dem genannten Schreiben von Ihnen an Frau Dr. Merkel vom 7. Januar 1997 unter MAT E 11, Band 13, Paginierung 282 bis 285.

Bereits 93, also vier Jahre zuvor, waren ausweislich eines Protokolls des BfS über eine Besprechung vom 30.06.93 verminderte Abfallmengen bekannt. Eine Beschränkung der Erkundung auf den nordöstlichen Teil des Salzstocks wurde jedoch mit Hinweis auf Sicherheitskriterien und zusätzlichen Zeit- und Finanzaufwand kritisch gesehen. Also, damals ein bisschen anders, als man es vier Jahre später gesehen hat. Ich zitiere daraus noch mal:

Ausgehend von den Entwicklungen der letzten Jahre, 1. Verringerung der anfallenden Mengen an radioaktivem Abfall, 2. keine kurzfristige Möglichkeit der Erlangung der erforderlichen Salzrechte ... sind erste Überlegungen anzustellen,

welche Alternativen sich unter Berücksichtigung der genannten Prämissen ergeben. ...

Fazit ... Aus den genannten Gründen wird deutlich, daß die Beschränkung auf die Erkundung und Errichtung des Endlagers auf den nordöstlichen Teil des Salzstockes nur unter Aufgabe von Sicherheitskriterien mit zusätzlichem Zeit- und Finanzaufwand möglich wäre.

Das ist MAT E 9, Band 54, Paginierung 335 bis 341.

Das passt für mich nicht übereinander. Also, das eine Zitat aus Ihrem Brief an Frau Dr. Merkel und letztendlich dann das Protokoll des BfS von 93 über die Besprechung zum Erkundungsbergwerk Gorleben. Wie darf ich das verstehen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, wenn Sie das so nebeneinander sehen, erscheint mir hier auch eine Diskrepanz zu sein; denn wenn man den zweiten Zeitpunkt nimmt, nämlich des Schreibens an Frau Merkel, der Umweltministerin, dann ist die Begründung im Wesentlichen eben das verringerte Volumen der wärmeentwickelnden radioaktiven Abfälle und die Tatsache, dass wir in einen gewissen Zugzwang gekommen sind durch die nicht vorhandenen Salzrechte, um eben wenigstens die Einlagerung der verminderten Menge der radioaktiven Abfälle vorzusehen. Es ist ja noch eine Erkundung. Es ist ja noch keine Entscheidung darüber gefallen gewesen und auch heute noch nicht.

1993, vom Sicherheitsaspekt oder von der Gefahr - oder wie es formuliert war -, der Verringerung des Sicherheitsaspekts, das kann ich nicht verstehen, was das bedeuten soll. Ich hätte niemals von einer Einbuße der Sicherheit gesprochen. Deswegen verstehe ich nicht, was das bedeuten soll. Nun kenne ich das Papier natürlich nicht. Selbst wenn ich es damals unterschrieben hätte - weiß ich nicht -, würde ich heute nicht wissen, was sozusagen der Hintergrund dieser Äußerung ist und wie sie zu verstehen ist.

Also, wenn man es vergleicht, gibt es eine Diskrepanz in der Begründung. In dem späteren Schreiben ist das in sich geschlossen, die Begründung, nämlich eben die verringerte Menge an radioaktivem Abfall und eben die nicht vorhandenen oder nur teilweise vorhandenen Salzrechte. In dem Schreiben 93 kann ich nicht verstehen, wie von einer Einschränkung des Sicherheitsas-

*Fein
Besprechung
Protokoll!*

*H. Respre-
chung
protokoll*

pektes oder einer Reduzierung des Sicherheitsaspektes geschrieben ~~ist~~ ^{wurde}.

Vielleicht können Sie mir helfen und mir dieses Schreiben entweder noch mal in vollem Umfang zur Kenntnis geben. Vielleicht liegt hier einfach nur ein Missverständnis vor jetzt in dem, wie ich es gehört habe. Aber wie gesagt, heute würde ich es nicht unterschreiben und auch nicht so argumentieren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das kann ich Ihnen gerne vorlegen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich kann ja in der Zwischenzeit noch mal sagen: Denn der Sicherheitsaspekt kann ja nicht begründet sein dadurch, dass ein Teil dessen, was ursprünglich im Konzept vorgesehen war, nicht realisiert werden kann. Wenn das andere Salzformationen wären, die für die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle aus unserer Sicht oder aus der Sicht der Experten nicht geeignet wären, dann hätten wir natürlich gesagt, die Sicherheit wäre beeinflusst. Aber im Umgekehrten, wenn man das nicht erkunden kann, dann kann nicht die Sicherheit reduziert werden, wenn wir einen Bereich erkunden, der von der Geologie her geeignet wäre für die Einlagerung von jetzt geringerem Volumen an radioaktivem Abfall. Das passt nicht zusammen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Professor Kaul, genau deshalb habe ich nachgefragt. Das habe ich eben auch nicht verstanden.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, ja, aber

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und Sie finden auf der letzten Seite des Protokolls, wenn Sie schauen wollen - da auch gleich gemerkt -, das Wort „Fazit“ und unten noch mal so eine gelbe Passage, die ich eben zitiert habe.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, der zweite Teil, mit zusätzlichem Finanzaufwand, das will ich unterschreiben. Das ist sogar sehr wahrscheinlich. Mit zusätzlicher Zeit - glaube ich, heißt das - und Finanzaufwand, das ist sicherlich auch richtig. Dass

natürlich unter Umständen die Zeit ^{für} die Suche nach anderen Bezirken innerhalb des Endlagers -- mit denen für Einlagerung wärmeentwickelnder Abfälle geeigneten Salzformationen, das wird sicher auch mehr Zeit beanspruchen. Aber die Sicherheitskriterien mit zusätzlichen, das, wie gesagt, verstehe ich nicht, denn die Sicherheitskriterien können nicht von einer Zeit für die Erkundung abhängig sein und auch nicht für die Kosten, die aus der Erkundung resultieren. Sie können nur daraus resultieren, dass man vielleicht einen Kompromiss akzeptiert hätte, aber den hätte ich nie akzeptiert. Der ist auch sicherlich nicht von den Mitarbeitern, wäre auch nicht von den Mitarbeitern akzeptiert worden, dass hier Formationen auch vielleicht in Erwägung gezogen werden, die mit einer geringeren Sicherheit - und das ist ja eigentlich das höchste Gut sozusagen bei der ganzen Endlagerung überhaupt -- mit der höchsten Sicherheit und einer Reduzierung der höchsten Sicherheit verbunden wäre.

Also, ich verstehe diese Formulierung mit dem ersten Teil - Sicherheitskriterien mit zusätzlichem Zeit- und Finanzaufwand - nicht. Ich weiß jetzt nicht, aber ich meine, wenn ich den unterschrieben haben sollte, dann habe ich das damals überlesen wohl oder -- Also wenn nicht, würde ich mich heute korrigieren müssen, aber ich weiß nicht, wer das geschrieben hat. Im Auftrag ist Herr Tittel gewesen. Herr Tittel --

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es ist einfach ein Protokoll aus Ihrem Hause.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ein Protokoll, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich weiß gar nicht, ob Sie --

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich bin absolut sicher, dass ich natürlich -- Hier beim Verteiler bin ich auch genannt: P. Also, ich will nicht infrage stellen, dass das nicht über meinen Tisch gelaufen ist, aber ich kann nur sagen: Heute hätte ich an der Stelle einen grünen Marker angesetzt. *Sehr wahrscheinlich demnach auch!*

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nur, genau das sind die Fragen, über die wir eben auch stolpern und die wir versuchen, in die

sem Ausschuss, im Rahmen dieses Ausschusses zu klären.

Und deshalb möchte ich Sie noch auf einen anderen Sachverhalt ansprechen, nämlich im selben Schreiben von Ihnen an die damalige Bundesumweltministerin, über das wir jetzt gesprochen haben; das ist vom 07.01.97. In diesem Schreiben wenden Sie sich gegen die von EVU-Seite vorgeschlagene vierjährige Unterbrechung der untertägigen Erkundung. Ich zitiere:

Die von den EVU vorgeschlagene Variante, zunächst bis zum Erwerb der Salzrechte für 4 Jahre die untertägige Erkundung zu unterbrechen, ist nicht gerechtfertigt, da die für die Eignungsaussage erforderlichen Salzrechte im nordöstlichen Teil des Salzstocks dem Bund zur Verfügung stehen. ...

Von einer Unterbrechung der Arbeiten sind in der Standortregion etwa 200 Arbeitsplätze betroffen. Entlassungen in diesem Umfang führen gerade in der Standortregion zu einem Vertrauensverlust in die Politik des Bundes und einer weiteren Akzeptanzminderung für das Projekt Gorleben.

Das ist immer noch MAT E 11, Band 13, und jetzt Paginierung 282 bis 285.

Deshalb: In dieses Konglomerat von Überlegungen - also Dauer der Erkundung letztendlich, Frage der Sicherheit - kommt jetzt noch eine Frage nach - na, ich will mal sagen - Arbeitsplatzsicherheit. Also: Inwiefern haben solche Aspekte letztendlich auch eine Rolle gespielt in Ihren Überlegungen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nun, ich denke, wohl jeder wird verstehen, dass man die fachlich Qualifizierten, die dort vor Ort tätig sind über die DBE, nicht verlieren will. Das ist ja auch ein ganz wichtiges Kapitel, was auch bei anderen Projekten eine Rolle spielt, nämlich dass eine Abwanderung dann stattfinden muss von denen, die fachlich qualifiziert sind, und wenn dann zum Beispiel in diesem Fall eine Erkundung wieder aufgenommen wird, wird man also sicherlich zunächst mal eine zeitliche Brücke haben, in der man mit wesentlich geringerem Wirkungsgrad und geringerer fachlicher Kompetenz der dort Tätigen arbeiten muss. Das muss man, glaube ich, mit berücksichtigen bei diesen Überlegungen, und das haben wir auch wiederholt erlebt bei anderen

Projekten. Ich denke jetzt an das ERAM oder auch im Zusammenhang mit der Asse, die ja nicht in unseren Verantwortungsbereich fiel zum damaligen Zeitpunkt, dass dadurch doch schon fachlich Kompetente eben nicht mehr verfügbar waren, auch bei der DBE zum Beispiel.

Das ist sicherlich ein Gesichtspunkt, den man dabei berücksichtigen muss. Das sind ja keine Menschen, die morgen bei VW am Band arbeiten können und übermorgen in der konventionellen Müllbeseitigung in einer Stadt Wolfsburg oder welcher auch immer. Also, das sind schon fachlich kompetente Leute, die eben gehalten werden müssen, sodass dieses Argument für mich zumindest nach wie vor Gültigkeit hätte und auch damals Gültigkeit gehabt hat.

Das andere, dass die EVU gesagt haben: Unterbrecht doch das dann mal, bis die Salzrechte -- Das hat einmal natürlich die Konsequenz oder hätte die Konsequenz der zeitlichen Dilatierung gehabt in einem Projekt, das sowieso schon verzögert war. Ich denke zum Beispiel an den Unfall, der stattgefunden hat, der bedeutet hat, dass wir über eine relativ lange Zeit überhaupt nicht mehr abtaufen konnten ~~zum Beispiel~~ in dem einen Schacht.

Aber es hat auch -- Und ich erinnere mich, dass wir damals auch darüber gesprochen haben. Es beinhaltet die Möglichkeit, dass Missinterpretationen der Unterbrechung hätten entstehen können, indem man diese Unterbrechung nicht darauf zurückführt, dass man sagt: „Die haben keine Salzrechte und die haben EVU“, sondern es wird natürlich so was auch interpretiert - ich will es einmal so sagen -, indem gesagt wird: Hier stehen nicht mehr die EVU dahinter, hinter diesem Projekt, oder es müssen andere Gründe sein, warum in diesem Projekt ein Einhalt geboten worden war.

Sie wissen selbst - und ich will das hier auch noch mal ganz deutlich sagen -, dass natürlich viele solcher Äußerungen getätigt wurden, um das Ganze, das Projekt überhaupt mit einem Fragezeichen zu behaften, will ich einmal sagen. Dagegen ist man nicht gefeit. Dagegen kann man auch nichts sagen, weil jeder, der etwas dagegen sagt - wenn ich das gewesen wäre -, wird natürlich dann als derjenige apostrophiert, der sozusagen hier in einem Auftrag handelt, um irgendetwas durchzuziehen, was wir nicht wollen, also, die, die Kritik üben.

Also, es sind verschiedene Dinge, die man natürlich nicht in dieser Form diskutieren kann, aber die natürlich bei solchen Überlegungen schon eine Rolle spielen, wobei eben ein Moment, wie gesagt, die fachliche Qualifikation, der Verlust der fachlichen Qualifikation im Ganzen ein quantifizierbares Argument ist. Das andere ist ein Argument, das sicherlich auch zutreffend ist, aber natürlich ~~niemals so in diesem~~ nicht so belastbar wie das andere, dass man sagt, man verliert Mitarbeiter, die fachlich kompetent sind.

Also, ich will mal ein Beispiel nennen, um deutlich zu machen, was ein bisschen auch die - sagen wir mal - Einflussnahme aus politischer Sicht betrifft. Es gibt darüber Diskussionen. Ich nehme an, dass hier Herr Röthemeyer schon mal vernommen wurde und ein anderer Kollege, die auch ein Papier möglicherweise Ihnen zur Verfügung gestellt haben, wo die Frage der heutigen Vizepräsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz auf die Frage angesprochen wurde: Hat eine Weisung des BMU vorgelegen in einem Bericht des BfS, wonach die Äußerung, es sollten auch andere Orte, andere Standorte untersucht werden, nicht in diesem Bericht erscheinen soll?

Und der Kollege, der darüber berichtet hat hier wohl in dem Ausschuss, hat gesagt: Das, was uns gesagt wurde im BMU zu dieser Thematik in unserem Bericht, das haben wir als eine mündliche Weisung nach Beamtenrecht Paragraf soundso viel verstanden und entsprechend dann diese Äußerung, die wir in dem Bericht, in dem Entwurf des Berichts gemacht haben, zurückgezogen.

Ich habe das als Beispiel deshalb genannt, um zu zeigen, dass durchaus solche Dinge, die nicht so quantifizierbar sind wie der Verlust an Arbeitskräften, den ich als einen wichtigen Punkt genannt habe, sondern eben die Reaktion in der Öffentlichkeit, vom BMU gesehen wurden und wahrscheinlich gesagt wurde, das soll sozusagen als Argument nicht verwendet werden, weil es eben in die falsche Richtung geht als das quantifizierbare Argument. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt bei dieser etwas - na, sagen wir mal - empfindlichen Diskussion in Politik und Öffentlichkeit.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann darf ich als allerletzte Frage noch fragen, woher Sie wissen, welche Aussagen andere Zeugen hier gemacht haben. Jeden-

falls haben Sie eben aus diesen Antworten zitiert.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nun unterhält man sich ja auch mit Kollegen, die ja hier schon einvernommen wurden, und ich habe mich dann insofern sachkundig gemacht, als ich den Schriftverkehr - das hat mit dem Ausschuss jetzt nichts zu tun - zwischen den Kollegen und der Vizepräsidentin des BfS mir zur Kenntnis habe geben lassen. Das war wohl nichts, was nicht zulässig gewesen wäre. ~~Aber es ist nun mal so.~~

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die Unionsfraktion.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Kaul, ich darf Sie auch hier in diesem Kreise begrüßen und darf bei dem Punkt weitermachen, den die Vorsitzende gerade angesprochen hat. Es geht ein Stück weit hier um Ihre Vorbereitung für die heutige Sitzung. Es sind ja Sachverhalte, die hier im Raum stehen, die schon viele Jahre zurückliegen. Wie haben Sie sich denn auf diese Sitzung heute vorbereitet?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Sehr langwierig, muss ich sagen. Ich habe mich vorbereitet, indem ich zunächst mal die Fragen durchgegangen bin. Dann habe ich versucht, mich an Dinge zu erinnern, die ich hätte beantworten können, wenn ich also keine Unterlagen hätte, und ich hatte auch keine Unterlagen natürlich. Ich habe keine Kommunikation mit dem Bundesamt für Strahlenschutz, aus Gründen, die ich jetzt hier nicht verbreiten möchte.

Ich habe mir dann Literatur besorgt bzw. Literatur vorgenommen, die ich hatte, zur Frage des Grundsätzlichen der Endlagerung und speziell, was Gorleben anbetrifft. Die Arbeiten habe ich hier mitgebracht. Sie sehen, ich habe die durchgearbeitet, habe mir also Marker hier reingeklebt und diese dann zugeordnet zu den Fragen, den 26 oder 27 Fragen, die Sie mir geschickt hatten, und daraus mir so ein Papier gemacht - das hier, wo ich also dann zu der Frage die Antwort habe. Dann habe ich das auch noch gemarkert, damit ich sie im Zweifelsfall schnell finde, um die Frage ohne Zeitverlust beantworten zu können.

Ich habe keine Gespräche geführt mit ehemaligen Mitarbeitern, bis auf ein Gespräch, das mal so einfach entstanden ist im Zusammenhang mit der Frage: Gibt es denn irgendwelche Einflussnahmen, die zu meiner Zeit stattgefunden haben und die ich nicht kannte? Das war nicht der Fall. Ich muss sagen, dass ich, glaube ich, sehr aggressiv reagiert hätte, wenn der Versuch unternommen worden wäre - ~~wenigstens~~ mir zur Kenntnis gekommen wäre -, dass Einflussnahmen stattgefunden hätten, wo auch immer - sei es im Amt, sei es im BMU -, ~~und ich hätte davon erfahren.~~

Was ganz allgemein auf diesem Gebiet passiert, weiß ich auch nicht, und ich habe mich auch nicht damit beschäftigt. Es gibt schon sicher Äußerungen ~~von im ganzen Kontext Tätigen~~ zu Entscheidungen, die getroffen wurden. Aber ich weiß nicht, ob das ~~zumindest~~ also über meine Person Einflussnahmen erfolgt sind, kann ich sagen, ist nicht der Fall gewesen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Sie haben also, wenn ich das richtig verstanden habe, keine Akteneinsicht genommen. Andere Zeugen, die hier waren, haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, bei ihrer damaligen Anstellungsbehörde - sei es eben, dass es die BGR war, von den Mitarbeitern des BGR, oder den Ministerialbeamten die entsprechenden Ministerien - dort Akteneinsicht zu nehmen. Das haben Sie aber, wenn ich das richtig verstanden habe, nicht getan?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das habe ich bewusst nicht gemacht, und zwar deshalb, weil zwischen dem heutigen BFS und dessen Führung oder Leitung und mir ein, ich sage einmal, besonderes Verhältnis besteht. Ich wollte eigentlich auf diesen Punkt nicht unbedingt eingehen. Ich weiß nicht, ob er dazu beiträgt, hier Klarheit zu geben zu dem Thema Gorleben. Aus diesem Grund habe ich jeglichen Kontakt mit dem BFS seit meiner Pensionierung gemieden.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Also, wir haben ein Dokument; das ist auf Verlangen der Opposition den Unterlagen beigelegt worden. Das ist MAT B 56, für das Protokoll. Es handelt sich da um eine Niederschrift über eine Sitzung des niedersächsischen Untersuchungsausschusses „Asse“ - in dem Fall vom 25. Februar 2010 -, wo Sie ja auch ausgesagt haben. Da gab es eine Reihe von

Wortmeldungen oder Beiträgen von Ihnen, wo es wohl auch um diesen - was Sie gerade als spezielles Verhältnis bezeichnet haben - Wechsel insbesondere von Ihnen als Präsident dann zu Ihrem Nachfolger, dem Präsidenten König, der ja auch heute noch Präsident des Bundesamts ist, geht. Wenn ich das richtig draus zitieren darf -- Das ist jetzt die Seite 56 fürs Protokoll.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist jetzt der König Gegenstand des Untersuchungsauftrags?)

- Das ist eine Unterlage, die Sie ja selber zu Protokoll genommen haben. Ich weiß gar nicht, warum man die Berechtigung zur Frage infrage stellt.

(Zurufe)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lassen Sie den Kollegen Paul bitte weiterfragen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Da heißt es nämlich dann - da werden Sie zitiert -:

Dann wurde ich gerufen, und dann hat er mir gesagt, während wir in meinem ehemaligen, also seinem

- sprich: Herrn Königs -

Zimmer standen: Ich bitte Sie, bis Montag das Institut, das Amt verlassen zu haben. Ich fragte ihn: Wie ist das eigentlich zu begründen? Ich habe hier durch den Vizepräsidenten ein Gastwissenschaftlerzimmer bekommen. - Denn ich war ja nicht mehr Präsident gewesen. Da sagte er: Ich brauche und werde das Ihnen nicht begründen. - Dann ist er an seinen Schreibtisch gegangen und hat sich hingesetzt. Das war für mich sozusagen der Befehl, jetzt sein Zimmer zu verlassen, was ich auch getan habe.

Erstens. Ist das in der Sache richtig, was ich hier gerade vorgelesen habe? Zweitens. Ist das der Grund, warum Sie den Kontakt zum jetzigen BFS hier nicht gesucht haben?

(Ute Vogt (SPD): Was hat das mit dem Untersuchungsauftrag zu tun?)

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich hatte ja bewusst vermieden, dies konkret anzusprechen, was ich damals machen musste, weil die Frage in diese Richtung ging

für Geologie - glaube ich, heißt es - in Niedersachsen, oder hieß es damals. Das war überhaupt nicht dadurch in irgendeiner Form beeinflusst. Insofern hat sich da nichts ergeben für uns, was, sagen wir mal, die Arbeit negativ beeinflusst hätte. Die anderen, atmosphärischen Probleme, die - muss ich Ihnen ehrlich sagen - haben mich wenig tangiert, weil ich sagte: Das ist nicht das, was wir zu leisten haben, sondern wir haben mit Maß und Zahl zu belegen, ob etwas geeignet ist oder nicht.

Also, insofern bitte ich um Entschuldigung, wenn ich darauf nicht sehr tiefeschürfend eingehe. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass das nicht das ist, was eigentlich unsere Aufgabe wäre. Wir müssen das leisten, was der Politiker braucht, um da eine Entscheidung zu treffen. Ob die gut oder nicht gut ist, ist eine ganz andere Frage. Die ist aber nicht von uns zu beantworten. Also, ich bin nicht so sicher, ob ich was Vernünftiges dazu sagen kann.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ihnen ist aber sicherlich bekannt, dass es ja in der Folge von Maßnahmen der niedersächsischen Landesregierung zu einem Streit zwischen Bund und Land kam, der ja in Schadensersatzforderungen des Bundes gegen das Land mündete. Es gab Gerichtsverfahren darüber. Das Land wurde rechtskräftig verurteilt. Es wurden Schadensersatzforderungen in zweistelliger Millionenhöhe geltend gemacht. Wenn ich das richtig sehe, waren ja diese Prozesse deshalb angestrengt worden, weil der Bund der Auffassung war, dass an dieser Stelle das Land Niedersachsen etwas nicht rechtmäßig gemacht hat. Sonst gäbe es ja keinen Grund zu klagen. Ist das so?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, das wird wohl so sein. Ich sage es noch mal: Das sind Dinge, da habe ich mich auch nicht mit beschäftigt. Nur weiß ich zum Beispiel auch nicht, warum diese doch im Millionenbereich anstehenden Verurteilungen überhaupt nicht, glaube ich, umgesetzt wurden. Da ist, glaube ich, nie Geld geflossen. Die damalige Umweltministerin in Niedersachsen ist in der Zwischenzeit auf europäischer Ebene tätig für, glaube ich, irgendwelche kulturellen Probleme. Also, ich kann wirklich nichts dazu sagen. Ich weiß nur, dass die EVU damals, die natürlich das Ganze, also unsere Tätigkeit über DBE, mittelbar oder unmittelbar

finanziert haben, immer wieder uns angesprochen haben, dass hier Geld, das sie selbst generiert haben, nicht zurückgeflossen ist durch diese Verurteilung. Aber es war, sosehr ich das auch als richtig empfinde, nicht unsere Aufgabe und auch nicht unsere Möglichkeiten, uns darum zu bemühen, dass diese ausgesprochenen Verurteilungen in Münze umgewandelt wurden.

Also, ich kann wirklich nichts dazu sagen, ~~aufser dass da natürlich von denen, die in die Tasche greifen mussten, um zu zahlen, ein Unbehagen entstanden war.~~

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich will es mal von der anderen Seite her aufziehen. Es gab ja offensichtlich auch zeitliche Verzögerungen aufgrund von Maßnahmen des Landes Niedersachsen, die dann eben zu diesen Schadensersatzforderungen geführt haben. Wenn man sich vorstellt, das wäre alles so gelaufen, wie der Bund es beantragt hatte, wie die Gerichte es ja für richtig angesehen haben: Wären wir dann in der Erkundung des Salzstocks Gorleben zeitlich schneller vorangekommen, oder hätte das im Grunde genommen keinen Unterschied auf die Erkenntnis gehabt, wie wir sie heute haben?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, hier kann ich eigentlich auch nur Vermutungen aussprechen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das wollen wir ja eigentlich nicht; keine Vermutungen.

Jetzt noch mal zur Zeugenbefragung im Allgemeinen ein ganz kurzer Hinweis: Herr Professor Kaul, Sie sind gebeten, aus Ihrer Erinnerung zu berichten. Sie sind nicht gebeten, zu vermuten, einzuschätzen, zu glauben oder - -

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich wollte eigentlich nicht quantitativ eine Vermutung aussprechen, sondern eigentlich mehr relativ. Wenn ich das darf, kann man das - ich bezeichne das mal als Vermutung - -

(Ute Vogt (SPD): Das Problem ist, er dürfte Sie gar nicht danach fragen! - Gegenruf des Abg. Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Natürlich! - Gegenruf der Abg. Ute Vogt (SPD): Nein, das ist eine Hypothese! - Gegenruf des Abg. Dietrich

Monstadt (CDU/CSU: Das war ja keine Hypothese!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte schön. Aus Ihrer Kenntnis heraus bitten wir Sie zu berichten.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, aus meiner Kenntnis heraus spreche ich folgende Vermutung aus: Das, was durch Dilatation, zeitliche Dilatation durch das Land Niedersachsen zur damaligen Zeit resultierte, ist im Vergleich zu dem Gorleben-Moratorium, was von dem damaligen Bundesumweltminister ausgesprochen wurde und mehrere Jahre eben dazu geführt hat, dass nicht weitererkundet wurde, eine, ich würde sagen, fast vernachlässigbar kleine Verzögerung gegenüber der, die durch das Moratorium entstanden ist. Das ist also meine Vermutung, und das, glaube ich, ist sicherlich auch berechtigt zu sagen; denn allein schon zeitlich gesehen ist diese Unterbrechung der Arbeit in Gorleben, die dadurch entstanden ist, weitaus größer als die Unterbrechungen durch diese Verhaltensweise im Land Niedersachsen. Denn die Zusammenarbeit mit denen, die das Problem bearbeitet haben, war dadurch nicht in irgendeiner Form eingeschränkt, sondern die wissenschaftliche Kooperation hat nach wie vor stattgefunden, obwohl eben diese politischen Verhältnisse waren. Das ist der Grund, warum ich diese Vermutung auch vertreten kann und auch ausgesprochen habe; das glaubte ich zu dürfen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. Der Kollege Pols würde dann weitermachen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Auch von mir guten Tag, Herr Professor Kaul. Ich möchte mal zu einer ganz anderen Sache kommen, und zwar zu der sicherlich auch Ihnen bekannten BGR-Salzstudie aus dem Jahre 1995. Im Jahre 95 hat ja die damalige Umweltministerin Dr. Angela Merkel der Öffentlichkeit die BGR-Studie *Endlagerung stark wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle in tiefen geologischen Formationen Deutschlands, Untersuchung und Bewertung von Salzformationen* - das ist MAT B 49, also die sogenannte BGR-Salzstudie - vorgestellt. In dieser Studie wurden Ersatzstandorte in Steinsalz benannt für den Fall, dass der Salzstock Gorleben sich bei

weiterer Erkundung als ungeeignet erweisen würde. Sie kennen diese Studie? Davon gehe ich mal aus.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich weiß von der Studie. Aber wenn ich sage, ich kenne dann müsste ich sie noch mal intensiv nachvollziehen können. Aber Sie sagen mir bestimmt, was das Entscheidende ist, wozu Sie meine Meinung hören wollen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, mich würde interessieren, wie die öffentliche Reaktion auf diese Studie war. Gab es Reaktionen aus der Öffentlichkeit? Gab es dazu Anfragen von Bürgern, von Bürgermeistern, von Landkreisen oder auch Landtags- und Bundestagsabgeordneten an das BfS oder direkt an Sie? Wenn ja, welchen Charakter hatten die?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich kann jetzt nicht sagen, dass es Anfragen gab, aber ich vermute es. Und wenn es Anfragen gab aus der Öffentlichkeit, dann sind diese Anfragen natürlich bei uns erst mal in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gelangt. Sicher ist, dass diese Anfragen sich alle auf einem gleichen oder, sagen wir mal, auf einem ähnlichen Niveau und in ähnlichen Fragen geäußert haben. Das war ja zu erwarten, und das ist eigentlich auch das, was man erwarten musste.

Die Fragen, die dazu gekommen sind, auch die, die später gekommen sind -- Es wird ja immer wieder infrage gestellt, ob das Salz überhaupt geeignet ist, und es gibt ja viele nachvollziehbare Untersuchungen zur Wechselwirkung von ionisierender Strahlung einschließlich der Emission von Neutronen und Temperaturen und Untersuchungen über das Fließverhalten von Salz, was deutlich macht, dass es keine andere kristalline Formation gibt, die vergleichbar dem Salz diese Vielzahl von zum Teil sehr positiven Eigenschaften hat. Das wird natürlich immer wieder konterkariert - zum Teil auch aus verständlichen Gründen - durch Schwachstellen, die gesucht und auch gefunden werden, Schwachstellen wie zum Beispiel die Frage nach Lösungseinschlüssen im Salz. Das würden Sie sicherlich irgendwann auch noch ansprechen, nehme ich an, nämlich in dem Zusammenhang: Sind das welche, die Zuflüsse aus dem Deckgebirge sind oder aus dem Nebengebirge oder durch Kavernen in dem Salz, oder sind das Einschlüsse in der

kristallinen Struktur? Und die Frage: Kann man aus diesen Einschlüssen und deren Analyse Schlussfolgerungen ziehen auf das Alter und die Stabilität dieses Salzstocks?

Das wird aber natürlich nicht - und kann auch vielleicht nicht - von der Öffentlichkeit als Frage an das Amt oder an diejenigen, die auf diesem Gebiet arbeiten, herangetragen werden, weil das Dinge sind, die vielleicht sehr schwer für einen Bürger als Kritik zu äußern angesetzt werden können. Es ist einfacher anzusetzen mit solch pauschalen Aussagen: Das Salz ist ungeeignet. Und es kommt dann noch dazu: Vergleicht das mal mit Asse! Das macht deutlich, dass das völlig ungeeignet ist.

Wenn solche Fragen gestellt werden, dann ist es sicherlich für jemanden, der fachlich kompetent eine Antwort geben soll, sehr viel schwieriger, als solche Pauschalaussage zu machen: Na ja, macht euch mal keine Sorgen, das ist nichts. - Also, ich will damit sagen: Da sind sicher Fragen gestellt worden. Die wurden von uns, von der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, beantwortet. Hier haben wir häufiger auch zusammengesessen und mal solche Fragen diskutiert. Wir haben uns auch bemüht natürlich, mit Journalisten zu sprechen, um die Informationen zu ver-
teilen. Aber das ist, ich würde sagen, mehr oder weniger misslungen, weil da kein großes Interesse war für solche Diskussionen.

Also, ich weiß nicht, ob das auch irgendwie hilfreich ist, um so ein komplexes Problem so zu diskutieren, um diesen Widerstand, der meistens eben mehr vom Gefühl her kommt, abzubauen. Das ist sehr schwer. Ich habe es versucht. Ich will Ihnen als Beispiel mal sagen: Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl war ich noch im Bundesgesundheitsamt, Institut für Strahlenhygiene, in dem wir die Bevölkerung eingeladen haben, um die Konsequenzen, die auch empfohlen wurden von der Strahlenschutzkommission, überzubringen auf die Bevölkerung. Das waren Unternehmen, die sind sehr enttäuschend verlaufen. Ich sage mal so ein Beispiel am Rand nur: Als an der Evangelischen Akademie in Tutzing nach dem Reaktorunfall eine Diskussion war über die Folgen für die Bevölkerung und ich eingeladen war, darüber zu sprechen, und eine Vielzahl von jungen Frauen mit ihren Kindern anwesend waren, wurde ich gleich beschimpft: Sie sind ein Mörder. Sie bringen meine Kinder um. - Damit waren natürlich schon die Voraussetzungen geschaffen in das Emotionale und

eine sachliche Diskussion sehr schwierig. Das ist eben leider so, dass da immer wieder solche Diskussionen entbrennen, die in einer Bevölkerung, die nicht informiert ist oder sich nicht informieren lassen will oder die bewusst falsch informiert wird, geführt wird.

H. W. G. G. G.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Okay, machen wir nachher da weiter! Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Damit ist das Fragerecht der CDU/CSU-Fraktion zunächst erschöpft und geht jetzt an die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank. - Herr Professor Kaul, ich möchte gleich an der angesprochenen Studie ansetzen und Sie fragen, ob Sie uns sagen können, warum man damals die zusätzlich untersuchten Standorte nicht unmittelbar mit dem Standort Gorleben verglichen hat. Es gab ja diese Studie, die eine Reihung vornahm. Warum gab es keinen Vergleich der zusätzlich untersuchten Standorte mit Gorleben?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, der Vergleich -- Sie meinen jetzt, bevor überhaupt die Erkundung begonnen wurde von Gorleben?

Ute Vogt (SPD): Nein, das wäre auch interessant; aber mir geht es im Moment um die Frage der Studie, die man - wann war es: 96? -

(Zurufe: 95!)

95 in Auftrag gegeben hatte, die eine gewisse Festlegung verschiedener alternativer Standorte -- Die wurden kategorisiert. Aber es gab keinen Vergleich zu Gorleben.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, der Vergleich ist natürlich deswegen nicht unmittelbar zu führen, weil in Gorleben eine Erkundung durchgeführt wurde mit Ergebnissen aufgrund von hydrogeologischen Untersuchungen und anderen geophysikalischen Untersuchungen, während die Standorte, die ja mal ursprünglich in Niedersachsen - es waren drei - auch zur Diskussion gestellt wurden, ja nur auf dem Papier stattgefunden hatten, also aufgrund eben des Studiums, im Wesentlichen durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, die ja die

Katalogisierung dieser Region hat, in der solche geologischen Formationen sind. Insofern ist der Vergleich natürlich sowieso praktisch nicht durchführbar, direkt nicht durchführbar. Auf der einen Seite hat man, wie gesagt, schon Erkundungsergebnisse, die eine Aussage erlauben über die Zusammensetzung des Salzstocks, über die Frage der Größe dieses Salzstocks, während man auf der anderen Seite nur Ergebnisse hat von geologischen Untersuchungen, die - aus welchen Gründen auch immer, die ich nicht weiß - durchgeführt wurden in der Region Niedersachsen.

Das ist ja das Problem, das auch diskutiert wird immer unter dem jetzigen Gesichtspunkt, indem man sagt: Wir hören mal in Gorleben auf und gehen andere mögliche Orte für die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Stoffe an und lassen Gorleben ruhen. Das ist eine Diskussion, die ja leider auch geführt wird, aber nicht so sehr fruchtbar ist. Sie haben auf der einen Seite eben die Möglichkeit, etwas zu untersuchen. Sie haben Ergebnisse und sagen: Das ist für mich ein Maßstab hinsichtlich der Qualität. - Wenn ich das aber mit anderen Regionen vergleichen will, müsste ich eigentlich das Gleiche machen, um dann die Ergebnisse gegeneinander zu stellen. Das ist natürlich etwas, was bedeutet: Was sind die Erfahrungen von Gorleben, die ich übertrage auf die Art der Erkundung in anderen Regionen, was sinnvoll wäre. Aber das bedeutet, dass ich die Erkundung, die zurzeit in Gorleben läuft oder wieder begonnen hat zu laufen, wieder anhalte und erst mal das andere sozusagen hochfahre, bis ich den gleichen Stand habe, wie ich ihn in Gorleben habe. Das hätte den Nachteil, dass man nicht weitere Erkenntnisse gewinnen kann in der Zeit, sondern zunächst mal nur bis zum Status quo kommt und dann sagt: So, jetzt gucken wir mal, ob diese anderen Standorte, die ich gleichermaßen intensiv erkunde wie Gorleben bisher, miteinander überhaupt kompatibel sind.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich gehe davon aus, dass das genau die Überlegung von 1995 war; denn die Gegenwart - -

Ute Vogt (SPD): Ja, ich hatte auch etwas anderes gefragt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Ich gehe ja davon aus. Deshalb wollte ich den Zeugen nur noch mal daran erinnern,

dass die Überlegungen von 1995 in diesem Zusammenhang von großem Interesse sind, die Überlegungen des Jahres 2011 dagegen nicht.

Ute Vogt (SPD): Es gab ja auch damals schon die Diskussion - schon von Beginn an, eigentlich schon vor Festlegung des Standortes -, dass es sinnvoll sei, verschiedene alternative Standorte zu untersuchen, um den bestmöglichen Standort - es ist ja nicht auszuschließen, dass es einen besseren geben könnte als Gorleben - zu finden. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, was damals gegen eine Untersuchung von alternativen Standorten gesprochen hat. Warum hat man sich ausschließlich auf Gorleben konzentriert? Denn eine Untersuchung von Alternativen hätte ja sicher auch die politische Situation in Gorleben etwas beruhigt. War das nie Thema?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, zunächst mal: Das, was Sie jetzt am Schluss gesagt haben, das würde ich nicht unterschreiben. Natürlich wäre es in Gorleben ruhiger geworden, aber anderenorts unruhiger; denn überall dort, wo Sie das machen wollen, was in Gorleben bisher gemacht wurde, würde es zu dem gleichen Widerstand in der Bevölkerung führen, wie der Widerstand in Gorleben entstanden ist.

Ute Vogt (SPD): War das der Grund, warum man das damals nicht gemacht hat?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein, das ist nicht der Grund. Das Entscheidende, bevor man einen Standort erkundet, ist, die Frage zu beantworten: Welche geologische Formation ist dort gegeben? Ist es zum Beispiel Granit, oder ist es Salz, oder ist es - was zum Beispiel auch möglich ist - Tuffgestein oder Ähnliches mehr? Da ist die Frage natürlich, bevor man das tut: Man vergleicht die bekannten Parameter, die die Qualität einer dieser geologischen Formationen bestimmt: also die Eigenschaften des Salzes im Vergleich zu den Eigenschaften des Granit, im Vergleich zu den anderen Eigenschaften anderer geologischer Formationen. Diese Vergleiche sind gemacht, schon seit langem gemacht, und sind also, wenn man so will, schon ein Muster für Handeln.

Ich will Ihnen ein Beispiel sagen: Die Finnen und die Schweden haben kein Salz, sondern die haben Granit als kristalline For-

*Thema
Gorleben*

nal, nicht nur bei uns, sondern international durch - ich sage mal - Empfehlungen, Empfehlungen zum Beispiel der Internationalen Atomenergiebehörde durch den Vergleich mit dem, was in anderen Ländern gemacht wird, hier in der Bundesrepublik Deutschland durch die Strahlenschutzkommission und deren Empfehlungen und der Reaktor-Sicherheitskommission. Neu dazugekommen ist in den letzten Jahren die Endlagerkommission als Teil der Reaktor-Sicherheitskommission. Das ist etwas, worüber nicht gehandelt wurde und auch gehandelt werden wird.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Das ist schon mal sehr gut. - Dann: Wie ist es mit der untätigen Erkundung von Gorleben im nordöstlichen Teil? Sollte dort -- Welche weiteren Teile sind erkundet worden? Nicht nur der Nordosten.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, das verstehe ich jetzt nicht ganz.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Sie versteht die
Frage selber nicht!)

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Doch, ich verstehe die Frage schon.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Darf ich noch mal ganz konkret wissen: Wir haben durch die nicht vorhandenen und auch nicht zu erwartenden Salzrechte --

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte ein bisschen mehr ans Mikro, Herr Professor Kaul, tut mir leid. Wir können Sie sonst nicht verstehen, und insbesondere kann die stenografische Aufzeichnung nicht erfolgen.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Wir haben durch die nicht vorhandenen und auch nicht noch später zu erwartenden Salzrechte modifizieren müssen, abgesehen von Ergebnissen der Erkundung, die uns zeigte, dass hier eine Formation ist, die ungeeignet ist und umfahren werden muss, um zu einer Region zu kommen, bei der wir weitererkunden können, nämlich weil sie aufgrund von Untersuchungen als geeignet erscheint, geologisch geeignet erscheint, für die Endlagerung, und zweitens wir die Salzrechte haben, um dort die Erkundung durchführen zu kön-

nen. Es nützt nichts, eine Formation erkannt zu haben - durch mittelbare oder unmittelbare Untersuchungen - und die Salzrechte nicht zu haben. Dann können wir es eben nicht machen, es sei denn, wir bekommen natürlich Ärger vor dem Gericht.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Danke schön.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das ist also -- Da, glaube ich, kann man nicht drüber diskutieren.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Okay, gut. Danke sehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die Linken. Bitte schön, Frau Kollegin Voß.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön, Frau Flachsbarth. - Herr Professor Kaul, ich möchte Ihnen sagen: Ich habe nur sehr wenig Redezeit und Zeit für die Befragung. Deshalb kann es sein, dass ich Sie unterbrechen möchte. Ich bitte Sie um recht kurze Antworten.

Das eine müsste ganz schnell gehen können. Sie hatten eingangs gesagt, Sie haben sich mit einem früheren Zeugen hier verständigt und auch über die Fragen unterhalten, die hier Gegenstand sind. Könnten Sie den Namen sagen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein, also ich muss sagen: So, wie Sie es eben formuliert haben, ist es nicht richtig. Ich habe ein Gespräch geführt mit einem Kollegen, einem früheren Mitarbeiter, und mich mal erkundigt: Was läuft denn eigentlich da so?

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut, bitte nur den Namen, mehr nicht. Welcher Mitarbeiter war das?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Den Namen möchte ich jetzt nicht nennen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Bitte, aber -- Entschuldigung, Frau Flachsbarth, er möchte den Namen nicht nennen. Ich habe aber gefragt.

(Heiterkeit - Zuruf: Er hat ihn vergessen! Das ist doch einfach! Er weiß ihn nicht mehr!)

Ist das zulässig, dass er hier die Aussage verweigert, wenn ich nach dem Frage, wie er sich vorbereitet hat?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Voß, würden Sie mal weiterfragen? Wir prüfen das gerade.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. Das fängt ja gut an. - Dann noch eine weitere Frage. Es gab in den Jahren 96/97 im Bundesamt für Strahlenschutz umfassende Umorganisationen. Die hatten zur Folge, dass der Fachbereich ET aufgeteilt wurde auf zwei Personen: Fachbereichsleiter E Dr. Thomauske und Fachbereichsleiter S Professor Röthemeyer. Wer hat den Anstoß gegeben für diese Umorganisation?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich.

Johanna Voß (DIE LINKE): Sie waren das.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Kurze Antwort.

Johanna Voß (DIE LINKE): Warum? Weshalb hielten Sie das für notwendig?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Der Grund war der, dass ich klar trennen wollte den mehr geologisch-wissenschaftlichen Teil von dem technischen Teil der Erkundung, und zwar: Das eine ist sozusagen eine bergmännische Umsetzung der Methoden, in der man Auffahrungen macht und die Voraussetzungen erbringt für die Untersuchung der Eigenschaften dessen, was man untersucht, und das andere ist der Bereich, wo man die wissenschaftlichen Ergebnisse durchführt oder durchführen lässt bzw. begleitet. Also zum Beispiel die Kommunikation mit einem Kollegen von der Technischen Universität Clausthal-Zellerfeld, Professor Herrmann, der die Untersuchung durchgeführt hat über die sogenannten Fluid Inclusions, das heißt, in den Kristallen, die das Alter f-

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, das weiß ich alles. Die fachliche Qualifikation besonders von Herrn Thomauske, wie schätzen

Sie die ein? Was waren seine besonderen Fähigkeiten?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Herr Thomauske ist Physiker, gleichermaßen wie Herr Röthemeyer. Er kommt mehr aus der technischen Richtung. Er hat das - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Aber bergmännische Fähigkeiten?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Darf ich das noch zu Ende führen?

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, gerne.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Er ist derjenige, der zum Beispiel auch die Anhörung zu Konrad geleitet hat.

Johanna Voß (DIE LINKE): Anhörung?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das ist Ihnen wohl nicht bekannt, aber ich sage es ja deswegen. Und zwar jemand, der eine besondere Erfahrung aufgrund auch seiner Tätigkeit früher in der Organisation von Projekten hatte, also das Projektmanagement, würde ich das mal so vielleicht überschreiben. Das ist eine Aufgabe, die klar zu trennen ist von dem wissenschaftlichen Teil der Fragestellung, für die ausgewiesenermaßen Herr Röthemeyer die Voraussetzung erbracht hat aufgrund seiner Tätigkeit früher in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt für den Bereich der Sicherheit der Endlagerung.

Weil diese Durchmischung des Projektmanagements und der wissenschaftlichen Tätigkeit bedeutet, dass hier in beiden Bereichen sicher nicht mit dem gleichen Wirkungsgrad gearbeitet werden kann, auch was die Mitarbeiter anbetrifft, habe ich eine klare Trennung der beiden Bereiche gemacht, organisatorisch mit der Maßgabe der Zusammenarbeit unter einem Dach sozusagen, nämlich dem Dach des Fachbereichs.

Johanna Voß (DIE LINKE): Da ist aber eine Unklarheit. Warum haben Sie dann Dr. Thomauske ein Direktionsrecht verliehen, auch gegenüber Mitarbeitern aus anderen Fachabteilungen? Da geht ja dann was durcheinander.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein, da geht es nicht auseinander, sondern das Direktionsrecht hat eben die Organisation, das Management betroffen, zum Beispiel auch mit der DBE. Wir haben regelmäßige Gespräche mit der DBE geführt - da war ich immer dabei gewesen -, aber auch mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Da will ich Ihnen genau an dem Beispiel mal zeigen, wie das organisatorisch gemacht wurde. Bei den Gesprächen mit der DBE war Herr Röthemeyer von dem wissenschaftlichen Zweig beteiligt - die Vorbereitung dazu hat Herr Thomauske getroffen -, und ich war dabei. Bei den Gesprächen mit der BGR, mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, war der Präsident der BGR dabei, ich selbst, Herr Röthemeyer und Herr Thomauske, weil man natürlich eine Verzahnung haben muss zwischen dem Projektmanagement und dem Wissenschaftlichen. Was wissenschaftlich notwendig ist zu tun, muss ja in dem Projekt umgesetzt werden in die Durchführungsphase.

Das ist eine ganz logische und klare Einteilung gewesen, die natürlich von den Mitarbeitern, bis es umgesetzt war, nicht immer so gern gesehen worden war. Ich hatte häufig Überzeugungsarbeit leisten müssen mit den beiden Verantwortlichen, um dieses zu realisieren und häufig auch zu harmonisieren.

Aber das ist doch jetzt eine Angelegenheit - entschuldigen Sie, wenn ich das mal sage -, die also mit dem Projekt Gorleben eigentlich nur von organisatorischer und wissenschaftlicher Seite zu tun hat. Das hat funktioniert, sage ich jetzt mal einfach.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das sehen wir, ja. Aber ich frage mich dann aber auch, warum -- Sie haben ja im Asse-Untersuchungsausschuss auch gesagt, dass Sie die Hand über jeden von Ihren Mitarbeitern, weil Sie im Haus wirklich wissenschaftlich saubere und qualitativ gute Mitarbeiter hatten -- Dazu gehörte sicherlich dann auch Herr Röthemeyer. Der wurde aber gar nicht gefragt bei dieser Umbesetzung, bei dieser Entscheidung. Er hat sich ja sogar beschwert. Zusammenfassend lässt sich sagen: Er hat gesagt, zugunsten des schnelleren und kostengünstigeren Vorantreibens des Endlagerprojekts wurde die Sicherheit in Gorleben vernachlässigt. In dieser Richtung hat sich Professor Röthemeyer im Dezember 2011 auch hier vor dem Ausschuss geäußert.

Ich möchte Ihnen da noch kurz vortragen, was er gesagt hat. Das ist MAT B 45/1, die Seite 109. Er hat sich beschwert am 06.12.96 und geschrieben, es sei zu einer Überbewertung des Projektmanagements bei Errichtung und Betrieb von Endlagern gekommen. Wörtlich:

Die nur begrenzten Einflußmöglichkeiten des Projektmanagements auf BfS-Ebene bei einer im politischen Spannungsfeld liegenden Aufgabe und die organisatorischen Voraussetzungen zur Durchsetzung des Primats der Sicherheit werden nicht analysiert. Da der Betreiber auch nach internationalen Sicherheitsstandards, der nuklearen Sicherheitskonvention und dem Entwurf der nuklearen Entsorgungskonvention primär für die Sicherheit verantwortlich ist, ist das besonders bemerkenswert.

Also, hier wurde gepuscht. Was sagen Sie dann dazu, dass da die Sicherheit auf der Strecke blieb?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, diese Behauptung, dass die Sicherheit auf der Strecke blieb, hat Herr Röthemeyer in dieser Form sicher nicht getan. Das mag jetzt Ihre Interpretation dessen sein, was Sie da vorgetragen haben oder Herr Röthemeyer hier gesagt hat. Dass Herr Röthemeyer natürlich nicht sehr glücklich war, dass in diesem Verantwortungsbereich, der in der PTB und der SE damals eine Einheit war, nach mehreren Jahren meiner Präsidentschaft im Bundesamt für Strahlenschutz aus der Beobachtung heraus, klar eine Trennung sein muss zwischen Projektmanagement und der wissenschaftlichen Aufgabe in dem Projekt, dass das nicht seine Freude gefunden hat, das weiß ich. Aber ich habe, was auch Pflicht war und auch nach dem Beamtenrecht notwendig, diese von meiner Meinung abweichende Meinung von Röthemeyer an den BMU weitergegeben. Das muss er Ihnen ja auch wohl erzählt haben, oder das haben Sie vielleicht auch als Dokument dabei; das weiß ich nicht. Auf alle Fälle: Der BMU war einbezogen gewesen und hat gleichermaßen die Meinung von Herrn Röthemeyer zu diesem Problem erhalten. Da stand nie zur Diskussion, dass dadurch die Sicherheit in irgendeiner Form eingeschränkt ist.

Es ist eine organisatorische Frage - ich sage es noch mal -, nämlich das Projektma-

wollen wir nicht führen. Daran habe ich keinen Zweifel. Nur ich muss rechtlich begründen, warum ich Sie tatsächlich bitte - nachdrücklich -, die Frage zu beantworten. Das kann ich nicht einfach so machen, weil wir beide uns hier gegenüber sitzen, sondern wir machen das im Rahmen der Strafprozessordnung und im Rahmen des Untersuchungsausschussgesetzes. Darauf muss ich mich zurückziehen. Deshalb habe ich die hierzu einschlägigen Paragraphen zitiert. Nur aus diesem Grund.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Jetzt muss ich doch noch mal darauf reagieren. Entschuldigung, das Recht habe ich ja auch.

Sie haben in dem ersten Teil Ihrer Ausführungen nämlich den Punkt angesprochen: den Wahrheitsgehalt von dem, was ich hier sage. Das hat mit dem Zweiten, dass ich zunächst mal gesagt habe, ich möchte diesen Namen, von dem die Informationen stammen, nicht nennen, absolut nichts zu tun. Deswegen habe ich so darauf reagiert und habe gesagt, ich musste das so interpretieren, als hätten Sie Zweifel an dem Wahrheitsgehalt dessen, was ich hier gesagt habe. Und das muss ich - Entschuldigung, wenn ich das sage - für mich zurückweisen. Das, was ich hier sage, ist die Wahrheit, wie ich sie in Erinnerung habe bzw. wie ich sie auch belegen kann.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Kaul, ich habe in keiner -- Wir müssen das wirklich klarmachen, weil ich Ihnen -- Ich habe überhaupt keinen Anlass, zu glauben, dass Sie nicht die Wahrheit sagen würden.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Deswegen habe ich --

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich habe nur im Rahmen der Begründung, warum ich Sie das eigentlich fragen darf, was ich hier frage, darauf hingewiesen, dass ich im Rahmen des § 57 der Strafprozessordnung gehalten bin, Sie zu verpflichten, die Wahrheit zu sagen, und das habe ich in folgender Formulierung gemacht: Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Sie dürfen also nichts weglassen, was zur Sache gehört. Was zur Sache gehört, darüber könnten wir uns jetzt tatsächlich noch streiten, und das habe ich beantwortet mit Hinweis auf § 25 des Untersuchungsausschussgesetzes, wo es nämlich der Vorsitzenden vorbehalten ist, zu entscheiden, was zur Sache gehört. Wenn es dagegen Einwände gibt, so müsste sie der Ausschuss äußern oder es müsste sie die Bundesregierung äußern.

Beide - weder der Ausschuss noch die Bundesregierung - ziehen bislang in Zweifel, dass meine Entscheidung, was zur Sache gehört, das betrifft, wonach die Kollegin Voß Sie gefragt hat, und deshalb bitte ich Sie aufgrund dieser rechtlichen Grundlage, die Frage der Frau Kollegin Voß zu beantworten.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Danke schön für den Hinweis. - Ich habe hier zwei Kopien von Schreiben von meinen ehemaligen Mitarbeitern des Bundesamts für Strahlenschutz, die vom 20.09.2009 bzw. 16.09.2009 stammen, die Antwortschreiben sind auf die Frage der derzeitigen Vizepräsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz hinsichtlich des zusammenfassenden Zwischenberichts der PTB von 1983 zu den Erkundungsergebnissen in Gorleben. Das ist die Information, die ich habe, die eigentlich zunächst einmal gar nichts mit Gorleben zu tun hat, sondern mit der Frage: Wird oder wurde Einfluss genommen von anderen nicht nur aus dem Ministerium oder anderen, die in diesem Kontext tätig sind, auf die Entscheidungsfindung des Bundesamtes für Strahlenschutz bzw. in dem Fall nicht des Bundesamtes für Strahlenschutz, sondern der Abteilung Sicherstellung und Endlagerung der PTB? Denn das war 1993.

(Johanna Voß (DIE LINKE): Welcher Name?)

- Ob Sie mich vielleicht mal bitte dies ausführen lassen, weil ich nämlich eben unsicher bin, was ich tun kann mit etwas, was mir gegeben worden war zur Kenntnis und was eigentlich überhaupt nichts mit mir zu tun hat, weil es in der Zeit ~~ist~~, wo ich noch in München das Institut für Strahlenhygiene geleitet habe, wo ich aber dieses Beispiel gebracht habe, einfach um deutlich zu machen --

(Johanna Voß (DIE LINKE): Ich habe nicht nach den Papieren gefragt, sondern nach dem Namen

1983

1. Mal

ren mussten, weil er aus der Zusammensetzung der Salzformation nicht geeignet ist als Ort für die Einlagerung radioaktiver Abfälle -- dass wir dann einen Teil nur durchörtern können für die Erkundung, der uns klare Aussagen macht über die Sicherheit der Endlagerung in dieser Salzformation, der aber gleichzeitig natürlich uns nicht bedeutet, dass wir jetzt das Untersuchungsprojekt abbrechen müssen, bis wir vielleicht diese Salzrechte bekommen, bzw. abbrechen, indem wir sagen, wir umfahren nicht den Bereich, und das ist --

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das ist ja ein verändertes Konzept. Also, Sie haben vorhin gesagt, Sie haben das adaptiert an die Wirklichkeit, -

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Habe ich ja anfänglich gesagt, richtig.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - an die Realität haben Sie gesagt, ja. Ich würde sagen, manchmal ist die Adaption an die Wirklichkeit auch eine Veränderung. Wenn nämlich das, was man vorher geplant hatte, zur Wirklichkeit nicht passt, dann muss man das zwangsläufig verändern.

Aber Fakt ist doch, dass Herr Wosnik die Aussagen, dass dieses Konzept, diese Veränderung oder Adaption an die Realität die Sicherheit nicht beeinträchtigt und dass überdies die Erkundung des nordöstlichen Teils, was ja auch eine deutliche Aussage von Herrn Thomauske war, auch zulassen würde, den südwestlichen Teil, die grundsätzliche Eignung zu beurteilen, dass Herr Wosnik das beides sich nicht zu eigen gemacht hat - was heißt „sich zu eigen“? -, sondern heftigst widersprochen hat, auch dem BMU gegenüber, und der ja die fachliche Person war.

Ich frage mich jetzt, wie das zusammenpasst, wenn Sie sagen: „Meine Verantwortung fußt auf dem, was die fachlich Kompetenten vorgetragen haben“, Sie mir hier bestätigen, dass die bergbaufachliche Person Herr Wosnik die Kompetenz in diesen Fragen hatte, und Sie aber trotzdem ignoriert hatten, was Herr Wosnik an Kritik an diesem Konzept hatte.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, jetzt muss ich Ihnen mal was über die Struktur einer Organisation sagen, ob es Bundesamt für Strahlenschutz ist oder Bundesan-

stalt für Geowissenschaften und Rohstoffe oder sonst irgendeine wissenschaftliche Oberbehörde. Dort gibt es verschiedene verantwortliche Bereiche. Die Gesamtverantwortung oder die endgültige Verantwortung hat nun mal der Präsident. Der ist aber gehalten, wenn es abweichende Meinungen gibt, diese nach Beamtengesetz, Paragraph XY, weiterzureichen an die ihm vorgeetzte Dienstbehörde, also in dem Fall BMU.

Ich möchte von Ihnen jetzt wissen, wie Herr Wosnik seinen Einspruch formuliert hat, ob er zur Sicherheit, und zwar zur Sicherheit technischer Art oder zur Sicherheit der Endlagerung, eine Aussage gemacht. Den Begriff „Sicherheit“ hier zu sagen, wenn er von ihm verwendet wurde, der wäre nicht ausreichend für mich in dem Fall. Das heißt, ich betrachte zunächst einmal zwei Formen der Sicherheit: einmal derer, die erkunden - die muss gewährleistet sein -, und die Sicherheit für dieses Bergwerk, wenn es mal ein Endlager für radioaktive Abfälle wird. Und da muss man wohl unterscheiden. Bei dem einen ist die Sicherheit, die sozusagen erst mal organisatorisch in den Bereich von Herrn Thomauske gehörte.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ihr mal ein bisschen ruhiger werdet.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, Entschuldigung, aber das muss ich ja mal wohl sagen dürfen jetzt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das betraf meine Nachbarin, weil es hier so laut wurde, dass ich Sie nicht mehr verstanden habe.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich wiederhole mich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Rein formal ist Ihre Fragezeit jetzt abgeschlossen. Herr Professor Kaul hat eine Antwort gegeben, die mehr Fragen aufwirft, als sie -- Sie sind noch nicht fertig?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Eigentlich wollte ich noch was sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Entschuldigung. Bitte schön.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Uneigentlich --

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Doch, uneigentlich dann bitte auch. Uneigentlich bitte ich um Entschuldigung, dass ich Sie unterbrochen habe.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich möchte es noch mal sagen: Es sind zwei Aspekte Sicherheit. Ich sage es noch mal.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe es verstanden.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, Entschuldigung, aber es scheint ja doch wohl -- Ich möchte von Ihnen jetzt mal hören, welche Sicherheit Herr Wosnik angesprochen hat. Das möchte ich gerne wissen. Hat er gesagt: „Es geht darum, dass dieser Bereich, wenn wir uns konzentrieren auf den Nordosten, dass wir dann nichts über die Sicherheit der Einlagerung von radioaktiven Abfällen, wärmeentwickelnden Abfällen durchführen oder geben können“, oder ist es die bergtechnische Sicherheit, wenn wir nur dahin erkunden? Das möchte ich jetzt gerne wissen, wozu sich Herr Wosnik geäußert hat.

Das andere, muss ich Ihnen ehrlich sagen, nutzt mir gar nichts in der Diskussion. Das ist für mich, ja, ein Reden über etwas, was überhaupt nicht präzisiert ist. Da bitte ich jetzt mal darum, von Ihnen zu wissen, was Herr Wosnik gesagt hat, wozu er Stellung genommen hat.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das mache ich gerne in der nächsten Runde. Meine Redezeit ist leider vorbei.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, das --

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das schmerzt mich mehr als Sie wahrscheinlich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist tatsächlich so.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, aber trotzdem. Entschuldigung, das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Kaul, überhaupt gar keine Frage. Nur, die Formalien dieses Ausschusses bedingen halt, dass es keine Zwiesprache geben kann, sondern dass es hier nach gewissen Formen abläuft. Die zu wahren, das liegt in meiner Hand.

Es ist nun so, dass wir das Ende der ersten Berliner Runde erreicht haben und Ihnen selbstverständlich noch weitere Runden zur Verfügung stehen. Wir haben aber vereinbart miteinander, dass wir immer so nach zwei Stunden eine kurze Pause machen, auch dem Alter unserer Zeugen angemessen.

Wir, Ausschuss, haben eine Pause gehabt. Herr Professor Kaul hat keine Pause gehabt, weil er ein intensives Gespräch hatte.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich brauche keine.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie brauchen keine Pause?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Auch keine kurze?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich habe das in der niedersächsischen Anhörung fünf Stunden in einem gemacht. Sie müssen mir glauben, dass ich hier nicht umfalle, sondern ich möchte, dass wir jetzt die Zeit nutzen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Ich glaube gerne, dass Sie das nicht tun, nur, wenn Sie eine kleine Pause brauchen sollten, dann würden Sie mir einen kurzen Hinweis geben, bitte schön. - Damit ist das Fragerecht jetzt zunächst bei der Unionsfraktion. Bitte schön.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Kaul, ich möchte gerne bei dem Schreiben weitermachen, das die Kollegin Kotting-Uhl zitiert hat. Erste Frage: Liegt Ihnen das Schreiben vor? Das ist ja Ihr Schreiben vom 7. Januar 97 an die Bundeskanzlerin.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): An die heutige Bundeskanzlerin. - Dann würde ich gerade mal bitten, Ihnen das vorzulegen, weil es natürlich immer etwas einfacher ist, wenn man die entsprechende Unterlage vor Augen hat, über die da gesprochen wird. Von daher wird Ihnen unser Mitarbeiter dieses Schreiben aushändigen. Wenn ich Sie bitten dürfte, die erste und die zweite Seite bis zum Punkt „b) Konrad“ durchzulesen, weil ich genau zu diesem Komplex dann eine Frage stellen möchte.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge liest in den Unterlagen)

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich habe gelesen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank. - Aus diesem besagten Schreiben hatte ja Frau Kotting-Uhl schon zitiert, ich sage mal, zwei Absätze. Die Absätze, die dazwischen stehen, hat sie ja übersprungen. Auf die würde ich aber gerne mal zu sprechen kommen; denn es handelt sich ja bei der Frage, ob man die Erkundung

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat ja auch mehr Redezeit!)

so gestaltet, dass man zuerst im Nordosten und dann im Südwesten erkundet, um eine aus der Sachlage begründete Vorgehensweise, nämlich - und das ist in den besagten Absätzen, die hier nicht angesprochen wurden, nämlich erster Absatz auf Seite 2 oben, wo es um den Rückgang der radioaktiven Abfälle geht -

Ich habe dieses Schreiben von Ihnen so verstanden - insbesondere hier den ersten und zweiten Absatz -, dass, weil es weniger radioaktive Abfälle gibt als ursprünglich angenommen, was natürlich mit der Veränderung auch des Konzepts der Versorgung Deutschlands mit Strom aus Kernenergie zusammenhängt - Helmut Schmidt wollte ja so 70 Kernkraftwerke bauen -, man daraus geschlossen hat, dass man mit einem geringeren Umfang Endlagervolumen auskommen könnte, und dieses Volumen könnte unter günstigen Voraussetzungen bereits im Nordosten gegeben sein. Und unter dieser Voraussetzung wäre es eine Lösung, die um 365 Millionen DM günstiger ist im Vergleich

zu einer parallelen Erkundung des Nordostens und Südwestens.

Frage: Habe ich das so richtig verstanden, was Sie damals aufgeschrieben haben, oder wie ist es richtig zu verstehen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, zunächst mal zu dem ersten Absatz der Begründung, dass die Menge oder die Radioaktivität an hochradioaktivem Abfall mehr als um den Faktor 2 gegenüber den Planungsdaten zurückgegangen ist. Das hat verschiedene Ursachen, natürlich auch Ursachen von der Konditionierung, das heißt der Wiederaufarbeitung der Brennelemente und der Konditionierung, sodass diese ursprünglichen Daten, die einmal erhoben wurden für das notwendige Volumen an einzulagerndem hochradioaktivem Abfall, tatsächlich deutlich zurückgegangen sind, also um diesen Faktor 2. Das ist natürlich hier im Detail nicht aufgeführt, was die Ursachen sind, sondern nur das Faktum, was damals allen, die auf diesem Sektor tätig waren, bekannt war und was auch als Zahl, als Faktor der Reduzierung hier steht und auch berechtigt ist hinzuschreiben.

Insofern ist das völlig richtig. Es ist also so, dass eben das Volumen geringer ist, und damit ist auch die Notwendigkeit, ein größeres Volumen für die Einlagerung vorzuhalten, berechtigt. Das kostet natürlich weniger Geld; das ist das, was im zweiten Absatz ist. Es gibt Kosteneinsparungen, erstens weil keine Erkundung in dem Bereich gemacht werden muss bzw. auch gemacht werden kann, weil zum Teil Salzrechte nicht vorhanden sind. Zum Teil wären die Kosten niedriger gewesen, hätten wir die anderen für die Endlagerung qualifizierten Bereiche direkt erreichen können. Aber es musste eine Umgehung vorgesehen werden, die natürlich mehr Erkundungsaufwand, nicht Erkundungsaufwand, mehr Aufwand für die Auffahrung der Räumlichkeiten bedingt hat, sodass der Betrag von 365 Millionen höher ist, als er wäre, wenn man direkt hätte in den anderen Bereich gehen können durch die Region, die ungeeignet ist für die Aufnahme der Abfälle. Es ist völlig korrekt, was hier in den beiden Absätzen steht.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich komme jetzt mal auf den Zwischenbericht, den Bündnis 90/Die Grünen im Januar letzten Jahres herausgegeben hat zu den Arbeiten des Untersuchungsausschusses bis zu die-

Hdun

Für ein
mehr
Fist

Für ein-
lagungs-
orte,
sonder

Falsch
durch
Salz-
rechte
höher
durch-
örter
höher
können

präsident des Landes Niedersachsen,
Gerhard Schröder, gemeint.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, zunächst einmal passt diese Aussage von Herrn Schröder nicht in das, was vor allem von der SPD, aber auch den Grünen immer wieder propagiert wurde, nämlich dass der Abfall, der in unserem Land entsteht, auch in unserem Land entsorgt werden muss und dass es nicht zulässig sein kann, dass Abfälle aus unserer Kernenergie ins Ausland, in welcher Form auch immer, vergeben werden. Ich will jetzt gar nicht sagen „verschoben“ oder „verkauft“ oder was auch immer, sondern vergeben werden. Das ist völlig konträr zu dem, was immer gesagt wurde, und auch konträr zu dem, was gesagt wurde zum Beispiel von der Reaktor-Sicherheitskommission und der Strahlenschutzkommission. Es ist nicht so, dass wir nicht in der Lage wären, auch im eigenen Land diese radioaktiven Abfälle sicher zu beherrschen und so endzulagern, dass spätere Generationen keiner Strahlenexposition ausgesetzt sind, die über die Schwankungsbreite der jährlichen natürlichen Strahlenexposition, der wir alle ausgesetzt sind, hinausgeht.

Das war das ganz klare Konzept derer, die ich genannt habe, ~~Politische~~, die ich genannt hatte. Offensichtlich hat das Herrn Schröder momentan vielleicht nicht so gerade in den Kram einer Argumentationskette gepasst. Das weiß ich aber nicht. Und es war aber nicht und vor allem nicht das Konzept derer, die auf diesem Sektor gearbeitet haben oder arbeiten, und schon gar nicht am Bundesamt für Strahlenschutz, weil wir ja letztlich als Aufgabe hatten, dafür Sorge zu tragen, dass diese Abfälle - welche auch immer, ob schwach-, mittel- oder hochradioaktiv - sicher entsorgt werden müssen. Eine ganz klare Aussage von uns, aber auch politisch von denen, zu denen derjenige, der die Aussage gemacht hat, gehört oder gehörte.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Also, ich habe Sie dann so richtig verstanden: Auf eine vernünftige fachliche Expertise aus Ihrem damaligen Haus konnte er sich mit einer solchen Aussage nicht stützen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein. Die gab es nicht, und die gibt es sicher auch heute nicht. Aber das kann ich nicht beurteilen. Aber sie gab es nie.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Damals gab es sie jedenfalls nicht?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Damals gab es sie nicht, und ich hoffe, sie gibt es heute auch nicht.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut, okay. - Dann darf ich einen weiteren Artikel aus der *Frankfurter Allgemeinen* vom 16. Januar 97 ansprechen. Auch hier fürs Protokoll: MAT A 218, Band 8, Blatt 175. Ich zitiere:

Von einem Endlager in Süddeutschland, wie es etwa der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) fordert, hält Heraeus nichts.

Wie war damals die Haltung des BfS zur Forderung von Ministerpräsident Schröder? Wie hat das BfS diese Forderung eingeschätzt?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich kann Ihnen nicht sagen, wie das BfS diese Forderung eingeschätzt hat. Ich könnte eigentlich jetzt nur sagen ~~Also, ich kann pur sagen~~, wie ich sie eingeschätzt habe, natürlich. Aber natürlich habe ich auch mit Mitarbeitern gesprochen. Aber ich muss Ihnen ehrlich sagen: Solche Äußerungen waren uns in unserer Arbeit nicht wert, lange darüber nachzudenken, weil wir eigentlich andere Aufgaben hatten, nämlich dafür Sorge zu tragen, dass das Problem der Endlagerung bei uns geklärt wird. Ich muss Ihnen sagen: Ich hätte mich und werde mich auch jetzt nicht sehr mit dieser Thematik beschäftigen. Das ist irrelevant.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich meine, auch wenn Sie das ehrt, dass Sie darüber nicht nachdenken wollten, aber warum haben Sie nicht darüber nachgedacht? War das fachlich so unfundiert, dass man darüber nicht nachdenken konnte, oder lag da keine Expertise, wie auch immer geartet, hinter? Haben Sie die Überlegung, die in die Richtung geht, gar nicht angestellt aus wissenschaftlichen Erkenntnissen heraus, oder warum sagen Sie, da haben Sie sich nicht lange mit beschäftigt?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nun, wir haben einen ganz hoch oder sauber definierten und auch auf internationaler Basis

beruhenden Kriterienkatalog für die Anforderungen an die Endlager für radioaktive Abfälle, seien es schwach-, mittel- oder hochradioaktive Abfälle. Das ist das Leitmotiv für die Auswahl von Regionen ~~oder -~~

(Zuruf: Tür zu!) -

Das ist das Leitmotiv, unter dem bei uns wissenschaftlich diskutiert wurde und - ich gehe davon aus - heute auch noch diskutiert wird. Und wenn man einmal diesen Katalog sich anschaut, und ich könnte Ihnen, wenn Sie das diskutieren wollen, einmal vorlesen, welches die Kriterien sind: Mensch und sozusagen das Wechselspiel zwischen Abfall und der Abfallbeseitigung und dem Menschen, der davon betroffen sein kann. Wenn man das einmal anschaut, diesen klaren, auch international abgestimmten Katalog für die Voraussetzungen für ein Endlager, dann fällt automatisch ein Teil dessen schon heraus, was irgendwo in dieser Republik an Möglichkeiten besteht oder geglaubt wird zu bestehen, sodass also diese Frage in der Form so schlichtweg zu diskutieren etwas absurd ist. Entschuldigung, wenn ich das mal so sage.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Danke sehr, das reicht mir so weit. - Ich darf jetzt an meinen Kollegen Paul weitergeben.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, ich möchte noch mal auf das Schreiben, das ich Ihnen ausgehändigt habe - - Das war ja Ihr Schreiben an den damaligen Umweltminister.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Darf ich mal eben, Herr Paul, nur erklären: Die Union hat noch sechs Minuten, sechseinhalb Minuten. Das kriegen wir hin. Wir können eben noch das Kontingent der Union zu Ende machen, und dann machen wir einen Break. Genau. - Bitte schön.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich möchte auf das Schreiben, was ich Ihnen habe vorlegen lassen, zurückkommen. Da steht ja eingangs im ersten Absatz, dass das ja nicht nur die Auffassung von Ihnen - sprich: des BfS - sei, sondern auch der DBE und der BGR. Am Ende des Schreibens wird auch auf diese Tatsache noch mal hingewiesen, dass eben BfS, BGR und DBE gemeinschaftlich der Auffassung sind, dieses Konzept dann entsprechend abzuändern.

Wie habe ich mir das vorzustellen? Heißt das, dass die drei Institutionen DBE, BfS, BGR übereingekommen sind, das ist also die gemeinschaftliche Grundlage, und, wenn ja, können Sie sich daran erinnern, wie dieser Abstimmungsprozess lief? Waren Sie selber da beteiligt? War das auf Präsidiumsebene, oder wie wurde das damals abgestimmt?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich hatte den Punkt ja heute schon mal angesprochen. Ich will ihn noch mal präzisieren: Diese drei Institutionen haben so zusammengearbeitet, dass in regelmäßigen Abständen - einmal im Monat mit der BGR und dreiwöchentlich mit der DBE und dem Bundesamt für Strahlenschutz - Gespräche stattgefunden haben, an denen folgende Personen teilgenommen haben: vom Bundesamt für Strahlenschutz - außer mir selbst natürlich - Herr Röthemeyer, Herr Thomauske und der Vizepräsident, Herr Rösel, von der BGR der damalige Präsident - jetzt habe ich einen Blackout für den Namen, ich bitte um Entschuldigung - Kürsten, Professor Kürsten, dann der Abteilungsleiter für die geologischen und geowissenschaftlichen Untersuchungen, dessen Namen ich jetzt momentan nicht erinnere, und - abhängig von der Frage, ob es mehr ein technisches Problem ist oder nicht - jemand von dem Bereich der BGR. Das war alle drei oder alle vier Wochen, je nachdem. Und ~~in~~ der DBE ~~haben~~ ein Gespräch stattgefunden, da waren dran beteiligt: ich selbst natürlich, Röthemeyer, Thomauske, Rösel und die drei Geschäftsführer der DBE, Herr Lempert, Herr Krug und Herr Florl. Das waren also die für die einzelnen Bereiche Verantwortlichen. Hinzugezogen wurden vor allem im Gespräch mit der DBE die Abteilungsleiter, die für den jeweiligen angesprochenen, auf dem Programm stehenden technischen Bereich zuständig waren.

In jeder Sitzung wurden die Themen genannt, die in der nächstfolgenden Sitzung besprochen werden sollten, und zwar die von der DBE bzw. BGR genannten und bei mir eingelaufenen Programmpunkte, und ich habe mit den beiden - Thomauske und Röthemeyer und dem Vizepräsidenten - regelmäßig auf der Basis der Programmvorschläge für die Besprechung ein Gespräch geführt: Was kommt aus unserem Haus dazu an jeweiligen Gedanken für die einzelnen Partner? - So lief das, und die Abstände waren allgemein drei Wochen, manchmal vier

(mit
der
BGR)

mit
BGR

Wochen, also so etwa in diesem Teil. Es wurden immer, und zwar ad hoc, diejenigen hinzugezogen von den einzelnen Institutionen, die zu einem Themenkomplex etwas sagen sollten.

Die Orte der Besprechungen waren: Bundesamt für Strahlenschutz, wechselweise Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und die DBE in Peine.

So also jetzt sehr detailliert, wie das stattgefunden hat - zu meiner Zeit. Ob das so jetzt noch stattfindet, dazu kann ich nichts sagen. Das weiß ich nicht.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank, weil mich interessiert natürlich insbesondere, ob dieser besagte Brief an die damalige Umweltministerin fachlich dann eben von diesen Institutionen, die ja im Grunde genommen den Sachverstand in Sachen Endlagerung da repräsentieren, inhaltlich so mitgetragen wurden. Ich entnehme dem Vorgehen, das Sie geschildert haben, dass die drei Institutionen hinter diesem Brief, den Sie geschrieben haben, dann auch fachlich-inhaltlich gestanden haben.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, bei solchen Aussagen, die diese Bedeutung hatten, wurde ein solcher Brief der jeweiligen Institution zur Kenntnis gegeben. Das ist ein sogenannter P-Brief, wie es heißt. Es musste also der Präsident unterschreiben. Das war nicht in jedem Brief so, aber sozusagen von der Bedeutung der Konsequenzen war es dann ein sogenannter P-Brief, der vorher, weil alle drei Institutionen betroffen waren, den anderen zur Kenntnis gegeben wurde, und dies, nachdem es abgesprochen war, ist dann an den Adressaten gegangen. Nicht jeder Brief natürlich, aber eben solche, die von besonderer Bedeutung waren.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt, wenn ich jetzt nur mal auf Ihr Haus, also das BfS, noch mal zu sprechen komme: Auch das BfS in Gänze hat dann hinter diesem Vorschlag gestanden?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das muss nicht sein. Wenn es so wäre, dass zum Beispiel Herr Röthemeyer, der ja hier zitiert wurde, das nicht mittragen wollte, was zum Beispiel die Organisationsform anbetraf, die übrigens nicht mit der BGR vorher abgesprochen wurde, sondern die Konsequenzen wurden den beiden Institutionen mitgeteilt,

weil das eine Inner-BfS-Angelegenheit war, wie das zu organisieren ist - wenn hier jemand unmittelbar betroffen war wie in dem Fall der Organisation - nicht dieses Briefes; dazu kann ich jetzt nicht sagen, ob da irgendwo jemand gesagt hat: den trage ich nicht mit -, dann musste ich und habe ich, auch wenn es nicht sozusagen eine Auflage war, die durch das Beamtengesetz - wie auch immer das heißt - gegeben war, weitergereicht an die mir dienstvorgesetzte Behörde, also den BMU, damit dort bekannt ist, dass hier eine abweichende Meinung ist von einem Führungsmitglied in der Institution.

Das zum Beispiel, was hier angesprochen worden war, war ein solcher Fall. Diese abweichende Meinung oder dieser Einspruch gegen die Meinung, die ich in dem Schreiben gegeben habe, wurde von Herrn Röthemeyer weitergegeben. Das habe ich auch verstehen können und habe da auch keine Grundsatzdebatten mit Herrn Röthemeyer geführt, sondern gesagt: Das weicht von dem Konzept ab, was wir in unserem Kreis besprochen haben und ich vertreten werde. Aber ich werde diese Ihre Meinung, wie es Ihnen nach Beamtenrecht zusteht, weiterreichen an den BMU. - Die letztliche Entscheidung dann, weil es ein Organisationsproblem ist, war in Händen - und ist wahrscheinlich heute auch noch; weiß ich aber nicht - des BMU.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Professor Kaul.

Ich unterbreche nun die Sitzung, um den Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zu geben, an der namentlichen Abstimmung teilzunehmen.

Frau Kollegin Vogt hat mich darüber informiert, dass sie Sie gleich über den sogenannten Wosnik-Vermerk befragen möchte, und würde Ihnen diesen Vermerk aushändigen lassen, damit Sie jetzt in der Pause, die mindestens eine Viertelstunde dauert, vielleicht nebenbei schon mal einen Blick darauf werfen können.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung von 18.44 bis 19.06 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich höre, dass es heute Abend noch weitere Termine

Tatsache der Umstrukturierung, und meine Frage ist: War Ihnen das bekannt, dass Herr Wosnik jedenfalls diese von Ihnen vorgenommenen Umstrukturierungen in den Fachbereichen für falsch hielt?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Da kann ich Ihnen ganz klar sagen: Ja. Und die Informationen, die Herr Wosnik mir, sofern er mir welche gegeben hat, weitergereicht hatte, sind immer zu Herrn Röthemeyer gelaufen, und er war ein Mitarbeiter des Bereichs von Herrn Röthemeyer, und der war informiert und hat letztlich als Dienstvorgesetzter von Herrn Wosnik dessen Interessen vertreten, auch in den Diskussionen über die Konsequenzen dieser Umorganisation. Das ist natürlich selbstverständlich. Aber hier geht es doch jetzt um dieses, und zwar die Kritik --

Ute Vogt (SPD): Es geht um den Herrn Wosnik und zum Beispiel die Frage, ob -- Herr Wosnik war ja ursprünglich 'derjenige, der mit Herrn Thomauske hätte das Thema bearbeiten sollen. Herr Thomauske hat Herrn Wosnik offensichtlich übergangen, und meine Frage ist jetzt: War das vielleicht der Grund, dass Herr Thomauske Herrn Wosnik auch nicht mehr in dem unmittelbaren Beratungsumfeld haben wollte?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Sie stellen hier die Behauptung auf, dass Herr Thomauske --

Ute Vogt (SPD): Es war eine Frage, ob -

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein, nein, Sie haben gesagt --

Ute Vogt (SPD): - Herr Thomauske möglicherweise Herrn Wosnik nicht unmittelbar in seinem Referat haben wollte.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Sie haben die Aussage gemacht, Herr Thomauske hat Herrn Wosnik übergangen, und dagegen --

Ute Vogt (SPD): Ja, das schreibt ja Herr Wosnik, dass er nicht mitgezeichnet hat und dass, wenn er gefragt worden wäre -- Das haben wir an anderer Stelle hier auch schon erörtert. Das hat auch Herr Thomauske zugestanden, dass natürlich der Herr Wosnik

formal da durchaus hätte beteiligt werden sollen. Aber mir geht es jetzt nur darum: Hat Herr Thomauske Ihnen gegenüber deutlich gemacht, dass er mit Herrn Wosnik in der bisherigen Form nicht zusammenarbeiten möchte?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, dieses haben natürlich Herr Thomauske und ich besprochen, und ich habe auch mit Herrn Wosnik gesprochen. Aber ich weiß gar nicht, was diese Diskussion hier soll. Aber das ist ja Ihre Angelegenheit, -

Ute Vogt (SPD): Genau.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: - hier zu diskutieren, was Ihnen beliebt. Aber ich hatte den Eindruck gehabt, es geht jetzt darum, das Sachliche oder Fachliche zu besprechen, was in diesem Schreiben angesprochen ist; denn das ist nämlich das Entscheidende überhaupt der ganzen Diskussion, und zwar -

Ute Vogt (SPD): Ja, das haben wir an anderer Stelle schon erörtert.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: - die Verbindung zu diesem Schreiben, das an den BMU gegangen ist und das von Herrn Röthemeyer in dieser Form nicht mitgetragen wurde, dem Dienstvorgesetzten von Herrn --

Ute Vogt (SPD): Ja, das haben wir aber doch schon erörtert.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, haben wir erörtert. Aber diese Diskussion --

(Zurufe)

Ute Vogt (SPD): Entschuldigung, ich stelle hier die Fragen und möchte einfach -- Es gibt eine Erläuterung in allgemeiner Form zur Sache, und ich habe einfach eine Frage gestellt, die nicht beantwortet ist, nämlich die Frage: Wer hat warum veranlasst, dass Herr Wosnik ein anderes Aufgabengebiet bekommen hat?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, der Präsident hat letztlich die Entscheidung getroffen, und dazu stehe ich nach wie vor. Und diese Entscheidung habe ich getroffen, nachdem ich gesprochen hatte mit sowohl Herrn Röthemeyer als auch Herrn Tho-

mauske und mit Herrn Wosnik. Und das Konzept, wie diese Umorganisation ist, ist das, das ich getragen habe gegenüber dem BMU und wo Herr Röthemeyer und damit aber auch im Namen wohl - ich weiß nicht, ob er das erwähnt hat - von Herrn Wosnik diese Vorbehalte geäußert hat, was ihm auch zusteht.

Ich würde jetzt also, um das beantworten zu können, Sie bitten, mir das Schreiben des Herrn Röthemeyer, was in meinem Schreiben über die Organisation, die ja hier nirgends liegt bisher und die ich auch nicht habe bisher oder nicht mehr habe -- Dieses würde ich Sie bitten, zu tun, damit ich überhaupt sagen kann: Herr Röthemeyer hat Herrn Wosniks Meinung mit vertreten, oder er hat seine Meinung nur geäußert und impliziert wohl, dass Herr Wosnik das trägt. Das ist für mich eine - Entschuldigung - völlig fruchtlose Diskussion, die zu nichts führt, weil ich nichts --

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herr Professor Kaul, ich darf darauf aufmerksam machen, dass ich Ihre Einlassung sehr wohl verstehe. Aber ein Untersuchungsausschuss ist tatsächlich dazu da, Fragen zu stellen an Zeugen, und diese Fragen sind in der Sache gerechtfertigt und im Ton so gestellt, dass ich auch keine Einwände habe. Von daher ist es an Ihnen, tatsächlich zu antworten. Ich möchte darum bitten.

Es ist auch fruchtlos, jetzt zu diskutieren, ob diese Frage nun schön ist oder nicht schön. Ich stelle fest, ob die Frage zulässig ist oder nicht, und solange ich keine Einwände habe, der Ausschuss keine Einwände hat, das BMU keine Einwände hat, ist die Frage zulässig, und dann möchte ich Sie einfach bitten, darauf zu antworten.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Gut, dann möchte ich Sie bitten, noch mal diese Frage klar zu präzisieren, damit ich sie klar beantworten kann.

Ute Vogt (SPD): Ich präzisiere sie in anderer Form. Herr Professor Röthemeyer hat in seiner Vernehmung vom 15. Dezember 2011 hier im Untersuchungsausschuss gesagt: Die einzige Begründung für die Neuorganisation konnte ich nur in meiner kritischen Haltung zum Endlager - um Morsleben geht es in dem Fall - sehen. Daher habe ich anwaltliche Unterstützung in meiner Auseinandersetzung mit dem Bundesamt für Strahlen-

schutz in Anspruch genommen. Es kam zu keiner gerichtlichen Auseinandersetzung. Er erhielt dann seine ursprüngliche Funktion zurück.

Können Sie bestätigen, dass die Vermutung von Herrn Röthemeyer, dass die Organisationsänderung - er hat uns das hier so gesagt - darauf zurückzuführen ist, dass er eine kritische Haltung vertreten hat?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, für mich war das kein Kriterium, um die Organisationsform so zu modifizieren, dass Herrn Röthemeyer irgendwelche Aufgaben, verantwortliche Aufgaben entzogen wurden. Dieses zum Beispiel, was er hier gesagt hat, das konnte ich natürlich auch nicht wissen, aber es ist einfach richtig, dass er den gerichtlichen Weg beschritten hatte. Aber dass hier Morsleben und seine abweichende Meinung zu Morsleben der Grund sein sollte, das ist eine Konstruktion, die ich also jetzt neu höre, die ich aber --

Ute Vogt (SPD): Ja, es war seine Aussage hier.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, es war seine Aussage, die habe ich ja eben gehört gerade. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Ich ~~habe~~ da keine Verbindung zu Morsleben. Dass wir natürlich zum Teil unterschiedliche Meinungen hatten -- Na, wo gibt es das nicht, wenn man sozusagen unterschiedlich Verantwortung trägt? Einer muss ja letztlich dann diese Entscheidung tragen, aber mitgeben eben das, was andere, wenn es notwendig ist, dazu gesagt haben, die im Entscheidungsprozess eingebunden sind. Und das habe ich gemacht.

ni Sche

Kirsten Lüthmann (SPD): Genau, und da würde ich gerne weitergehen. Sie haben ja die Frage gestellt: Was soll die Diskussion? Genau diese Aussage haben Sie ja eben schon mal getroffen, nämlich Sie waren derjenige, der das Letztentscheidungsrecht hat, aber Sie haben auch für sich in Anspruch genommen, dass Sie kritische Meinungen oder abweichende Meinungen entsprechend auch zur Kenntnis gegeben haben. In Ihrem Schreiben, über das wir geredet haben, haben Sie sie nicht zur Kenntnis gegeben. Sie haben aber gesagt, in anderer Form.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: In welchem Schreiben?

Kirsten Lühmann (SPD): In dem Schreiben vom - Moment, jetzt muss ich wieder gucken - 07.01. Ja, genau.

(Zuruf)

So, am 23.01.97, „Erkundung des Salzstocks Gorleben“. Sie haben gesagt, in den Besprechungen - -

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Dieses Schreiben habe ich jetzt nicht vor mir liegen. Das habe ich überhaupt nicht. Ich habe hier eines vom 07.01., was Sie eben zitiert hatten, aber das hat damit nichts zu tun.

Kirsten Lühmann (SPD): Gut.

(Ute Vogt (SPD): Wir geben Ihnen das!)

Gut, auch vom 23.01. - Es geht mir aber nicht um den Inhalt. Noch mal: Es geht uns nicht um den Inhalt, sondern es geht uns um Ihre Aussage, dass Sie gesagt haben: „Ich hatte diese Entscheidung zu treffen: Ist es möglich, ohne Probleme anders zu erkunden, nämlich nur einen Teil des Salzstockes, ohne dass wir da irgendwelche Nachteile von haben?“ Sie mussten eine Abwägung treffen zwischen den Vorteilen und den Nachteilen. Sie haben diese Abwägung getroffen, und Sie haben gesagt, abweichende Meinungen haben Sie zur Kenntnis gegeben.

Sie haben auch gesagt, dass Sie sich regelmäßig mit den verschiedenen Ämtern ausgetauscht haben, und Sie haben auch gesagt, dass Herr Röthemeyer dabei war. Von Herrn Röthemeyer wissen wir, dass er gerade in diesem Punkt eine abweichende Meinung hat, also nicht nur Herr Wosnik in seinem Schreiben vom 31.01., der sich ja darüber beschwert, dass er dieses Schreiben ans BMU nicht zur Kenntnis gekriegt hat, obwohl er seiner Meinung nach damit hätte betraut werden sollen. Da haben Sie gesagt: Na ja, das wäre aber die Aufgabe von Herrn Röthemeyer gewesen.

Ich habe hier jetzt aber ein Schreiben von Herrn Röthemeyer. In diesem Schreiben vom 27.03.97, also auch später, kommt Herr Röthemeyer zu dem Schluss:

Ohne Erkundung im Südwesten des Salzstocks kann keine belastbare Aussage über die geologischen Verhältnisse und damit über die

Eignung oder Nichteignung in diesem Bereich gemacht werden.

Das ist also noch ein Beleg über Herrn Wosnik hinaus zu einer abweichenden Meinung. Ist Ihnen diese Meinung von Herrn Röthemeyer bekannt gewesen bei Erstellung Ihres Schreibens an das BMU?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das müssen Sie aus dem Schreiben nehmen, ob Herr Röthemeyer mir das zur Kenntnis gegeben hat.

Kirsten Lühmann (SPD): Das hat er, ja.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, woraus schließen Sie das? Darf ich das auch haben als Kopie? Ich habe ja diese Unterlagen alle nicht, die Sie haben. Aber wenn ich dazu antworten soll, muss ich das wenigstens sehen können.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich habe das jetzt eben gerade bekommen. Unten ist: Kopie an P. Das muss also in Kopie an mich gegangen sein. Natürlich erinnere ich mich nicht an dieses Schreiben, was ja eigentlich auch nicht wunder nimmt, denn da kommen, na ja, zig Schreiben auf den Schreibtisch. Wenn ich jetzt also noch mal einen Blick darauf werfen darf, was hier die Aussage ist, dann kann ich dazu Stellung nehmen, so wie ich jetzt auch die Chance hatte, von dieser Äußerung von Herrn Wosnik, die wir ja dann gar nicht diskutiert haben bisher, Kenntnis zu nehmen.

Also, hier ist ein entscheidender Satz unter drittens, nämlich die uns beratende oder mit uns zusammenarbeitende Institution - -

Die BGR hat auf dem Jour fixe Gorleben

- das ist das, was ich Ihnen ja erzählt habe, wie das gehandhabt wurde -

am 20.03.97

- kann sein, will ich nicht infrage stellen; aber ich habe es nicht im Gedächtnis -

bestätigt, daß auch ihrer Meinung nach der Hauptanhydrit in dem o. a. Bereich nicht durchörtert werden soll.

Funt

*dan an P
Röthemeyer*

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Doch, doch.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein. Sie möchten dazu was sagen. Frau Voß sucht gerade mal die Stelle.

Johanna Voß (DIE LINKE): Wir zitieren aus MAT B 45/1. Das ist der Prozess, den Professor Röthemeyer geführt hat, die Paginierung 110:

Im Pr BfS-Schreiben an das BMU vom 10.04.96 heißt es: „Die Matrixorganisation gibt dem FBL ‚Sicherheit der Endlagerung ...‘ ein deutliches Direktionsrecht.“ Diese Festlegung hätte dem Primat der Sicherheit Genüge getan. Im Schreiben des VPr BfS an das BMU vom 19.04.96 wird dieses Direktionsrecht auf den FBL „Endlagerprojekte, Betrieb“ übertragen. Dieses Direktionsrecht in Verbindung mit dem genannten „fachlich weisenden Zugriff“ auch auf die Abteilung ET 2 stellt die Funktion des zukünftigen Leiters ET II als Fachbereichsleiter in Frage.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, dieses Schreiben hat der Vizepräsident an den BMU geschickt. Das haben Sie ja eben auch selbst gesagt: VP. Es ist so in der Organisation einer solchen - Das müssten eigentlich die Damen und Herren zum Beispiel auch des BMU bestätigen: Wenn eine Aufgabe auf mehrere Verantwortungsbereiche entfällt, muss man einem das fachliche Weisungsrecht geben, abhängig von dem Umfang der Aufgabe. Ansonsten funktioniert es nicht. Das heißt aber nicht - darf ich das zu Ende führen? -, dass damit die Verantwortung nicht auch gleichzeitig der Verantwortliche für den Bereich mittragen muss, in dem dieser Mitarbeiter, der jetzt fachlich sozusagen das Weisungsrecht bekommen hat, tätig ist.

Also zum Beispiel war das im BMU so gewesen, Entschuldigung, im Bundesgesundheitsamt noch zur Zeit, als diese Aufgabe des Strahlenschutzes, des personellen Strahlenschutzes dort war, da war der BMU berechtigt - das heißt, damals der BMI; es gab ja noch nicht den BMU -, neben dem Gesundheitsminister direkt fachlich zuzugreifen zu dem Bundesgesundheitsamt, Institut für Strahlenhygiene, und zwar ganz klar definiert aufgrund von Aufgaben, die sowohl

den BMI tangierten, was Strahlenschutz anbetrifft, als auch den Gesundheitsminister tangierte als Verantwortlichen für den Gesundheitsschutz, für den gesamten. Und nichts anderes haben wir gemacht, nämlich dass eben dort, wo Arbeitsschwerpunkte von jemandem verantwortlich übernommen worden waren, das fachliche Zugriffsrecht von dem jeweiligen Bereichsleiter, also für das Management oder für den wissenschaftlichen Teil der Endlagerung, gegeben ist.

Das heißt aber auch gleichzeitig, dass der jeweilige Verantwortliche, also der Herr Thomauske oder der Herr Röthemeyer, immer den anderen, den Partner informieren muss, wenn er den Zugriff geleistet hat. Und davon gehe ich mal aus, dass das auch gemacht wurde; zumindest stand es so drin. Dass der Herr Vizepräsident das unterschrieben hat, war der Grund, dass die Organisation in sein Ressort als Jurist gefallen ist, ganz eindeutig. Deswegen hat er auch das unterschrieben. Das haben Sie ja selbst zitiert eben. Ich weiß nicht, ob er mir eine Kopie gegeben hat davon. Das müsste ja deutlich werden. Oder er hat es nicht gemacht; weiß ich aber nicht. Zumindest weiß ich um die Problematik noch aus der Erinnerung.

Johanna Voß (DIE LINKE): Herr Röthemeyer kritisiert dann noch ganz besonders die fehlende Fachkunde insbesondere im bergbaulichen Bereich bei dem damaligen Leiter des ET 1.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ja, das weiß ich.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ist das --

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das hat er kritisiert. Das weiß ich.

Johanna Voß (DIE LINKE): Muss das auch kritisiert werden aus Ihrer Sicht?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nein, das musste nicht kritisiert werden. Das musste nicht kritisiert werden; denn für die Aufgaben, die Herr Thomauske hatte, war dies nicht Voraussetzung. Der Herr Wosnik hatte zum Beispiel eine Verantwortung, die auch Herr Röthemeyer ihm gar nicht nehmen konnte. Verstehen Sie? Es gibt Verantwort-

hätte mitzeichnen müssen! Das war nur eine kleine Korrektur!

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine liebe Frau Steiner, die Zeit ist zunächst um.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Darüber kann man diskutieren.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Wieso das denn?)

Aber der Dienstvorgesetzte von Herrn Wosnik, Herr Röthemeyer, ist derjenige, der mitzeichnen musste oder eine abweichende Meinung äußern musste. Seine Pflicht ist - oder auch nicht, wenn er das nicht tut -, die von seinem Mitarbeiter, der einen gewissen Bereich abdeckt, verantwortlich abdeckt, mit zu berücksichtigen oder eben nicht. Das Einzige, was ich kenne, ist das, was Herr Wosnik am 31.01. Herrn Röthemeyer geschickt hat. Das hat er ja eben nicht geschickt, damit es dann irgendwo im Papierkorb landet, sondern dass es Eingang findet in die Argumentation seines Dienstvorgesetzten, nämlich des Herrn Röthemeyer. Wieso es nun Eingang gefunden hat, weiß ich nicht. Ich kenne ja nicht das, was Röthemeyer geschickt hat. In diesem meinem Schreiben ist es nicht enthalten, weil das auch nicht da reingehört, weil nämlich das sozusagen das P-Schreiben ist auf der Basis der Diskussion, in dem ich die Punkte, die auch zum Teil von Herrn Wosnik aufgegriffen worden sind und die auch hier stehen hinsichtlich der Sicherheitstechnik, aufgenommen habe.

Das ist nun mal so. Es tut mir leid, wenn ich jetzt hier sozusagen eine Vorlesung über das Prozedere in einer Institution geben muss, wie sie zu wie viel - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Eine fehlerhafte!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit sind wir am Ende der zweiten Berliner Runde, und ich komme zur dritten Runde. Das Fragerecht ist jetzt zunächst wieder bei der Unionsfraktion. - Keine weiteren Fragen. Gut, dann ist das Fragerecht jetzt bei der SPD-Fraktion. Frau Lühmann.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke. - Ich will einfach mal chronologisch vorgehen und einige Dinge auch erwähnen, die wir schon

angesprochen haben. Nur, ich fände es ganz wichtig, dass wir mal - oder für mich, für meine Fragen, die ich Ihnen stelle - chronologisch vorgehen.

Ich halte Ihnen jetzt zuerst eine Aussage von Herrn Dr. Thomaske vom 23.05.1991 [sic! 16.05.1991] vor. Das ist MAT A 144, Band 22, Paginierung 071016 bis 071017. Da hat Herr Thomaske 1991 gesagt:

Die Erkundung des Salzstockes nach Süd-Westen scheidet auf der Grundlage der vorhandenen Nutzungsrechte aus. Die Erkundung dieses Teils des Salzstocks ist jedoch zwingend, da für die Eignungsaussage die Erkundung des gesamten Salzstockes Voraussetzung ist und da aus Gründen der Wärmeentwicklung der radioaktiven Abfälle Spannungen im Salzstock erzeugt werden, weshalb eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Wärmequellen symmetrisch um die Schächte (Standortsicherheitsfrage) anzustreben ist.

Zu diesem Zeitpunkt war Herrn Thomaske und anderen auch bekannt, dass sich die Gesamtmenge des einzulagernden Atommülls verringern wird. Das stand in dem IEAL-Gutachten von 91. Also dieses Argument „Es ist viel weniger; wir brauchen nicht so viel Platz zum Einlagern“ war Herrn Thomaske zu diesem Zeitpunkt bekannt. Trotzdem ist er der Meinung gewesen: Wir müssen das Ganze erkunden; ansonsten haben wir dort Probleme mit der Sicherheit.

Dann gab es im Weiteren Diskussionen, und darauf sind wir jetzt eingegangen. Es gab mehrere Präsidentengespräche. Sie haben ja mehrfach darauf hingewiesen, dass Herr Röthemeyer an diesen Gesprächen immer teilgenommen hat. Herr Röthemeyer hatte ja bekanntermaßen die gleiche Meinung wie Herr Thomaske 1991.

Meine Frage ist jetzt: In den entscheidenden Gesprächen - einmal in dem Gespräch, aus dem eben zitiert wurde, in diesem Präsidentengespräch, in dem festgelegt wurde: „Wir können das auch ohne diesen anderen Teil machen“, und schon in dem Gespräch davor am 17.12. - war Herr Röthemeyer nicht mehr anwesend. Können Sie das bestätigen? Wir haben das aus der Liste, aus der Teilnehmerliste. Er war nicht mehr dabei.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Das kann ich nicht bestätigen, weil ich es nicht weiß.

Kirsten Lühmann (SPD): Gut. Dann sage ich es Ihnen. Aus der Teilnehmerliste haben wir: Er war nicht dabei. - Weil Sie vorher immer gesagt haben, in Ihrer Zeit war Herr Röthemeyer immer dabei. Dann sage ich Ihnen jetzt: Ausweislich der Teilnehmenden-Listen, die wir haben, war er dabei bis zu dieser Sitzung, ausschließlich 17.12, und das waren augenscheinlich genau die Sitzungen, bei denen diskutiert wurde, ob wir das machen oder nicht.

Dann haben wir die Situation, die wir eben auch schon gesagt haben, dass wir ein Schreiben haben, eine Entscheidung: Es geht auch ohne diesen Teil. - Da haben Herr Röthemeyer und Herr Wosnik - Sie haben uns auch eben gesagt: Herr Wosnik hat eine Verantwortung, die er nicht loswerden kann, eine Verantwortung qua Amt. Egal ob da umorganisiert wird oder nicht: Herr Wosnik hat eine Verantwortung, die ihm keiner nehmen kann. - Wir haben eben festgestellt, dass Herr Wosnik diese Verantwortung - das haben nicht Sie zu verantworten; das ist auch mir ganz klar - nicht wahrnehmen konnte, da er über die entscheidende Frage - Änderung der Auffassung, wir brauchen beide Teile - nicht informiert war.

Meine Frage ist jetzt: Wie kommt es, dass Herr Dr. Thomauske seine Meinung von 1991 geändert hat, obwohl er auch damals schon von den verringerten Mengen einzulagernden Materials wusste? Und wie kommt es, dass wir mehrere abweichende Meinungen haben zu der veränderten Auffassung, dass man den gesamten Salzstock untersuchen muss, um eine klare Eignungsaussage zu treffen? Denn in Ihrem Schreiben, das wir schon mehrfach zitiert haben, vom 07.01. schreiben Sie wirklich dezidiert, dass man eine Eignungsaussage auch treffen kann, ohne den gesamten Salzstock zu erkunden. Und Sie schreiben hier: Wir müssen den gesamten Salzstock nur dann erkunden, wenn wir feststellen, dass wir eben mengenmäßig vom Volumen her in dem Teil des Salzstocks, wo wir die Rechte haben, nicht genug Platz haben, um das zu erwartende Material einzulagern. Dann müssen wir erkunden, aber nicht aus Sicherheitsgründen.

Wie kommt es dazu, dass Herr Thomauske seine Meinung geändert hat? Wie kommt es dazu, dass Sie so eine Meinung

haben, obwohl es ja mehrfach abweichende Meinungen in Ihrem Haus gab?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, zu dem ersten - - Jetzt darf ich mal etwas länger antworten. Zum ersten Punkt meiner Aussage. „Diese Besprechungen haben immer zusammen stattgefunden mit den Verantwortlichen für die einen Bereiche“ heißt nicht, dass nicht jemand - aus welchen Gründen auch immer, sei es Erkrankung oder sonstige Gründe, Dienstreise - nicht da sein konnte. Also, diese Aussage bitte ich doch nicht so zu interpretieren, als hätte während der zehn Jahre, die ich für das Amt verantwortlich war, an allen Sitzungen immer jeder teilgenommen derer, die die Verantwortung tragen. Das wäre also eine ungewöhnliche Interpretation einer solchen Formulierung, wie ich sie gegeben habe. Aber das ist Ihre Angelegenheit.

Kirsten Lühmann (SPD): Darf ich dann dazu?

(Zurufe)

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich sage nur klar, dass das immer bedeutete, dass nach dem Organisationsprinzip, das ich gepflegt habe, die Beteiligung der Verantwortlichen immer gegeben war. Wenn jemand nicht da war, hatte das irgendwelche Gründe, die ich natürlich heute gar nicht mehr wissen kann. ✓

Punkt zwei: Wieso hat Herr Thomauske seine Meinung geändert und habe ich eine Meinung geäußert in dem Schreiben, das Sie wohl zitiert haben, am 07.01.? Ist das richtig?

Kirsten Lühmann (SPD): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nun, zu dem Zeitpunkt, als Herr Thomauske diese seine Meinung, nämlich die in 1991, glaube ich, -

Kirsten Lühmann (SPD): 91, ja.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: - geäußert hat, waren wir ja noch davon auch ausgegangen, dass wir die Chance bekommen werden durch die Salzrechte ~~und~~ ^{und} ~~pein~~ durch die Salzrechte, dass wir den gesamten ursprünglich einmal ins Auge gefassten Salzstock erkunden können, mit Ausnahme der uns bekannten Regionen, in

Ex
hormu
ja munte
Lifer, ritz
neinew
Verf. der
delegieren

HAF

es nur schwierig, wenn man sagt: Ich kriege Zahlen, und die Zahlen, wenn ich sie 91 kriege, sind nicht belastbar. Wenn ich dieselben Zahlen aber 95 kriege, dann nehme ich sie zur Kenntnis. - Das ist aber eine Äußerung von mir. Das halte ich für schwierig, es sei denn, Sie erklären mir, was denn der Unterschied war zwischen der IEAL, dem IEAL-Gutachten, das Herr Professor Röthemeyer in seiner Vernehmung vom 15.12.2011 in der 66. Sitzung auf Seite 56 uns erklärt hat -- dass es also 91 dieses IEAL-Gutachten gab und dass in diesem Gutachten sehr wohl schon klare Aussagen getroffen wurden über die verminderten Mengen.

Die Frage, die ich Ihnen jetzt aber stelle: Sie haben gesagt, das Argument der Wärmeentwicklung sei durch ein Gutachten widerlegt worden. Dennoch haben wir hier einmal die Einschätzung von Herrn Röthemeyer, der ja ausgewiesenermaßen ein Fachmann ist, vorliegen:

Ohne Erkundung im Südwesten des Salzstocks kann keine belastbare Aussage über die geologischen Verhältnisse und damit über die Eignung oder Nichteignung gemacht werden.

Dann Herr Wosnik, der ja nun gerade deshalb, weil er Fachmann ist, dazugezogen wurde:

Im Übrigen kann ich auch die Ausführung zur Übertragbarkeit der Erkundungsergebnisse aus dem nordöstlichen Teil auf den Südwesten in dieser Form nicht mittragen.

Wir haben in unseren Unterlagen auch noch ein Schreiben von einem Professor Herrmann aus Göttingen. Das ist MAT E 8, Band 7, Paginierung 063 bis 064. Dieser Professor stellt auch fest:

Aus den unter Punkt 1 genannten Gründen wurde daher das Schwergewicht bewußt auf die bergmännische Untertageerkundung gelegt. Die nachprüfbare Sicherheit einer direkten Erkundung kann niemals durch indirekte Methoden und die zwangsläufig spekulative Übertragung der geologischen Verhältnisse von bekannten Salzstockbereichen auf unbekannte Teile eines Gesteinskörpers ersetzt werden.

Weiter unten sagt er, dass es eben wichtig ist, dass man sich den gesamten Salzstock anguckt.

Angesichts dieser drei Fachleute, die eine Meinung gehabt haben -- Die Frage, die ich mir stelle: Sie haben heute auch nie erwähnt, einfach zu sagen: „Ja, ich wusste das; das gab abweichende Meinungen, aber ich hatte eben eine andere, und darum habe ich das geschrieben“, sondern Sie haben -- so habe ich Sie jedenfalls verstanden -- immer wieder gesagt: „Die von mir dargelegte Sicht der Dinge, dass es für eine Eignungsaussage Gorlebens völlig ausreicht, wenn man den Teil, auf den man Zugriff hatte, erkundet“ -- dass diese Aussage fachlich fundiert wäre und durch nichts zu erschüttern gewesen wäre.

Meine Frage noch mal: Zumindest die Bedenken von Herrn Röthemeyer waren Ihnen bekannt, aber Sie haben sie negiert.

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, ich fange jetzt mal von hinten an.

Erstens mal ist es nicht wahr, dass ich die Aussage von Herrn Röthemeyer negiert habe. Das brauche ich jetzt nicht noch mal zu erklären. Da möchte ich Sie bitten, die Unterlagen zu studieren, was Herr Röthemeyer an den BMU gegeben hat, oder den BMU bitten, dieses, nämlich was damals von mir mitgegeben wurde, die Aussage von Herrn Röthemeyer -- dass diese Aussage dann aber auch hier Ihnen zur Kenntnis gegeben wird. Ich habe sie nicht im Gedächtnis, aber ich weiß, dass er eine abweichende Aussage gemacht hat und weitergereicht hat.

Punkt zwei, zum ersten Teil jetzt: Diese Aussage, dass Herr Röthemeyer ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr, wie Sie es gesagt haben, an den Sitzungen teilgenommen hat, ist nicht richtig. Ich habe deutlich gemacht: In der allgemeinen Formulierung war er Teilnehmer dieser Gesprächsrunde. Ob er immer anwesend sein konnte, das kann ich nicht beurteilen. Sicher war er das nicht. Wahrscheinlich war ich auch nicht immer anwesend gewesen oder konnte nicht anwesend sein, wenn ich zum Beispiel auf einer Dienstreise war. Das ist also nicht zulässig, diese Interpretation „Da ist er nicht da gewesen“, und vielleicht steht ja in Klammern drin: Vielleicht hat man ihn dazu nicht eingeladen. -- Also, er war immer eingeladen und war immer da, wenn er nicht aus irgendwelchen Gründen nicht im Amt war. Also, da möchte ich -- Da lege ich ganz großen Wert

so nicht im Raum

darauf; denn das ist nämlich eine Interpretation, die gibt so einen Schlenker.

Nun zu der Tatsache der Bewertung des Abfallvolumens. Ich kann Ihnen nur dazu sagen: Es ist eigentlich müßig, darüber zu diskutieren. Aber was ich sagen will: „nicht belastbar“ ist -- Diese Volumina - das gilt auch für die nicht wärmeentwickelnden Abfälle - wurden immer ausgerechnet aus dem, was bekannt war und welches der Trend ist, den man erwartet -- und hat dann hochgerechnet und dann auch eine Worst-Case-Betrachtung gemacht, nämlich gesagt: Im ungünstigsten Falle ist aufgrund dessen, was wir wissen, mit einem Volumen von - und jetzt gehe ich mal zu den wärmeentwickelnden Abfällen - soundso viel Kubikmetern pro Jahr oder in einer bestimmten Zeit von, sagen wir mal, zehn Jahren zu rechnen, und das Gleiche gilt für die anderen.

Das meine ich mit dem Wort „nicht so sehr belastbar“, nämlich weil da eben so viele Parameter drinstecken in solchen Hochrechnungen, die natürlich nicht den Sicherheitsgrad oder die Genauigkeit haben, wie man das eigentlich für ein naturwissenschaftliches Experiment bräuchte, um eine - wie die Naturwissenschaftler es sagen - eindeutige Aussage machen zu können. Aber das braucht man auch gar nicht; sondern man macht eine solche Hochrechnung und sagt: Wir brauchen soundso viel Raum in einem Salzstock zum Beispiel jetzt, um diese in der Zeit X anfallenden Abfälle unterbringen zu können. - Würde man das nämlich nicht machen, dann würde sofort die Kritik erteilt werden: Ja, wir haben aber doch zweimal oder fünfmal oder zehnmal mehr Abfälle, die ihr gar nicht unterbringt. Dann müssen wir gleichzeitig andere Regionen untersuchen, wo wir dann noch gleichzeitig ~~eben~~ radioaktive Abfälle dieser Art unterbringen.

Deswegen muss das angepasst werden, auch unter finanziellem Aspekt - auch unter finanziellem Aspekt, nicht nur durch finanziellen Aspekt -, ob es notwendig ist, das Ganze auf das ursprüngliche Maß zu erweitern.

Es kommt aber noch was viel Gravierenderes dazu: nicht so sehr das Geld; die EVU hätten das natürlich auch bezahlt, sondern es kommt eben dazu, dass wir die Salzrechte nicht haben, und gegen die - in Anführungsstrichen - konnten und können wir nicht stoßen. Und was nützt es dann, zu sagen: „Ja, liebe Freunde, das kriegen wir nicht unter, weil wir die Salzrechte nicht haben“?

Dann hätte natürlich auch keiner deshalb, weil wir Tränen in den Augen hätten oder gehabt hätten, gesagt: Na, dann geben wir euch die Salzrechte. - Es war festgeschrieben, dass hier ein Widerstand geleistet wird, und wir haben nach Wegen gesucht, wie wir trotzdem solche Bereiche ~~von denen wir~~ aufgrund der externen Untersuchungen der von Tage aus durchgeführten Bohrungen erwarten, dass dort Salzformationen sind, in die wir wärmeentwickelnde Abfälle einbringen können, erkunden können.

Das konnten wir -- oder hätten wir nur machen können durch die Umgehung, und zwar durch solche Gebiete, wo wir die Salzrechte hatten, aber auch unter dem Gesichtspunkt, dass wir natürlich Bereiche durchhörten mussten, hätten durchhörten müssen oder durchhörten mussten - ich weiß nicht, was da schon geschehen ist auf diesem Sektor in den Jahren, in denen der Stillstand anstand; aber sicherlich nichts -, die ungeeignet sind, auch von der technischen Sicherheit ungeeignet sind, um dort radioaktive Abfälle einzubringen, nur um an den Ort zu kommen, in dem wieder die Voraussetzungen erfüllt sind, aus der Sicherheit heraus, der technischen und der Endlager-sicherheit heraus, dass Abfälle hätten eingebracht werden können. Das ist nun mal die Modifikation des Konzeptes, erzwungen eben durch das Nichtverfügbarhaben von den Salzrechten.

Ich sage noch mal: Das Geld hat hier überhaupt keine Rolle gespielt. Es war in der Zwischenzeit viel teurer gekommen, das Ganze, als diese - ich weiß nicht - 300 soundso viel Millionen Euro, die da irgendwo auch genannt sind, die diese Kosteneinsparung gebracht hat, weil wir jetzt eben weniger ~~örtern~~ konnten. Diese 300 soundso viel Millionen sind längst aufgefressen.

Also, man muss, glaube ich, auch mal die Realitäten, die Machbarkeit sehen und nicht theoretisieren, was man hätte machen können, wenn. Das nützt gar nichts.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Herzlichen Dank.

(Kirsten Lühmann (SPD): Die Frage haben Sie nicht beantwortet, aber ich habe ja noch mal eine Möglichkeit!)

Ich will nur Folgendes anmerken: Herr Professor Kaul hatte uns mitgeteilt, dass der letzte einigermaßen machbare Zug für ihn

Weitere
Finanzen

Immer
Finanzen
des Salz-
stocks hin-
nicht
des Salz-
rechts
können
für die
Einkauf-
kosten
höher
als die
Kosten
des Salz-
stocks

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut. - Haben Sie vor dem Asse-Untersuchungsausschuss -- Da wurden Sie unter anderem zu einem Vermerk befragt, in dem Sie am 29.02.96 an das Bundesumweltministerium schreiben - und da zitiere ich -:

Auch ich teile die Auffassung der GRS, dass größere Schwierigkeiten bei diesem Versuchsendlager

- gemeint ist Asse II -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das hat ja mit dem Thema nun nichts mehr zu tun!)

die Salzlinie als Endlagerwirtsge-
stein in Frage stellen könnten.

Hier ist das Thema.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Also, entweder es geht jetzt um den
Inhalt, oder wir beantragen hier so-
fort eine Beratungssitzung nicht
unter einer halben Stunde!)

In diesem Falle wäre das ERAM
nicht mehr zu halten und Gorleben
gefährdet.

Ist jetzt das Thema klar?

Dieses Dokument kennen Sie. Sie haben das ja geschrieben. Sie haben vor dem Ausschuss ausführlich dazu Stellung genommen. Wir möchten Sie hier gar nicht noch mal zwingen dazu, aber für uns bleibt an dieser Stelle noch eine Frage offen. Sie sagten in Hannover, Sie hätten nie eine Antwort erhalten. Haben Sie eine Erklärung dafür, dass man auf eine solche Zuschrift, die doch ausdrücklich die Gefährdungssituation in der Asse thematisiert, mit Bezug auf die Salzlinie überhaupt, also die Durchsetzung der Endlagerstrategie der Bundesregierung, keine Antwort gegeben hat?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Also, diese Frage hat Ihr Kollege Herzog anlässlich der Anhörung im niedersächsischen Untersuchungsausschuss mit viel Geduld mit mir mehrfach diskutiert und mich gefragt, warum ich mich nicht an Frau Ministerin Merkel gewendet habe mit der Bitte, warum auf mein Schreiben keine Antwort gegeben wurde. Ich habe ihm versucht zu erklären -- Entschuldigung, lassen Sie mich das jetzt mal erzählen. Sie haben ja auch ziemlich lange gebraucht, um mir das deutlich zu machen, was Sie wissen wollen.

Ich habe - und das ist das Entscheidende - dieses Schreiben ganz anders argumentativ angenommen, sondern gesagt: Aufgrund der Tatsache, dass es zu Laugenzuflüssen kommt, ist nicht auszuschließen bei einem Lösungsvolumen von - ich meine, es waren einige 10 Kubikmeter Lauge -- bei dessen Eindruck in das Grundwasser ein Erreichen oder Überschreiten der Grenzwerte für die allgemeine Bevölkerung zu befürchten ist. Und ich habe noch deutlich gemacht: Dies ist zwar nicht Aufgabe des Bundesamtes für Strahlenschutz, sondern meine Aufgabe als für den Strahlenschutz in dieser Republik Verantwortlicher und der Kenntnis der Situation in der Asse, dass nämlich dort solche Laugenzuflüsse sind, also aus der Vorsorgesituation heraus sozusagen --

Lassen Sie mich bitte das jetzt --

Johanna Voß (DIE LINKE): Haben Sie mit einigen Leuten darüber dann gesprochen, über diesen Brief und diese Sorge, die Sie trugen, zum Beispiel mit Herrn Hennenhöfer?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Ich wollte ja eigentlich gerne mal weiterreden dürfen, wenn Sie das erlauben.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Nein!)

Ich habe keine Antwort bekommen. Ich habe darauf mit Mitarbeitern des BMU gesprochen und gesagt - nicht, dass ich keine Antwort bekommen habe, sondern: dass ich mich an den Umweltminister oder die Umweltministerin gewendet habe. Das dürfte Ihnen bekannt sein. Ich meine, dass das eine Angelegenheit ist, die dadurch auch zu regeln ist, dass wir eingebunden werden in diese Problematik Asse, zum Beispiel dadurch, dass, was auch von Herrn Gabriel und anderen immer gefordert wurde, nicht nur das Bergrecht zum Tragen kommt, sondern das Atomrecht, und wenn das Atomrecht zum Tragen kommt, das Bundesamt für Strahlenschutz zuständig ist.

Bei der Anhörung - wenn Sie das lesen - habe ich erfahren, dass ein Brief geschrieben wurde vom Umweltministerium an die GSF in München, in dem also gefragt wurde: Was ist eigentlich los? Die Frage an die GSF: Ist diese Befürchtung des Präsidenten des BfS relevant, oder halten Sie dies für eine nicht - ich sage es mal jetzt mit meinen Worten; es

Ein -
bucht

steht aber in dem Protokoll drin - durch hinreichenden Beleg gesicherte Vermutung, der wir nicht nachkommen müssen?

Dieses Schreiben, was die Umweltministerin nach Dingens geschickt hat, habe ich nie zur Kenntnis bekommen. Dort in der Anhörung habe ich gesagt: Das möchte ich, bitte schön, mal sehen. - Damit habe ich das erste Mal überhaupt erlebt, dass sozusagen um mich herum zu dieser Frage diskutiert wurde. Das ist ein, sagen wir mal, sehr ungewöhnlicher Weg, und dieses ist nur deshalb da diskutiert worden, weil das nämlich genau diese Frage war: Wie ist eigentlich in solchen Fragen die Einbindung des Bundesamtes für Strahlenschutz ~~oder dessen Präsidenten~~ ~~und des Bundesamtes für Strahlenschutz~~ erfolgt? Und hier ist es eben an ihm vorbeigelaufen worden.

Also, ich sage das jetzt mal hier, weil Sie es angesprochen haben. Ich weiß zwar nicht -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir hätten gerne noch Fragerecht! Wenn der Kollege seinen Zug noch kriegen will, dann müssten wir da auch mal langsam hinkommen!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen, folgenden Punkt machen: Wir hatten mal miteinander vereinbart, dass wir gewöhnlich bis 19 Uhr fragen wollen. Wir gehen jetzt auf 21 Uhr zu. Wenn es weitere Fragen geben sollte, dann muss Herr Professor Kaul uns eben noch mal zur Verfügung stehen. Das ist so.

Ich würde sehr vorschlagen, dass die Grünen jetzt Ihr Fragerecht noch wahrnehmen und dass wir danach die Sitzung beenden. - Bitte schön.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es kann ja auch gut sein, dass ich mit einer Frage hinkomme, -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und zwar wollte ich jetzt noch mal wieder zu der Konzeptänderung zurück, die sich ja in so wundersam schneller Zeit vollzogen hat, und deren wissenschaftlicher und fachlicher Fundierung.

Wir hatten also festgestellt, am 09.01. war die Entscheidung schon getroffen. Das Konzept war geändert. Es gab dann einen Briefwechsel oder einen Faxwechsel zwischen dem Bundesumweltministerium und dem BfS bezüglich auf ein Telefonat zwischen Herrn Matting und Herrn Thomauske, wo gebeten wurde, einen schriftlichen Bericht -- wie die Erkundungsergebnisse gewonnen werden können, wie die Ergebnisse übertragbar sein können und welche Aussagen möglich und nicht möglich sind für den Südwestteil.

Die Antwort in dem Brief vom 23.01.97 beschreibt dann die Ausgangslage und geht sehr detailliert auf das Erkundungsprogramm, die möglichen und geplanten Erkundungsergebnisse, die Eignungsaussage zum nordöstlichen Teil des Salzstocks ein und macht bereits Aussagen über die Übertragbarkeit der Erkundungsergebnisse und enthält solche netten Sätze wie:

Wenn im nordöstlichen Teil große zusammenhängende Steinsalzpartien angetroffen werden, so ist dieser Befund auch für den südwestlichen Teil zu erwarten. Falls auch im Südwesten eingelagert werden sollte, bedürfte es dann nur noch einer Identifizierung der Einlagebereiche durch eine gezielte Erkundung und spezifische Sicherheitsnachweise ...

In der Detailliertheit und bergfachlichen Genauigkeit geht es weiter.

Dieser Brief kommt aus dem BfS. Ob Sie sich jetzt nun daran erinnern mögen oder nicht: Herr Thomauske hat ihn geschrieben. Ich würde jetzt mal vermuten, dass Sie da schon mal reingeguckt haben. Aber das war dann entscheidend für die weiteren Festlegungen und den schnellen Fortgang dieses geänderten Erkundungskonzepts.

Meine Frage ist jetzt: Wir haben ja festgestellt, dass Herr Thomauske da bergfachlich sehr allein argumentiert hat, gegen fachlichen Rat anders. Hatte Herr Thomauske die Funktion, das, was machbar war, das, was Sie auch als machbar selber betrachtet haben und gewünscht haben -- als Macher genau dieses geänderte Erkundungskonzept bis hin zur Eignungsaussage durchzusetzen?

Zeuge Prof. Dr. Alexander Kaul: Nun, die Durchsetzung, wie Sie eben zum Schluss gesagt haben, der Eignungsaussage ist und war nicht Herrn Thomauskes Aufgabenbereich. Das hätte er nicht tun können, hat es